

Die Tagespost



TÄGLICH AKTUELL AUF
www.die-tagespost.de

9. Mai 2018, Würzburg, Jahrgang 71, Nr. 19 – 4,00 Euro



Demokratie im permanenten Notstand: Christen müssen immer wieder kämpfen, um sich behaupten zu können s. 2/3

70 Jahre Israel

Foto: dpa

Anzeige

Glaube verbindet



LIGA Bank – Dienstleister für die Kirche

Ihr kompetenter Partner bei Finanzierungsfragen, Vermögensanlagen, Versicherungen, Altersvorsorge und Online Banking.

Wir sind immer für Sie da. Ihre Werte sind auch unsere Werte.

Sprechen Sie mit uns.

LIGA Bank eG • www.ligabank.de

LIGA BANK
Dienstleister für die Kirche
- seit 1917 -

REINHARD MARX

Ein Kardinal
im Regen

S. 9



Vatikanerklärung stößt übel auf

Die Kardinäle Müller und Eijk fordern mehr Klarheit in der Glaubenslehre VON REGINA EINIG

Die Vatikanerklärung nach dem römischen Gespräch über den Kommunionempfang für nichtkatholische Ehepartner trifft auf Unverständnis. Am Donnerstag hatte die Glaubenskongregation den Konflikt an die deutschen Bischöfe zurückverwiesen. Kardinal Gerhard Müller bezeichnete sie am Freitag in dem amerikanischen Magazin „National Catholic Register“ als „armselig“. Der vormalige Präfekt der Glaubenskongregation erinnerte daran, dass Glaubensverkündigung für Bischöfe kein Nebenschauplatz ist, sondern Pflicht. Er forderte alle Bischöfe und die Glaubenskongregation auf, ihre Pflicht zu tun, den Glauben zu erklären und zu verteidigen.

Offen warnte Kardinal Müller vor einer Selbstzerstörung der Kirche. Dass Bischöfe mit Mehrheiten über Angelegenheiten der katholischen Lehre abstimmen, sei unmöglich. Aus seiner Sicht geht es um den Wesenskern des Katholischen: Wenn das Prinzip der Einheit von sakramentaler Gemeinschaft und kirchlicher Gemeinschaft zerstört werde, werde die katholische Kirche zerstört. In der Pflicht sieht er den Papst und die Glaubenskongregation. Diese hätten „ganz klare Orientierung“ gemäß dem überlieferten Glauben zu geben.

Mehr päpstliche Klarheit in der Verkündigung hält auch der niederländische Kardinal Willem Jacobus Eijk für angemessen. Die Vatikan-Erklärung an die deutschen Bischöfe kritisierte er im „National Catholic Register“ (Montag) als „völlig unverständlich“, zumal die kirchenrechtlichen Vorgaben eindeutig seien. Der Erzbischof von Utrecht betrachtet die von den deutschen Bischöfen angestrebte Einzelfallregelung als realitätsfern. Die Erfahrung zeige, die Zahl der Fälle in der Praxis steige und die Kriterien für den Kommunionempfang ausgeweitet würden.

Ein Zugang zu den Sakramenten der katholischen Kirche sei nichtkatholischen Christen „nur in Notfällen“ möglich – besonders dann, wenn Lebensgefahr bestehe, so Eijk. Die deutschen Protestanten teilten die

katholische Lehre von der Wesensverwandlung von Brot und Wein in der Eucharistie nicht. Einen privaten Gewissensentscheid hält der Kardinal für unzureichend. Wer den Glauben der katholischen Kirche wirklich angenommen habe, „könne eigentlich nur in die volle Gemeinschaft mit der Kirche eintreten“.

Viele Fragen bleiben angesichts des päpstlichen Wunsches nach einer „möglichst einmütigen Regelung“ offen. Ist „einmütig“ gleichzusetzen mit „einstimmig“? Innerhalb der Gruppendynamik der Konferenz wird jeder der sieben Bischöfe, der künftig an seiner Position festhält, unweigerlich als ökumenischer Spielverderber gelten. Ein Szenario ist, dass diese medial unter Druck gesetzt werden mit dem Ziel, dass möglichst viele auf das Mehrheitsvotum einschwenken. Nicht auszuschließen ist, dass die Handreichung in mehreren deutschen Bistümern durchgewinkt wird, ehe grünes Licht aus Rom kommt. Denkbar ist auch, dass die sieben Bischöfe, die an der Lehre der Kirche festhalten, in der Konferenz als quantité négligeable behandelt werden, auf deren Zustimmung die Mehrheit verzichtet.

Möglicherweise strebt ein Teil der Bischöfe eine Kompromissformel an, die unvereinbare Positionen sprachlich verschleiert. So war die deutsche Sprachgruppe bei der Familiensynode bei ihrer abschließenden Stellungnahme vorgegangen.

Klarheit geschaffen hat das römische Gespräch allerdings in einem Punkt. Offensichtlich trifft die Auskunft der deutschen Bischöfe, es handle sich bei der umstrittenen Handreichung um ein rein pastorales Dokument, nicht zu. Allein die Tatsache, dass sich die Glaubenskongregation des Konflikts annahm, verweist auf ein lehrmäßiges Problem. Dass die Mehrheit der Bischöfe einen theologisch fragwürdigen Text mit ihrem Votum unterstützt, bedeutet einen schwerwiegenden Glaubwürdigkeitsverlust. Den größten Schaden tragen erneut die Pfarrer. An ihnen ist es, die verunsicherten Gläubigen nicht ins Leere fallen zu lassen.

KOMMENTAR

Auch Manager haften

VON RICHARD SCHÜTZE

Recht so. Jetzt geht's auch denen da oben mal ordentlich an's Leder. Pünktlich zum 200. Geburtstag von Karl Marx wird in den USA Anklage gegen Ex-VW-Chef Martin Winterkorn & Co. wegen der Schummelsoftware in mehr als einer halben Million Dieselautos erhoben. Sollte man seiner habhaft werden, drohen bis zu 25 Jahre Gefängnis. Einige ehemalige Untergebene sitzen schon ein. Denn der angerichtete Schaden ist riesig: Rund 25 Milliarden Euro hat VW allein in den USA bereits an Staat und Verbraucher gezahlt, für weltweit erwartete Schadensersatzansprüche rechnet der Konzern mit weiteren Milliardenzahlungen. In Deutschland will die Staatsanwaltschaft bald Anklage erheben. Auch Aktionäre fühlen sich betrogen und wollen Milliarden. Für den weltgrößten Autobauer kann das in Summe ruinös sein, für Winterkorn aber wohl auch. Von den geschätzt 100 Millionen Euro, die er im Laufe seiner Karriere verdient hat, und einer Pension von 3100 Euro täglich wird ihm vielleicht nur das offenbar zugunsten seiner Frau umgeschriebene Haus zur Nutzung bleiben. Aus dem kraftvollen Topstar der deutschen Wirtschaft wurde ein gebrochener Mann, gesellschaftlich isoliert und erledigt. Recht so?

Als Vorstand stehe man heutzutage immer mit einem Bein im Gefängnis, meinte vor seinem Abgang auch Winterkorns Nachfolger, Ex-VW-Chef Matthias Müller. Vorbei die Zeiten, als man auch bei Totalversagen mit goldenem Handschlag und Millionenboni nach Hause oder auch direkt zur Konkurrenz ging. Das Legionärsleben eines Topmanagers wird durch immer strengere Haftungsregeln, die schon bei „fahrlässiger Pflichtverletzung“ und mangelhafter Kontrolle der Mitarbeiter greifen, trotz spezieller Versicherungen immer weniger attraktiv. Wer nicht wagt, der nicht gewinnt: Das galt bislang vorwiegend für Eigentümer-Unternehmer, bei denen Besitz, Entscheidungsbefugnis und Verfügungsmacht mit persönlicher Verantwortung und Haftung verbunden waren. Für alle gilt: Wer kriminell handelt, muss dafür auch einstehen. Doch Maß und Mitte der Haftung müssen noch differenzierter ausbalanciert werden, um gerecht zu sein.

Ein angespanntes Verhältnis

Israels Christen stehen dem Judenstaat seit 70 Jahren zwiespältig gegenüber

VON ANDREA KROGMANN

Kurz vor Ostern, in der traditionellen Pilgerhochsaison vor dem wichtigsten Kirchenfest der Heiligen Stadt, entschlossen sich die Jerusalemer Kirchenführer zu einem drastischen Schritt: Für mehr als 60 Stunden schlossen sie die Grabeskirche, wichtigstes christliches Heiligtum der Stadt und Pilgermagnet. In ungewohnt scharfer Einigkeit kritisierten sie Israel für seine „systematische Kampagne“ gegen die Christen und die „flagrante Verletzung des bestehenden Status quo“ sowie der historischen Stellung der Kirchen in der



Freude über das mögliche Ende der muslimischen Oberhoheit mischte sich die Sorge um die christlichen heiligen Stätten angesichts einer jüdischen Machtübernahme. Die zionistische Idee hatte jedoch längst Fuß gefasst, und es waren nicht zuletzt die Kirchen im damaligen Palästina, die durch Abgabe von Land an die Einwanderer den jüdischen Traum wahrscheinlicher scheinen ließen.

mit sich bringen. Das Verhältnis der Kirche zum Judentum war weiterhin ungeklärt und sollte es bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil weitgehend bleiben.

Als am 14. Mai 1948 David Ben Gurion in Tel Aviv „die Wiederherstellung des jüdischen Staates im Lande Israel, des Staates Israel“ erklärte, ging für das jüdische Volk nach einer knapp 2000-jährigen Geschichte von Vertreibung und Exil, von Verfolgung und Holocaust ein Traum in Erfüllung. Für die einheimischen Christen begann gleichzeitig ein spannungsreiches Kapitel ihrer fast 2000-jährigen Präsenz im Land, dessen Herausforderungen mit der Dauer des anhaltenden israelisch-palästinensischen Konflikt wachsen und das in nicht wenigen Fällen einer Identitätskrise gleichkommt.

Die Geburt Israels vor 70 Jahren geschah explizit als jüdischer Staat. Die vor Staatsgründung auf dem Gebiet lebenden Christen ebenso wie andere nichtjüdische Einheimische hatten eigentlich keine Wahl. Sie wurden integriert in ein neues Staatsgefüge, das von seiner ersten Minute an den Anspruch hatte, Heimstätte für Juden aus aller Welt zu sein. Aus anfangs 650.000 Juden wurden 6,5 Millionen, die heute rund drei Viertel der Staatsbürger stellen.

Als Staatsbürger mit gleichen Rechten gehören die arabischstämmigen Christen einerseits dazu. Andererseits bleiben sie als nichtjüdische Minderheiten im jüdisch geprägten Establishment außen vor, das noch dazu zunehmend religiös-nationale Züge trägt. Die Christen sind eine der kleinsten israelischen Minderheiten. Seit es das Christentum gibt, gehören sie zum gesellschaftlich-religiösen Flickenteppich der Region - und stehen doch zwischen allen Stühlen. Koordinaten wie Ethnie, Religion und Nation kennzeichnen die komplexe Frage nach der eigenen Identität und dem Miteinander mit der Mehrheitsreligion. Obwohl israelische Bürger, identifizieren sich viele mit dem palästinensischen Volk, sind unter den Arabern aber religiös wiederum - und damit doppelt - in der Minderheit. De facto stehen Christen in Israel besser da, als die meisten anderen Minderheiten, ihre Abwanderungsrate ist dennoch die höchste.

Gleichzeitig polarisiert die Identitätsfrage immer wieder auch die kleine christliche Minderheit. Das prominenteste Beispiel der letzten Jahre ist der griechisch-orthodoxe Priester Gabriel Nadaf in Nazareth, der sich - gegen den Willen der kirchlichen Hierarchien - für einen (derzeit freiwilligen) Wehrdienst der Christen in der israelischen Armee einsetzt. Sein Argument: Wer Rechte will, muss auch Pflichten annehmen. Israel schütze die Christen vor der Islamisierung. Die Gruppe um Nadaf sieht sich nicht als Araber, sondern definiert sich als Aramäer. Für Israel, lautet vielfach die Kritik der offiziellen Kirchenvertreter und zahlreicher palästinensischer Christen, ist ein Gabriel Nadaf mit seinen proisraelischen Anliegen

eine willkommene Gelegenheit, einen Keil in die arabisch-israelische Minderheit zu treiben und Christen gegen Muslime auszuspielen. De facto dürfen die Christen um Nadaf seit 2014 als Nationalität „Aramäisch“ in ihre Ausweispapiere eintragen lassen. Vielen Christen geht das zwar zu weit, aber die Zahl der arabischen Christen mit israelischem Pass, die statt dem Kampf um Palästina ein normales Leben in Israel führen wollen, dürfte nicht zu unterschätzen sein.

Die Zahl der Christen in Israel ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen, nicht aber ihr Anteil an der Bevölkerung. Bei der Staatsgründung stellten Christen knapp 18 Prozent der Bevölkerung, kaum mehr zwei Prozent sind es heute. Für das zahlenmäßige Wachstum ist auch die Migration verantwortlich. Zu russischen Einwanderern nach dem Rückkehrrecht kommen Gastarbeiter von den Philippinen und christliche Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern wie Eritrea und Äthiopien. Viele von ihnen sind stark in der jüdisch-israelischen Gesellschaft sozialisiert - und machen so eine weitere innerchristliche Segmentierung deutlich. Berührungspunkte

Anders als mit Palästina (2015) wurde der 1993 zwischen Israel und dem Vatikan vereinbarte Grundlagenvertrag nie wirklich ratifiziert. Auch sind wesentliche Fragen hier noch ungeklärt, darunter die unlängst in die Schlagzeilen geratenen Fragen der Besteuerung von Kirchenbesitz, aber auch Nutzung und Besitzstatus von heiligen Stätten wie etwa dem Abendmahlssaal auf dem Jerusalemer Zionsberg. Dennoch gelten die Beziehungen zwischen Vatikan und Israel heute als stabil. Zwischen unbedingtem Existenzrecht Israels auf der einen, der Forderung nach einer verhandelten Zwei-staatenlösung mit den Palästinensern mit einem Sonderstatus für Jerusalem, einem gerechten Frieden und einer Lösung für die Flüchtlingsfrage auf der anderen Seite bewegen sich die offiziellen kirchlichen Positionen: im Vatikan, aber auch innerhalb der Jerusalemer Kirchen.

Einem wesentlichen Satz an Forderungen der Kirchen - freier Zugang zu Heiligen Stätten, Religionsfreiheit, keine Diskriminierung aufgrund der Religion - entspricht die israelische Rechtslage. Das Christentum gehört zusammen mit dem Islam, dem drusischen Glauben und dem Glauben der



Foto: reuter

heiligen Stadt. Der vorläufige Höhepunkt im lange schwelenden Streit um staatliche Steuerforderungen und kirchliche Landverkäufe, den ein Entgegenkommen der israelischen Seite beendete, ist Ausdruck des spannungsreichen Verhältnisses von Christen zum Staat Israel. Seinen Ursprung hat es in historischen Entwicklungen, die zurückreichen in die Vorgeschichte des jüdischen Staates Israel, der am 14. Mai 1948 aus der Wiege gehoben wurde.

Theodor Herzl, der geistige Vater der zionistischen Bewegung, sah das Unglück der Juden in Europa kommen. Er, der wohlhabende und assimilierte Wiener Jude, sah den wachsenden Antisemitismus. Die Lösung vom jüdischen Nationalstaat in Palästina war seine Antwort auf die Zeichen der Zeit. Auf Herzls Traum folgten turbulente Umwälzungen in der Welt. Das Ende des Ottomanischen Großreichs und das Eindringen der Briten in das Machtvakuum Nahost, zwei Weltkriege und der Holocaust formten die geopolitische Landkarte, in die nicht nur der jüdische Staat, sondern auch die Komplexität der christlich-israelischen Beziehungen geboren wurden.

Vatikanische Unterstützung für seine Idee vom Judenstaat, wie Herzl sich erhoffte, fand er nicht. Um die Rechte der einheimischen Christen besorgt, handelte er sich bei Papst Pius X. eine Abfuhr ein. Ähnliches trieb den Vatikan in seiner Haltung gegenüber Großbritanniens Unterstützung für eine „jüdische Heimstatt in Palästina“: Zur



zwischen beiden - einheimischen und eingewanderten Christen - gibt es kaum, und erst in jüngster Zeit wächst sehr langsam ein gewisses Bewusstsein für die jeweils andere Realität.

45 Jahre dauerte es, bis der Vatikan den neuen Staat anerkannte, erst seit 1994 - mit dem Oslo-Prozess erhielt Israel einen vatikanischen Botschafter. Die Position Roms zum Streit um das Heilige Land hat sich dagegen nur in Nuancen verändert. Einen gerechten Frieden, der allen Beteiligten ein sicheres Leben ermöglichte, forderte Papst Pius XII. schon 1946, beklagte wiederholt die Gewalt im Vorfeld der Staatsgründung ebenso wie die kriegerischen Auseinandersetzungen, die auf die Unabhängigkeitserklärung im Mai 1948 folgten.

Bahai zu den anerkannten Religionen, die Religionsfreiheit ist für alle Bürger garantiert. Christenverfolgung gibt es, anders als in manchen arabischen Staaten der Region, in Israel nicht.

Auch wenn es auf allen Seiten Versuche gibt, Religion im Streit um das Land zu instrumentalisieren: Es ist ein Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern; es ist kein Konflikt zwischen Juden und Muslimen, Juden und Christen. Der drastische Schritt der Jerusalemer Kirchenführer in der Fastenzeit und ihre deutlichen Worte ließen wenig Zweifel daran, was in ihren Augen von Israel als Bündnispartner für die Christen zu halten ist. Und er zeigt, wie spannungsreich und komplex das Verhältnis zwischen Christen und jüdischem Staat bis heute ist.



Fotos: KNA

Avraham Burg: „Israel steht an einer T-Kreuzung“

Die Außenansicht des israelischen Parlaments, der Knesset. Foto: KNA

Israel steht vor einer Weichenstellung für seine Zukunft, meint der ehemalige Knesset-Präsident Avraham Burg (von 1999 bis 2003 für die Arbeitspartei). Das Verhältnis von Religion und Staat, die Palästinenserfrage und das Wesen der israelischen Demokratie sind nur einige der Themen, bei denen Klärungsbedarf herrscht. **VON ANDREA KROGMANN**

Herr Burg, was feiert Israel 70 Jahre nach seiner Unabhängigkeit?

Wir feiern die Unsicherheit. Warum? Weil Israel eine sehr instabile Gesellschaft ist. Wer in seinem kollektiven Wesen sicher ist, muss nicht jede Minute davon feiern als wäre es ein Jubiläum. In Israel jedoch herrscht das ständige Gefühl der Unmittelbarkeit und der Vorläufigkeit. Weil wir nicht wissen, was in Zukunft sein wird, feiern wir jeden kleinsten Grund. Zukunftsfähigkeit in Israel ist Unmittelbarkeit.

Benjamin Netanjahu etwa, der seit Ben Gurion am längsten amtierenden Ministerpräsident, spricht vom israelischen Traum, zu sein wie die Hasmonäer. Das Königreich der Hasmonäer dauerte rund 100 Jahre. Die Lebenserwartung, die Netanjahu uns verspricht, sind also gerade mal weitere 30 Jahre. Kein Wunder, dass wir die 70 Jahre feiern. Aber auch wenn es ein künstliches Datum ist, ist es eine gute Gelegenheit, auf die erstaunlichen Veränderungen zu schauen, die Israel durchlaufen hat.

Welche Veränderungen sehen Sie für die letzten 70 Jahre?

Israel hat, wie die meisten Gesellschaften im Westen auch, erhebliche Entwicklungen durchgemacht. Aber für Israel gilt wie für kein anderes Land, dass es Anteil an allen Themen hatte, die den Westen beschäftigt haben plus noch ureigene Herausforderungen. Und diese zusätzlichen Elemente sind entscheidend. Drei von ihnen prägen die Unsicherheit in besonderer Weise.

Erstens?

Als erstes haben wir die Demografie. Während Länder wie Deutschland, Frankreich oder Italien demografisch mehr oder weniger gleich geblieben sind, war Israel quasi in jedem Jahrzehnt ein anderes Israel. Das erste Jahrzehnt war jenes der Holocaust Überlebenden und Flüchtlinge, das zweite Jahrzehnt das der Nordafrikaner, das dritte das Rumäniens und anderer Ostblockländer. In den 1990ern kam die russische Einwanderung, dann die äthiopische. Jede Generation hat eine andere Demografie. Dazu kommen in jüngster Zeit von innen zwei Bevölkerungsschichten, die ausgeschlossen waren. Ultraorthodoxe und Araber, die ihre

Möglichkeiten der Integration ausloten. Das sind ernsthafte demografische Veränderungen, die die letzten 70 Jahre als sehr instabil charakterisieren.

Zweitens?

Die Kriege! Keine Gesellschaft im Westen, vielleicht auch nicht im Osten, ist durch so viele existenzielle Kriege gegangen wie wir in sieben Jahrzehnten. Vom Westen unterscheidet uns, dass wir eine Demokratie im permanenten Notstand und Krieg sind. Kriege lauern in Europa nicht um die nächste Ecke.

Und drittens?

Wir gehören nirgendwo hin. Juden, die immer irgendwo hingehört haben, zum Westen, zum Osten, zur muslimischen Welt, gehören zu keinem Block mehr.

Können Sie das näher erläutern?

Über viele Jahre hinweg glaubten Israelis und glaubte Israel, dass wir Teil der westlichen Hemisphäre sind. Die Gründergeneration kam aus Europa, hatte eine europäische Erziehung und wuchs in gewisser Weise mit Aktivisten und politischen Führern des Westens auf. Diese ersten Generationen waren sehr nach Europa ausgerichtet.

Und die heutige Generation?

Die meisten sind nicht mehr in europäische Realitäten geboren und haben keine guten Erfahrungen mit Europäern. Ihnen wird vermittelt, die gesamte Welt sei gegen uns und der nächste Holocaust warte schon um die nächste Ecke. Als konstante Mahnung wird ihnen vermittelt: Es ist in Europa passiert. Das gegenwärtige Israel ist eine Insel, die sich vom Mutterkontinent Europa abgetrennt hat, aber nie am Zielhafen Nahost angekommen ist.

Wie äußert sich dieses Nicht-Dazugehören?

Teil des Westens zu sein, bedeutet zum Beispiel eine Trennung von Religion und Staat, die Gleichberechtigung von Frauen und dergleichen. Statt der im Westen dominierenden zunehmenden Trennung von Religion und Staat gibt es in Israel eine Intensivierung der religiösen Übernahme

des Zivilsystems. Auch die Zentralität und Überordnung des Rechtssystems kann man unter der gegenwärtigen Regierung infrage stellen. Das sind nur zwei Beispiele, die eine ernsthafte Erosion an den Fundamenten des westlichen Lebensstils und Denkens zeigen. Auf der anderen Seite wollen wir keine Orientalen sein, aus emotionalen Gründen. Wir verachten sie und halten sie für primitiv. Das heißt, wir wenden uns von Europa ab, aber nicht dem Nahen Osten zu.

Was hat sich noch verändert?

Das zentrale Ordnungsprinzip des Staates! In den ersten Jahren war die zentrale Idee des Etatismus Ben Gurions. Als Menachem Begin 1977 die Führung übernahm, wurde sie durch die Idee eines Großisrael ersetzt. Es ist die Zeit der Siedlungen und Annektierungen. Wenn es heute noch eine ordnende Grundidee gibt – und dessen bin ich mir nicht sicher –, dann ist es einerseits das physische Überleben. Das ist zwar nicht mehr in Gefahr, aber wir tun so als ob, und damit wird jeder zum Feind. Das zweite ist der Bau des Tempels, und ich glaube, das hat das Potenzial, zu einem ernsthaften politischen Organisationsprinzip zu werden.

Hin zu noch mehr Religion?

Als ich ein kleiner Junge war, kannte das hebräische Jerusalem weder Araber noch heilige Stätten. 1967 erhielten wir den ganzen Segen und die Präsenz der Araber und der heiligen Stätten. Diese Transformation Jerusalems ist in vielerlei Hinsicht ist eine Transformation Israels: Die Präsenz des anderen muss anerkannt werden, gleichzeitig wird das Kollektiv immer eschatologischer, messianisch-religiöser.

Wann genau ist dieser Wandel passiert?

Es gibt keine scharfen Kurven, keine Revolutionen. Es ist eine schleichende Entwicklung, die sich im Rückblick sehen lässt. Nichtsdestotrotz gibt es mindestens vier Wendepunkte: 1967 hat mit zwei Elementen zum Wandel beigetragen. Im Israel vor 1967 haben wir das uns Mögliche getan, um jedwede Erinnerung an die palästinensische Präsenz auszumerzen. Mit 1967 kam eine permanente Mahnung an die palästinensische Frage, und wir wollen sie nicht abge-

ben. Außerdem brachte der Sieg im Sechstagekrieg erstmals in einer langen Geschichte einen Moment des Selbstvertrauens. Die Mahnung und das Gefühl der Omnipotenz sind eine Wasserscheide. Der zweite Wendepunkt ist der Jom-Kippur-Krieg von 1973, die eine kalte Dusche für die 1967-Arroganz war, bis dahin, dass Mosche Dayan von der Zerstörung des dritten Tempels sprach. Wir verloren erneut und bis heute das Selbstvertrauen. Wenn 1967 die Manie war, folgte 1973 die Depression. Der dritte sehr wichtige Wendepunkt ist die russische Einwanderung. Sie gab der israelischen Gesellschaft und gleichzeitig den Arabern das Gefühl, dass Israel vom Unfall zur Realität, von etwas Temporärem zu etwas Solidem geworden ist. Millionen Menschen kamen über Nacht und sagten: Das ist unser Platz. Und schließlich haben wir als vierten Wendepunkt den Besuch von Anwar Al-Sadat in Israel und Oslo. Beides waren Gelegenheiten für Israel, seine Syntax von Konflikt zu Versöhnung zu ändern. Auch wenn wir keinen Frieden haben, hat es dem progressiven Lager in Israel geholfen, die Hoffnung Leben zu erhalten. Bis heute lebt das Lager davon: Sadat hat mit uns Frieden geschlossen, wir haben mit Arafat Frieden gemacht – also ist es möglich!

Bis heute?

Politisch gesprochen kann man sagen, der Friedensprozess ist nicht nur gestorben, sondern wurde kremiert. Staub zu Staub. Aber das stimmt nicht. Nehmen wir die grüne Linie. Wenn sie je gelebt hat, dann nicht einmal 19 Jahre lang, von 1948 bis 1967. Die längste Zeit des Lebens Israels, 51 Jahre, leben wir ohne grüne Linie. Trotzdem ist sie sehr lebendig. Bei jedweden künftigen Verhandlungen geht es um 1967, jedwede künftige Basis eines Friedens wird die Linie von 1967 sein. Die Sperrmauer verläuft mehr oder weniger entlang der grünen Linie. Die politische Rechte versucht mit allen Mitteln, die grüne Linie auszuradieren.



Foto: Krogmann

Etwas, was nie über das Kindesalter hinausgekommen ist, ist damit das dynamische Element hier.

Und wohin geht die Dynamik?

Israel steht an einer T-Kreuzung, an der wir Entscheidungen treffen müssen.

Intern müssen wir uns fragen, welches Kirche-Staat-

Modell wir wollen: das westliche der diversen Trennungen, das Menschen ermöglicht, ihre Religion zu leben, in dem aber die Hauptautoritätsquelle die Demokratie ist, oder das muslimische Modell, in der Religion die Quelle der Autorität ist. Wir haben das Potenzial für beides. Eine andere Entscheidung betrifft uns und die Region: Vielleicht bringt ein Frieden mit den Palästinensern nicht automatisch einen vollständigen Frieden mit den arabischen Staaten um uns. Ohne Lösung für das palästinensische Problem werden wir aber sicher keinen Frieden mit der Region machen. Der Schlüssel zur Region ist die Palästinenserfrage. Und schließlich müssen wir über das Wesen unserer Demokratie entscheiden. Die Frage im Raum lautet: Ist eine ethnische Demokratie möglich, also eine Demokratie mit einer eingebauten Diskriminierung gegen jene, die nicht jüdisch oder nicht orthodox-jüdisch sind? Mein Gefühl sagt mir, dass wir mit diesem Modell vor die Wand fahren.

Und die Dynamik des Konflikts?

Das Ende des Konflikts ist unvermeidbar. Wenn Geschichte eines lehrt, dann dass Konflikte nicht für immer sind. Nicht sicher bin ich, dass ein Ende des Konflikts mit Frieden gleichzusetzen ist.

Aber das Ende des Konflikts ist greifbar?

Die Energie dieses Konflikts wird immer schwächer, aber noch ist sie nicht schwach genug. Das hat teilweise mit dem Mut von Eliten zu tun, die sagen müssten, was sie sehen. Sie wissen, dass Krieg nutzlos ist, aber noch sind sie zu populistisch, es zuzugeben.

Über Kreuz übers Kreuz

Das Land debattiert über die Bedeutung des Kreuzes – mit unterschiedlichen Akzenten **VON SEBASTIAN SASSE**

Kalt lässt das Kreuz niemanden: Es sind bei weitem nicht nur Theologen, die auf den Beschluss der bayerischen Staatsregierung mit öffentlichen Stellungnahmen reagieren, künftig in allen Behörden ein Kreuz aufzuhängen. Vom Bundespräsidenten bis hin zu Parteifunktionären reicht die Reihe derer, die in den letzten Tagen ihre Meinung zum Erlass zu Protokoll gegeben haben. Bei Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier klingt es, ganz dem Amt gemäß, eher staatstragend: Er mahnte, dass die gesetzten Maßstäbe der Verfassung berücksichtigt werden müssten. Er sei zwar kein Schiedsrichter, die Entscheidungen in Bayern zu bewerten, so erklärte er am Sonntag in der ARD, aber die Verfassung stecke den Rahmen ab, in dem die Frage durch eine Landesregierung gelöst werden müsse. Steinmeier, selbst evangelisch-reformiert und noch als Außenminister zum Präsidenten des Evangelischen Kirchentages 2019 gewählt (das Amt kann er nun freilich nicht mehr antreten), gab aber auch ein persönliches Bekenntnis ab: „Was uns sonntags in der Kirche fehlt, das wird das Kreuz in den Behörden nicht ersetzen können.“

Unter den Parteipolitikern sind vor allem die Stellungnahmen aus den Reihen von CDU und CSU interessant. Und hier geht es nicht nur um die Sache selbst, man kann auch noch eine Begleitmelodie aus den Äußerungen heraushören. Die Unionsmitglieder positionieren sich so auch innerhalb der schon seit Wochen parteiintern geführten Debatte über das Profil von CDU und CSU. Die Schlüsselfrage lautet hier: Welche Bedeutung hat das „C“? Und vor allem: Was wird letztlich aus ihm abgeleitet? Vor diesem Hintergrund zeichnen die einzelnen Stellungnahmen die Linien ab, hinter denen sich vor allem in der CDU die unterschiedlichen Lagern versammeln. Da ist etwa der nordrhein-westfälische Ministerpräsident

Armin Laschet. Er streicht seine Katholizität gerne heraus, aber mit besonderem Akzent. Laschet, der unter Jürgen Rüttgers Integrationsminister in NRW gewesen ist, ist besonders sensibel für alle Fragen, die den christlich-muslimischen Dialog betreffen. Schon die Islam-Debatte, die von dem neben Söder anderen wichtigsten Christ-Sozialen, Horst Seehofer, losgetreten worden war, kann ihm nicht gepasst haben. Schon vor Wochen hatte er auch in einem Interview zurückgewiesen, die Union sei eine konservative Partei. Sie sei in erster Linie christlich. Und das sei eben nicht mit konservativ gleichzusetzen. Sowohl Seehofers Islam-Äußerung wie auch Söders Vorstoß in Bayern sind aus seiner Sicht aber genau als Akzente dieses konservativen Flügels der Partei zu verstehen. Ent-

sprechend fiel denn nun auch seine Stellungnahme zu Kreuzen in öffentlichen Gebäuden aus: „Wir sind in Nordrhein-Westfalen mit der Präsenz von Religion im öffentlichen Raum zufrieden“, stellte Laschet im Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur Anfang der Woche fest. „Bei uns gibt es hier keinen Handlungsbedarf.“ Auch wies er zurück, der bayerische Vorstoß könne dabei helfen, konservative Stammwähler für die Union zurückzugewinnen. Die Frage „Kann das Kreuz helfen, Kreuzchen bei der AfD zu verhindern?“ verneinte er. Die Partei bekämpfe man am besten, indem man Probleme löst. Und mit Blick auf den kommenden Katholikentag in Münster stellte er fest: „Dass im katholisch geprägten Münster die AfD bei der Bundestagswahl den niedrigsten Wert in Deutsch-

land hatte, zeigt, dass Hetze gegen andere Religionen Christen abschreckt, Rechts zu wählen.“ Freilich markiert diese Position eben nur eine Seite innerhalb der Union. Für die andere steht etwa Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner. Die Pfälzerin hatte am Wochenende gegenüber der „Bild am Sonntag“ für Kreuze im öffentlichen Raum plädiert. Es wird spannend bleiben, welche Seite sich parteiintern mit ihrer Sichtweise auf das „C“ und dessen politischen Bedeutung durchsetzen wird.

Freilich, unabhängig vom Meinungsbild in der Politik, das letzte Wort werden letztlich die Gerichte haben. Bundespräsident Steinmeier hatte in seiner Stellungnahme auch auf das sogenannte Kruzifix-Urteil von 1995 hingewiesen. Damals sei festgestellt worden, dass das Kreuz in erster Linie als religiöses Symbol zu verstehen sei. Doch es gibt juristische Stimmen, die das anders sehen. So stellte der ehemalige Bundesverfassungsrichter Udi Di Fabio in einem Beitrag für die „Zeit“ fest, dass Kreuze in Behörden nicht dem Grundgesetz widersprechen würden. Der Bonner Jura-Professor, selbst auch bekennender Katholik, führte aus, das der Vorstoß der bayerischen Staatsregierung nicht als Versuch einer religiösen Indoktrination zu verstehen sei. Di Fabio verwies auch auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte aus dem März 2011 - Es stellt gewissermaßen die Gegenposition zum deutschen Kruzifix-Urteil dar.

Die Straßburger Richter hatten damals in ihrem Urteil festgestellt, dass eine vom Staat verhängte Pflicht, Kreuze in öffentlichen Räumen und Behörden aufzuhängen, auch mit dem Charakter eines säkularen Staates vereinbar sei. Man wird sehen, wie lange es nun dauern, bis auch über den bayerischen Fall Richter ein Urteil werden fallen müssen.

Siehe auch die Seiten 6 und 21



Er hat gut lachen: Markus Söder ist es gelungen, der öffentlichen Meinung seinen Stempel aufzudrücken. Der Kreuz-Beschluss der bayerischen Staatsregierung hat eine breite Debatte ausgelöst. Foto: dpa

Körperliche Gewalt in Arztpraxen

BERLIN (KNA/DT) An jedem Arbeitstag kommt es in Arztpraxen bundesweit zu 288 Fällen von körperlicher Gewalt. Das ist das Ergebnis einer ersten Teilauswertung des Ärztemonitors, wie die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und der NAV-Virchow-Bund am Dienstag in Berlin mitteilten. Jeder vierte an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmende Arzt hat demnach in seinem Berufsleben schon Erfahrung mit körperlicher Gewalt durch Patienten gemacht. Weitaus häufiger ist verbale Gewalt. Hier berichten die befragten Ärzte von bundesweit 2870 Fällen täglich. Laut Umfrage nimmt verbale Gewalt zu, je größer die Praxis ist, während körperliche Gewalt zunimmt, je kleiner die Praxis ist. Zur Anzeige bringen die Ärzte demnach etwa jeden vierten tätlichen Angriff. „Wer ständig einen kompletten Berufsstand verbal kriminalisiert, braucht sich nicht zu wundern, wenn dies zur Gewalt in Praxen führt“, kritisierte der KBV-Vorstandsvorsitzende Andreas Gassen. Der Ärztemonitor ist die deutschlandweit größte Befragung ambulant tätiger Ärzte und Psychotherapeuten, die die KBV und der NAV-Virchow-Bund - der Verband der niedergelassenen Ärzte - alle zwei Jahre in Auftrag geben. Für die Teilauswertung wurden die Ergebnisse von 7000 Befragten genommen.

Schleuserrazzia in mehreren Städten

HAMBURG/BREMEN/PIRNA (dpa/DT) Mit einer groß angelegten Razzia ist die Bundespolizei in Hamburg, Bremen und der Altmark gegen einen mutmaßlichen Schleuserring vorgegangen. Rund 800 Beamte sollten seit Montagabend 21 Durchsuchungsbefehle vollstrecken, sagte ein Sprecher der Bundespolizei in Pirna. Mehrere Tatverdächtige hätten überwiegend moldauische Staatsbürger nach Deutschland geschleust und illegal beschäftigt. Einige von ihnen sollen außerdem Kontakte in die Reichsbürgerszene in der Altmark haben. Zuerst hatten NDR, WDR und „Süddeutsche Zeitung“ darüber berichtet.

In Hamburg waren am Montag bereits drei Männer im Alter zwischen 30 und 43 Jahren vorläufig festgenommen worden. Dabei handele es sich um zwei Deutsche und einen Russen. Am Dienstag soll entschieden werden, ob gegen die Männer Haftbefehl erlassen wird. Insgesamt durchsuchten die Beamten mit Hilfe von Spezialkräften 16 Gebäude im Raum Hamburg, zwei in Bremen und drei in der Altmark. Die Staatsanwaltschaft Lüneburg habe bereits seit vergangener Oktober im dem Fall ermittelt.

Himmelfahrt oder Bollerwagen?

BERLIN (dpa/DT) Männertag, Vatertag, Christi Himmelfahrt: Wie begehen die Deutschen den Feiertag am 10. Mai? Einer Umfrage des Instituts YouGov gaben 23 Prozent der 988 befragten Männer an, den Tag mit der Familie zu verbringen oder mit dem Kind. Im vergangenen Jahr hätten 53 Prozent der Befragten „nichts Besonderes“ an dem Tag gemacht. Auch für die meisten Frauen (56 Prozent) ist der Vatertag der Umfrage zufolge kein Grund für besondere Aktivitäten. Nur sechs Prozent der 1045 befragten Frauen sagten, im vergangenen Jahr zu Himmelfahrt ein männerfreies Zuhause genossen zu haben. Vier Prozent der befragten Frauen trafen sich mit Freundinnen zu einem „Mädeltag“. Seit dem 4. Jahrhundert feiern Christen an Himmelfahrt die Rückkehr Jesu in den Himmel. Seit dem 16. Jahrhundert zogen an diesem Tag Prozessionen um die Felder. Im 19. Jahrhundert wurden daraus die sogenannten „Herrenpartien“, aus denen sich später - als Pendant zum Muttertag - der Vatertag entwickelte.

Keine Kampfeinsätze

Die Bundeswehr in Afghanistan ist massiv aufgestockt worden – der Auftrag bleibt der alte **VON CARL-HEINZ-PIERK**

Eigentlich sollte die Bundeswehr längst nicht mehr in Afghanistan sein. Die Bundeswehr hatte ihren Kampfeinsatz 2013 beendet und ist im Rahmen der Mission „Resolute Support“ (Entschlossene Unterstützung) nur noch zur Ausbildung und Beratung der afghanischen Streitkräfte im Land. Nun soll die Truppe dort kräftig aufgestockt werden. Statt bisher 980 werden sich bis zu 1300 Soldatinnen und Soldaten an dem Einsatz beteiligen. Grund für die Erhöhung der Obergrenze ist eine Anpassung des NATO-Schutzkonzepts. Das Einsatzgebiet der deutschen Kräfte wird außerdem um Kundus erweitert. Das Mandat endet am 31. März 2019.

Eine Rückkehr zu Kampfeinsätzen, die die NATO bis 2015 durchgeführt hatte, soll es aber nicht geben. Das bekräftigt gegenüber der „Tagespost“ ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums: „Deutschland bleibt in Afghanistan militärisch ausschließlich im Rahmen der NATO und auf Basis der Strategie von ‚Resolute Support‘ engagiert. Mit der derzeitigen Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen Sicherheits- und Verteidigungskräfte sollen diese zu einer flächendeckenden und nachhaltigen eigenverantwortlichen Wahrnehmung der Sicherheitsverantwortung befähigt werden, um damit einem inner-afghanischen Friedensprozess sowie den Anstrengungen des zivilen Aufbaus und der Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan die nötige Zeit und den nötigen Raum zu geben.“ Im Alltag sieht das dann oft so aus: Militärische Ausbilder der Bundeswehr werden bei ihrer Arbeit mit afghanischen Sicherheitskräften von bewaffneten Bun-

deswehrsoldaten geschützt, um zu verhindern, dass Auszubildende ihre Ausbilder angreifen.

Positiv wertet der schleswig-holsteinische CDU-Bundestagsabgeordnete Johann David Wadehul, Mitglied im Verteidigungsausschuss, dass sich seit dem Ende der Taliban-Herrschaft die Lebensumstände für die Menschen verbessert hätten. „Gerade in den Bereichen Bildung und Wirtschaft hat das Land einen ungeheuren Sprung nach vorne gemacht. Und davon

profitieren gerade Mädchen und Frauen – etwas, was unter den Taliban undenkbar war“, sagte Wadehul der „Tagespost“. Doch zugleich stehe das Land noch immer vor großen Problemen und werde vielerorts vom Terror der Taliban oder dem regionalen Ableger des sogenannten „Islamischen Staates“ heimgesucht. Die Taliban sind weiterhin eine akute Bedrohung, zusammen mit dem auch in Afghanistan aktiven „Islamischen Staat“. Dabei gibt es die Taliban als geschlossene homogene Organisation mit

einem Führer nicht. Experten schätzen die Zahl islamistischer Gruppierungen auf mindestens zwanzig. Dadurch hat sich die Sicherheitslage deutlich verschlechtert. Die afghanischen Sicherheitskräfte sind überfordert – sie brauchen, betont Wadehul, die Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft im Rahmen der Resolute Support Mission der NATO. Doch es sei eben nur Unterstützung und Schutz der eigenen Kräfte – kein Kampf. „Der eigentliche Einsatz erfolgt durch die afghanischen Sicherheitskräfte selbst. Sie tragen die Verantwortung in ihrem eigenen Land. Und auch nur die Afghanen selbst können ihrem Land Stabilität und Frieden geben, indem es zu einem Friedens- und Versöhnungsprozess kommt.“

Grüne fordert Debatte über Ziel des Einsatzes

Wie es um Afghanistan steht, geht aus dem „Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven des deutschen Afghanistan-Engagements“ hervor. Das Fazit: Die Erfolge sind fragil, es gilt, Rückschritte zu vermeiden. Welche Ziele mit diesem Militäreinsatz überhaupt noch realistisch erreicht werden sollen, fragt Agnieszka Brugger, stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis90/Die Grünen und Mitglied im Verteidigungsausschuss. Gegenüber dieser Zeitung fordert sie „endlich eine ehrliche Debatte über realistische Ziele dieses Einsatzes und Kriterien für eine Exit-Strategie. Leere Durchhalte-Parolen sind gerade bei einem so schwierigen Mandat völlig verantwortungslos.“



Bundeswehr-Soldaten bewachen einen Konvoi am Camp Marmal. Sie bilden die afghanischen Sicherheitskräfte mit aus. Foto: dpa

Mit der Macht des Wortes

Der erste Beauftragte der Bundesregierung für Religionsfreiheit, Markus Grübel, erläutert im Interview seine Aufgabe **VON STEFAN ROCHOW**

Herr Grübel, warum braucht Deutschland einen Beauftragten für weltweite Religionsfreiheit?

Das Menschenrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit wird weltweit zunehmend eingeschränkt oder komplett infrage gestellt. Ich halte diese Entwicklung für sehr bedrohlich. Ungefähr drei Viertel der Weltbevölkerung leben in Ländern, in denen es Einschränkungen der Religionsfreiheit gibt. Davon sind vor allem Christen, aber auch Muslime aufgrund ihres großen Anteils an der Gesamtzahl der Weltbevölkerung, am häufigsten betroffen. Die Lage der Religionsfreiheit ist heute angespannter als noch vor zehn Jahren. Das lässt sich etwa am Beispiel des Christentums beschreiben: Christen wurden 2015 in 128 Ländern bedrängt, diskriminiert und sogar verfolgt – 2007 waren es noch 108 Länder. Mit besonderer Sorge sehe ich, dass es in Gebieten, in denen Angehörige verschiedener Religionen lange neben- und miteinander leben konnten, zunehmend Intoleranz, Auseinandersetzungen und auch Vertreibungen zu beobachten sind. Das Thema nun verstärkt auf die Agenda zu setzen, ist also eine wichtige und sehr zeitgemäße Antwort auf eine anwachsende Problematik. Deutschland muss seinen Beitrag leisten, dass das Menschenrecht auf Religionsfreiheit gewährleistet wird.

Was ist konkret Ihr Aufgabenbereich?

Zu meinen Aufgaben gehört es, den Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit, der auf Antrag des



Markus Grübel (l), ist CDU-Bundestagsabgeordneter, in der letzten Legislaturperiode war er Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Ende April hat er gemeinsam mit seinem neuen Chef, Bundesentwicklungshilfeminister Gerd Müller (Mitte), in Mossul die Schäden besichtigt, die die Anschläge des IS dort hinterlassen haben. Hier zeigt Müller eine Mörsergranate. Foto: dpa

Deutschen Bundestages 2016 erstmals vorgelegt wurde, im zweijährigen Rhythmus fortzuschreiben. Dafür werde ich die Entwicklung der weltweiten Religionsfreiheit beobachten und hierbei mit einem systematischen Länderansatz arbeiten. Auch der internationale Dialog gehört zu meinen Aufgaben. Im nächsten Bericht will ich nicht nur fortlaufend dokumentieren, berichten und hinweisen, sondern auch werten und empfehlen.

Welche Länder stehen für Sie und die Bundesregierung im besonderen Fokus und warum?

Ganz aktuell müssen wir uns die Frage stellen, wie es gelingen kann, dass im Nordirak, in der Ninive-Ebene und im Sindjar weiter Christen und Jesiden leben können. Nach dem Ende der Schreckensherrschaft der Terrormiliz „Islamischer Staat“ stehen die Angehörigen religiöser Minderheiten vor den Trümmern ihrer Existenz. Ich habe mir

gerade im April ein eigenes Bild von der Lage vor Ort machen können. Es braucht Hilfe beim Wiederaufbau, offen ist auch, wer die Sicherheit der nun in ihre Heimat zurückkehrenden Vertriebenen garantiert. Wir müssen die Frage beantworten, wie ein Aussöhnungsprozess im Nordirak erfolgen kann. Wir müssen eine Lösung finden, wie ein gutes Miteinander oder wenigstens ein friedliches Nebeneinander von Sunniten, Schiiten, Jesiden, Christen und weiteren Religionsgemeinschaften im Norden Iraks möglich ist.

Welche tatsächliche Handlungsvollmacht steht hinter Ihrem Amt?

Ich habe die Macht des Wortes. Ich bin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) angesiedelt und habe Kontakte in das Parlament und in die Bundesregierung. Meine Kontakte werde ich dafür nutzen, um verstärkt auf das Thema Religionsfreiheit aufmerksam zu machen, um notwendige Maßnahmen für die Stärkung der Religionsfreiheit durchzusetzen. Bei meiner Aufgabe fange ich nicht bei Null an: Das BMZ hat bereits Anfang 2016 den Arbeitsbereich: „Religion und Entwicklung“ und die Strategie: „Die Religion als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit“ aufgebaut und damit den wichtigen Zusammenhang von Religion und Entwicklung schon hergestellt.

Wie wichtig sehen Sie dieses Thema in Bezug auf die Flüchtlingsfrage?

Religionsfreiheit stärkt den Frieden und

mindert Fluchtursachen, denn religiöse Konflikte sind oft Ursache für Vertreibung. Die bei uns lebenden Flüchtlinge sollen in Deutschland erfahren, dass Menschen ganz unterschiedlicher Religion oder Weltanschauung friedlich miteinander leben können.

Wo sehen Sie in Ihrer neuen Funktion Möglichkeiten hier Verbesserungen herbeizuführen?

Ich kann mich dafür einsetzen, dass sich Vertreter von verschiedenen Gruppen an einen Tisch setzen und sich über ihre Ansichten vorurteilsfrei austauschen. Ich kann mir auch vorstellen, als Vermittler zu arbeiten. Im Vordergrund aber wird stehen, in direktem Kontakt zu den Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft weltweit auf die Notwendigkeit der Einhaltung der Religionsfreiheit zu pochen. Die Religionsfreiheit ist kein Thema des Westens – etwa gibt es auch zum Verhältnis der schiitischen und sunnitischen Muslime zahlreiche Ansätze im islamischen Denken, die diese Frage aufgreifen. Ich bin davon überzeugt, dass es ein Anliegen aller Religionen und Bekenntnisse sein kann – und sein muss – die Freiheit des Bekenntnisses und die persönliche Glaubensentscheidung des Einzelnen zu respektieren. Dies halte ich nicht zuletzt für zentral, da so religiösem Extremismus vorgebeugt werden kann. Die Vermittlung von Offenheit gegenüber anderen Religionen ist also wichtig. Bildung ist hier Schlüsselthema: In Schulen kann man mit kultur- und religionssensiblen Unterrichtsmaterialien mehr religiöse Toleranz vermitteln.

Nur als ultima ratio

Urteil: Kirchenasyl zwingt den Staat nicht zur Duldung **VON HEINRICH WULLHORST**

Das Kirchenasyl existierte als „Heiligtumsasyl“ bereits, als es noch keine Kirchen gab. Es ist eine der ersten kulturgeschichtlichen Errungenschaften der Menschheit und findet sich in nahezu allen Kulturen wieder. Schon früh galten Tempel als geschützte Orte. Diesen umfassenden Schutz vergangener Zeiten gibt es so schon lange nicht mehr. Dennoch gibt es bundesweit derzeit etwa 445 Fälle, in denen die Zuflucht in Kirchen in Anspruch genommen wird. Deshalb hat das Münchener Oberlandesgericht jetzt in einer Entscheidung noch einmal deutlich gemacht, dass das Kirchenasyl nicht vor Strafverfolgung wegen illegalen Aufenthalts in Deutschland schützt. „Das Kirchenasyl verbietet dem Staat kein Handeln und zwingt ihn auch nicht zum Dulden“, stellte der Vorsitzende Richter fest.

Selbst eine Abschiebung aus Kirchenräumen ist demnach grundsätzlich möglich, weil es sich nicht um ein eigenständiges Rechtsinstitut handelt. Es bewegt sich außerhalb vorgesehener Verfahren und ist weder in der Verfassung noch in den Asylgesetzen verankert. Bei Kirchenasyl geht es vielmehr um eine zeitlich befristete Aufnahme von Flüchtlingen ohne bestätigten Aufenthaltsstatus, denen bei Abschiebung in ihr Herkunftsland Folter und Tod drohen oder für die mit einer Abschiebung nicht hinnehmbare soziale, inhumane Härten verbunden sind. Der Eintritt in ein Kirchenasyl begründe, so der 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts, weder einen Anspruch des im Kirchenasyl befindlichen Ausländers auf Erteilung einer Duldung, noch könne dieser sonstige ihm zustehende besondere Rechte wie die Aussetzung einer Abschiebung daraus herleiten. Aus der Gewährung des „Asyls“ durch einen Pfarrer erwächst also kein besonderer Schutz.

Ein solcher findet seine Grundlage vielmehr in einer Vereinbarung der Kirchen mit dem Bundesamt für Migration und

Flüchtlinge (BAMF) aus dem Februar des Jahres 2015. Deshalb führen nach den Feststellungen des Gerichts allein der bloße Eintritt in das Kirchenasyl und eine Untätigkeit der Behörden nicht zu einer Straflosigkeit. Erst dann, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Rahmen der bestehenden Vereinbarung ein Kirchenasylverfahren angezeigt bekommen und daraufhin eine erneute Einzelfallprüfung eingeleitet hat, liegt ab diesem Zeitpunkt bis zum Abschluss der Prüfung kein illegaler Aufenthalt mehr vor. Deshalb erfolgte in dem entschiedenen Verfahren



Kirchenasyle werden nicht mit Polizeigewalt geräumt. Diese Zusage hatte der bayerische Innenminister Joachim Hermann (CSU) in der Vergangenheit gemacht. Kirchenvertreter gehen nun davon aus, dass diese Zusage des Innenministers auch nach dem neuen Urteil weiterhin gilt. Foto: dpa

dann auch konsequenterweise ein Freispruch für den Asylbewerber.

Wenn die Behörde das Verweilen im Kirchenasyl von Anfang an nicht oder nach Abschluss der erneuten Einzelfallprüfung nicht mehr akzeptiert und dies dem Angeklagten zur Kenntnis gegeben hätte, wäre der Fall anders zu bewerten und der Aufenthalt im Kirchenasyl strafbar gewesen. Auch den verantwortlichen kirchlichen Mitarbeitern hätten dann Strafverfahren wegen Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt drohen können.

An der Praxis der Kirchen wird die Entscheidung des OLG München indes nur wenig ändern. Man versuche ohnehin, Kirchenasyle durch Beratung und das Finden anderer Lösungswege zu vermeiden, erklärte der Oberkirchenrat der Bayerischen Evangelischen Landeskirche, Michael Martin, gegenüber dem Evangelischen Pressedienst: „Unser Ziel ist es, in humanitären Härtefällen nicht Recht zu brechen, sondern dem Recht zum Recht zu verhelfen.“ Er habe allerdings auch nach dieser Entscheidung keinen Zweifel an der Zusage des bayerischen Innenministers Joachim Hermann, dass „auch künftig Kirchenasyle nicht mit Polizeigewalt geräumt werden“.

Auch die katholischen Bischöfe hatten bereits vor Jahren festgestellt, dass sich das Kirchenasyl „nicht als politisches Kampfmittel eignet“. Es gehe vielmehr lediglich darum, im konkreten Einzelfall, angesichts drohender humanitärer Härten, eine erneute rechtliche Prüfung zu ermöglichen. Insofern sei es immer nur als „ultima ratio“ zu verstehen und „eine Form des gewaltlosen zivilen Ungehorsams“.

Die Entscheider in den Pfarrgemeinden oder Ordensgemeinschaften müssten sich daher ihrer besonderen Verantwortung bewusst sein und mit dem kostbaren Gut des Kirchenasyls weiterhin sehr sorgfältig zu verfahren.

Investmentfonds der LIGA Bank

Augsburg
0821 3460-0
Bamberg
0951 98178-0
Dresden
0351 49275-0
Eichstätt
08421 9750-0
Freiburg
0761 13798-0
München
089 54889-0
Nürnberg
0911 20544-0
Passau
0851 93137-0
Regensburg
0941 4095-0
Speyer
06232 1327-0
Stuttgart
0711 248915-0
Würzburg
0931 3516-0



Jetzt Erträge neu anlegen!

Am 9. Mai 2018 schütten die Investmentfonds der LIGA Bank ihre Erträge an die Anleger aus.

Nutzen Sie den Aktionszeitraum von 11. Mai bis 29. Juni 2018 zur Wiederanlage und machen Sie mehr aus Ihren Erträgen.

Sprechen Sie uns an.
Informationen unter: www.ligabank.de

LIGA BANK
Dienstleister für die Kirche
- seit 1917 -

Union Investment

Verkaufsprospekte sowie Jahres- und Halbjahresberichte der Fonds erhalten Sie kostenlos in allen Filialen der LIGA Bank eG sowie bei der Union Investment Privatfonds GmbH, Weißfrauenstraße 7, 60311 Frankfurt am Main.

Jude werden in Israel

Das Land debattiert über eine staatsrechtliche Regelung der Konversion zum Judentum **VON TILL MAGNUS STEINER**

In Israel soll ein neues Gesetz erstmals staatsrechtlich die Konversion zum Judentum regeln. Eine Regelung ist notwendig, da jeder Jude, auch ein Konvertit, aufgrund des sogenannten Rückkehrgesetzes Anrecht auf die israelische Staatsbürgerschaft hat. Der nun vorliegende Entwurf sieht vor, dass eine Einrichtung geschaffen wird, die unabhängig vom israelischen Oberrabbinat über die Konversion zum Judentum innerhalb Israels entscheidet. Damit wird eine Empfehlung aufgenommen, die 1997 eine Kommission vorgelegt hatte: Es solle staatlicherseits ein einheitlicher Konversionsprozess geschaffen werden, der unter der gemeinsamen Aufsicht aller Denominationen des Judentums steht. Aufgrund einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs anerkannte Israel bereits seit 1989 Konversionen, die im Ausland durch liberale oder konservative Rabbiner durchgeführt wurden. Entgegen der Empfehlung der Kommission entschied jedoch bis 2016 allein das israelische, orthodoxe Oberrabbinat über die Anerkennung eines Konversionsprozesses innerhalb Israels. Dieses religiöse Monopol beendete der Oberste Gerichtshof in jenem Jahr. Aufgrund einer Klage von drei Konvertiten, deren Übertritt zum Judentum durch ein privates, orthodoxes Gericht bestätigt wurde, fiel das Urteil, dass „zumindest zum zivilrechtlichen Zweck das Oberrabbinat Israels nicht die einzige anerkannte Einrichtung für die Konversion sein kann“. Aufgrund dieser Gerichtsentscheidung klagten dann in der Folge sowohl Vertreter des Liberalen Judentums sowie des Konservativen Judentums ebenso für die staatliche Anerkennung der durch sie in Israel erfolgten Konversionen.

Um dem drohenden Machtverlust des israelischen Oberrabbinats entgegenzuwirken und die Anerkennung von Konversionen staatlich zu regeln, legten die ultra-orthodoxen Parteien in der Regierungskoalition



Ministerpräsident Benjamin Netanyahu will eine Entscheidung in die nächste Legislaturperiode verschieben. Foto: dpa

2017 einen Gesetzentwurf vor, der dem israelischen Oberrabbinat die alleinige Kompetenz zuschreibt, staatlich anerkannte Konversionen zum Judentum in Israel durchzuführen.

Heftige Kritik sowohl aus den nicht-orthodoxen Denominationen in Israel als auch weltweit führte dazu, dass Premierminister Benjamin Netanyahu das Gesetz der Knesset nicht zur Abstimmung vorlegen ließ, sondern den ehemaligen Justizminister Moshe Nissim damit beauftragte, einen Kompromissvorschlag auszuarbeiten. Der nun von ihm vorgelegte Gesetzestext trifft jedoch auf eine breite Ablehnung sowohl von Vertretern des israelischen Oberrabbinats als auch der nicht-orthodoxen Denominationen.

Der Entwurf sieht zwar die Schaffung einer vom Oberrabbinat unabhängigen Einrichtung vor, allerdings erhält es weiterhin einen entscheidenden Einfluss auf die Zusammensetzung der Gremien, die über

Konversionsprozesse entscheiden. Zudem soll dem Gesetz entsprechend der Direktor dieser Einrichtung direkt durch den Premierminister ernannt werden.

Da im israelischen Parteiensystem die ultraorthodoxen Parteien meistens notwendig zur regierungsfähigen Koalitionsbildung sind, so fürchten Vertreter der nicht-orthodoxen Denominationen, werden diese somit in Koalitionsverhandlungen die Leitung dieser Einrichtung als Bedingung für eine Regierungsbildung beanspruchen und sie somit dauerhaft entsprechend der Vorstellung des Oberrabbinats prägen können.

In dem Gesetz soll andererseits die staatliche Anerkennung von nicht-orthodoxen Konversionen im Ausland festgeschrieben werden, die aus der Perspektive des Oberrabbinats unakzeptabel ist. Uri Keidar, der Vorsitzende der sich für Religionsfreiheit einsetzenden NGO „Be free Israel“, mahnt: „Um Israel als die jüdische und demokratische Heimat des Jüdischen Volkes aufrecht

zu erhalten, bedürfen wir eines breiteren und vielfältigeren Konzeptes des Judentums.“ Der Streit um das Konversionsgesetz zeigt jedoch, wie weit die verschiedenen Seiten von einem pluralistischen Kompromiss entfernt sind. Es deutet sich bereits an, dass Premierminister Benjamin Netanyahu, das Gesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr in die Knesset einbringen wird.

Die hinter dem Gesetzentwurf stehende Frage „Wer ist ein Jude im Staat Israel?“ führt seit der Gründung der Republik immer wieder zu Konflikten. Bemerkenswert ist nun, dass sich in dieser Frage innerhalb des Orthodoxen Judentums ein Riss andeutet. 50 einflussreiche Rabbiner, die der „Modernen Orthodoxie“ zugerechnet werden, fordern und fördern mit ihrer Organisation „Giur keHalacha“ (= „Konversion gemäß dem Religionsgesetz“) die Möglichkeit einer staatlich anerkannten Konversion zum Judentum ohne Aufsicht des israelischen Oberrabbinats.

Saudisches Geld und westliche Waffen

„Wir brauchen eine mentale Revolution!“, fordert der ägyptische Jesuit Samir Khalil Samir **VON STEPHAN BAIER**

„Wir erleben im Nahen Osten die schlimmste Situation seit vielen Jahren“, sagt Pater Samir. Und: „Wir leben in einem inneren Konflikt.“ Die innere Zerrissenheit und Spaltung, etwa die Spannung zwischen dem beduinischen Lebensideal aus Mohammeds Zeit und moderner Technologie, macht der ägyptische Jesuit für die Krise der arabischen Welt mitverantwortlich. Der 80-jährige Samir Khalil Samir, geboren in Kairo und ausgebildet in Frankreich, ist ein exzellenter Kenner der Region: Der Theologe und Islamwissenschaftler lehrte viele Jahrzehnte in Beirut, in Paris und am Päpstlichen Orientinstitut in Rom. Papst Benedikt berief ihn zum Konsultor seiner Bischofssynode für den Nahen Osten.

„Die Mehrheit der Muslime will nur in Ruhe leben“, versicherte Pater Samir in der Vorwoche bei Vorträgen in Wien und Graz. Beschwichtigen will er damit nicht: „Der Islam ist eine politische Religion mit einem politischen Ziel: Er will die Welt gewinnen.“ Einfluss habe in der zerrissenen islamischen Welt, wer über Geld oder über Waffen verfügt. Das Geld für die voranschreitende Islamisierung komme aus Saudi-Arabien, aber auch aus Katar und Kuwait. Die Waffen kämen aus den USA, aus Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Die Waffen, mit denen Christen und Schiiten im Orient ermordet werden, würden „nicht bei uns produziert“, weiß der Jesuit. „Im Nahen Osten produziert nur ein einziges Land selbst Waffen, nämlich Israel.“

Dass Donald Trump seine erste Auslandsreise als amerikanischer Präsident nach Saudi-Arabien unternahm, hält Samir Khalil Samir nicht für einen Zufall: „Wie

viele Milliarden hat er bekommen? Bei den Europäern geht es immer um Millionen, aber bei Amerika um Milliarden.“ Die Herzlichkeit zwischen Trump und dem starken Mann Saudi-Arabiens, Kronprinz Mohammed bin Salman, sei auffällig. Riad bombardiere im Jemen Zehntausende Zivilisten, „nur weil sie Schiiten sind“, führe auch Krieg in Syrien, weil der dort regierende Assad zu den (zur Familie der Schia zählenden) Alawiten gehört und vom schiitischen Iran abhängt. Anders als Ägypten, wo seit 1971 die Scharia als Grundlage allen Rechts in der Verfassung verankert ist, sei

Syrien für seine christlichen Bürger ein Musterfall gewesen. Bei dem seit 2011 währenden Krieg gehe es auch darum, dass die Sunniten mit ausländischer Hilfe ihre verlorene Dominanz zurückerobern wollten.

Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts habe Ägypten eine „zweite Renaissance“ erlebt, Muslime und Kopten hätten sich als eine Nation verstanden, erinnert sich Pater Samir. Die Muslimbruderschaft, die mit saudischer Hilfe nach einer islamischen Nation strebt, habe jedoch seit Präsident Sadat an Einfluss gewonnen. Seither sei die Islamisierung noch weiter vorangegangen.

Da man fast keine Genehmigungen für den Bau von Kirchen bekomme, gebe es mittlerweile tausend illegal gebaute koptische Kirchen in Ägypten. „Der arabische Frühling war eine große Hoffnung, aber wir sind schnell zum alten System zurückgekehrt.“

Samir Khalil Samir beklagt, dass es in der arabischen Welt keine gemeinsame Vision gebe, und viel zu wenig Bildung. In Ägypten gebe es offiziell 40 Prozent Analphabeten, tatsächlich noch viel mehr. Auch viele Studenten könnten nur rezitieren, aber nicht denken. „Wir brauchen eine mentale Revolution“, meint der vielsprachige und polyglotte Jesuit. Die „intellektuelle Revolution“, von der er träumt, gehe nur über Schule und Ausbildung. Optimistisch ist er jedoch nicht: „Die Situation ist tragisch: Wir gehen von schlimm zu schlimmer!“

In Graz nahm Samir Khalil Samir auch zur Integration der nach Europa geflohenen Menschen aus der islamischen Welt Stellung. Man solle jene zurückschicken, die nicht bereit oder in der Lage sind, die Sprache des Gastlandes zu erlernen. Zudem brauche es klare Prinzipien und Regeln: „Das ist notwendig, denn wir leben in einer anderen Welt!“ Jedes Land Europas solle entscheiden, wie viele Flüchtlinge es aufnehmen kann, dann aber auch auf die Qualität der Integration achten. Richtige Integration brauche viel Zeit und Geld. „Aber die Leute, die dann bleiben können, werden andere Menschen“, meint er. Die Christianisierung und das Bewusstsein von der „Bruderschaft aller Menschen“ sei „auch kulturell ein Schritt nach vorne“, so der Jesuit, der der kulturellen Integration auch einen religiösen Aspekt abringt.



Der eine hat Petrodollar, der andere verdient an Waffenverkäufen: Saudi-Arabiens Kronprinz Mohammed bin Salman mit US-Präsident Trump. Foto: dpa



Heinrich Bedford-Strohm

VON TILMANN ASMUS FISCHER

Ebenso wie der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Reinhard Kardinal Marx, hat auch Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, seit 2014 Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), aus Anlass des Münchener Kreuzfix-Erlasses vor einer politischen Vereinbarung des Kreuzes gewarnt. Nichtsdestotrotz begrüßte er grundsätzlich das öffentliche Sichtbarmachen des Kreuzes: „Religion lässt sich nicht in die Privatsphäre verbannen.“ Es ist dies mehr als eine Meinungsäußerung zur tagespolitischen Debatte, sondern vielmehr Ausdruck einer grundsätzlichen Positionsbestimmung des – nicht nur kirchenleitenden, sondern vor allem auch akademischen – Theologen Bedford-Strohm, der 1960 in Memmingen geboren wurde. Anders als seine beiden Vorgänger an der Spitze des protestantischen Kirchenbundes – Margot Käßmann und Nikolaus Schneider – blickte er bei Amtsantritt auf eine umfangreiche universitäre Tätigkeit zurück.

DER AKADEMIKER

Dies war zuletzt bei Wolfgang Huber (Ratsvorsitzender 2003 bis 2009) der Fall gewesen. Bei diesem wiederum wurde Bedford-Strohm 1992 mit einer Arbeit unter dem Titel „Vorrang für die Armen. Auf dem Weg zu einer theologischen Theorie der Gerechtigkeit“ promoviert. Seit 2004 war Bedford-Strohm an der Universität Bamberg Professor für Systematische Theologie. Hier gründete er 2008 die „Dietrich-Bonhoeffer-Forschungsstelle für Öffentliche Theologie“. Es ist die Programmatik der Öffentlichen Theologie, der nicht nur der Wissenschaftler, sondern auch der Bischof Bedford-Strohm verpflichtet ist. Als er 2011 Bischof der bayerischen Landeskirche wurde, musste er seinen Lehrstuhl aufgeben. In seiner Abschiedsvorlesung am 26. Juli formulierte er ein Credo der Öffentlichen Theologie: „Von den Traditionen her, aus denen die Kirche lebt, inspirierende Kraft für die ganze Gesellschaft zu entfalten, das ist eine Aufgabe der Kirche und der kirchenleitenden Organe, etwa des Landesbischofs, die in der Zukunft eine besondere Bedeutung bekommen muss und bekommen wird.“ Vor diesem Hintergrund erklärt sich, weshalb Bedford-Strohm bei aller Kritik auch das Kreuz im öffentlichen Raum befürwortet: Da aus ihm – richtig verstanden – ebendiese Tradition und inspirierende Kraft spricht. Entscheidend sei für ihn, so hatte er erklärt, dass das Kreuz vom Inhalt her mit Leben erfüllt werde: „Das heißt Feindesliebe, Einsatz für die Schwachen, universales Liebesgebot; also nicht die Benutzung des Kreuzes zur Abwehr gegen andere, sondern als Grundlage dafür, dass wir eine Verantwortung für alle Menschen haben.“

Kirche stellt Ultimatum

Nicaragua steht am Rand einer Revolution – Die Kirche fordert einen „Runden Tisch“ **VON MARCELA VELEZ-PLICKERT**

Nicaragua scheint am Rande einer Revolution seiner Bürger zu stehen, nachdem seit Wochen Proteste mit zahlreichen Todesopfern gegen Präsident Daniel Ortega toben. Die katholische Kirche hat in diesem Prozess inzwischen eine führende Rolle übernommen. Was als Protest gegen eine Rentenkürzung und höhere Sozialabgaben begann, hat sich zu einer breiten Bewegung der Zivilgesellschaft entwickelt, die Ortega nicht länger an der Macht sehen will.

Die Kirche hat Ortega einen Monat Zeit gegeben, den versprochenen Runden Tisch für Gespräche zu errichten und erste Resultate vorzuzeigen. Wenn die Bischöfe dann keine Fortschritte sähen, würden sie „das Volk Gottes informieren und ihm sagen, dass wir so nicht weitermachen können“, drohte kürzlich Kardinal Leopoldo Brenes, Erzbischof der Hauptstadt Managua, vor einer mehrtausendköpfigen Menge von Demonstranten. Die Kirche hatte zu einem „Friedensmarsch“ aufgerufen, der zu einem Massenprotest gegen die Regierung wurde.

Ortega steht inzwischen mit dem Rücken zur Wand. Der 72-Jährige war einst Führer der linksradikalen sandinistischen Rebellen, der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront, und leitete den Kampf gegen die rechte Diktatur des korrupten Somoza-Clans. 1979 wurde er zum Präsidenten gewählt. Nicaragua, das heute sechs Millionen Einwohner hat, ist eines der ärmsten Länder Lateinamerikas; das Pro-Kopf-Einkommen beträgt umgerechnet nur 2100 Dollar.

Die Armut erklärt auch, weshalb es seit den siebziger Jahren ein fruchtbarer Boden für die marxistisch angehauchte Befreiungstheologie war. Linksgerichtete Katholiken unterstützten zum Teil die Sandinisten, eine Guerilla-Truppe, obwohl sie vom Vatikan offiziell abgelehnt und verurteilt wurde.

Während der achtziger Jahre wütete in Nicaragua ein blutiger Bürgerkrieg, in dem von den USA unterstützte rechte Contras, die die von der Sowjetunion und der internationalen Linken geförderten Sandinisten bekämpften. Der Bürgerkrieg endete erst



Die Proteste weiten sich aus. Erst ging es um Rentenkürzungen, jetzt wird Ortegas Rücktritt gefordert.

Foto: dpa

mit dem Ende des Kalten Kriegs 1990, als Ortega im selben Jahr die Wahlen verlor.

2006 kehrte Ortega an die Macht zurück. Seine sandinistische Guerilla-Bewegung hatte er inzwischen zu einer Partei umgewandelt. Er wurde seitdem zweimal wiedergewählt, wobei die Opposition die Rechtmäßigkeit der Wahlen anzweifelte und Betrug anprangerte. Viele Bürger waren irritiert, als Ortega Anfang 2017 seine Ehefrau Rosario Murillo zur Vizepräsidentin wählen ließ. Nach Einschätzung von Beobachtern ist sie die eigentliche Regierungschefin. Sie kontrolliert nicht nur das Präsidentenamt, sondern auch die Staatsmedien, den gefürchteten Bürger-Rat, die Sandinistische Front in den Kommunen. Zudem dirigiert sie die Sozialpolitik. Carlos Fernando Chamorro, der einst eng mit Ortega zusam-

menarbeitete und der Chefredakteur der sandinistischen Zeitung war, klagt heute scharf an: „Das Präsidentenpaar kontrolliert alles, die Staatsgewalt, die Arme, die Polizei. Einige sagen, sie haben sogar mehr Macht als die Somozas.“ Außerdem sehen die Leute, wie Freunde und Verwandte des Präsidenten auf wundersame Weise sehr reich wurden.

Hohe Sozialabgaben waren der Auslöser

Seit Unterstützung aus Venezuela fehlt, das wegen des Verfalls des Ölpreises unter einer tiefen Wirtschaftskrise leidet, kämpft auch Nicaragua mit Finanznot. Ortega erhöhte deshalb die Sozialabgaben. Dies war der Auslöser der Proteste Mitte April. Vor

allem Studenten führten sie an. Die Regierung antwortete mit brutaler Repression. Innerhalb von fünf Tagen gab es mindestens 45 Tote, nach Angaben von Nichtregierungsorganisationen waren es sogar 63 Todesopfer. Das brutale Vorgehen der Polizei und regimetreuer Schlägertrupps hat die Proteste noch mehr angeheizt. Neben den Studenten wehren sich Unternehmer gegen höhere Abgaben. Ortega hat zwar die Rentenreform rasch zurückgenommen, doch längst geht es um mehr: Die Demonstranten prangern den autoritären und korrupten Regierungsstil an, der viele inzwischen an die Zeit des Somoza-Clans erinnert. Es müsse endlich „freie und transparente Wahlen“ geben, um den Rechtsstaat wiederherzustellen, fordert die Bewegung „Hagamos Democracia“ (Machen wir Demokratie).

Libanon: Hisbollah siegt bei Wahlen

BEIRUT (DT/dpa) Bei der Parlamentswahl im Libanon ist die schiitische Hisbollah klar stärkste Kraft geworden – Ministerpräsident Saad Hariri musste dagegen deutliche Verluste einstecken. Die Hisbollah und mit ihnen verbündete Gruppen errangen bei der ersten Wahl zum Abgeordnetenhaus seit neun Jahren mehr als die Hälfte der Sitze, wie aus inoffiziellen Ergebnissen hervorgeht. Gleichzeitig erreichte Hariris Bündnis nach eigenen Angaben nur 21 von 128 Mandaten. Das ist etwa ein Drittel weniger als die 33 Sitze, die seine Koalition 2009 errang. „Wir hatten gehofft, ein besseres Resultat und einen größeren Block zu erzielen“, sagte Hariri am Montag in Beirut.

Irak: Verzicht auf religiöse Symbole

Bagdad (DT/KAP) Das chaldaisch-katholische Patriarchat hat mit Blick auf die irakische Parlamentswahl am 12. Mai den Wunsch geäußert, religiöse Symbole sollten als Instrumente der Wahlpropaganda vermieden werden. Die Kandidaten sollten sich vielmehr auf ihre beruflichen Fähigkeiten und ihre persönlichen Talente beziehen, wenn sie sich um die Gunst der Wähler bemühen, heißt es in einer vom römischen Pressedienst „Fides“ zitierten Erklärung des Patriarchats. Vor allem christliche Kandidaten sollten vermeiden, Unterstützung von kirchlichen Stellen einzufordern. Mit diesen klärenden Äußerungen bezieht sich das chaldäische Patriarchat insbesondere auf den (christlichen) ehemaligen Finanzminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten der kurdischen Regionalregierung, Sarkis Agajan, dessen Arbeit im Wahlkampf in den „Social media“ mit dem Wirken Christi verglichen wurde. „Wir respektieren Professor Agajan“, heißt es in der Verlautbarung des Patriarchats, „aber wir dürfen ihn nicht mit Christus vergleichen“. Fast 7000 Kandidaten bewerben sich auf 87 Listen für die 329 Sitze im Parlament. Mindestens neun politische Parteien, die von christlichen Politikern geleitet werden, bewerben sich um die den Christen vorbehaltenen fünf Sitze in den Provinzen Bagdad, Kirkuk, Erbil, Dohuk und Ninive.

Anzeige

Moralische Krüppel

Kambodschas Frauen leiden unter der Gewalt ihrer Männer - Spätfolge einer Sozialisierung während der Schreckensherrschaft der Roten Khmer **VON ROBERT LUCHS**

„Ich kann dich töten, wann immer ich will. Ich kann dich töten und es wird niemanden interessieren.“ Sokh An steht vor seiner Frau Chantol (Name geändert), dann schlägt er zu und bricht ihr den Kiefer. Bevor der Mann seine hilflose Frau zusammenschlägt, hat er den ganzen Nachmittag getrunken und mit Freunden Karten gespielt. Die beiden Kinder des Paares fangen an zu weinen, die Nachbarn wenden sich ab, niemand kommt der blutüberströmten Frau zur Hilfe. Eine Szene, wie sie sich in Kambodscha täglich wiederholt. 25 Prozent aller Frauen dort leiden unter häuslicher Gewalt, und die Hälfte der geschiedenen Frauen geben häusliche Gewalt als Grund an, wie aus einer Studie des Gesundheitsministeriums hervorgeht. Chantol ist in den letzten Jahren durch die Hölle gegangen. Brutale Schläge wechseln sich mit Vergewaltigungen ab, wenn ihr Mann Sokh An betrunken ist.

Seit der König ein Gesetz zur Verhütung häuslicher Gewalt unterzeichnet hat, können Frauen wie Chantol wieder Hoffnung schöpfen. Bei allem, was sie durchgemacht hat, verurteilt sie ihren Mann nicht, sondern sucht nach Erklärungen. Die Zeit als Soldat bei den Roten Khmer Mitte der Siebziger Jahre habe ihn zu dem gemacht, was er heute ist: Ein verrohter Mann, dem

Mitgefühl und menschliche Werte fremd geworden sind. Die Roten Khmer haben zwischen 1975 und 1979 eine Schreckensherrschaft über die damals rund sieben Millionen Kambodschaner ausgeübt. Rund 1,7 Millionen Menschen wurden ermordet, die gesamte Intelligenz des Landes ausgerottet, die der Vorstellung der Rebellen von einem Steinzeit-Kommunismus im Wege stand.

„Die zum Töten und zu allen Formen der Gewalt gezwungenen Männer sind nach diesem Regime zerbrochen, moralisch verkrüppelt“, sagt Phally Hor, frühere Leiterin

des Projekts gegen häusliche Gewalt (Project Against Domestic Violence, PADV) in Phnom Penh. „Heute leiden die Familien an diesen schrecklichen Ereignissen und unter der mangelnden Selbstachtung der Männer.“ Die Folgen sind gravierend: Über die Hälfte der misshandelten Frauen erleiden schwere Verletzungen. Dass sie oft durch Schüsse verletzt werden, ist ebenfalls ein Erbe des Terrorregimes und des späteren Bürgerkriegs. Schusswaffen sind weit verbreitet und in vielen Haushalten vorhanden.



Der Militärdienst bei den Roten Khmer hat viele Männer verroht.

Foto: dpa

Renovabis

miteinander. versöhnt. leben.

Gemeinsam für ein solidarisches Europa!

www.renovabis.de

Inszenierte Relevanz



Von Münster werden Bilder einer mit sich selbst beschäftigten Kirche ausgehen. Die Erneuerung des Katholischen muss von woandersher kommen

VON OLIVER MAKSAN

Es werden Tage der schönen Bilder sein, die das katholische Deutschland ab Christi Himmelfahrt in Münster produziert: Da wird es einen beeindruckenden Aufmarsch von Politprominenz geben, die Kanzlerin und der Bundespräsident an der Spitze. Diese werden vor entzücktem Publikum betonen, wie wichtig das Engagement der Christen und der Kirchen sei etc. Die Veranstalter des Katholikentags wiederum werden sich auf die Schulter klopfen vor soviel Anschlussfähigkeit an die Gesellschaft. Es ist derweil eine Inszenierung von Relevanz. Das kirchliche Christentum in Deutschland ist schwach wie nie. Zahlenmäßig stark wie in den fünfziger Jahren, reich an sprudelnden Kirchensteuermitteln und einem beeindruckenden Apparat, wird doch keine einzige gesellschaftliche Debatte von der Kirche entscheidend beeinflusst. In der Migrationsfrage hat sie den polit-medialen Zeitgeist verstärkt, nicht geprägt. Das haben Kanzlerin und Grüne erledigt.

Die gesamtgesellschaftliche Dividende wird nun, da sich nach Ellwangen der Wind weiter dreht, denkbar schmal ausfallen. Die „Ehe für alle“ wurde unter schwachem Protest der Bischöfe beschlossen. Seither herrscht Schweigen aus der Sorge heraus, nur nicht unter die Diskriminierer gerechnet zu werden. Die Kommuniondebatte für Protestanten macht glauben, Sakramente würden zum Aktionspreis angeboten. Und in der Kreuz-Diskussion erweckte eine unglücklich agierende DBK-Spitze den Eindruck, als wäre die Kirche allen Ernstes gegen neue Kreuze im öffentlichen Raum.

Von Münster werden derweil wieder Bilder einer mit sich selbst beschäftigten Kirche ausgehen. Zdk-Chef Sternberg forderte im Vorfeld zum x-ten Mal die Weihe von viri probati. Sicher, es gibt manche gute Veranstaltung und viele überzeugte Christen, die in Münster auf der Suche nach Inspiration für ihren Glauben sind. Letztlich sind Katholikentage aber zu einer Heerschau der Beliebtheit geworden. Aus kirchlicher

Selbstbespiegelung wird indes kein Geist des Aufbruchs erwachsen. Die Utopie, an der der Verbandskatholizismus krankt, lautet: Wenn erst diese und jene Strukturreform durchgeführt ist, wird es einen neuen Aufbruch geben. Wenn und dann: Eine überzeugende kirchliche Existenz lässt sich mit ungedeckten Wechsellern auf die Zukunft nicht führen. Und das Schicksal des EKD-Protestantismus könnte jeden schnell von der Illusion befreien, dass Frauenordination etc. die Massen in die Kirchen treiben.

Berliner Spitzenpolitiker in Kompaniestärke und tausende Besucher in Münster dürfen nicht darüber hinwegtäuschen: Es droht ein rasant entchristlichtes Deutschland. Entscheidend wäre jetzt umzusetzen, was der Zdk-Katholizismus wie der Teufel das Weihwasser scheut: Entweltlichung. Papst Benedikt hat mit seiner Freiburger Rede von 2011 der katholischen Kirche in Deutschland eine Karte mit Wegen aus der Krise in die Hand gegeben, die diese törichterweise ignoriert.

Die Prognose sei gewagt: Das Modell der Kirche, das sich dieser Tage in Münster mit Millionenmitteln feiert, hat keine Zukunft. Die Erneuerung des Katholischen wird von anderswoher kommen müssen. Und zwar unabhängig von Strukturformen. Denn die Kirche hat von ihrem Herrn bereits alles, was sie auch in einer säkularen Umgebung braucht: die Wahrheit über Gott und den Menschen, die Sakramente, den Heiligen Geist.

Das Modell der Kirche, das sich dieser Tage in Münster feiert, hat keine Zukunft

PRESSESTIMMEN

Gesunde Autonomie der Kirche

Der US-amerikanische „National Catholic Reporter“ begrüßt das Nichteingreifen des Vatikans im Hinblick auf den Prozess gegen Kardinal George Pell:

Die Vorstellung, dass ein Kardinal, der nicht einmal mehr in Australien tätig war und dem man ganz leicht Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung hätte gewähren können, vor ein weltliches Gericht gestellt wird ohne auch nur den geringsten Protest von Seiten des Vatikans, ist atemberaubend. Endlich wird erkannt, dass es Dinge gibt, die wichtiger sind als Autonomie – der Schutz von Kindern zum Beispiel. Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Die Freiheit der Kirche ist ein Zeichen für eine gesunde Gesellschaft, ebenso wie die Freiheit, eine Gewerkschaft zu gründen. Intermediäre soziale Akteure schützen eine Kultur sowohl vor einem totalitären Staat als auch vor den totalitären Impulsen des Liberalismus. Radikale, falschverstandene Autonomie

ist ebenso ungesund wie Stalinismus, und beide sind einander ähnlicher als ihre Befürworter zugeben möchten. Die Kirche darf ihre Freiheit nicht zum Götzen erheben und muss so regiert werden, dass keines ihrer Mitglieder, egal wie hochrangig, meinen kann, es wäre immun gegenüber den staatlichen Gesetzen. [...] Ich weiß nicht, ob Kardinal Pell schuldig ist oder nicht. Diese Episode wird jedoch in die Geschichte eingehen als der Augenblick, in dem die Sorge der Kirche um die eigene Autonomie in den Kontext gestellt wurde, in den sie gehört. Zusammen mit der Entschuldigung, die unser Heiliger Vater ausgesprochen hat, ist es ein Neuanfang für die Kirche. Die Tage, in denen sie meinte, nur ihren internen Prozessen und Gesetzen Rechenschaft schuldig zu sein, sind hoffentlich endgültig vorbei.

Hoffnung auf neue Ära des Friedens

„The Tablet“ (London) kommentiert das Friedensabkommen in Korea: Neville Chamberlain wedelte bei seiner Rückkehr aus München mit einem Blatt

Papier und verkündete vertrauensvoll den „Frieden für unsere Zeit“: Er sagte, er habe „Herrn Hitlers Unterschrift“ als Beweis. Die Machthaber von Nord- und Südkorea haben jetzt eine eigene Friedenserklärung unterzeichnet, die „vor den 80 Millionen Menschen des koreanischen Volkes und der ganzen Welt feierlich erklärt, dass es auf der Koreanischen Halbinsel keinen Krieg mehr geben wird und eine neue Ära des Friedens begonnen hat“. Es gibt es gute Gründe, diesmal hoffnungsvoller zu sein – vorausgesetzt, dass man Kim Jong-un, dem nordkoreanischen Machthaber, vertrauen kann, woran gezweifelt werden darf. Hinter ihm steht jedoch die Volksrepublik China, deren Berechnungen zufolge eine Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten über Korea nicht in ihrem Interesse liegt. Das Risiko, das diese bergen würde – einschließlich eines Atomkriegs – ist durch die Unberechenbarkeit des Mannes im Weißen Haus noch wahrscheinlicher geworden. Zumindest in diesem Sinne ist es ein diplomatischer Triumph für Donald

Trump ebenso wie für den südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-in.

Nicht nur Tourismus fördern

„Semaine Africaine“, die Wochenzeitung der Kongolesischen Bischofskonferenz, mahnt dringend zum Naturschutz im Kongobecken:

Das Kongobecken, das wir miteinander teilen, gibt uns gemeinsame Pflichten, nicht nur gemeinsame Rechte. Und zwar nicht nur das Recht, Gelder zu fordern unter dem bequemen Vorwand, die zweitgrößte grüne Lunge für den Sauerstoff in der Welt zu besitzen. Es geht nicht darum, den Planeten zu erpressen, sondern ihn zu retten. Er ist, wie Papst Franziskus sagt, unser gemeinsames Haus, und wir haben kein zweites! Unsere gemeinsame Zukunft hängt davon ab, ob es uns gelingt, unsere Wälder, Fauna und Flora zu schützen. Wir müssen uns an den Gedanken gewöhnen, dass die Rettung unserer Gorillas im Nationalpark Odzala nicht nur ein Geschäft ist, um Touristen anzulocken. Vielmehr geht es um unser eigenes Überleben,

unsere ganzheitliche Entwicklung, unseren Frieden. Die Initiative „Fonds Bleu pour le Bassin du Congo“ in Brazzaville bietet Gelegenheit, uns gemeinsam zum Ziel zu setzen, die Erde leben zu lassen durch den Schutz des Kongobeckens, seiner Wälder, seiner Wasserläufe, seiner Sümpfe.

Kleine Menschen – große Berge

Im Tessin schreibt das katholische „Giornale del Popolo“ im Hinblick auf das jüngste Lawinenunglück: Das Niveau der Skiläufer ist gestiegen, aber gerade die Sicherheit und die gute Kenntnis der Materie (in Bezug auf Technik und Territorium) können zu übertriebenem Wagemut führen. Das bezeugen die vielen – zu vielen – Menschen, die durch Lawinen ums Leben gekommen sind. Man muss auch verzichten können. (...) Den Bergen muss man mit Demut und Respekt begegnen, nicht den Achttausendern im Himalaya, sondern auch den Dreitausendern in den Alpen. Kleine Menschen – große Berge.

KOMMENTAR

Lobpreis mit Mode

VON STEFAN MEETSCHEN

Fellinis Vision scheint sich zu erfüllen. Im Film „Roma“ (1972) zeigte der italienische Kult-Regisseur – damals durchaus provozierend – eine kirchliche Modenschau, um auf die ästhetische Dimension des sakralen Lebens der Kirchenvertreter hinzuweisen. Im Metropolitan Museum of Art in New York ist nun eine Ausstellung zu sehen, die diesen Gedanken weiterführt. In „Heavenly Bodies: Fashion and the Catholic Imagination“ (Himmlische Körper: Mode und die katholische Vorstellungskraft) werden rund 40 sakrale Exponate wie geistliche Gewänder oder Bischofshüte aus den Vatikanischen Museen gezeigt – zusammen mit Kleidungsstücken moderner Designer, die zumindest in Schnitt oder Motivik religiös inspiriert sind.

Versace und Vatikan – geht das zusammen? Warum eigentlich nicht? Zumal die Kleidungsstücke an verschiedenen Locations gezeigt werden: in Galerien oder im Kostüm-Zentrum der bekannten „Vogue“-Journalistin Anna Wintour. Eben da, wo

die Leute, die hip und cool sein wollen, sich gewöhnlich aufhalten.

Dass Kardinal Gianfranco Ravasi, der Vorsitzende des Päpstlichen Kulturrats, diese Ausstellung ausdrücklich unterstützt, sagt viel über die Haltung des Vatikans aus. Offenbar möchte man die Menschen von heute stärker da abholen, wo sie sind: bei ihren säkularen Interessen und Bedürfnissen. In der Hoffnung, dass dabei ein spiritueller Funke überspringe. Was überhaupt nicht ausgeschlossen ist. Warum sollen Betrachter, die niemals zu einem Gottesdienst gehen oder einer Predigt lauschen würden, nicht durch den ästhetischen Lobpreis Gottes, die anhaltende Kraft der katholischen Kreativität angezogen, also zu Gott gezogen werden?

Doch auch für die Kirche selbst, die Gläubigen, ist diese Ausstellung eine Riesenchance, neu mit dem Reichtum der eigenen religiösen Tradition in Berührung zu kommen. Wider eine Tendenz der katholischen Selbstprofanisierung.

GASTKOMMENTAR

Marx wollte keine Demokratie

VON DIETER DOMBROWSKI

Tatsächlich. Das 19. Jahrhundert hatte massive Schwierigkeiten mit den sozialen Folgen der Industrialisierung. An den Rändern der großen Städte entstanden regelrechte Slums. Eltern mussten ihre Kinder zur Arbeit schicken, um zu überleben. Das Elend führte zu Abstumpfung und Kriminalität. Die würdelosen Lebensbedingungen entluden sich immer wieder in gewalttätigen Auseinandersetzungen. Es ging zu wie in manchen Entwicklungsländern heute. Dass dieser Zustand unhaltbar war, nahm die Gesellschaft nur zögernd zur Kenntnis. Es war eine schlimme Zeit. Kein Wunder, dass sie einen radikalen Theoretiker wie Marx hervorbrachte. Gefragt aber war praktische Politik. An der Überwindung arbeiteten viele Menschen, was aber über Jahrzehnte hinweg nicht gelang. Die beeindruckend große Zahl privater Initiativen konnte das Problem letztlich nicht lösen. Es war die große Stunde der Sozialreformer. Als Karl Marx 1883 starb, waren die sozialen Reformen in Deutschland in vollem Gange. Man kann sicher darüber streiten, welche Rolle Marx

in dieser notwendigen Protestbewegung spielte, der einzige und geniale Übervater war er jedenfalls nicht. Schon 1871 wurde ihm entgegengehalten, dass seine Diktatur der Arbeiterklasse genauso fatal wäre, wie die Herrschaft der Kapitalisten. Es war gut, dass damals niemand auf ihn gehört hat, denn überall, wo später seine Rezepte befolgt wurden, ging es nicht nur der „Arbeiterklasse“, sondern ganzen Völkern schlechter als vorher. Das Kapital ist ein wildes Tier. Um das zu verstehen, brauchte es Marx nicht. Demokratie, eine unabhängige Presse und Rechtsprechung, Parlamente und freie Wahlen sind in der Lage, das „wilde Tier“ zum Nutzen aller zu zähmen. Und genau diese Instrumente wollte Marx abschaffen. Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht. Man sollte ihn nicht ehren.

Der Autor ist Vorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft. Er ist Mitglied der Brandenburger CDU-Landtagsfraktion und Vizepräsident des Landtages Brandenburg.

Kardinal Marx im Regen



Von der Debatte über das Kreuz bis zur Kommunion für Nicht-Katholiken: Der Münchener Erzbischof erntet Widerspruch

VON GUIDO HORST

Münchens Kardinal eckt an. Nicht bei den Gralshütern der öffentlichen Meinung oder den antikirchlichen und glaubensfeindlichen Lobby-Gruppen, sondern bei den eigenen Leuten. Dass ausgerechnet er, der Ortsbischof in der bayerischen Metropole, die Entscheidung der Regierung des Freistaats, in den Eingangsbereichen der bayerischen Behörden Kreuze aufzuhängen, kritisieren musste, hat Reinhard Marx spüren müssen. Zum Beispiel aus dem Mund des Apostolischen Nuntius in Österreich. Dieser, der gebürtige Schweizer Erzbischof Peter Stephan Zurbriggen, sprach bei einem Besuch der Päpstlichen Hochschule in Heiligenkreuz bei Wien für einen Vatikan-Diplomaten recht undiplomatisch von „Schande“: „Als Nuntius, als Vertreter des Heiligen Vaters“, meinte Zurbriggen, „bin ich schon traurig und beschämt, dass, wenn in einem Nachbarland Kreuze errichtet werden, ausgerechnet Bischöfe und Priester kritisieren müssen. Das ist eine Schande, das darf man nicht annehmen!“ Um dann in Erinnerung an die Entscheidung von Kardinal Marx, beim Besuch des Tempelbergs in Jerusalem im Jahr 2016 aus „Zurückhaltung“ sein ei-

genes Brustkreuz abzulegen, hinzuzufügen: „Wenn Bischöfe ins Heilige Land pilgern und sich schämen, das Kreuz zu tragen, aus irgendwelchen Gründen, dann beschämt mich das auch.“ Diese „religiöse Correctness, diese politische“ gehe ihm „langsam auf den Nerv“, bekannte der Nuntius. „Und dann denke ich noch an meinen lieben Studienfreund Kardinal Jean-Louis Tauran, der jetzt einen Besuch gemacht hat in Saudi-Arabien, vom König empfangen wurde und ein Kreuz trug, das zwei Mal so groß war wie meines, was ich hier trage. Das ist Mut!“

Zu viel Mut hatte Marx offenbar bewiesen, als es ihm darum ging, die katholische Kirche in Deutschland auf einen neuen ökumenischen Kurs zu bringen – in Sachen Zulassung eines nicht-katholischen Ehepartners zur Eucharistie. Im Einzelfall, wie das heute so üblich ist. Ob der Münchner Kardinal meinte, Rückenwind aus Rom und nicht zuletzt von Papst Franziskus zu verspüren, als er bei der Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz im Februar in Ingolstadt eine „Pastorale Handreichung“ verabschiedet ließ, die das möglich machen soll, sei dahingestellt.

Aber die Sache lief nicht gut. Sieben Bischöfe – und pikanterweise alle Oberhirten aus den bayerischen Diözesen, mit Aus-

nahme des vakanten Würzburg – meldeten Widerspruch an und wandten sich an Rom. Genauer gesagt an die Glaubenskongregation sowie an die Räte für die Einheit der Christen und den für die Interpretation der Gesetzestexte.

Überraschend schnell bat die Glaubenskongregation zum Gespräch, nachdem sie – ebenso überraschend schnell – bereits brieflich klar gemacht hatte, dass die „Pastorale Handreichung“ nicht wie von Marx geplant in Bälde das Licht der Welt erblicken dürfe. Lange saß man am 3. Mai am gemeinsamen Tisch, Glaubenspräfekt Luis Ladaria SJ war ebenso anwesend wie der „Ökumene-Minister“ Kurt Kardinal Koch, Prälat Markus Graulich vom Gesetzes-Rat und Pater Hermann Geißler, Bürochef im Hause Ladaria. Ihnen gegenüber die Kardinäle Marx und Rainer Maria Woelki und die Bischöfe Genn aus Münster, Voderholzer aus Regensburg, Feige aus Magdeburg, Wiesemann aus Speyer sowie der Sekretär der Bischofskonferenz, Pater Langendörfer SJ. Die Glaubenskongregation hätte zwei Wege wählen können: Die Angelegenheit an sich zu ziehen und selber ein Papier zum Thema Kommunionempfang von Nicht-Katholiken zu erarbeiten. Oder kleinere Korrekturen in der Handreichung einzubringen und

grünes Licht zu geben. Aber sie wählte den mittleren Weg. Die gemeinsame Erklärung von Vatikan und Bischofskonferenz hielt am Ende fest, dass sich die deutschen Bischöfe nochmals mit der Frage eingehend beschäftigen müssen, um „im Geist kirchlicher Gemeinschaft eine möglichst einmütige Regelung zu finden“. Und das Statement gab ausdrücklich den „dubia“ der sieben Bischöfe darin recht, dass es sich eben nicht um eine rein pastorale Frage handle, sondern die deutschen Bischöfe verschiedene weitere Gesichtspunkte berücksichtigen müssten: „etwa die Beziehung der Frage zum Glauben und zur Seelsorge, ihre weltkirchliche Relevanz sowie ihre rechtliche Dimension“. Der von Marx im Eiltempo betriebene Versuch, die Kommunion für Nicht-Katholiken zu öffnen, ist somit durchgefallen. Völlig offen ist es, ob und wie die „Pastorale Handreichung“ nun vielleicht doch noch eine möglichst einmütige Mehrheit im Kreise der deutschen Bischöfe finden kann. Für den Münchener Kardinal ein einmaliger Imageverlust.

Doch nicht nur innerkirchlich wächst die Unzufriedenheit darüber, dass Kardinal Marx ein Alleinstellungsmerkmal des Katholischen nach dem anderen zugunsten eines weichgespülten Erscheinungsbildes der

Kirche aufweichen möchte. Wenn es darum gehe, die Stichworte des liberalen Zeitgeistes aufzunehmen, sei die Deutsche Bischofskonferenz verlässlich, kommentierte Jan Fleischhauer in seiner „Spiegel“-Kolumne die Haltung des Konferenzvorsitzenden in der Kreuz-Debatte. Immerhin: Nachdem sich gleich mehrere bayerische Bischöfe positiv über das Kreuz in öffentlichen Räumen geäußert hatten, ruderte Marx am vergangenen Wochenende bei der Investiturfeier der Grabesritter in Würzburg zurück. Die Kirche begrüße alle Initiativen für Kreuze im öffentlichen Raum, sagte er dort. Das Kreuz sei das Zeichen, das Gott den Menschen gegeben habe. Daher sei es gut, wenn dieses Zeichen, insbesondere in Bayern, besonders gepflegt werde. Aber da war es schon zu spät. Ministerpräsident Markus Söder und zahlreichen christlich-soziale Lokalpolitiker im Freistaat sind nachhaltig verstimmt über den Münchener Erzbischof.

Gleiches gilt für die bayerischen Bischofskollegen des Kardinals, die es Marx anlasten, dass die unterschiedlichen Meinungen in der Konferenz über die Zulassung von Nicht-Katholiken zur Eucharistie in die Öffentlichkeit gelangt sind und dort als Streit wahrgenommen werden. Der Segen hängt nachhaltig schief.

IM BLICKPUNKT

Missbrauch in Chile: „Showdown“ im Vatikan

VON GUIDO HORST

Es ist ein außergewöhnlicher Vorgang, wie man ihn im Vatikan noch nie erlebt hat: Chiles Episkopat versammelt sich mit dem Papst zu einer kleinen Synode – um Klarheit in die Vertuschungen von Missbrauchsvergehen durch Kleriker zu bringen. Johannes Paul II. hatte um die Jahrtausendwende alle amerikanischen Kardinäle nach Rom einbestellt, als damals das ganze Ausmaß des Missbrauchsskandals in den Vereinigten Staaten bekannt wurde. Bei der Gelegenheit soll der sonst so zurückhaltende und feine Kardinal Joseph Ratzinger hinter verschlossenen Türen in der Glaubenskongregation vor Empörung geschrien haben. Dem vatikanischen Nachrichtenportal „Sismografo“ liegen jetzt Informationen vor, denen zufolge vom kommenden 14. bis 17. Mai nicht nur die 31 amtierenden Ortsbischöfe Chiles, sondern auch die 19 emeritierten Bischöfe des Landes zu Beratungen mit dem Papst zusammenkommen werden. Der Vorwurf, den Franziskus in seinem Schreiben an die Chilenische Bischofskonferenz formuliert hat, wiegt schwer: Er habe die Vertuschungsvorfälle falsch eingeschätzt, weil er nicht richtig informiert worden sei. Zu

den Bischöfen im Ruhestand, die nun in Rom eintreffen werden, gehören auch der 84 Jahre alte Kardinal Francisco Javier Errazuriz Ossa, von 1998 bis 2010 Erzbischof von Santiago de Chile und Mitglied im Rat der neun den Papst bei der Kurienreform beratenden Kardinäle, sowie der 91 Jahre alte Kardinal Jorge Medina Estévez, von 1987 bis 1996 Ortsbischof in Chile und dann Präfekt der Gottesdienst-Kongregation in Rom. Vor allem gegen diese richten sich die Anklagen der Missbrauchstopfer, die Opfer zu Tätern gemacht zu haben, indem man ihnen keinen Glauben schenkte.

Aber auch der Aufenthalt der drei Missbrauchstopfer Juan Carlos Cruz, James Hamilton und José Andres Murillo Ende April im Vatikan war ungewöhnlich. Tagelang lebten sie mit Papst Franziskus im Gästehaus Santa Marta unter einem Dach, sprachen stundenlang mit ihm und wurden sozusagen zu Mitwirkenden bei dem Aufklärungsprozess, der nun mit den chilenischen Bischöfen folgen wird. Alle drei wurden vor dreieinhalb Jahrzehnten im Pfarrzentrum El Bosque in Santiago de Chile von dem einst als

charismatisch gerühmten Priester Fernando Karadima belästigt und vergewaltigt. Auch Juan Barros Madrid, den Franziskus zum Bischof von Orsono gemacht und bei seiner Chile-Reise im Februar noch öffentlich gegen angebliche „Verleumdungen“ in Schutz genommen hat, war ein Schüler Karadimas und soll damals Zeuge der Vergehen des geistlichen Leiters geworden sein. Jetzt wird zu klären sein, was mit dem Dossier über Bischof Barros geschah, das eines der Missbrauchstopfer, Juan Cruz Anfang 2015 über Kardinal Sean O'Malley, den Chef der vatikanischen Kinder-schutzkommission, Franziskus zugeleitet hat.

Als die drei Männer nach ihren Begegnungen mit dem Papst vor einer Woche in Rom vor die Journalisten traten, berichteten sie offen und unaufgeregt über ihre Gespräche mit Franziskus. Dieser habe eingeräumt, selber „ein Teil des Problems“ gewesen zu sein, und habe dafür um Vergebung gebeten. Für die drei Männer sind die Bischöfe, die vertuscht hätten, schlicht und einfach „Kriminelle“. Jetzt kommt für die beteiligten Bischöfe der „Showdown“ im Vatikan.

PERSONALIEN

FRA' GIACOMO DALLA TORRE DEL TEMPIO DI SANGUINETTO (73) hat am Donnerstag seinen Eid als Großmeister des Malteserordens abgelegt. An der Zeremonie in der Kirche Santa Maria in Aventino nahm nach Ordensangaben der Leiter der allgemeinen Sektion im vatikanischen Staatssekretariat, Erzbischof Angelo Bacci, als päpstlicher Sondergesandter teil. Dalla Torre ist der achtzigste Großmeister des Ordens. Seit April 2017 leitete der studierte Archäologe und Kunsthistoriker die Malteser nach einer schweren Führungskrise als Statthalter. Die Wahl zum Großmeister gilt auf Lebenszeit. Nach dem Schwur vor dem Wahlgremium, dem Großen Staatsrat, erhielt Dalla Torre vom Großkomtur Ludwig Hoffmann von Rumerstein das Kollar des Großmeisters umgelegt. Darauf erklärte Großkanzler Albrecht von Boesclager den Großen Staatsrat für beendet. Im Anschluss an die Messe zur Amtseinführung wurde die Flagge des Großmeisters wieder an dessen Amtssitz gehisst. Erster Termin Dalla Torres ist ab Freitag die sechzigste internationale Pilgerreise des Malteserordens nach Lourdes. Der vorige Großmeister, der Brite **MATTHEW FESTING** (68), war Anfang 2017 auf Druck von Papst Franziskus zurückgetreten. Vorausgegangen waren Turbulenzen an der Spitze des Ordens. Der Souveräne Malteserorden ist dem Heiligen Stuhl unterstellt und zugleich ein eigenes Völkerrechtssubjekt. Dieser Status verschafft ihm einzigartige Zugänge auf politischer und diplomatischer Ebene und soll Unabhängigkeit in Konflikten gewährleisten. Derzeit unterhält der Malteserorden diplomatische Beziehungen zu 107 Staaten; zu ihnen gehört seit Ende 2017 auch Deutschland.

Das Generalkapitel der Schwesternschaft vom Heiligen Kreuz hat kürzlich im Tiroler Silz eine neue Leitung gewählt: Neue Generaloberin ist **SCHWESTER MARIA VIKTORIA SCHLAG**. Sie tritt die Nachfolge von **SCHWESTER MARIA PATRICIA** an, die nach zwölfjähriger Amtszeit als Generaloberin diesen Dienst nicht mehr übernehmen konnte. Schwester Maria Viktoria Schlag wurde am 20. Februar 1965 im deutschen Hadamar geboren. Mit 23 Jahren trat sie in die Gemeinschaft der Schwestern vom Heiligen Kreuz in Silz ein, wo sie 1993 die erste und 2002 die ewige Profess ablegte. Seit 2006 war sie Generalvikarin der Schwesternschaft und im Mutterhaus St. Petersburg eingesetzt.

ALEXIS FRITZ (41) ist neuer Inhaber des Lehrstuhls für Moraltheologie an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU). Der gebürtige Österreicher leitete zuvor seit 2010 die Arbeitsstelle Theologie und Ethik des Deutschen Caritasverbandes. Zu den Forschungsschwerpunkten von Professor Fritz gehören unter anderem der Bereich Gesundheitsversorgung und Verteilungsgerechtigkeit, ethische Entscheidungsprozesse in Organisationen sowie Ethik der Algorithmen.

Österreich bekommt eine neue Botschafterin beim Heiligen Stuhl. **FRANZISKA HONSOVITZ-FRIESSNIGG** folgt auf **ALFONS M. KLOSS**, wie das Außenministerium in Wien mitteilte. Honsowitz-Friessnigg, die seit 2014 die Botschaft in Algier leitete, ist zugleich auch mitakkreditiert als Botschafterin in der Republik San Marino und beim Souveränen Malteser-Ritter-Orden. Der bisherige Vatikan-Botschafter Kloss tritt in den Ruhestand. Er wird künftig als Präsident der Stiftung „Pro Oriente“ maßgeblich am ökumenischen Dialog zwischen der katholischen Kirche und den Ostkirchen mitwirken.

Der Augsburger Diözesanpriester **CLEMENS MARIA HENKEL** (57) geht ins Ausland. Der bisherige Direktor der Gebetsstätte Marienfried wird zum 1. Oktober neuer Pfarrer der deutschsprachigen Gemeinden in Lissabon und Porto, wie das Bistum auf seiner Internetseite mitteilte. Dabei werde er auch für die Seelsorge an deutschen Pilgern im bekannten Marienwallfahrtsort Fatima zuständig sein, hieß es.

Die Saat ist aufgegangen

Mit einem großen Fest in Rom feierte der Neokatechumenale Weg sein fünfzigjähriges Bestehen **VON GUIDO HORST**

Der mittlerweile 79 Jahre alte Gründer des Neokatechumenalen Wegs ist in seinem Element: Kiko Argüello führt durch das Programm, am Mikrofon, singend und mit der Gitarre in der Hand, Papst Franziskus begrüßend und die zahlreichen Kardinäle und Bischöfe, die sich zu dem Ereignis eingefunden haben. Samstagvormittag, auf einem weiten Feld in Tor Vergata, am Stadtrand Roms. Es ist das Gelände, auf dem während des Weltjugendtags im August 2000, sozusagen auf dem Höhepunkt des Heiligen Jahrs, die Abschlussmesse mit zwei Millionen Teilnehmern stattgefunden hatte.

Jetzt waren um die hundertfünftausend Anhänger der Gemeinschaft aus der ganzen Welt zusammengekommen, um das große Jubiläum des fünfzigjährigen Bestehens zu feiern. Nicht mit einem Gottesdienst, sondern mit einem Fest, mit Gesängen und Fahnen, die die 134 Herkunftsländer der Feiernden verrieten.

Auch der Papst hatte sich angesagt. Mit dem weißen Papamobil fuhr er durch die Menge kreuzend zu Beginn der Veranstaltung ein und sollte auch eine Ansprache halten. Aber der Protagonist ist der Spanier Argüello, der zusammen mit der Katechistin Carmen Hernández 1968 den Neokatechumenalen Weg im Geiste des Zweiten Vatikanums gegründet hatte. Carmen verstarb im Juli 2016 im Alter von 85 Jahren. Jetzt steht ein Foto von ihr auf dem Podium, dahinter weithin sichtbares ein großes Gemälde als Bühnenbild, von Kiko gemalt. Es zeigt das Jüngste Gericht.

Auch der Priester Mario Pezzi stand auf der Bühne, er gehört seit 1971 zu dem „Dreigestirn“, das die Bewegung leitet. Den Platz von Carmen hat die Spanierin María Ascensión Romero eingenommen, sie dankte in einem kurzen Zeugnis für die Heilung, die sie durch den Neokatechumenalen Weg erfahren habe. In seinen einleitenden Worten hob Gründer Argüello die Bedeutung der kleinen Gemeinschaften in der Kirche hervor. Sie seien wie der Uterus für den Embryo, der es dem jungen Leben ermöglichen sollte zu reifen. Dass dann auch die Zeit kommt, sich „im Freien“ als Verkünder des Evangeliums zu beweisen, zeigte dann am Ende des Festes die Aussendung neuer Missionare des Neokatechumenalen Wegs.



Beim Jubiläumsfest: 79 Jahre alt und kein bisschen leise: Gründer Kiko spielt Gitarre und der Papst hört zu.

Foto: dpa

Viel Zeit nahm sich Kiko, um die Teilnehmer aus den einzelnen Ländern zu begrüßen. Sechzigtausend aus Italien, viertausend aus Frankreich, einige hundert aus Deutschland, kleine Gruppen aus Pazifikstaaten oder afrikanischen Ländern. Entsprechend bunt ging es in der Menge der Anwesenden zu, viele ausländische Teilnehmer trugen die traditionelle Kleidung ihrer Heimat. 1600 Familien hat der Neokatechumenale Weg inzwischen als Missionare in insgesamt 134 Länder entsandt, die Saat ist aufgegangen. Sechzehn Kardinäle und neunzig Bischöfe nahmen an der Jubiläumsfeier in Tor Vergata teil.

Nicht nur diejenigen, die – wie der Wiener Kardinal Christoph Schönborn – die Neokatechumenalen ihres Landes nach Rom begleitet hatten, sondern auch die

Sympathisanten aus der römischen Kurie: die Kardinäle und Präfekten Fernando Filoni von der Missionskongregation Propaganda Fide, Marc Ouellet von der Bischofskongregation, Kevin Farrell vom Dikasterium für Laien, Familie und Leben oder Erzbischof Rino Fisichella vom Rat für die Neuevangelisierung. Und natürlich war Kardinal Stanislaw Rylko dabei, der die Gemeinschaft von Kiko als ehemaliger Präsident des Laienrats über Jahre begleitet hatte, und Kardinal Paul Josef Cordes, der alte Freund des Neokatechumenalen Wegs.

Papst Franziskus begann in seiner Ansprache mit einer Ermutigung zur Mission, dazu, sich mit dem Vertrauen auf den Herrn im Gepäck auf den Weg zu machen. Auch würdigte er die Tatsache, dass das Leben in der Familie zur DNA der Gemeinschaft ge-

höre. Franziskus ist ein großer Freund des Neokatechumenalen Wegs: „Liebe Brüder und Schwestern, euer Charisma ist ein großes Geschenk Gottes für die Kirche unserer Zeit“, sagte er am Ende seiner Ansprache. Dann oblag dem Papst die Aufgabe, den auszusendenden Missionaren – Priestern und Laien – das Missionskreuz einzeln auszuhändigen. Der Segen von Franziskus beendete schließlich das große Jubiläumsfest der Gemeinschaft.

► www.die-tagespost.de
Über die Gründung und den Weg der Neokatechumenalen



VON CLAUDIA KOCK

Im Italienischen heißt das Gefängnis noch heute umgangssprachlich „galera“; eine Reminiszenz an jene Zeit, in der Schwerverbrecher zur Arbeit als Ruderer auf der Galeere verurteilt wurden. Sie wurden unter Deck an das schwere Ruder gekettet, das sie stundenlang bewegen mussten, und aßen und schliefen auch hier, unter katastrophalen hygienischen Verhältnissen. Für die meisten kam die Verurteilung auf die Galeere einem Todesurteil gleich. Nur wenige Außenstehende stiegen in diese Hölle hinab, um den Galeerensträflingen Beistand zu leisten. Zu ihnen gehört der heilige Francesco De Geronimo, der im Neapel des späten 17. und beginnenden 18. Jahrhunderts als Volksmissionar wirkte. Sein Gedenktag ist der 11. Mai.

11. Mai: Der Wochenheilige Der heilige Francesco De Geronimo

Eigentlich hatte Francesco De Geronimo, der am 17. Dezember 1642 im süditalienischen Grottaglie bei Tarent geboren wurde, davon geträumt, ein ganz anderes Schiff zu besteigen: ein Segelschiff, das ihn in den fernen Osten gebracht hätte, wo der von ihm sehr verehrte heilige Franz Xaver den Grundstein für die Ostasienmission gelegt hatte. Schon früh lernte Francesco die Missionsarbeit kennen. Als zehntes von elf Geschwistern wurde er schon als Kind zu den Theatinern geschickt, wo er Schulunterricht bekam und die Patres auf ihrer Volksmission begleitete. 1666 wurde er zum Priester geweiht und von den Jesuiten, an deren Schule in Neapel er seine Studien beendet hatte, als Tutor für Söhne adliger Familien angestellt. 1670 trat Francesco in die Gesellschaft Jesu ein. Nach dem Noviziat wurde er ins apulische Lecce gesandt, um dort einen Ordensbruder in der Volksmission zu unterstützen. 1676 kehrte er nach Neapel zurück, um sein letztes theologisches Examen abzulegen und wurde anschließend in die dortige Volksmission eingebunden, in der er

bis zu seinem Tod blieb. Damals wurde eine neue Methode der Verkündigung populär, der Francesco sich mit großer Hingabe widmete: die Predigt auf öffentlichen Plätzen, um so viele Menschen wie möglich zu erreichen und sie zum Empfang der Sakramente der Buße und der Kommunion zurückzuführen. Neben der Predigtstätigkeit kümmerte er sich um die Handwerker der Stadt, die sich unter der Führung der Jesuiten zu einer Vereinigung zusammengeschlossen hatten. In der verbleibenden Zeit, manchmal auch nachts, ging er zu Armen und Kranken, um ihnen Beistand zu leisten. Zu ihnen gehörten auch die Galeerensträflinge, die Francesco aufsuchte, sobald er eine Galeere im Hafen liegen sah. Francescos einfache Predigten kamen bei den Menschen gut an. Immer mehr kamen, um ihn zu hören; viele gingen anschließend zur Beichte und änderten ihr Leben. Das rief Neider auf den Plan, die Francescos Tätigkeit Steine in den Weg legten. So wurde ihm vorgeworfen, nur deshalb öffentlich zu predigen, weil er

nicht in der Lage sei, anspruchsvolle Exerzitionen für Kleriker und Ordensfrauen zu halten, und sein Ordensoberer meinte, Francesco würde durch seine Arbeit zu wenig am Gemeinschaftsleben teilnehmen. Die negativen Stimmen führten dazu, dass der Erzbischof von Neapel ihm das öffentliche Predigen für einige Jahre untersagte. 1694 hob er dieses Verbot jedoch wieder auf, so dass Francesco seine Volksmissionstätigkeit fortsetzen konnte, ab 1702 auch außerhalb der Stadt Neapel. De Geronimo kam immer mehr in den Ruf eines Wundertäters und Propheten. Im Jahr 1696 soll er den neugeborenen Alfons von Liguori im Arm gehalten und vorausgesagt haben, dass er ein Bischof und Heiliger werden würde. Im März 1716 erkrankte Francesco an einer Rippenfellentzündung. Er verbrachte die letzte zwei Monate seines Lebens auf dem Krankenbett in Neapel, wo er am 11. Mai 1716 im Ruf der Heiligkeit starb. Seine Seligsprechung, verzögert durch die zeitweilige Aufhebung des Jesuitenordens, erfolgte 1806, die Heiligsprechung 1836.

Exzellenz, an der Einladung des kirchenpolitischen Sprechers der AfD auf ein Podium des Münsteraner Katholikentags scheiden sich die Geister. Wie beurteilen Sie diese Debatte?

Die Frage, wie man als Veranstalter mit Rechtspopulisten umgehen sollte, ist nicht einfach zu beantworten. Denken Sie etwa nur an die jüngsten Diskussionen auf der Leipziger Buchmesse. Und bei einer kirchlichen Großveranstaltung stellt sich die Frage umso mehr, vertreten die Rechtspopulisten doch in zentralen Fragen rassistische und menschenverachtende Positionen, die mit dem christlichen Menschenbild nicht vereinbar sind. Dennoch können und dürfen wir eine Partei, die bei der letzten Bundestagswahl 12,6 Prozent der Stimmen gewonnen hat, nicht einfach ignorieren; das ist viel zu lange geschehen und hat die Partei mit stark gemacht. Machen wir mit der Einladung diese Partei aber nicht hoffähig, wie Kritiker sagen? Nein. Wenn man sich nur einmal die Debatten der letzten Wochen im Bundestag anschaut, sieht man, dass es immer wieder Politikern anderer Parteien gelingt, die Rechtspopulisten zu demaskieren und sie argumentativ in ihre Schranken zu verweisen. Darum geht es. Im Übrigen kann ich mich nicht für einen pluralistischen Diskurs und für kontroverse Diskussionen auf einem Katholikentag einsetzen und dann den Vertreter einer Gruppe ausschließen. Ich will andere, die Positionen vertreten, die nicht unseren Vorstellungen entsprechen, nicht mit den Rechtspopulisten vergleichen, aber wo ziehen wir dann die Grenze? Solange eine Partei nicht verboten wurde, müssen und sollten wir uns der argumentativen Auseinandersetzung mit ihren Vertretern stellen.

Immer weniger Gottesdienstbesucher, weniger Interesse an Taufen und kirchlichen Trauungen ... warum sollten sich kirchenferne Zeitgenossen von einem Katholikentag angesprochen fühlen?

Ich bin überzeugt, dass sich nicht nur „kirchenferne Zeitgenossen“ vom Katholikentag in Münster ansprechen lassen, sondern natürlich auch viele „kirchennahe Zeitgenossen“... denn von denen gibt es trotz aller Rückgänge immer noch sehr viele. Wer einen Blick in das umfangreiche Programm des Katholikentags wirft, der kann aus meiner Sicht gar nicht anders, als sich angesprochen fühlen. Alle Menschen, denen die Zukunft unserer Gesellschaft und Kirche wichtig ist, finden beim Katholikentag spannende Veranstaltungen. Alle Menschen, die kulturinteressiert sind, finden beim Katholikentag ein hochkarätiges Programm. Und nicht zuletzt: alle Menschen, denen der Glaube Halt und Orientierung gibt, aber auch diejenigen, die Anfragen an Kirche und Glauben haben, finden beim Katholikentag Angebote, die nicht besser sein könnten.

Welche Programmpunkte interessieren Sie besonders?

Als gastgebender Bischof kann ich mir mein Programm nicht selbst aussuchen. Das wäre angesichts der bereits genannten Vielfalt großartiger Programmpunkte auch schwierig. Ich selbst freue mich beim Katholikentag vor allem auf die Begegnungen mit vielen Menschen und auf die Feier der Gottesdienste. Mir und uns als Gastgeber war es zudem wichtig, dass der Katholikentag familienfreundlich wird. So können wir dank des großartigen Einsatzes von fast 200 angehenden Erzieherinnen und Erziehern unserer Berufskollegs eine umfangreiche Kinderbetreuung anbieten. Und einen inhaltlichen Aspekt möchte ich noch betonen: Ich werde gemeinsam mit dem Präsidenten des Zentralkomitees an einer christlich-jüdischen Gemeinschaftsfeier teilnehmen. Angesichts eines anscheinend wieder wachsenden Antisemitismus setzen wir auch damit ein Zeichen gegen Judenhass und für einen friedlichen Dialog der Religionen.

Das Leitwort des Katholikentags lautet: Suche Frieden. Wie würden Sie die Lintien von dort aus in den kirchlichen Alltag ausziehen? Und welche Botschaft sollte konkret an Politiker ergehen?

Der kirchliche Alltag ist kein isolierter. Kirche steht, oder sollte zumindest stehen, mit-

„Keine katholische Nabelschau“

Was Münsters Bischof Felix Genn vom Katholikentag erwartet **VON REGINA EINIG**



Ökumenetauglich: Das Motto „Suche Frieden“ soll nicht nur Katholiken ansprechen.

Foto: dpa

ten im Leben. Das Leitwort ist der Heiligen Schrift entnommen (Psalm 34,15). Gottes Botschaft an die Menschen ist eine Friedensbotschaft. Im Kontext des Leitworts macht der Psalmbeter deutlich, dass Gott ihn in seiner Not gehört hat und ihm nahe gewesen ist. Gott war für ihn ansprechbar, hat ihm geholfen, ihn errettet und erlöst. Darauf gründet sich seine Hoffnung, das macht ihm Mut. Kann das nicht auch für uns eine ermutigende Botschaft sein? Auch wir können darauf vertrauen, dass Gott hört, wie sehr wir nach Frieden für uns, für unsere Kirche und unsere Welt suchen. Und das kann auch für Politiker Mut machend sein. Mut, Entschlossenheit und ein klares ethisches Koordinatensystem brauchen unsere Politiker angesichts einer Welt, die anscheinend immer mehr aus den Fugen gerät und angesichts einer Weltgemeinschaft, die dem machtlos gegenüber steht. Wir dürfen Konflikte wie in Syrien nicht tatenlos hinnehmen. Das Leid der Menschen dort, aber auch an vielen anderen Stellen ist unvorstellbar.

Die halbleeren Hallen von Leipzig sind vielen Katholikentagsbesuchern noch in Erinnerung. Inwieweit fallen Besucherzahlen in Ihren Augen überhaupt ins Gewicht?

Ich glaube ehrlich gesagt gar nicht, dass die Hallen in Leipzig überwiegend halbleer waren. Für Münster mache ich mir da auch keine Sorgen, die Anmeldezahlen sind bislang sehr gut. Wenn wir jetzt noch alle zusammen für gutes Wetter beten, wird der Katholikentag sicher, auch was die Besucherzahlen angeht, ein Erfolg.

Die niedrigen Besucherzahlen in Leipzig fielen aber so auf, dass Kardinal Lehmann erklärte, man werde das Phänomen sorgfältig untersuchen müssen. Er nannte als mögliche Ursachen nicht nur die übliche Verdrossenheit, sondern auch „ein Stück weit Hoffnungslosigkeit“. Manche Menschen zögen sich von aktuel-

len Themen wohl zurück. Können Sie diese Sorge nachvollziehen?

Kardinal Lehmann wird sicher persönliche Erfahrungen gemacht haben, die ihn zu dieser Aussage veranlasst haben. Ich habe das so in Leipzig nicht erlebt. Ich sehe auch nicht – vielleicht hängt das mit der seit Leipzig schon wieder sehr veränderten weltpolitischen Situation zusammen – dass die Menschen sich von aktuellen Themen zurückzögen.

Der Verdrossenheit an der Politik sitzt tief bei vielen katholischen Gläubigen, man denke nur an die Debatte um das C in den Unionsparteien. Wie kann ein Katholikentag das Feuer für das gesellschaftspolitische Engagement neu entfachen?

Auch hier glaube ich nicht, dass es um das gesellschaftspolitische Engagement so schlecht steht, wie Sie meinen. Wenn ich sehe, wie sich die Menschen im Bistum Münster etwa in der Flüchtlingsfrage engagiert haben und immer noch engagieren, dann kann ich nicht oft genug sagen, wie großartig ich das finde und wie sehr es mich auch berührt. Mit großer Dankbarkeit denke ich auch an die vielen Frauen und Männer, die sich bei der Vorbereitung des Katholikentages engagiert haben. Für mich hat

etwa die Bereitschaft, sich als Helfer zur Verfügung zu stellen, möglicherweise dafür eigens Urlaub zu nehmen oder die Bereitschaft, Gäste in private Wohnungen aufzunehmen, genau mit dem zu tun, was uns Jesus ans Herz legt: Für andere da zu sein.

Nach Leipzig, wo Nightfever und Bibel teilen mehr Besucher anzog als manches politische Podium – befürchten manche eine Spiritualisierung des Katholikentags. Wie sehen Sie das?

Wenn Sie das den ehemaligen Spiritual eines Priesterseminars fragen, wird Sie die Antwort nicht verwundern: Wie kann man denn eine Spiritualisierung befürchten? Ihre Frage unterstellt einen Gegensatz zwischen Spiritualität und politischer Diskussion. Den gibt es so aber nicht, ganz im Gegenteil.

Wenn es diesen Gegensatz so nicht gibt, wie erklären Sie sich, dass eine überkonfessionelle Debatte in Deutschland darüber aufkommen konnte, wie politisch bzw. unpolitisch Predigten in Deutschland sein dürfen?

Diese Frage und die „Debatte“ hat aber doch nichts damit zu tun, dass der Katholikentag natürlich sowohl ein geistig-spirituelles als auch ein politisches Ereignis ist. Auch im Blick auf die Predigten halte ich das für eine Scheindebatte. Jede Predigt ist politisch, betrifft die Verkündigung doch immer auch das Zusammenleben der Menschen und damit das Gemeinwesen, die polis.

Dass die mit mehr als 800 Millionen verschuldete Stadt Münster den Katholikentag mit knapp einer Million Euro bezuschusst sieht nicht jeder Bürger ein. Wie antworten Sie Kritikern, die meinen, die Kirche solle ihre Katholikentage angesichts sprudelnder Kirchensteuern selbst finanzieren?

Ich verstehe, dass es für Menschen auch in Münster nicht selbstverständlich ist, dass

die Stadt eine Veranstaltung wie den Katholikentag finanziell unterstützt. Umso wichtiger ist es, solchen Anfragen mit Argumenten zu begegnen: Alle seriösen Untersuchungen – auch wenn kämpferische Atheisten das anders behaupten – belegen, dass ein Katholikentag sich für eine Stadt auch finanziell rechnet. Zudem kann eine Stadt einen enormen Imagegewinn erzielen, der sich finanziell kaum bemessen lässt. Schließlich übersehen viele noch immer, dass der Katholikentag keine katholische Nabelschau ist, sondern eine Veranstaltung, die für unsere Gesellschaft insgesamt von hoher Relevanz ist.

Kommunikationswissenschaftler wie Mark Eisenegger raten der Kirche, ihre Botschaft „mutiger nach außen tragen und sich stärker in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen“. Viele Programmpunkte des Katholikentags lassen aber eher eine unzufriedene Nabelschau erwarten und dienen als Ventile für den Frust über die Institution. Wie kann die Kirche aus diesem Dilemma herauskommen?

Ihre Wahrnehmung stimmt aus meiner Sicht nicht und von daher sehe ich da auch gar kein Dilemma. Der Katholikentag tut genau das, was Herr Eisenegger fordert; wir tun das im Übrigen auch jeden Tag als katholische Kirche im Bistum Münster.

Bei der Lektüre des Programms entsteht aber der Eindruck, dass katholische Perlen im Acker vergraben werden. Beispiel Zölibat: Unter dem Stichwort „Zölibat“ stößt der interessierte Leser im Programm als erstes auf die Ehefrauen verheirateter Priester, die ihr Amt aufgegeben haben. Warum nicht auf jene, die diese Lebensform als Reichtum erleben und dankbar für ihre Berufung sind? Beispiel Dialog der Geschlechter: Was versprechen Sie sich von Veranstaltungen wie „Bringen Frauen die Männer um ihre Aufstiegschancen“?

Der Katholikentag ist keine Veranstaltung, die die Gesamtheit der Lehre der Kirche darstellen soll oder kann. Pluralismus erfordert, und das wünsche ich mir auch, den Dialog zuzulassen. Es ist ein Unterschied, ob die offizielle Glaubenslehre im Gottesdienst oder einer anderen „lehramtlichen“ Diskussion verändert oder „verunglimpft“ wird, oder ob wir in einer Diskussion darüber sprechen und Menschen ihre Sorgen und Nöte mitteilen. Die erste Aufgabe des Hirten ist es nicht, die Schafe zu maßregeln, sondern sie zu hüten. Natürlich frage ich mich manchmal, was dieser oder jener Programmpunkt bedeutet und ob alle Schwerpunkte richtig gesetzt sind. Sicherlich werden die Veranstaltungen rund um die Berufungspastoral das Thema Zölibat aufgreifen. Selbstkritisch möchte ich zu diesem Thema anfügen: Wir müssen von einer Bewältigungskultur, die sagt, wie der Zölibat in die einzelne Persönlichkeit zu integrieren ist, hin zu einer Verkündigung dessen, was hinter dem Versprechen steht. Es ist ein Zeichen der Hingabe an Christus, den Herrn, um des Himmelreiches willen. Was für ein starkes Zeichen!

Münster ist die Stadt des Westfälischen Friedens. Welche katholische Persönlichkeit aus jener Zeit legen Sie historisch interessierten Katholikentagsbesuchern besonders an Herz? Wer könnte uns heute ein besonderes Vorbild sein?

Wenn Sie gezielt nach dem Westfälischen Frieden fragen, fällt mir eher eine weltliche Persönlichkeit ein, nämlich der Minister von Kaiser Ferdinand III., Maximilian von und zu Trauttmansdorff. Er war zum Katholizismus konvertiert. Historiker halten ihn für den Schöpfer des Friedens, weil es ihm mit sehr viel Geschick gelang, richtungsweisende Kompromisse auszuhandeln. In diesen Verhandlungen spielten bekanntlich die Auseinandersetzungen zwischen den Konfessionen und vor allem die Frage der freien Glaubensübung eine zentrale Rolle. „Suche Frieden und jage ihm nach“. Trauttmansdorff hat sich dieses Motto bei den Verhandlungen, teilweise im wahren Sinne des Wortes, zu eigen gemacht. Auch heute bräuchten wir an vielen Stellen unserer Welt einen Trauttmansdorff.



Bischof Felix Genn.

Foto: KNA



Über Gottes Herrlichkeit zu staunen fällt in einer friedlosen Welt nicht immer leicht. In der Jerusalemer Grabeskirche überstrahlt die Auferstehung Christi jedoch das Leid der Welt.

Foto: dpa

Über den Anspruch des Guten

Mit einem Vortrag und Workshop nahm der Religionsphilosoph Jörg Splett Abschied von seiner Lehrtätigkeit in München **VON MICHAEL KARGER**

Im Januar 2017 hat der mittlerweile 81 Jahre alte Religionsphilosoph Jörg Splett nach fünfzigjähriger ununterbrochener Lehrtätigkeit seine letzte Vorlesung an der Münchener Hochschule für Philosophie gehalten. Die Hochschule ermöglichte nun eine Erst- und vertiefende Wiederbegegnung mit dem Denker in einem Vortrag und einem Workshop: „Why to be moral? – Zur Unabteilbarkeit des Doxischen“ war der Abendvortrag überschrieben.

In Dostojewskis Roman „Die Brüder Karamasoff“ vertritt Iwan Karamasoff die These, die auch der Autor selbst vertrat: „Alles ist erlaubt, wenn es keinen Gott und kein Leben über den Tod hinaus gibt.“ Seit seiner Antrittsvorlesung 1971 stehen im Zentrum des Projektes der „Anthropologie“ von Splett die drei Fragen: „Erstens: Kann Moral ohne Religion praktisch gelebt werden? Zweitens: Kann Moral ohne Religion theoretisch begründet werden? Drittens: Lässt sich Moral ohne Religion angemessen verstehen?“

Ausgangspunkt ist für Splett der Anspruch, dass das Gute sein soll. Bei der sittlichen Erfahrung geht es statt um ein Müssen – nicht anders können – um ein Sollen – nicht anders dürfen. Die sittliche Erfahrung ist ein Sich-ergreifen-lassen von einem hoheitlichen Anspruch: dem Doxischen. Im Gewissen trifft uns dieser Anspruch souverän, evident und undiskutabel: „Wir können anders ..., doch wir dürfen es

nicht: Wir dürfen nicht unmenschlich sein.“ Diese Erfahrung ist einer äußeren Begründung weder fähig noch bedürftig. Weil die Herrlichkeit des uns ergreifenden Guten sich selbst legitimiert, beschränkt sie sich auch nicht auf Menschen, die an Gott glauben oder gar nur auf Christen: „Gewissen haben definiert den Menschen als solchen“. Menschsein heißt: Seinem Gewissen folgen. Da der sittliche Anspruch sich selbst begründet, ist für Splett die Frage „Why to be moral?“ nicht nur unsinnig, sondern unmoralisch. Statt das Phänomen in seiner Selbstevidenz begründen zu wollen, sollte man ihm besser zu entsprechen versuchen.

Für Splett stellt die Gewissenhaftigkeit zugleich den Kern jedes Gotteserweises dar: „Bei John Henry Newman wird die Gewissenserfahrung auf Gott hin verstanden. Müssen darum Atheisten und Agnostiker aus der Gewissenverpflichtung entlassen werden? Die Herrlichkeit des ergreifenden Guten legitimiert sich selbst und beschränkt ihre Autorität nicht auf Theisten oder auf Christen.“

Inwiefern führt hier nun Moral unumgänglich zur Religion? Der Glaubende versteht den Gehorsam zum unbedingten Sollen, das ihn hoheitlich und einsichtig von Gott her anruft. Damit wird das Gottes- und Weltverhältnis neu bestimmt. Im Zueinander von Gottes- und Nächstenliebe geht es um ein Mit-Sein: Mit dem Snderen auf Gott zugehen und von Gott her auf den Mitmenschen zugehen. Dabei ist „niemand Mittel,

jeder Endzweck, alle Mittler.“ Von hierher wird Schöpfung zum Anruf. Immer schon findet sich der Mensch beansprucht. Unter dem Anspruch des Guten, das wir nicht gewählt haben, sondern das sich des Subjekts bemächtigt hat, erwacht die Freiheit und findet sich immer schon als zur Antwort verpflichtet vor. Dies ist die Weise, wie dem Menschen Gott in den Sinn kommt.

Splett bringt es mit dem jüdischen Philosophen Levinas auf den Punkt: „Gott erfüllt mich nicht mit Gütern, sondern drängt mich zur Güte, die besser ist als alle Güter, die wir erhalten können“. Darum ist die ge-

samte Religionsphilosophie von Jörg Splett auch ein großes „Plädoyer für Theozentrik“: „Nicht Dank und Bitte, nicht die Sinn-Frage, die Suche nach Trost oder Hoffnung auf Heil machen das Wesen von Religion aus, sondern ... die Anbetung des Heiligen.“ Zuletzt wird Gott gedankt „ob seiner großen Herrlichkeit“.

Wer diese völlig vernachlässigte, aber wesentliche Sicht auf Religion und christlichen Glauben verstehen will, greife zum neuesten Werk von Splett: „Das Heilige“ (Pneuma Verlag München 2017). In zahlreichen Exkursen betrieb Splett in seinem Vortrag höchst engagiert auch innerkirchliche Religionskritik. Unter anderem ging es um die Fragen: Kann es eine „Felix culpa“ geben? Setzt der Auferstehungsleib Jesu ein leeres Grab voraus? Werden die Tore der Hölle von innen zugehalten? Ist das Kreuz als Marterinstrument heilig zu nennen? Gibt es die Schöpfung um der Menschwerdung Gottes oder der Sünde willen?

Im ungezwungenem Dialog mit den Teilnehmern eines ganztägigen Workshops, vertiefte Splett unter der Überschrift „Theophanie im Gewissen und Menschsein als Antwort“, zentrale Aussagen seines Vortrags. Daneben ging es auch um den Personbegriff, die Trinitätslehre und den Einpersonalen Gott – „eine Person allein kann es nicht geben“ –, den Heiligen Geist als den Empfangenden, darum, dass es kein böses

Prinzip geben kann – „es gibt nur ein absolutes Ja“ –, den Begriff der Analogie, die Unlösbarkeit der Theodizeefrage und die Problematik von Kommissionen und Expertengremien, denen Selbstwidersprüche meist entgehen.

Mit bekannter Leidenschaftlichkeit nahm Splett seinen Wahrheitsdienst wahr, so dass seine Ehefrau Ingrid sogar einmal mit mäßiger Gestik aus der ersten Reihe auf ihren Mann besänftigend einzuwirken versuchte. Angesichts des Politik und Kirche beherrschenden Utilitarismus, der das Gewissen so erklärt, dass der in ihm begegnende kategorische Sollensanspruch vollkommen wegerklärt wird, ist das philosophische Lebenswerk von Jörg Splett Licht in der Finsternis.

In seiner treffenden Einführung in den Abendvortrag hat dies auch Professor Josef Schmidt SJ, Schüler und Freund von Splett, zum Ausdruck gebracht: Splett gelinge es, „genuin theologische Themen von der Aura einer abgehobenen Dogmatik zu befreien und so – intellektuell verantwortbar – Lebensorientierung zu geben“. Splett leiste damit einen „unschätzbaren Dienst“ für die Theologie. Darum ist der Hochschule für Philosophie München sehr zu danken für die Ermöglichung der lebendigen Begegnung mit diesem Philosophen, dessen akademischer Wahrheitsdienst seiner Hochschule stets zur Ehre gereichte. Beide Lehrangebote wurden mit viel Zuspruch angenommen.



Sah Lehren immer als akademischen Wahrheitsdienst: Jörg Splett. Foto: KNA

Marx nimmt neue Grabesritter auf

WÜRZBURG (DT/KNA) Kardinal Reinhard Marx hat neun Frauen und 13 Männer in den päpstlichen Ritterorden vom Heiligen Grab zu Jerusalem aufgenommen. „Denken Sie an Ihren Auftrag: Gefährte Jesu zu sein, damit Gottes Liebe in der Welt sichtbar wird“, sagte Marx als Großprior des Ordens am Samstag in Würzburg. Christen müssten durch ihr Leben deutlich machen, dass das Kreuz kein Kampfzeichen sei, sondern eines, das Menschen in Liebe zusammenführen wolle, so Marx. „Das geht nur im Miteinander mit dem Staat. Der Staat gibt uns den Raum, wir müssen ihn mit unserem Leben und Zeugnis füllen.“ Den Gottesdienst feierten zahlreiche Ordensmitglieder und Gläubige mit, darunter Bayerns Innenminister und Ordensritter Joachim Herrmann sowie Bayerns Justizminister Winfried Bausback (beide CSU).

München: Pfarreien ohne Pfarrer als Leiter

MÜNCHEN (DT/KNA) Das Erzbistum München und Freising will künftig auch Gemeinden ohne einen Pfarrer als Leitungsverantwortlichen haben. Ein Pilotprojekt mit einem Team aus Haupt- und Ehrenamtlichen wurde in drei Pfarrverbänden in den drei Seelsorgsregionen gestartet, hieß es am Montag. Eine Letztverantwortung durch den geweihten Priester gebe es dann nicht mehr. Derzeit würden Ehrenamtliche für die Leitung gesucht. Diese müssten dann sowohl eine bischöfliche als auch eine Beauftragung durch die Gemeinde haben, etwa durch die Wahl im Pfarrgemeinderat. Das Projekt ist derzeit auf drei Jahre begrenzt, sagte Robert Lappy, Mitarbeiter im Erzbischöflichen Ordinariat. Dabei solle es Lerneffekte geben. Der Priester vor Ort sei dann allein für die Seelsorge zuständig.

Fatimaapostolat erläutert Absage

WÜRZBURG (reg) Das Würzburger Fatimaapostolat hat die Absage von Kardinal Kurt Koch für den Internationalen Fatimatag in Retzbach erläutert (DT 3. Mai, S. 11). Der Homepage des Fatimaapostolats zufolge habe der Eichstätter Neupriester Michael Polster, gegen den während der Seminarzeit Antisemitismuskritik erhoben worden waren, schon seit längerer Zeit den ursprünglich angekündigten Einzelprimiz-segen abgesagt. Den Verantwortlichen des Apostolates habe Kardinal Koch mitgeteilt: „Da sich in den Medien ein uneinheitliches Bild ergeben hat, halte ich es für ratsam, Ihrem Vorschlag zu folgen, mein Kommen für das nächste Jahr 2019 in Betracht zu ziehen. Schließlich soll ja das geistliche Anliegen und die Heilige Messe nicht von irgendwelchen äußeren Widrigkeiten und Ungereimtheiten beeinträchtigt werden.“

VERANSTALTUNG

Alpha-Kurs für Sinnsucher

Für Sinnsucher bietet die Katholische Pfarrei Maria vom Guten Rat einen Alpha-Kurs für Sinnsucher an. Er umfasst mehrere Abende und ein Wochenende. Abend-Termine: jeweils um 19.30 Uhr bis 21.45 Uhr am 8. Mai, 15. Mai, 5. Juni, 12. Juni, 19. Juni, 26. Juni, 3. Juli, 10. Juli, 17. Juli. Das Wochenende findet vom 22. bis 23. Juni statt. Veranstaltungsort ist die Katholische Pfarrgemeinde Maria vom Guten Rat, Hörwarthstr. 5, 80804 München. Mit der U3/U6 bis Münchner Freiheit, stadtauswärts eine Station mit der Tram bis Potsdamer Straße, nach dem Möbelgeschäft rechts in die Hörwarthstraße.

Kontakt: Pfarrer Johannes Oberbauer Tel. 089 / 36 00 03-0

Nachsendung Abowünsche Zustellung

... und alle Fragen rund um **Die Tagespost** beantwortet Ihnen unser Leserdienst: Montag bis Freitag von 7 bis 17 Uhr und am Samstag von 7 bis 12 Uhr.

Die Tagespost
Leserdienst
+49 (0) 931 30 86 3-32

Wir freuen uns
auf Ihren Anruf!

Die Tagespost

Katholische Wochenzeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur

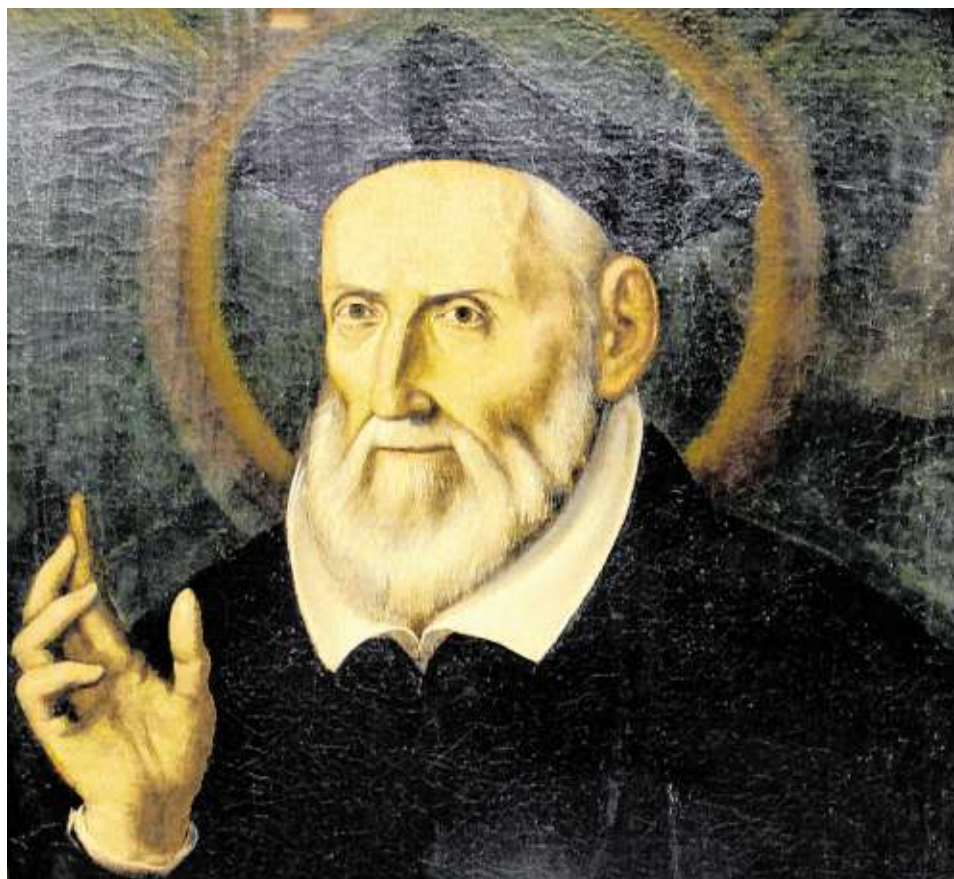
Sehnsucht nach dem Himmel

Wie das Oratorium des heiligen Philipp Neri in Lebensgeschichten Kreise zog **VON URS BUHLMANN**

Das Oratorium des heiligen Philipp Neri, diese Gemeinschaft von Weltgeistlichen, die nach verbindlichen Regeln an einer bestimmten Kirche zusammenlebt und die Seelsorge dort übernimmt, ohne Gelübde zu haben und ein Orden zu sein, ist zur Pflanzstätte eines ganz eigenen Lebensstiles geworden. Die Oratorianer, bemüht, ihrem Gründer und Vorbild, dem römischen Stadtheiligen Philipp Neri nachzufolgen, wollen nichts anderes sein als Seelsorger. Allerdings eifrige und – sie scheuen vor diesem Wort nicht zurück – heiligmäßige Seelsorger. Sie haben starke Vorbilder, nicht nur in der Figur des 1595 verstorbenen Neri, der schon zu Lebzeiten sehr verehrt wurde, sondern in einer ganzen Kette von heilig- oder seliggesprochenen Mitbrüdern, die bis in unsere Tage reicht. Das bewährte Autorenduo Markus Dusek und Pater Paul B. Wodrazka CO hat eigene und fremde, aus berufener Feder stammende Texte zu einem Florilegium der oratorianischen Kanonisierten zusammengestellt, das man mit Bewegung liest.

So wie Philipp Neri sehr vertraut mit und von Gott und der Mutter Gottes sprechen konnte, so scheinen auch seine Söhne einen zugleich unverstellten und innigen Umgang mit dem Himmel gepflegt zu haben. Einer der ersten Schüler Neris, P. Antonino Talpa, hielt 1599 fest: „Das geistliche Leben wurde für eine strenge und schwierige Angelegenheit gehalten und als solche schreckten die Weltleute davor zurück. Es war so familiär und häuslich geworden, dass es sich für jeden Stand von Personen willkommen und leicht zeigte.“

Der berühmte und ebenfalls heilige Oratorianer Franz von Sales hatte kein anderes Programm als den Menschen seiner Zeit, von hoch bis niedrig, zu versichern, dass jeder im Alltag die Christusbefolgung verwirklichen und tatsächlich heilig werden könne. Im 20. Jahrhundert wird José Maria



Der fröhliche Heilige Roms ist auch heute Vorbild vieler Seelsorger.

Foto: IN

Escrivá, definitiv kein Oratorianer, den Faden aufnehmen und diesen Weg dann als Werk Gottes, Opus Dei, bezeichnen. Typisch für Neris Methode ist das Zusammenwirken der Priester und Laienbrüder der Gemeinschaft mit interessierten Laien, die über das „kleine Oratorium“ sehr eng mit der Hausgemeinschaft verbunden sind und Anteil an deren apostolischer Tätigkeit haben. In dem ungezwungenen, häufig durch musikalische Darbietungen – es gibt ja auch in der Musik den Begriff des Oratoriums – unterhaltenen Zusammensein entwickelte Neri seinerzeit etwas, was heute als Bibelteilen bekannt ist. Die Methode über

einen konkreten Text – dem Heiligen ging es damals weniger um die Bibel als um Heiligen-Viten – miteinander in den Austausch zu treten, machte die „Laien“ zu Gleichberechtigten und wies auch ihnen einen Anteil an der Erkenntnis Gottes zu.

Ein Fürst der Wissenschaft und der Kirche zugleich war Cesare Cardinal Baronio (1538–1607), einer der Großen kirchlicher Geschichtsschreibung. Er gehörte zu den ersten Jüngern Neris, war aber, anders als dieser, eher düsteren Gemütes. Weil er in seinen Predigten gerne von den „letzten Dingen“ sprach und den Zuhörern mit dem Gericht und der Hölle kam, nannte man ihn

den „Todeskaplan“. Doch seine andere Seite war Demut und echte Dienstbereitschaft. Nur in dieser Haltung konnte er an das staunenswerte Werk der „Annales ecclesiastici“ gehen, die nach seinem Tod fortgesetzt wurden und am Ende 37 dicke Bände umfassten. Antonio Grassi (1592–1671) vom Oratorium in Fermo, dem er 36 Jahre lang als gewählter Präpositus vorstehen sollte, sprach zu den Menschen von der Notwendigkeit des Gebetes: „Es ist ein Werkzeug, das rostet, wenn man es nicht ständig verwendet. Wenn wir dann in Not kommen und es dringend brauchen, etwa im Augenblick unseres Todes, dann wird es uns nichts nützen. Damit das Werkzeug des Gebetes immer scharf bleibt, muss man es schleifen; das tut man mit der Demut, der Frömmigkeit und dem Glauben“. Seine typisch oratorianische Hochschätzung der Messe ließ ihn, der sonst in schäbiger Kleidung ging, für diese Stunde des Tages in den besten Talar schlüpfen. Auf Sebastiano Valfré (1629–1710), den Apostel Turins und Beichtvater des Herzogs von Piemont, geht die Errichtung der Päpstlichen Diplomatischen Akademie zurück. Joseph Vaz (1651–1711), der nahe Goa in eine katholisch gewordene Brahmanen-Familie geboren wurde, ist der erste große einheimische Missionar Asiens und wurde zum Apostel Ceylons. Als er starb, konnte man sagen, dass von den 70 000 Katholiken im Gebiet des heutigen Sri Lanka gut 30 000 unter ihm getauft worden waren. Der Münchner Johann Georg Seidenbusch (1641–1729), 1667 Pfarrer von Aufhausen bei Altötting (wo es heute wieder ein Oratorium gibt), hatte zunächst nach mehreren Romfahrten, von wo er eine Reliquie des Gründers mitgebracht hatte, 1698 mit kaiserlicher Gunst ein Oratorium in Wien gegründet, das sich damals nicht halten konnte, wiedererstand heute aber die größte Niederlassung der Oratorianer in deutschsprachigen Ländern ist. Im hohen Alter starb der vielseitig

begabte Mann, der auch als Dichter und Architekt in Erscheinung trat, in Aufhausen; Papst Benedikt XVI. regte die Eröffnung des Seligsprechungsprozesses an. Der einfache Laienbruder Bartolomeo Mariani (1656–1742) in Brescia pflegte den jungen Novizen den Rat zu geben: „Bemüht euch um einen guten Anfang, denn glaubt mir, was man nicht in den ersten Monaten tut, nachdem man dieses heilige Haus betreten hat, das tut man nimmermehr.“ Eher ungewöhnlich für seinen Stand übte er die geistliche Begleitung als Briefapostolat. So schrieb er einer Nonne: „Wie Sie wissen, sind die Beichte, der Kommunionempfang, das Rosenkranzgebet (...) gute und heilige Werke, doch steckt ein wenig Selbstgefälligkeit in ihnen. Erst in Leid und Krankheit steckt nichts anderes mehr als jener große Schatz für die Ewigkeit, der in den Worten ‚Dein Wille geschehe‘ liegt. (...) An der Vollkommenheit fehlt gerade immer so viel, wie an der bereitwilligen Fügsamkeit fehlt.“ Auch mehrere der im Spanischen Bürgerkrieg aus Hass auf den Glauben ermordeten Oratorianer werden vorgestellt, wie auch zwei von den Deutschen 1940 und 1943 getötete polnische Priester.

Gelebte Frömmigkeit im Oratorium kann viele Formen annehmen. Die Sehnsucht nach dem Himmel und der entschlossene Wille, es dorthin zu schaffen, ist allen gemeinsam. Die in diesem Band vorgestellten Oratorianer sind, je auf ihre Art, bemerkenswert treue Söhne des heiligen Philipp Neri. Sie können mithelfen, das in Deutschland immer noch relativ unbekannt und unverstandene oratorianische Konzept zu verbreiten.

Markus Dusek/Pater Bernhard Wodrazka (Hrsg.): Heilig werden im Oratorium – 22 Beispiele gelebter Frömmigkeit in der Schule des heiligen Philipp Neri. Be & Be-Verlag, Heiligenkreuz 2018, 191 Seiten, ISBN 978-3-903118-46-1, EUR 19,90

Schrei nach Versöhnung

Ein persönlicher Blick auf die Geschichte von Juden und Christen **VON JOSEF BORDAT**

Der israelische Schriftsteller Amos Oz ist ein streitbarer Geist, dem es vor allem darum geht, Brücken zu schlagen zwischen Religionen und Kulturen. Er ist Mitbegründer und ein herausragender Vertreter der seit 1977 bestehenden Friedensbewegung „Schalom achschaw“ („Frieden jetzt“), die sich für ein gewaltfreies Zusammenleben von Israelis und Palästinensern einsetzt.

In dem Essay-Bändchen „Jesus und Judas. Ein Zwischenruf“, erschienen im Patmos Verlag, geht es ihm um das Verhältnis von Judentum und Christentum, um das, was sie ein und das, was sie trennt. Oz fasst darin die Gedanken seines Vortrags vom 25. Mai 2017 zusammen, den er im Rahmen des Evangelischen Kirchentags in Berlin im dortigen „Zentrum Christen und Juden“ hielt.

Es geht ihm um die Frage, wer eigentlich Jesus für sich beanspruchen darf – das Judentum – Jesus ist nach seiner Herkunft zweifellos Jude – oder das Christentum – Jesus ist Christus, Sohn Gottes, der etwas ganz Neues in die Welt bringt. Der humorvolle Oz löst den Konflikt – zugunsten des Judentums: Jesus kann kein Christ gewesen sein – er feierte nie Weihnachten. Etwas systematischer begründet der Rabbiner Walter Homolka in seinem ausführlichen Nachwort die Zugehörigkeit Jesu zum Judentum und zeichnet die Geschichte des beidseitigen Anspruchs auf Jesus – und damit auf die Wahrheit – nach. Das Anliegen des Autors ist hingegen weit ernster als es die lockere Diktion und der anekdotenhafte

Erzählstil vermuten lassen. Schließlich geht es um nicht weniger als eine Antwort auf die Frage: Wie konnten Judentum und Christentum, die in Jesus Christus, dem Juden, so eng zusammenrücken, das Verbindende derart aus den Augen verlieren? Amos Oz macht dafür die Passionsgeschichte verantwortlich, das schlechte Licht, in das die Erzählung Judas rückt. Ihm ist die Darstellung der Handlungsweise des Judas im Neuen Testament (also: die Rede vom „Verrat“) der Beginn einer unheilvollen zweitausendjährigen Geschichte, das „Tschernobyl des christlichen Antisemitismus“, denn sie „verseucht das Verhältnis zwischen Juden und Christen“. Oz zitiert damit ein wesentliches Motiv des Antijudaismus' christlicher Provenienz: die Rede vom Juden als „Christus-“ oder „Gottsmörder“. Er differenziert dann allerdings nicht hinreichend zwischen theologisch begründetem Antijudaismus der Antike und rassistischem Antisemitismus der Moderne, sondern zieht gewissermaßen eine Linie von Golgatha nach Auschwitz.

Damit übersieht er jedoch die ganz unterschiedliche Stoßrichtung des jeweiligen „Judenhasses“. Anti-jüdische Polemiken christlicher Theologen waren über Jahrhunderte grob, verletzend, unklug – enthielten aber niemals Aufrufe zur Gewalt. Diese trat zwar im Mittelalter in Form verschiedener Pogrome auf, wurde aber nie „von oben“ gesteuert. Die systematische staatliche Verfolgung der Juden im 20. Jahrhundert, zunächst in Russland und dann vor allem im Deutschen Reich und den besetzten Gebieten während der NS-Diktatur, basier-

te auf sozialer Diskriminierung aus rassistischen Motiven.

Gegen diesen Antisemitismus der Nazis regt sich denn auch vor allem christlicher Widerstand – bis hin zu den Bischöfen und dem Papst. Bereits 1934 erschienen die „Adventspreigten“ von Kardinal Faulhaber, der acht Jahre zuvor in Rom mit über 300 Bischöfen und über 3000 Priestern das „Opus sacerdotale Amici Israel“ („Priesterliche Vereinigung der Freunde Israels“) gründete, dessen Ziel die christlich-jüdische Versöhnung war. Und Israel Zolli, Oberrabbiner in Rom während des Zweiten Weltkriegs, notiert 1945 in seinem Tagebuch: „Kein Held der Geschichte hat ein tapfereres und stärker bekämpftes Heer angeführt als Pius XII. im Namen der christlichen Nächstenliebe.“ Auch diesen Tatsachen wird Oz mit der Kausalverbindung von Antijudaismus und Antisemitismus nicht gerecht.

Amos Oz stärkt jedoch – ganz auf der Linie jüdischer Theologie des 19. Jahrhunderts – mit seinem Essay das Selbstbewusstsein des Judentums, was wiederum die katholische und evangelische Theologie herausfordert, darauf im Rahmen einer Christologie zu antworten, die Jesus nicht exklusiv für die eigene Konfession beansprucht, sondern der Kirche bewusst macht, in welcher Tradition sie steht: in der Jesu Christi. Das macht den „Zwischenruf“ zu einem Schrei nach Aussöhnung zwischen Christen und Juden.

Amos Oz: Jesus und Judas. Patmos Verlag, Ostfildern 2018, 96 Seiten, ISBN 978-3843610513, EUR 12,-

Anzeige

Pfingstsonntag in Maria Vesperbild

19.00 Uhr Pontifikalamt und Lichterprozession
mit S. E. dem hwt. Herrn Bischof von Augsburg Dr. Konrad Zdarsa

Übertragung auf die Außenbildschirme der Kirchenvorplätze

Wallfahrtskalender 2018 kostenlos anfordern:

Wallfahrtsdirektion Maria Vesperbild
Schellenbacher Straße 4 · 86473 Ziemetshausen
Telefon 08284/8058 · Fax 08284/8558
Internet: www.maria-vesperbild.de
E-Mail: wallfahrtsdirektion@maria-vesperbild.de

Ihre Anzeige in Die Tagespost

Beratung · Information · Verkauf

Tel. (09 31) 3 08 63-40 · Fax (09 31) 3 08 63-33 · anzeigen@die-tagespost.de



Junge Federn

Wie der Glaube die Handschrift Gottes im Alltag aufleuchten lässt und zum Nachdenken und Schmunzeln anregt – darüber schreiben 17- bis 30-jährige Autoren auf dieser Seite

Katholische Ökumene

VON PASCAL LANDAHL



Spätestens seit dem Zweiten Vatikanum schreitet die Ökumene rasch voran. Inhaltliche und emotionale Gräben werden kleiner und das ist prinzipiell auch gut so. Denn

wir Christen glauben letztlich alle an den einen dreifaltigen Gott: Vater, Sohn und Heiliger Geist. Das verbindet uns. Leider hören da die meisten Gemeinsamkeiten unter den Christen auch schon auf. Sei es beim Verständnis der Schrift, der Frage nach einer verbindlichen Dogmatik oder der Sakramentenlehre: Die Positionen der verschiedenen christlichen Konfessionen könnten unterschiedlicher kaum sein. Das kann man bedauern, man muss diesen Zustand aber erst einmal akzeptieren und auch jeweils die konkreten inhaltlichen Argumente betrachten. Es nützt doch auch nicht wirklich für die Ökumene, bestehende Unterschiede durch eine vermeintliche Diskursethik wegzudiskutieren und die „Öffnung“ einer Konfession zu bejubeln, die in-

haltlich auf sehr dünnem Eis steht. Genau das geschieht in der viel debattierten Frage nach der Interkommunion, spricht „Konfessionsverschiedene Ehen und gemeinsame Teilnahme an der Eucharistie“, wie es die Bischofskonferenz ausdrückt.

Auch evangelische Ehepartner sollen zukünftig nach einer individuellen Gewissensentscheidung die Kommunion empfangen dürfen, da sonst beispielsweise die Ehe gefährdet sein könnte, so die Bischofskonferenz. Damit ist weder unseren evangelischen Geschwistern noch uns Katholiken geholfen. Tatsächlich kenne auch ich unter Freunden und in der Familie viele „gemischte“ Paare. In diesem Zusammenhang ist mir jedoch noch nie gesagt worden, dass es für die Ehe eine schwere Belastung sei, dass einer von beiden nicht die katholische Eucharistie empfangen dürfe. Ich will nicht sagen, dass es solche Fälle nicht gibt, aber viel interessanter wäre doch die Frage nach einer generellen Zulassung von nicht-katholischen Christen zur Kommunion.

Meines Erachtens ist der Fall aus theologischer Sicht klar: Prinzipiell können nur Katholiken die Heilige Kommunion empfangen, die im „Stand der Gnade“ sind, also keine schwere Sünde auf dem Kerbholz haben. Das heißt, es können noch nicht einmal alle Katholiken die Kommunion empfangen. Diese Debatte ist tatsächlich wesentlich inspiriert durch den Gedanken, möglichst niemanden „auszugrenzen“. Je-

sus selbst hat jedoch ausgegrenzt, mit Worten wie „Niemand kann zu mir kommen, wenn es ihm nicht vom Vater gegeben ist.“ (Johannes 6,65) Sowohl die damaligen Juden als auch seine Jünger waren entsetzt von Jesu Radikalität. Er hat in Kauf genommen, dass sie ihn verlassen: „Daraufhin zogen sich viele Jünger zurück und wanderten nicht mehr mit ihm umher. Da fragte Jesus die Zwölf: Wollt auch ihr weggehen?“ (Johannes 6,66) Aber die Jünger sind geblieben, obwohl sie wussten, worauf sie sich einlassen. Genauso muss jeder Christ sich bewusst sein, auf welches Abenteuer er sich mit seinem christlichen Glauben einlässt.

Für Katholiken ist die Eucharistie der Schatz der Kirche, der Mittelpunkt von Kirche und Leben, begründet auf dem Glauben, dass Jesus selbst total gegenwärtig ist. Darauf bezieht sich schließlich unser Amen gegenüber Gott und dem Priester, der uns die Kommunion gibt: Amen, ja, das ist der Leib Christi! Kann ein Protestant Amen zum Leib Christi sagen? Das ist doch die relevante Frage! Falls er Amen zum Leib Christi sagen kann, ist er eigentlich schon katholisch im Herzen, und sollte konsequenterweise konvertieren. Falls er nicht Amen zum Leib Christi sagen kann, sollte er auch die Kommunion, die ja Leib Christi ist, nicht empfangen, weil er damit Gott und sich selbst belügt.

Der Autor, 20, studiert Katholische Theologie

Segen für Feld und Garten

VON FABIAN BRAND



Am Montag vor Christi Himmelfahrt führt die Bittprozession von meiner Heimatkirche zur nahegelegenen Basilika Vierzehnheiligen.

Betend und singend zieht man durch die Fluren und durch den Wald. Gerade in diesen Frühlingstagen ist das ein beeindruckendes und tiefes Zeugnis des Glaubens. Man pilgert durch Gottes gute Schöpfung und bittet um den Segen des dreifaltigen Gottes für Felder, Fluren und Wälder. Das ist schönes und sinnvolles Brauchtum!

Die Tage vor Christi Himmelfahrt werden seit alter Zeit als Bitttage begangen. In besonderer Weise betet man in dieser Zeit um den Erhalt der Schöpfung, um eine gute Ernte und um den Schutz vor Unwettern und Katastrophen. Was in längst vergangenen Tagen selbstverständlich war, ist in unserer Zeit in Vergessenheit geraten.

Dabei ist es gerade in unseren Tagen wichtig, dass wir als Christen die Schöpfung

als Geschenk ansehen. Die ganze Erde ist vielfältigen Bedrohungen ausgesetzt, wir kennen die Sorgen des Klimawandels und die vielen globalen Katastrophen. Wir wissen um den Hunger, der viele Menschen auf unserer Erde quält und um die weltweite soziale Ungerechtigkeit. Das alles fordert einen bewussten Umgang mit der Schöpfung. Es braucht vor allem eine Kultur der Dankbarkeit, denn alles ist nur Gabe und Geschenk Gottes, der die Schöpfung ins Dasein gerufen hat und sie in Liebe erhält. Papst Franziskus hat in seiner Enzyklika „Laudato si“ über die Sorge für das gemeinsame Haus so geschrieben: „Ein Ausdruck dieser Haltung ist, vor und nach den Mahlzeiten innezuhalten, um Gott Dank zu sagen. Ich schlage den Gläubigen vor, diese wertvolle Gewohnheit wieder aufzunehmen und sie mit Innigkeit zu leben. Dieser Moment des Segensspruchs erinnert uns, selbst wenn er ganz kurz ist, an unsere Abhängigkeit von Gott für unser Leben, unterstützt unser Empfinden der Dankbarkeit für die Gaben der Schöpfung.“

Nicht nur die Bittgänge sind eine Gelegenheit, um Gott für die Schöpfung und ihre reichen Gaben zu danken. Wir können diesen Dank im Gebet vor dem Essen ausdrücken, aber auch im Stillen bei einem Spaziergang durch die Natur an Gott denken und ihn preisen für seine Güte.

Der Autor, 27, promoviert in Katholischer Theologie

Sonntagslesung

In Jesus erhält Gott ein Gesicht

Apostelgeschichte 1, 15–26; 1 Johannes 4, 11–16; Johannes 17, 6–19

Zu den Lesungen des siebten Sonntags der Osterzeit (Lesejahr B)



VON HARM KLUETING

Der Abschnitt aus dem Johannesevangelium ist Teil des „Hohepriesterlichen Gebetes“, das in der Einheitsübersetzung „Abschiedsgebet“ genannt wird. Diese Bezeichnungen sind Hinzufügungen von Übersetzern oder Auslegern. Der Name „Hohepriesterliches Gebet“ geht auf David Chytraeus zurück, einen 1600 gestorbenen evangelischen Theologen. Er hat seine Berechtigung, weil Jesus in diesem Gebet Fürbitte für die Seinen leistet, für sie vor Gott eintritt (Hebräer 7,25; Römer 8,34) und sich für sie heiligt, „damit auch sie in der Wahrheit geheiligt sind“ – er, der „Hohepriester, abgesondert von den Sündern, der nicht nötig hat wie die Hohenpriester zuerst für die eigenen Sünden Opfer darzubringen und dann für die des Volkes; denn das hat er ein für allemal getan, als er sich selbst dargebracht hat“ (Hebräer 7,26–27).

Leser des Hebräerbriefes kennen Jesus Christus als den wahren Hohenpriester (Hebräer 4,14–16; 5), wie sie auch das im Hebräerbrief zur Erklärung des Psalmworts „Mein Sohn bist du. Heute habe ich dich gezeugt“ (Psalm 2,7) angeführte Wort des Psalmisten „Du bist Priester auf ewig nach der Ordnung Melchisedeks“ (Psalm 110,4; Hebräer 5,6) kennen.

Das Hohepriesterliche Gebet steht am Ende der Abschiedsreden Jesu und vor der Passionsgeschichte. Mit ihm wird der Prolog zu Beginn des Johannesevangeliums wieder aufgenommen. Heißt es dort über den präexistenten Christus: „Im Anfang

war das Wort, und das Wort war bei Gott, und das Wort war Gott“ (Johannes 1,1 f.), so sagt Jesus hier, dass Gott ihn schon geliebt hat „vor der Erschaffung der Welt“ (Johannes 17,24). Im Prolog ist die Rede davon, dass das Wort als Licht in der Finsternis leuchtete, dass aber die Finsternis es nicht erfasste (Johannes 1,5), während Jesus hier ausspricht, dass „die Welt die Jünger gehasst hat, weil sie nicht von der Welt sind“. Und am Ende des Prologs steht: Wir „haben seine Herrlichkeit gesehen“ (Johannes 1,14), während Jesus hier für die Glaubenden betet: „Sie sollen meine Herrlichkeit sehen“ (Johannes 17,24).

Unser Abschnitt ist der mittlere Teil des Gebetes. Im ersten Teil (Johannes 17,1–5)

„In der Welt sein heißt auch, mit dem Hass der Welt leben zu müssen“

betet Jesus für sich selbst: „Vater, verherrliche du mich jetzt bei dir mit der Herrlichkeit, die ich bei dir hatte, bevor die Welt war“ (Johannes 17,5). Hier spricht der präexistente Gottessohn, der schon vor der Erschaffung der Welt Sohn Gottes war, das Wort, das unsere Menschlichkeit annahm, und der jetzt dem irdischen Tod entgegenguckt, den er mit uns Menschen teilt. Im letzten Teil (Johannes 17,20–26) betet Jesus für alle Glaubenden. „Sie sollen eins sein, wie wir – Gott der Vater und der Sohn – eins sind, ich in ihnen und du in mir, damit die Welt erkennt, dass du mich

gesandt hast und die Meinen ebenso geliebt hast wie mich“ (Johannes 17,22b–23). Im mittleren Teil des Gebetes bittet Jesus für seine Jünger. Dieser Teil besteht aus zwei Stücken. Im ersten heißt es: „Ich habe deinen Namen den Menschen offenbart, die du mir aus der Welt gegeben hast.“ Der Name Gottes? Offenbart durch ihn, Jesus, nicht allen Menschen, sondern nur denen, die Gott ihm aus der Welt gegeben hat? Und die Welt? Wenn wir einen Fremden begrüßen, dann stellen wir uns vor und nennen unseren Namen: „Guten Tag, mein Name ist ...“ Aus dem Alten Testament wissen wir von der Unverfügbarkeit des Namens Gottes. Bei der Berufung des Mose spricht Gott zu ihm aus einem brennenden Dornbusch und stellt sich vor: „Ich bin der Gott deines Vaters, der Gott Abrahams, der Gott Isaaks und der Gott Jakobs“ (Exodus 3,6). Als Mose ihn nach seinem Namen fragt, um sich vor dem Volk Israel auf den Namen Gottes berufen zu können, antwortet Gott: „Ich bin der ‚Ich-bin-da‘. So sag zu den Israeliten: Jahwe hat mich zu euch gesandt. Das ist mein Name für immer“ (Exodus 3,14–15a). Jahwe – was manche Jehova oder Adonai lesen – ist aber kein Name. Jahwe heißt: Ich-bin-da. Das ist die Unverfügbarkeit des Namens Gottes. Die Unverfügbarkeit des Gottes, von dem es im Neuen Testament heißt: „Niemand hat Gott je gesehen.“

Aber Jesus gibt diesem unbekanntem, namenlosen Gott ein Gesicht. Er macht ihn sichtbar. Und er gibt ihm einen Namen. Eigentlich zwei Namen, die aber beide dasselbe bedeuten: Den Namen „Vater“ – „Abba, Vater“ (Markus 14,36) – und den

Namen „Liebe“ – „Wie mich der Vater geliebt hat, so habe auch ich euch geliebt“ (Johannes 15,9). „Niemand hat Gott je gesehen. Der Einzige – der Sohn – „der Gott ist und am Herzen des Vaters ruht, er hat Kunde gebracht“ (Johannes 1,18). Oder – so im Ersten Johannesbrief, der zweiten Lesung: „Niemand hat Gott je geschaut; wenn wir einander lieben, bleibt Gott in uns, und seine Liebe ist in uns vollendet“ (1 Johannes 4,12).

Dieser Gott hat dem Sohn, der ihm den Menschen gegenüber ein Gesicht gibt, aus der Welt Menschen gegeben. Das sind nicht alle Menschen. Das sind auch nicht alle Gläubigen, für die Jesus ja erst im dritten Teil des Gebetes betet. Es sind die Jünger. Aber gewiss über den Kreis der Zwölf hinaus auch die Christen damaliger und späterer Zeit, die in bewusster Weise in die Jüngerschaft eintreten.

Sie kommen aus der Welt. Und sie sind in der Welt. Die Welt – das ist die Kraft, die von Gott wegzieht. Dieser Kraft sind auch die Jünger ausgesetzt. Deshalb ist der Kern dieses Abschnitts Jesu Bitte: „Bewahre sie in deinem Namen“, was so viel bedeutet wie: „Heilige sie in der Wahrheit.“

„In der Welt sein“ heißt auch, mit dem Hass der Welt leben zu müssen, der denen gilt, die sich zu Christus bekennen. Werden die Jünger diesem Hass standhalten? Wir wissen, dass fast alle von ihnen als Märtyrer für ihren Glauben an Jesus Christus starben. Jesus bittet um Standhaftigkeit der Jünger in der Welt: „Ich bitte nicht, dass du sie aus der Welt nimmst, sondern dass du sie vor dem Bösen bewahrst.“ Der Höhepunkt dieses Gebets ist der Ruf: „Hei-

lige sie in der Wahrheit; dein Wort ist die Wahrheit.“ Danach folgt noch der Satz: „Wie du mich in die Welt gesandt hast, so habe ich auch sie in die Welt gesandt.“ Gemeint ist also nicht Rückzug aus der Welt in ein frommes Irgendwo, sondern hinaus in die Welt. Als Boten des Glaubens an Jesus Christus. Getreu seines Auftrags: „Geht zu allen Völkern und macht alle Menschen zu meinen Jüngern; taufte sie auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes, und lehrt sie, alles zu befolgen, was ich euch geboten habe“ (Matthäus 28,19–20a). Aber für wen gilt das? Gilt es nur für die zwölf Jünger – oder die elf ohne Judas, der Jesus verrät und der hier als „Sohn des Verderbens“ auftritt, den Jesus nicht behütet oder an seinem Verrat hindert, „damit die Schrift sich erfüllt“? Es gilt für die Christen damaliger und späterer Zeit, die in bewusster Weise in die Jüngerschaft eintreten. Ordensleute, Priester, Laien.

Um Judas geht es in der Apostelgeschichte, wo Petrus zu den in Jerusalem versammelten Christusgläubigen spricht und sagt: „Es musste sich das Schriftwort erfüllen. Judas wurde zum Anführer derer, die Jesus gefangen nahmen. Er wurde zu uns gezählt und hatte Anteil am gleichen Dienst.“ Petrus bezieht sich auf das Psalmwort: „Auch mein Freund, dem ich vertraute, hat gegen mich geprahlt“ (Psalm 41,10). Auf ein Psalmwort – „Sein Amt soll ein anderer erhalten“ (Psalm 109,8) – bezieht er sich auch, wenn er dazu aufruft, den Platz des Judas neu zu besetzen. Nach dieser Rede bestimmen die Versammelten durch das Los unter Gebet und Anrufung Gottes Matthias als neuen Apostel.

Neues Leben im alten Ritus

In Saarlouis baut die Petrusbruderschaft auf den Fundamenten einer alten Kapelle ein geistliches Zentrum auf. Durch Liturgie und Anbetung fördern sie den Glauben.

VON ANNALIA MACHUY

Viele Gläubige, zunehmend auch junge Menschen, schätzen die außerordentliche Form des römischen Ritus. An vielen Orten in Deutschland wird sie gefeiert. So auch in Saarlouis im Bistum Trier. Hier hat die Petrusbruderschaft 2012 eine kleine Kirche erworben und investiert seitdem in die Sanierung und in die seelsorgerische Arbeit und Neuevangolisierung.

Gerade mit Blick auf den „geistlichen Neuaufbruch“ setzt die Gemeinschaft dabei auf die klassische Form des römischen Ritus als Türöffner für Christus. „Dieser Ritus strahlt in besonderer Weise Ehrfurcht vor Gott und der heiligen Handlung aus“, so Pater Christoph Fuisting. Seit März 2017 betreut er das Canisianum, wie die Rektoratskirche Sankt Petrus Canisius unweit der Innenstadt von Saarlouis meist genannt wird, mittlerweile gemeinsam mit Pater Gerald Gesch. Er ist überzeugt, dass „die heilige Messe in dieser Form einen wichtigen Beitrag zur Neuevangolisierung darstellt. Denn die Anbetung Gottes ist eine Grundhaltung katholischen Gebetslebens. Wer anbetet, erkennt zum einen die absolute Autorität Gottes an als Ursprung allen Seins und aller Wirklichkeiten und zum anderen das Geschöpf-Sein des Menschen und seiner völligen Abhängigkeit von Gott. Diese Haltung ist Voraussetzung dafür, dass man überhaupt ein Leben mit Gott beginnen kann“.

Das Leben der Menschen mit Gott zu fördern und zu begleiten, kann wohl als programmatisch für die Seelsorgearbeit der beiden Priesterbrüder gelten. Tägliche heilige Messe, die Feier des Priesterdonnerstags und der Fatimatage, eine monatliche Pater-Pio-Gebetsstunde, Katechesen für Erwachsene und Jugendlichen sowie regelmäßige Beichtgelegenheit – die Gläubigen, die vor allem aus der Umgebung des Canisianums kommen, wissen das umfangreiche Angebot zu schätzen. Ein besonderes Anliegen ist den zwei Priestern auch die eucharistische Anbetung. Vor allem durch sie soll das Canisianum immer mehr zu einem geistlichen Zentrum für die Umgebung werden. „Neuevangolisierung beginnt hier: am eucharistischen Herzen Gottes. In der Stille spricht er zu den Menschen, gibt Antworten auf unsere vielen Fragen und Anliegen. Gestärkt durch seine Gnade, die aus dem heiligen Messopfer und der Anbetung fließen, können wir hinaus zu den Menschen gehen, um auch ihnen zu verkünden, dass der Herr Jesus Christus Worte ewigen Lebens hat“, so Pater Fuisting.

Dass das geistliche Leben in und um das Canisianum wieder zu solcher Blüte finden sollte, war vor einigen Jahren noch kaum vorstellbar. Die wechselhafte Geschichte der Kapelle reicht zurück bis ans Ende des 17. Jahrhunderts. Zuletzt wirkten die Jesuiten in ihren Mauern und stellten sie unter

das Patronat des heiligen Petrus Canisius. Als die Gemeinschaft Saarlouis 2007 verließ, stand das kleine architektonische Schmuckstück vor einer ungewissen Zukunft. Es fiel zunächst zurück an die Stadt, wurde profaniert und schließlich an ein Architektenbüro verkauft. Von den verschiedenen Überlegungen, wie das Gebäude genutzt werden könnte, etwa als Columbarium oder Tattoo-Studio, konnte sich keine durchsetzen.

Zur gleichen Zeit war ein Pater der Petrusbruderschaft auf der Suche nach einem neuen „Zuhause“ für die Gläubigen, die er bereits seit längerem in Saarlouis betreute. Die Kapelle des nahen Elisabethen-Krankenhauses, in der sich die Gruppe sonntags zur Feier der Eucharistie im außerordentlichen Ritus versammelte, schien bald kein geeigneter Ort mehr zu sein, die Entdeckung des Canisianums hingegen ein Wink vom Himmel. In Absprache mit der Diözese konnte die Bruderschaft die Kapelle und das angrenzende Haus kaufen und den Sakralbau wieder seiner liturgischen Bestimmung zuführen. Glücklicherweise waren nicht nur die Petrusbrüder, sondern auch der Bürgermeister von Saarlouis begrüßte den Kauf der Kapelle durch die Gemeinschaft sehr.

Viel hat sich seitdem getan, zeigte sich die Kirche doch als sehr renovierungsbedürftig. Dabei war es den Verantwortlichen ein An-

liegen, die verschiedenen Stile, die im Canisianum zusammenfinden, zu berücksichtigen und die notwendigen Änderungen harmonisch ins Gesamtbild einzufügen. Nachdem die Innenrenovierung erfolgreich abgeschlossen werden konnte, wurde im Juli vergangenen Jahres schließlich mit der Außenrenovierung begonnen. Neben Zuwendungen von Bund und Land, der Diözese und der deutschen Stiftung Denkmalschutz, finanziert sich das Projekt hauptsächlich aus privaten Spenden. Während die Petrusbruderschaft in der Regel Kirchen mitnutzt, ist sie in Saarlouis der alleinige Eigentümer der Gebäude.

Noch immer ist vielen Menschen in Saarlouis nicht bewusst, dass die Kapelle wieder belebt ist. Doch suchen immer wieder auch die Einheimischen das Gespräch mit den Priestern, berichtet Pater Fuisting. Eine grundsätzliche Offenheit für die Arbeit der Priestergemeinschaft ist auch bei den Pfarreien der Umgebung spürbar. Die Kooperation verlaufe sehr unkompliziert, 2017 führte man beispielsweise gemeinsam die Fronleichnamsprozession durch. Schon jetzt haben die beiden Petrusbrüder „gut zu tun“, dennoch hält Pater Fuisting ihre Arbeit für „sicher noch ausbaufähig“. Im Canisianum weht ein frischer Wind. Motiviert und dynamisch, vor allem aber im Dienst des Evangeliums wird hier gebaut – innerlich und äußerlich.



Hier schlägt das Herz der Neuevangolisierung: Pater Fuisting auf dem Weg zum Altar. Foto: Machuy

EXERCITIUM

Autorität und Familie

VON LORENZ JÄGER

Unsere Hoffnungen oder Verzweiflungen kommen von weit her. Joseph Kardinal Ratzinger formulierte es einmal so: „Wir müssen uns allerdings bewusst werden, dass der Marxismus nur die radikale Durchführung eines ideologischen Konzepts war, das auch ohne ihn weitgehend die Signatur unseres Jahrhunderts bestimmt.“ Ich denke dabei an die Familienpolitik. Friedrich Engels, der Kampfgefährte von Marx, hat ihr 1847 die klassische revolutionäre Formulierung gegeben: „Gleicher Arbeitszwang für alle Mitglieder der Gesellschaft bis zur vollständigen Aufhebung des Privateigentums. Bildung industrieller Armeen, besonders für die Agrikultur.“

Das schließt die Frauen ein. Aber was geschieht mit den Kindern? Engels hatte eine Antwort: „Erziehung sämtlicher Kinder, von dem Augenblicke an, wo sie der ersten mütterlichen Pflege entbehren können, in Nationalanstalten und auf Nationalkosten. Erziehung und Fabrikation zusammen.“ Das sind, wenn man die martialische Sprache abzieht, die familienpolitischen Leit-

ideen der Europäischen Union. So sanft hört es sich etwa für Schweden an: „Die schwedische Familienpolitik orientiert sich an einer stark institutionalisierten Betreuungskultur, um die Berufstätigkeit beider Eltern zu ermöglichen.“ Der Marxismus siegt, indem er die Tarnfarbe seiner Umgebungsannahme „Berufstätigkeit“ klingt besser als „industrielle Armee“, „institutionalisierte Betreuungskultur“ sympathischer als „Nationalanstalten“.

Diese Evolution der Begriffe dauerte 170 Jahre. Ungefähr in der Mitte stehen in den dreißiger bis sechziger Jahren die Theorien des Frankfurter Instituts für Sozialforschung und seiner Matadore Max Horkheimer, Herbert Marcuse, Erich Fromm und Theodor W. Adorno. Sie mussten sich nicht mit der siegreichen Revolution beschäftigen, auf die sie gehofft hatte, sondern mit der gescheiterten, der ausgebliebenen. Die Bearbeitungsform dieses Problems nannte sich „Kritische Theorie“. Nun wurde die Psychologie zentral. Man spricht heute nicht mehr so gern von „Psychotechnik“, aber darauf lief es hinaus: Was der Marxismus an ideologischer Menschen-Steuerung nicht leisten konnte, wurde an eine im wei-

teren Sinne freudianische Psychoanalyse zur Weiterbearbeitung überwiesen. Die These des Instituts besagte, dass eine Revolution nicht stattgefunden habe, weil die Menschen autoritätshörig seien. Dieser Charakterzug aber werde von der bürgerlichen Familie hervorgebracht; die Ehrfurcht gegenüber dem Patriarchen – oder banaler: die Furcht vor dem Vater – übertrage sich auf staatliche und gesellschaftliche Autoritäten. Deshalb muss, wenn man die soziale Revolution denn will, die Familie mitrevolutioniert werden. Denn sie erzeuge, wie Max Horkheimer glaubte, den „Unterwerfungstrieb“.

An erster Stelle steht hier der Vater, der Patriarch; aber auch die Mutter hat, nach Auffassung der Freudo-Marxisten, Teil an der Unheilsproduktion. Sie stärkt die Autorität durch „Fesselung wichtiger seelischer Energien“. Wie geschieht das? „Die Monogamie in der bürgerlichen Männergesellschaft setzt die Entwertung des Genusses aus reiner Sinnlichkeit voraus. Es wird daher nicht nur das Geschlechtsleben der Gatten den Kindern gegenüber mit Geheimnis umgeben, sondern von aller der Mutter zugewandten Zärtlichkeit des Soh-

nes muss aufs Strengste jedes sinnliche Moment gebannt werden.“ Unter dem „Druck der Familienverhältnisse“ verlerne der Mensch, die Mutter „in ihrer konkreten Existenz, das heißt (...) als dieses bestimmte soziale und geschlechtliche Wesen“ zu begreifen. Destruktion der Familie ist das Ziel, die Argumente ändern sich alle paar Jahrzehnte.

Die Befreiung, die Max Horkheimer vorschwebte, ähnelt dem Drehbuch eines Horrorfilms. Die Bewusstmachung der elterlichen Sexualität ist ja nicht das Befreiende, sondern das schlechthin Peinliche.

Biblisches ist das festgehalten in der Geschichte von Ham, der die Blöße seines Vaters Noah angafft, als dieser betrunken in seinem Zelt schläft. Auf diesem schamlosen Blick lastet ein Fluch. Und der ist, wie biblische Strafen sehr oft, als ein fort-dauernder Schutz – eine mentale Ozonschicht – der Persönlichkeit zu denken. Aber wer heute den üblichen intellektuellen glaubt, dem erscheint Marx als Inkarnation der sozialen Moral und Max Horkheimer als ein brillanter kritischer Kopf.

Eine genaue Analyse der europäischen Familienpolitik lohnt sich: Hinter sympathischen Formulierungen verbirgt sich eine deutlich marxistische Prägung. Wie Engels, Freud und Horkheimer auch heute noch wirken

Renovabis leistet Brückenfunktion

Hauptgeschäftsführer Christian Hartl erklärt, warum die „Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa“ auch nach 25 Jahren noch vor großen Herausforderungen steht **VON STEPHAN BAIER**

Herr Pfarrer Hartl, Renovabis wurde vor 25 Jahren ins Leben gerufen. Was war damals der Gründungsimpuls?

Vor 25 Jahren herrschte im Blick auf die Länder Mittel- und Osteuropas eine große Aufbruchstimmung. Auch in kommunistischer Zeit bestanden ja viele enge Verbindungen zwischen Bischöfen und Bischofskonferenzen. Denken wir etwa an die Beziehungen zwischen der deutschen und der polnischen Bischofskonferenz oder an die Arbeit des Europäischen Hilfsfonds in Wien. Als sich zeigte, welche Transformationsprozesse im Gange sind, sah man die Chance, unseren Brüdern und Schwestern im Glauben zu helfen. Dieser Impuls kam sowohl vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken als auch von den deutschen Bischöfen, darum brachte man eine gemeinsame Aktion auf den Weg. Es geht um die Solidarität nicht nur der Hierarchie, sondern der Katholiken in ihrer Breite.

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Ende des Kalten Kriegs herrschte große politische und ökonomische Euphorie. War die Kirche realistisch, oder sind auch kirchlicherseits heute Ernüchterungen wahrzunehmen?

Es gab Hoffnungen, die sich so nicht erfüllt haben, andere haben sich erfüllt. Sicher gab es auch in der Kirche die Erwartung einer linear ansteigenden Entwicklung. Stattdessen kam ein Auf und Ab, und manches Durcheinander. Ein Beispiel: Ich war jüngst in Litauen, wo die Zahl der Einwohner deutlich gesunken ist. Das hat Nöte und Herausforderungen gebracht, die man nicht erwartet hatte. Insgesamt gab und gibt es aber ein Zusammenwachsen. Es ist ein starkes Netz der Partnerschaft und der Freundschaft entstanden.

Renovabis hat Projekte in 29 Ländern: in EU-Staaten und jenseits davon. Gibt es da gravierende Unterschiede in der Rechtssicherheit, im Verhältnis von Kirche und Staat, im Sicherheitsgefühl?

Die Situation ist von Land zu Land unterschiedlich. Die Zugehörigkeit zur EU ist nicht von primärer Bedeutung. Entscheidender sind andere Gesichtspunkte, zum Beispiel das Problem der Korruption, das noch nicht überall beseitigt ist. Von Vorteil ist, dass EU-Kandidaten und EU-Staaten eine Selbstverpflichtung eingehen, an die man appellieren kann. Die Inaussichtstellung der EU-Mitgliedschaft mobilisiert jedenfalls Kräfte und ist insofern ein positives Signal.

Renovabis hat mit rund 715 Millionen Euro fast 23 000 Projekte gefördert, teils mit pastoralem, teils mit sozialem Charakter. Wie ist die Projekt-Philosophie von Renovabis?

Wir helfen im kirchlich-pastoralen Bereich, im sozialen Bereich, hier oft in Zusammenarbeit mit der örtlichen Caritas, aber auch im Bildungssektor. Wir arbeiten nach dem Partnerschaftsprinzip, führen also nicht selbst Projekte in diesen Ländern durch, sondern kooperieren mit örtlichen Partnern. Wir überlegen also nicht in Freising, was getan werden müsste, sondern hören von unseren Freunden, wo sie Nöte und Herausforderungen sehen. Freilich ist in Freising eine große Sachexpertise und Erfahrung vorhanden. So versuchen wir gemeinsam in jenen Bereichen etwas zu fördern, in denen unsere Partner Notwendigkeiten sehen. Zweitens leisten wir Hilfe zur Selbsthilfe, also keine Dauerfinanzierung, sondern zeitlich befristete Anschubfinanzierung. Zu unserer Philosophie gehört drittens der Austausch der Gaben: Wir sind stets auch die Beschenkten!

Wer sind die Partner von Renovabis?

Das sind Bischöfe, Ordensgemeinschaften, Caritas-Organisationen und andere Ansprechpartner. Das Beziehungsnetz ist mittlerweile so dicht, dass wir von Fall zu Fall entscheiden müssen, wo wir helfen können.



Pfarrer Hartl besuchte jüngst Renovabis-Projekte in Albanien. Ausgegrenzte Menschen werden am Rand der nordalbanischen Stadt Shkodre von Schwestern der Spirituellen Weggemeinschaft betreut. Schwester Michaela gewährleistet die Logistik der klösterlichen Sozialaufgaben.
Foto: Renovabis/Kleff

In den von Renovabis geförderten Ländern hat sich die Situation unterschiedlich entwickelt. Wie geht Renovabis damit um? Wie unterstützt es vor allem die armen Kirchen?

Wir sind hier in einem permanenten Reflexionsprozess. Manche Ortskirchen werden von Empfängern zu Mitarbeitern. So hat etwa die polnische Kirche bereits selbst eine eigene Hilfsorganisation gegründet. Bei anderen ist eine grundlegende Hilfe weiter notwendig, weil es sich um sehr arme Kirchen handelt. Auch hierzu ein Beispiel: Kürzlich bat uns Bischof Joseph Werth um die Finanzierung einer Wohnung, in der sich eine kleine Gemeinde in einer größeren Stadt Sibiriens treffen will. Bisher trifft man sich in Privatwohnungen. Da geht es also tatsächlich um die Grundversorgung. Ähnlich ist das bei den Existenzhilfen für Priester und Ordensleute. Oder bei der Initiative „piccolo gregge“ (kleine Herde), die Rentenzahlungen für Priester auf dem Balkan zu organisieren versucht. Bei anderen Ländern kam es zu Rückfällen: In der Ukraine etwa wäre die Entwicklung von Kirche und Gesellschaft viel weiter, wenn nicht der Krieg ausgebrochen wäre. Wir setzen auch bewusst Zeichen. So führten meine ersten Reisen als Renovabis-Hauptgeschäftsführer nach Sibirien und Albanien. Es ist wichtig für unsere Partner, dass sie sich nicht alleingelassen fühlen.

Viele katholische Hilfsprojekte kommen nicht nur Katholiken zugute, sondern der ganzen Gesellschaft. Prägt das das kirchliche Image in diesen Ländern?

Der Aufbau der Zivilgesellschaft zählt zu den Grundaufträgen von Renovabis, das war uns von Anfang an ein großes Anliegen. In verschiedensten Ländern habe ich oft gehört: Wenn es Renovabis und die Unterstützung durch die deutschen Katholiken nicht gäbe, sähe es bei uns viel trauriger aus. Nehmen Sie als Beispiel die katholischen Schulen, die sind ja nicht nur für Katholiken eingerichtet, sondern stehen allen offen. Das ist ein wichtiges Zeichen. Mittelfristig werden manche Verantwortungsträger in diesen Gesellschaften durch katholische Schulen geprägt sein.

Hat die Arbeit von Renovabis eine ökumenische Dimension? Gibt es konfessionsübergreifende Projekte?

Die ökumenische Dimension ist ganz wesentlich! Etwa in der Ukraine, wo es drei katholische und drei orthodoxe Kirchen gibt. Hier gilt es, immer wieder Verständnis für die andere Gemeinschaft einzuwerben.

Oder in Bosnien, da stehen die von Renovabis geförderten sieben „Schulen für Europa“ allen Nationalitäten und damit Schülerinnen und Schülern aller Religionsgemeinschaften offen. Hier absolvieren also katholische Kroaten, orthodoxe Serben und muslimische Bosniaken gemeinsam die Schule, was nachhaltig der Friedenserziehung dient. Renovabis leistet damit eine große Brückenfunktion. Oder denken Sie an unsere internationalen Kongresse. Da kommen nicht nur Vertreter vieler Länder, sondern auch unterschiedlicher Konfessionen zusammen.

Wie geht Renovabis mit konfessionellen Spannungen um, etwa in Georgien oder in der Ukraine, wo es auf Seiten vieler Orthodoxer Ressentiments gegen die katholische Kirche gibt?

Ich plädiere oft für eine „kleine Philosophie der Freundschaft“: Unter Freunden muss man nicht immer einer Meinung sein, ja es interessiert sogar besonders, warum der andere etwas anders sieht. Wenn es die verbindende Ebene der Freundschaft gibt, kann man kontroverse Themen gut diskutieren. Meine Hoffnung ist, dass wir in diesem Sinn am Netz der Freundschaft und der Partnerschaft weiterbauen können.

Im Hirtenwort der Bischöfe zur diesjährigen Pfingstaktion heißt es: „Das Hilfswerk bemüht sich um Verständigung und Versöhnung – sowohl innerhalb der Partnerländer als auch zwischen den Völkern im Osten und im Westen Europas.“ Gibt es dafür Beispiele?

Wir haben die Thematik der Versöhnung bewusst gewählt. Es geht mir um drei Zeitebenen: Die erste betrifft die nationalsozialistische Vergangenheit und die Versöhnungsgeschichte in jenen Ländern, die unter der von Deutschland ausgehenden Gewalt gelitten haben. Hier wird die Solidarität Deutschlands heute sehr dankbar wahrgenommen. Die zweite Ebene ist die der kommunistischen Vergangenheit, die vielfach nicht aufgearbeitet ist. Auch hier versucht Renovabis zu helfen, etwa in Albanien, wo Menschen mit dem Tod bestraft werden konnten, wenn sie nur ein Kreuz bei sich trugen. Viele Christen waren in Gefängnissen inhaftiert. Von staatlicher Seite ist noch keine Erinnerungskultur initiiert worden, aber wir unterstützen die albanische Kommission Justitia et Pax in ihrem Bemühen, ein Gefängnis als Ort der Erinnerung zu erhalten. Die dritte Zeitebene betrifft aktuelle Herausforderungen, etwa in

der Ukraine, wo die Kämpfe viel Leid und Traumatisierungen bringen. Hier versuchen wir in Zusammenarbeit mit der Caritas zu helfen. Ich kann nur sagen: Von der deutschen Kirche und der Zivilgesellschaft gehen viele Beiträge zur Versöhnung aus.

Braucht Vergangenheitsbewältigung, die vielfach ja kaum begonnen hat, nicht eine fundierte Bildungsarbeit?

Sicherlich! Deshalb unterstützen wir nicht nur die Arbeit unserer Partner, wir mühen uns auch um eigene Beiträge zur Bildungsarbeit. Unsere Kongresse sind Foren der Begegnung und der Verständigung. Auch vergeben wir jedes Jahr rund Hundert Stipendien an Studierende unterschiedlicher Konfessionen. Durch die Versachlichung auf der wissenschaftlichen Ebene können viele Probleme besser thematisiert werden, die sonst emotional überfrachtet sind. Beim jüngsten Stipendiatentreffen besuchten wir das KZ Dachau. Einige Stipendiaten sagten mir, es habe sie tief beeindruckt, dass wir Deutschen zeigen, welches Unrecht Deutsche getan haben. So beginne nach Aussagen der Teilnehmenden Versöhnung.

Sind die politischen und konfessionellen Gräben nicht wieder breiter geworden: politisch etwa zwischen Visegrad-Staaten und alten EU-Mitgliedern? Macht sich das – etwa in der Migrationsfrage – auch im Kirchlichen bemerkbar?

Wir alle sind Bürger unserer jeweiligen Länder und von deren Geschichte geprägt. Es braucht nicht nur den sozial-ethischen Blick, sondern auch den historisch-kulturellen. Denn geschichtliche Erfahrungen prägen die Kultur des jeweiligen Landes. So haben wir, um bei Ihrem Beispiel zu bleiben,



Der Hauptgeschäftsführer von Renovabis, Christian Hartl, im Tagespost-Interview.
Foto: Renovabis/Schumann

ben, in Deutschland eine andere Tradition bei der Integration anderer Nationalitäten als in Polen oder Ungarn. In kleineren Ländern löst zudem die demografische Situation Sorgen aus. Ich meine, es wäre hilfreich, wenn wir uns über die Leidensgeschichten der jeweiligen Länder austauschen würden. Und wenn wir uns mehr befragen würden, anstatt uns gegenseitig mit Vorwürfen zu attackieren. Das würde die Achtsamkeit füreinander stärken.

Was kann die Kirche in Westeuropa von der Leidgeschichte der Märtyrerkirchen Ost- und Südosteuropas lernen?

In Litauen sprach ich mit dem Alterzbischof von Kaunas, Sigitas Tamkevičius, der viele Jahre in sowjetischen Arbeitslagern verbrachte. Er sei für diese Erfahrung dankbar, sagte er mir. Zuvor habe er zwar über das Kreuz gepredigt, doch dort habe er es erlebt und sich mit dem Gekreuzigten verbunden gefühlt. Solche Glaubenszeugnisse machen nachdenklich und führen in die Mitte dessen, worum es im Glauben geht: zur Weggemeinschaft mit dem Gekreuzigten. Das ist ein Beispiel dafür, wie wir bereichert werden durch die Erfahrungen jener, die Schweres erlebt haben. Oder: Als mir in der Ukraine das Pastoralprogramm der griechisch-katholischen Kirche für die nächsten Jahre präsentiert wurde, da wurde ein Stück Auferstehung nach Jahrzehnten der Verfolgung spürbar. Das ist bereichernd und inspirierend für unsere Pastoral.

Die Pfingstaktion 2018 steht unter dem Leitwort „miteinander, versöhnt, leben“. Wie lässt sich Versöhnung heute in Europa umsetzen? Zu den alten Schatten der Vergangenheit kommen ja neue Konflikte und Aggressionen.

Es beginnt wohl immer mit dem erklärten Willen, miteinander versöhnt leben zu wollen! Dann braucht es viel Bereitschaft zum Zuhören und zur Empathie. Es braucht Zeit und Geduld. Nicht zuletzt ist das Zusammenspiel von Wahrheit und Liebe erforderlich. Das hat bereits 1990 Kardinal Tomášek von Prag formuliert. Und hilfreich ist auch, an Gemeinsamkeiten zu erinnern, die es jenseits des Dissenses gibt.

Die Bischofskonferenz hielt jüngst einen Studientag über Verständigungsgrundlagen für den Dialog mit den Kirchen im Osten. Ist dieser Dialog nicht 27 Jahre nach Ende des Ostblocks längst selbstverständliches Miteinander geworden?

Ja und Nein! Sicher gibt es viele Bischöfe, die enge Kontakte haben. Aber es gibt auch Fragen, bei denen wir weiter auseinanderliegen als zunächst gedacht. Das merkte man nicht zuletzt bei den beiden Familiensynoden in Rom. Beim Studientag ging es um die Frage: Was dient dem besseren Verständnis des anderen? Ich nenne drei „B“: Wichtig sind Bildung, Beziehung und das Beieinanderbleiben. Bildung meint historisches Wissen und Informationskanäle jenseits der Medien. Beziehungen müssen gepflegt werden und lassen sich intensivieren. Das Beieinanderbleiben meint Solidarität, die sich gerade in schwierigen Zeiten bewährt.

Wie lange braucht es Renovabis als Solidaritätsaktion noch?

Die Hoffnung, dass andere unserer Hilfe nicht mehr bedürfen, wird sich nicht so bald erfüllen. Und der Auftrag zur Solidarität wird bleiben, unabhängig davon, wie es in den Partnerländern weitergeht. Ich kann nur hoffen, dass wir von den deutschen Katholiken weiterhin so viel Unterstützung bekommen, dass wir unsere Arbeit mit den östlichen Nachbarn und für diese gut fortführen können. Aber ich bin auch zuversichtlich: Unser Name „Renovabis“ (Du wirst erneuern) verweist darauf, dass Gott derjenige ist, der das Antlitz der Erde weiter erneuern wird.



Wo sich zwei Wege berühren

Foto: stock.adobe.com

Im Kreuz vereinigen sich zwei Bewegungsrichtungen – die Horizontale und die Vertikale. Erregt das Symbol des Christentums, dieses Symbol der Apokalypse, auch deshalb so viel Anstoß? Eine Meditation

VON UWE WOLFF

Auf den Spuren muslimischer Heiliger bereiste ich den Norden Pakistans und kam nach Peshawar. Es war Sonntag. Ein normaler Arbeitstag in diesem Land. Mit einem Freund besuchte ich eine Kirche. Weder Kreuz noch Glockenläuten machten auf diesen Ort des Gebets aufmerksam. Das Kreuz erregt Anstoß auch im französisch geprägten Teil der liberalen Schweiz. Ich übernachtete in einem Ordenshaus in Fribourg. Gastschwester Felicitas trägt ein gut sichtbares Brustkreuz über dem Habit. Unlängst habe sie ein indisches Patenkind vom Genfer Flughafen abgeholt. Dort sei ihr eine Muslima begegnet. Sie habe mit dem Finger auf das Kreuz der Schwester gedeutet und ihr anschließend einen Vogel gezeigt. Auch unter deutschen Christen erregt das Kreuz Ärger.

Dabei ist kein anderes Symbol dem Menschen so auf den Leib geschrieben wie das

Kreuz. Wenn wir aufrecht stehen und die Arme ausbreiten, wird das Kreuz durch unseren Körper gebildet. Das Kreuz ist das Symbol des Menschen. Es grenzt nicht aus, sondern lädt alle Menschen zur Betrachtung ein.

Wege und Straßen durchziehen die Landschaften dieser Erde wie Adern unseren Körper. Blutbahnen, Verkehrsadern manchmal laufen sie parallel, dann verzweigen sie sich wie Äste an einem Baum. Zuweilen berühren sie sich. Manchmal kreuzen sich Wege wie Linien auf der Innenfläche der Hand. Ob wir einen Straßenatlas aufschlagen oder eine Verkehrskarte im Internet aufrufen, ob wir eine Radkarte oder einen Wanderführer studieren – überall leuchtet das Bild des Kreuzes hervor. Selbst die vom Menschen unberührte Natur in den großen Wäldern dieses Planeten zeigt das Bild des Kreuzes: Elch und Reh suchen sich auf festen Pfaden den Weg durch das Dickicht. Ein Netz von Wegkreuzungen durchzieht Birkenwälder und die mit Flechten und Moosen bewachsenen Hochebenen der hohen Breitengrade.

Der Weg ist eines der großen Symbole für den Lebenslauf. Jeder Mensch geht seinen Weg. Jeder hat seinen eigenen Auftrag, seine eigene Berufung, sein eigenes Ziel. Doch niemand geht allein. Noch auf den einsamen Pfaden und Pilgerwegen des Herzens finden Begegnungen statt. Wo sich zwei Wege berühren, da entsteht das Bild des Kreuzes. Das Kreuz markiert den Ort einer Begegnung.

Am Kreuzweg des Herzens stoßen die Gegensätze aufeinander: Krankheit und Heilung, Bann und Erlösung, Tod und Leben, Unglück und Glück. Am Kreuzweg des Herzens begegnen sich die Lebenden und die Toten. Dann erkennen wir, was uns geprägt hat. Dankbarkeit erfüllt uns, aber wir spüren auch, was uns fehlt und versagt geblieben ist. Das ist die Stunde der Sehnsucht nach wahrer tiefer Berührung. Im Kreuz vereinigen sich zwei Bewegungsrichtungen – die Horizontale und die Vertikale. Wenn wir die Arme ausbreiten und aufrecht stehen, wenn wir tief einatmen und den Atem wieder verströmen, spüren wir in uns seine Gegenwart. Dann wird auch durch unsere Leibgestalt das Kreuz sichtbar. Wir sind zwischen Himmel und Erde ausgespannt. Wir sind Kinder der Erde und des Himmels. Himmel

und Erde kreuzen sich in uns. Der aufrechte Gang und die ausgebreiteten Arme legen davon Zeugnis ab. Golgatha – das sind die Schädelstätten und Schinderhütten, die Folterkammern und gefliesten Kerkerwände, die Vernichtungslager. Golgatha – das ist die uralte Erfahrung des Leidens Unschuldiger: Flüchtlinge und politisch Verfolgte, Außenseiter und Querdenker, Menschen anderer Rassen und Religionen. Sie wurden zu Sündenböcken, zu Opfern der Willkür und des Wahns, Opfern von Neid und Eifersucht.

Der Berg Golgatha oder Golgotha ist der Ort der Kreuzigung Jesu. Der Name stammt aus der aramäischen Muttersprache Jesu. Das Wort „Golgotha“ bedeutet „Schädel“ oder „Kugel“. Diese Schädelstätte ist heute Teil der Grabeskirche in Jerusalem. Golgatha wird auch Kalvarienberg genannt nach dem lateinischen Wort „calvaria“ („Hirnschale“ oder „Schädel“).

Golgatha ist ein mythischer Ort. Der Legende nach wurde Adam auf dem Hügel Golgatha beigesetzt. Sein Grab lag genau an der Stelle, wo Jesus einst gekreuzigt werden sollte. Adam und Christus wurden aufeinander bezogen wie Sünde und Sühne, wie Schuld und Vergebung. Deshalb findet man auf vielen Kreuzigungsdarstellungen des Mittelalters unter dem Kreuz Jesu einen Totenkopf. Er symbolisiert den ersten Adam, durch dessen Fehltritt die Sünde in die Welt kam. Durch den Opfertod des zweiten Adam, so verkündet Paulus, werde die Sünde des ersten Adam gesühnt. Christus war der letzte Sündenbock und das letzte Opferlamm, das durch sein Leiden die Schuld sühnte.

Johannes XXIII. nannte den Holocaust die „zweite Kreuzigung Jesu Christi“, und Johannes Paul II. sprach beim Besuch von Auschwitz (1979) von dem Golgatha des 20. Jahrhunderts: „Ich komme heute als Pilger hierher. Man weiß, dass ich oft hier war – und wie oft! Und viele Male bin ich in die Todeszelle von Maximilian Kolbe hinabgestiegen, stand ich vor der Mauer des Todes und bin zwischen den Trümmern der Krematorien von Birkenau umhergegangen. So komme ich also und beuge meine Knie auf diesem Golgatha unserer Zeit, vor diesen Gräbern, die größtenteils keinen Namen tragen wie das große Grab des unbekanntenen Soldaten.“ Die Nägel, die Dornenkrone, das Kreuz und der Hügel Golgatha. Niemand

wählt sie freiwillig. Doch in der Tiefe der Seele weiß jeder: Auch für mich wird die Stunde kommen, wo ich mein Kreuz zu tragen haben werde. Jeder Mensch trägt sein eigenes Kreuz. Doch manchmal geschieht das Wunder. Dann kommt jemand und nimmt dein Kreuz auf sich. Er opfert dir seine Zeit. Er schenkt dir ein Lächeln und der Schatten weicht aus deinem Gesicht. Er schenkt dir sein Ohr und dein kaltes Herz wird wieder warm. Er reicht dir seine Hand und du erhebst dich von den Toten. Er geht voran und du folgst ihm nach ins Leben.

In der romanischen Kunst wurde das Kreuz als Lebensbaum dargestellt. Das Kreuz auf der Bronzetür des Bischofs Bernhard von Hildesheim aus dem Jahre 1020 treibt deutlich erkennbar neu aus. Der Legende nach wurde das Kreuz Christi aus dem Holz des Baums des Lebens gefertigt, der einst im Paradies stand. Der erste Baum des Lebens stand im Paradies, der zweite Baum des Lebens wurde auf Golgatha errichtet. Das Kreuz ist dieser neue Baum des Lebens. Die Kirchenväter und -mütter nannten das Kreuz „lignum vitae“ – Holz des Lebens.

Das Kreuz ist der Baum des Lebens. Hier entspringt die Quelle lebendigen Wassers – das Wasser des Glaubens, das Wasser der Liebe – das Wasser der Hoffnung. Hier liegt die Quelle der Barmherzigkeit. Das Kreuz ist der Ort der Wandlung. Aus seiner Mitte strömt noch immer die Kraft, die Krankheiten heilt und offene Wunden schließt, die gebrochene Glieder zusammenfügt und ermatteten Seelen neue Zuversicht schenkt. Der Brunnen der Spiritualität ist nicht versiegt: Noch immer wird aus Trauer Freude, aus Angst Zuversicht, aus Verzweiflung neue Gewissheit. Das Kreuz ist das Zeichen des Menschensohnes. Er sagt: Ich bin das Licht der Welt. Wer mir nachfolgt, der wird nicht wandeln in Finsternis, sondern wird das Licht des ewigen Lebens haben. Der Auferstandene, so formuliert es das Glaubensbekenntnis, sitzt zur Rechten Gottes und von dort wird er eines Tages wiederkommen, um die Schöpfung zu vollenden. Dies wird auch der Tag der Vollendung des Menschen sein. Ein Titel des wiederkommenden Christus lautet „Menschensohn“. Sein Symbol ist das „Zeichen des Menschensohnes“. So umspannt das Kreuz Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Schöpfung, Erlösung und

Vollendung der Welt. Am Anfang der Welt leuchtet das Zeichen des Kreuzes zwischen den vier Flüssen des Paradieses auf. Hier bildet es das Zeichen der Erde. In der Mitte der Zeit wird es auf Golgatha errichtet. Hier ist es das Zeichen des Menschen. Am Ende der Zeiten wird es als „Zeichen des Menschensohnes am Himmel“ (Matthäus 24.30) erscheinen. Dann verschmelzen Himmel und Erde zu einer Einheit. Dann vollendet sich die Schöpfung.

Vollendung ist ein Prozess. Wir sind auf dem Weg. Wir wachsen und reifen und dringen tiefer ein in das Geheimnis des Lebens. Doch nicht alles entfaltet sich. Wir bedürfen der Ergänzung. Denn wir leben nicht allein aus eigener Kraft. Vollendung ist ein Geschenk. Wann sich das Leben vollenden wird, weiß niemand. Der Blick hinter den Schleier von Raum und Zeit ist uns verwehrt. Doch unter dem Zeichen des Menschensohnes wird das Licht der Wahrheit aus der Mitte des Kreuzes hell aufleuchten und alle Schatten vertreiben. Gerechtigkeit wird geübt bis an die vier Enden der Erde – so sieht es der Evangelist Matthäus in einer berühmten Vision. Sie inspirierte im Mittelalter das Figurenprogramm über dem Westportal der Kathedralen. Diese zeigen Christus als Weltenrichter. Er richtet den Menschen auf und vollendet, was der Ergänzung bedarf. Gregor von Nyssa kommentiert das Zeichen des Menschensohnes: „So will uns das Kreuz durch seine Gestalt, die nach vier Seiten auseinandergeht, indem von seinem Mittelpunkt, durch den es zusammengehalten wird, deutlich vier Balken vorspringen, die Lehre geben, dass er, der da im Augenblick seines nach dem göttlichen Heilsplan erlittenen Todes daran ausgestreckt war, der ist, welcher das Universum in sich eint und harmonisch verbindet, indem er die verschiedenartigen Dinge zu einem einheitlichen Ganzen zusammenfasst.“

Das Kreuz ist ein Symbol der Apokalypse. Apokalypse meint Enthüllung, Offenbarung, Sichtbarwerden letzter Wahrheit. Ein apokalyptisches Lebensgefühl kennzeichnet unsere Zeit. Es führt zu unterschiedlichen Haltungen: Lähmungen, Radikalisierungen, aber auch zum Innehalten, zur Umkehr und Konzentration auf das Wesentliche. Das apokalyptische Lebensgefühl markiert den Kern des Christentums, an dem unsere Zeit mehr Anteil hat, als sie es weiß.



Testament eines Heiligen

VON CLAUDIA KAMINSKI

2018 ist ein besonderes Jahr für alle, die Pater Pio verehren. Vor 100 Jahren erhielt der weit über Italiens Grenzen hinaus bekannte Heilige aus Pietrelcina die Stigmata und vor 50 Jahren starb er im Alter von 81 Jahren. Stigmatisierung und Heimkehr zu Gott erfolgten zwar nicht im Marienmonat Mai sondern im September – dennoch ist das Leben Pater Pios eng mit der Gottesmutter verbunden. Wie Gabriele Amorth in der „Lebensgeschichte eines Heiligen“ berichtet, hat er täglich mindestens fünf Psalter gebetet. Der Rosenkranz, seine „Waffe“, glitt fast unaufhörlich durch seine Finger. Mehr als fünf Stunden Rosenkranzgebet täglich – das geht wohl nur, weil Zeit und Raum für den Kapuzinerpater, der in der kargen süditalienischen Gegend des Gargano lebte, anscheinend ohnehin nicht bindend waren. Unzählige Besuche im Rahmen von Bilkation, unfassbare Ausdauer bei der Feier der Heiligen Messe, beim Hören der Beichte, beim Gebet, beim Kampf gegen Satan und bei der Anbetung des Allerheiligsten. So zentral wie für Pater Pio die Heilige Messe war, so zärtlich seine Verbundenheit zur Mutter Gottes: 1959 sollte Italien anlässlich des eucharistischen Kongresses in Catania dem unbefleckten Herzens Mariens geweiht werden. Als Vorbereitung auf dieses Ereignis wurde die Muttergottes Statue von Fatima per Helikopter in alle wichtigen Provinzen Italiens gebracht. Als die Mutter Gottes im April 1959 in Neapel ihre Rundreise durch Italien begann, erkrankte Pater Pio schwer und konnte schon ab Mai nicht einmal mehr die Heilige Messe lesen. Freunden des Heiligen gelang es, die Statue aus Fatima im August auch nach San Giovanni Rotondo zu bringen. Sein inniges Verhältnis zur Gottesmutter ließ ihn bitten: „Gottesmutter Maria, meine Mutter, Du bist nach Italien gekommen und ich bin erkrankt; jetzt gehst du weg und du lässt mich immer noch krank zurück?“ Augenblicklich fühlte er, dass er geheilt war. Diese Heilung jährt sich im nächsten Jahr zum 50. Mal, doch Pater Pio lässt sich mit einem weiteren Jahrestag verbinden: Papst Paul VI., der noch in diesem Jahr heilig gesprochen werden soll, verfasste vor fünf Jahrzehnten seine letzte Enzyklika: *Humanae Vitae*. Die katholische Welt war in Aufruhr, ganze Bischofskonferenzen stellten sich in der Königssteiner oder Mariatroster Erklärung gegen die Ehelehre des Papstes. Gleichsam als Testament schrieb Pater Pio nur 11 Tage vor seinem Tod an den Heiligen Vater: „Ich weiß, dass Ihr Herz in diesen Tagen viel leidet wegen des Schicksals der Kirche ... vor allem aber wegen des Ungehorsams bestimmter Katholiken der hohen Lehre gegenüber, die Sie mit dem Beistand des Heiligen Geistes und im Namen Gottes erteilen ... Ich danke Ihnen auch für die klaren und entschiedenen Worte, die Sie insbesondere in Ihrer letzten Enzyklika *Humanae vitae* gesprochen haben, und ich bekenne ... meinen unbedingten Gehorsam Ihren erleuchteten Weisungen gegenüber.“ Das Testament eines Heiligen. In dieser Osterzeit darf man hoffen und gerade im Mai den Rosenkranz beten, dass die „erleuchteten Weisungen“ von *Humanae Vitae* in Leben, Lehre, Denken und Handeln der Hirten und Gläubigen gelangen.



Die Autorin ist Ärztin und katholische Kommunikationsexpertin. Foto: privat

Wider die Extreme

Der Glaube kann im Diskurs um Identität und Heimat Akzente setzen, die über biblische Vorgaben hinausgehen. Deshalb sollte man den christlichen Patriotismus nicht entkernen. Eine Antwort auf die Replik von Felix Dirsch

Der Exeget Till Magnus Steiner hat in der DT-Ausgabe vom 26. April („Beheimatet in Beziehung“) eine Replik zu Klaus Kellers Artikel „Jeder Mensch ist ein Geschöpf Gottes“ und zu meinem Beitrag „Pflicht oder Gefahr?“ (beide 12. April) verfasst. In den meisten Passagen ist Steiners Stellungnahme durchaus zustimmungsfähig.

Das Alte Testament ist eher von Heimatlosigkeit denn von festem Aufenthalt geprägt. Am Anfang steht die Vertreibung aus der Urheimat: dem Paradies. Zentrale Figuren des Glaubens sind unterwegs. Sie sehen das Gelobte Land wie Mose höchstens aus der Ferne. Vertreibung und Exil gehören zum Schicksal Israels. Kanaan bleibt Ziel als Ort der „Ruhe und des Friedens“, wie Steiner schreibt. Heimat bleibt oft Wunsch, Diaspora und Fremde bestimmen hingegen meist die Wirklichkeit. Der lange Kampf der Juden um territoriale Sicherheit und schützendes Eigenes kumulierte erneut Mitte des 20. Jahrhunderts. Er dauert bis in die unmittelbare Gegenwart.

Ein Widerspruch zu universalistischen Aussagen, etwa Levitikus 19,34, findet man auch im Alten Testament. Stellvertretend für andere Stellen, die den Vorrang des Bruders, also des eigenen Volksangehörigen kennen, sind zu nennen: Deuteronomium 17,15, aber auch Deuteronomium 22,2.

Das Neue Testament lässt andere Akzente erkennen, wie Steiner mit Recht betont. Der Philipper-Brief verlegt die Heimat in den Himmel. Das Neue Testament kennt eine dominante universalistische Tradition, für die besonders Paulus steht. Im Galaterbrief (3,26 ff) sind alle eins „in Christus Jesus“. Im Gleichnis vom barmherzigen Samariter hilft ausgerechnet der Nichtjude, während Tempeldiener und Priester am Schwerverletzten vorübergehen. Ebenso aber ist unstrittig, dass Christus mit seinem Volk eng verbunden war. Er sah sich (Matthäus 15,24) zu den verlorenen Schafen des Hauses Israel gesandt. Er wählte ausschließlich Stammesgenossen zu Aposteln.

Steiner schließt mit den Worten, ein christlicher Patriotismus habe sich am „Reich Gottes“ auszurichten. Er solle dem „Gemeinwohl der Menschheit“ dienen. Diese Aussage ist allzu trivial. Es ist schwer ersichtlich, wie sich der Christ mit derartigen Gemeinplätzen zur intensiv geführten Gegenwartsdebatte über Heimat, Identität

und Glaube positionieren soll. Nicht zufällig bejubelten linksliberale Weltoffenheitsideologien in den sozialen Netzwerken einen solchen Versuch, christlichen Patriotismus im Nebel einer unklar-kosmopolitischen Gesinnung aufzulösen.

Der Christ ist mit dem Heimatbegriff durchaus vertraut; schließlich sind viele Regionen in Europa noch heute konfessionell geprägt. So sehr der Glaube tendenziell schwindet, hinterlässt er ein kulturelles Erbe. Gegenwärtig toben Kultur- und Identitätskämpfe über die Frage, ob man „Weihnachts-“ oder „Wintermärkte“ besucht oder ob der Martinsumzug künftig nicht besser als „Sonne-Mond-und-Sterne-“ oder „Lichterfest“ gefeiert werden soll. Darf das Kreuz als herkunftskulturelles Zeichen in Behörden aufgehängt werden und trägt eine solche Verordnung zur Profanierung und Instrumentalisierung des wichtigsten Glaubenssymbols bei? Bei aller Heimatverbundenheit kommt der Christ nicht darum herum, die irdische Heimat mit Blick auf die ewige zu relativieren: „Wir sind nur Gast auf Erden und wandern ohne Ruh“, mit mancherlei Beschwerden der ewigen Heimat zu.“

Diese Erkenntnis negiert nicht den Auftrag, das Wohl des irdischen Vaterlandes zu mehren. In seiner Bulle „*Dudum nostras*“ von 1435 verurteilte Papst Eugen IV. die Versklavung, Enteignung und Vertreibung der Eingeborenen. Ein Bogen ins 20. Jahrhundert ist leicht zu schlagen: Als deutscher Patriot darf man über die Verve erfreut sein, mit der Papst Pius XII. die Vertreibung der Deutschen 1945 und in den Folgejahren verurteilt hat. Für diesen Pontifex war der harmonische „Dreiklang von Heimatliebe, Vaterlandsliebe und Liebe zur Kirche“ selbstverständlich. 1966 entfiel das früher nach der Feier des sonn- und feiertäglichen Hauptgottesdienstes angeordnete „Bittgebet für Volk und Vaterland“. Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, hob noch 1985 den Zusammenhang von Gottesglaube und Heimatverwurzelung hervor: „... Nach christlichem Verständnis gründet die Liebe zum Vaterland in der ehrfürchtigen Hingabe jenen gegenüber, denen wir unseren Ursprung verdanken: Gott, unseren Eltern und dem Land unserer Väter, wo unsere Wiege stand, dem Land, dem wir durch die ge-

meinsame Heimat, die gemeinsame Abstammung, die gemeinsame Geschichte, die gemeinsame Kultur, die gemeinsame Sprache schicksalhaft verbunden sind.“

Hier wird kein biblischer, sondern ein schöpfungstheologischer Ansatz gewählt. Solche Sätze stehen in einer langen Tradition lehramtlicher Verkündigung. In der Enzyklika „*Christliche Weisheit*“ (1890) von Leo XIII. heißt es: „Wenn schon das Naturgesetz uns befiehlt, jenem Lande in unserer Liebe und Ergebenheit den Vorzug zu geben, wo wir geboren und erzogen worden sind, und zwar bis zu dem Grade, dass der gute Bürger sogar den Tod für sein Vaterland nicht scheut, so müssen mit umso größerem Recht die Christen gegenüber der Kirche von ähnlichen Gefühlen beseelt sein ... Man muss das irdische Vaterland lieben, von welchem wir unser sterbliches Leben haben.“

Diese Stellungnahme liegt lange zurück. Immerhin schrieb der damalige Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, noch 1994 in einem DT-Artikel: „Wir müssen bekennen, dass es uns an einem gesunden Nationalbewusstsein mangelt. Die Identifikation mit unserem Staat fällt vielen schwer ... Man flüchtete in ein Weltbürgertum, das aber unverbindlich blieb. Das Bewusstsein der eigenen Nation fiel zwischen alle Stühle. Worte wie Nation, Vaterland oder Patriotismus erschienen antiquiert.“ Zwischen den Zeilen können wir eine Befürchtung des späteren Kardinals herauslesen: Zu gering ausgeprägter Patriotismus kann sowohl in Nationalmasochismus („Nie wieder Deutschland“) als auch in das andere Extrem eines unchristlichen Chauvinismus umschlagen, wie er in neonazistischen Kreisen gepflegt wird. Kirchliche Lehrverkündigung wehrte sich stets gegen beide Extreme.

Der Diskurs um Heimat und Identität findet keinesfalls im luftleeren Raum statt. Steiner hat mir Furcht als treibendes Motiv unterstellt. Ja, ich bin besorgt. Vor allem über die spürbare Erosion des Rechtsstaates hauptsächlich infolge der illegalen Masseneinwanderung. Für diesen Niedergang stehen symbolisch einige Orte: In Köln, Freiburg, Cottbus, Kandel, Berlin, jüngst auch in Donauwörth, Fürstfeldbruck und in anderen Städten ereigneten sich Gewaltverbrechen und Unruhen. Der „Krieg in

unseren Städten“ (Udo Ulfkotte) ist längst Realität.

Diese Vorfälle stellen indessen nur die Spitze des Eisberges dar. Der Bielefelder Amtsgerichtspräsident Jens Gnisa hat die Schleifung rechtsstaatlicher Bastionen in seiner Schrift „*Das Ende der Gerechtigkeit*“ faktenreich dargelegt. Die Oberkommissarin Tania Kambouri beschreibt in ihrem Buch „*Deutschland im Blaulicht*“ die Situation der Vollzugsdefizite aus der Perspektive einer Polizeibeamtin in (vornehmlich von Muslimen besiedelten) Brennpunktvierteln und hat diese Erlebnisse in mehr als einer Talkshow zur Diskussion gestellt. Der frühere Investmentbanker Thorsten Schulte hat mit seiner Darstellung „*Kontrollverlust*“ einen Bestseller gelandet, ebenso die Gymnasiallehrerin Petra Paulsen („*Deutschland außer Rand und Band*“).

Ja, ich bin weiter besorgt über den Verfall des Sozialstaates. Die Zusatzkosten der jüngsten Migrationswelle werden, je nach Schätzung, zwischen 30 und 40 Milliarden jährlich angegeben. Bevorstehende Umsiedlungsaktionen auf EU-Ebene dürften die Lage kaum entspannen.

Ich bin in der Tat besorgt über importierte Feindseligkeiten gegen Juden. Vor Kurzem wurde eine jüdische Demonstration gegen Antisemitismus am Berliner Hermannplatz nach einigen Minuten abgebrochen. Zu bedrohlich sei die Lage gewesen, so die Veranstalter. Die Hassausbrüche gegen die Teilnehmer sind im Internet zu verfolgen. Dazu muss man wissen, dass diese Gegend größtenteils von arabischstämmigen Menschen bewohnt wird. Etliche von ihnen äußerten schon im Vorfeld dieser Versammlung lautstark, was sie von Kippsträgern halten – nämlich nichts.

Die Gesamtsituation ist ernst – zu ernst, um theologische Spekulationen, die per se nicht falsch sind, als Alibi für eine quietistische Grundhaltung zu verwenden. Das Gemeinwohl galt stets (im Anschluss an Thomas von Aquin) als oberste Norm der katholischen Sozialethik. Es ist evident, dass das *bonum commune* durch die Vorfälle der letzten Jahre nachhaltig gefährdet ist. Für den patriotischen Christen ist diese Entwicklung umso betrüblicher, als die christlichen Anteile an der Genese von Rechts- und Sozialstaatlichkeit mehr als nur marginal sind.



Bedroht Heimatgefühl den universalistischen Anspruch des Christentums? Ein großes Kruzifix hängt an der Außenwand eines Hauses in Bayern.

Foto: dpa



Der Dienst an Frieden und Versöhnung gehört zum „Lebensvollzug der Kirche“. Besonders gut zu erkennen ist dieser Dienst in der Beichte. Man muss das Angebot nur wahrnehmen wollen.

Foto: dpa

Vom Umgang mit eigener Schuld

Dass Priester, Philosophen und Psychiater einander etwas zu sagen haben, beweisen die Fachtagungen des Instituts für „Religiosität in Psychiatrie und Psychotherapie“ (RPP) – jetzt wieder in Stift Heiligenkreuz zum schwergewichtigen Thema „Schuld und Vergebung“ **VON STEPHAN BAIER**

Seit mehr als einem Jahrzehnt stellt der Wiener Psychiater, Psychotherapeut, Neurowissenschaftler und Bestsellerautor Raphael Bonelli Sigmund Freud vom Kopf auf die Füße, indem er Religion als Resilienzfaktor präsentiert, Seelsorger und Psychotherapeuten ins Gespräch bringt, der Psycho-Welt die Religion vorstellt und umgekehrt. Dass das nicht zuletzt beim lebensgeschichtlich unausweichlichen Thema „Schuld und Vergebung“ gelingen kann, bewies er mit seinem RPP-Institut am vergangenen Samstag mit einer interdisziplinären Fachtagung im Zisterzienserkloster Heiligenkreuz. „Sigmund Freud kennt keine Schuld, sondern nur Schuldgefühle“, so Bonelli. Und diese seien für den Vater der Psychoanalyse „einfach nur wegzumachen, zu exkulpieren“.

Tatsächlich finden sich im mehr als tausendseitigen Register von Freuds 19-bändiger Gesamtausgabe drei Seiten zu „Schuldgefühl“ und „Schuldbewusstsein“, aber nur eine Fundstelle zur „Schuld“ (bezogen auf Vätermord). Während die Psychotherapie über weite Strecken Schuldgefühle mit Pathologie gleichsetzte, bezeichnet Bonelli das Exkulpieren von Schuldgefühlen als „Kunstfehler“. Zwar gebe es – etwa bei Wahnstörungen – durchaus pathologische Schuldgefühle, so wie den Phantomschmerz des Beinamputierten, doch meist seien Schuldgefühle ein Zeichen für Schuld.

Dabei will der Katholik Bonelli seine Moral- und Weltanschauung keinesfalls dem Patienten aufdrängen. Im Gegenteil: Die psychotherapeutische Praxis sei „moralfreie Zone“, in der es nur eine Weltanschauung geben dürfe, nämlich „die des Patienten“. Der Therapeut dürfe darum nicht moralisieren, sich empören oder bewerten. Er dürfe auch nicht exkulpieren, also die Schuld verharmlosen, oder Schuld zuweisen. Genau das geschehe jedoch vielfach, insbesondere an die „Trias der Sündenböcke: an Eltern, Schule und Kirche“, so Bonelli. Das stehe einer Aufarbeitung im Weg, weil „Täter gerne in die Opferrolle schlüpfen“. Raphael Bonelli meinte, es sei „nor-

mal, Unrecht zu erleiden und Unrecht zu tun“. Es gehöre einfach zum Leben des Menschen, sowohl Opfer als auch Täter zu sein. Obgleich Schuld die Regel ist, sei das Bewusstsein eigener Schuld eher die Ausnahme. „Die wenigsten Patienten kommen mit Schuldgefühlen, aber viele mit Beschuldigungen.“

Es gebe allerdings so etwas wie „das moralische Gesetz in mir“, zitierte Bonelli Immanuel Kant. Als Psychiater könne er bestätigen, dass in den allermeisten Menschen eine Prinzipienordnung herrsche, die „mehr oder weniger den Zehn Geboten entspricht“. So habe jeder ein Gefühl für Gerechtigkeit – „spätestens wenn ihm selbst Unrecht angetan wird“. Der Arzt oder Psychotherapeut müsse also gar nicht mit seinem Wertekatalog kommen, denn alles sei im Patienten, wenngleich mitunter verschüttet. Da trete Ich-Haftigkeit zutage, die Neigung zur kurzfristigen Bedürfnisbefriedigung, innere Widersprüche und falsche Ich-Ideale, die den Umgang mit eigener Schuld erschweren.

Da werde auch kräftig verdrängt: die innere Wahrheit ebenso wie die Tatsachen. Verdrängtes sei aber nicht einfach verschwunden: „Jeder hat Leichen im Keller, und die bewegen sich – gruselig!“

Wenn man – da ist sich Bonelli mit Freud wieder einig – in der Therapie an Verdrängtes rührt, stößt man auf Widerstand und Aggression. Schuldverdrängung verbittert, darum müsse der Therapeut die Schuld ins Bewusstsein zurückholen. „Schuldgefühle und schlechtes Gewissen sind Zeichen psychischer Gesundheit. Wenn das völlig fehlt, ist jemand psychisch krank oder zumindest gefährdet“, meinte Bonelli. „Nur mit erkannter Schuld kann Reue erweckt werden, kann sich jemand ändern – und wird frei.“ Reue sei eine geradezu „sensationelle Erkenntnis, weil sie Distanz schafft zwischen mir und meiner Handlung“.

Damit war die Brücke zur Theologie gebaut, über die der Liturgiewissenschaftler und Zisterzienserpater Johannes Paul Chavanne dann festen Schrittes ging. Um Got-

tes Vergebung dürfe der Mensch nur bitten, wenn er auch bereit ist, den Mitmenschen zu vergeben, sagte er mit Bezug auf die fünfte Vaterunser-Bitte und auf Jesu Gleichnis vom unbarmherzigen Gläubiger (Mt 18, 23-35). Wenn sich der Mensch von Gott beschenkt weiß, müsse das auch Konsequenzen in seinem Leben haben. Das Wort des Apostels Paulus „Bleibt niemand etwas schuldig; nur die Liebe schuldet ihr einander immer“ (Röm 13,8) deutete Pater Johannes Paul Chavanne so, dass es auch ein „Liebeskonto“ gebe, das im Minus oder Plus stehen könne.

Jesus selbst suchte die Nähe von Sündern und wusste sich ganz besonders zu ihnen gesandt. In der ersten Begegnung des Auferstandenen mit seinen Jüngern richtete Jesus keinerlei Vorwurf an die verängstigte Schar, sondern das Wort „Friede sei mit euch“. Der Dienst an Frieden und Versöhnung sei darum „Lebensvollzug der Kirche“. Dieser Friede werde in der Beichte vermittelt, wo sich – wie in der ersten Begegnung des Auferstandenen mit seinen Jüngern – Angst in Freude verwandle.

Über die Beichte gebe es heute „viele schräge Vorstellungen“, meinte Pater Johannes Paul. Sie sei aber das Sakrament der Heilung, der Versöhnung, der Vergebung und der Befreiung. Die Erkenntnis, schuldig geworden zu sein und Schaden angerichtet zu haben, könne schmerzhaft sein. „Reue hat mit Ehrlichkeit sich selbst gegenüber zu tun – und mit Verantwortungsbewusstsein.“ Durch das Aussprechen und Aufdecken des bislang Verborgenen komme etwas ans Licht, werde also der Finsternis entzogen. Die Beichte solle die sakramentale Erfahrung der Umarmung Gottes sein, darum müsse der Priester das barmherzige Antlitz Gottes erfahrbar machen. „Gott versöhnt die Welt mit sich, und in dieses Geschehen wird der Einzelne durch die Beichte miteinbezogen.“

Die früher in Dresden und nun in Heiligenkreuz lehrende Philosophin und Religionswissenschaftlerin Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz unterschied die ontologische

Schuld von der moralischen Sünde: „Leben heißt Leben verzehren.“ Erbschuld sei „die Art und Weise, wie wir da sind. Wir können nicht anders.“ Schon vor aller willentlichen Schuld stehe der Mensch auf schrägem Boden, weil Leben anderes Leben (ver-)braucht – „meist danklos“. Die Sünde – als bewusste Sonderung – lasse sich meist auf Beziehungsbruch zurückführen. Mit der Reue allein sei der Täter „noch nicht aus dem Getanen heraus“. Wirkliche Vergebung übersteige die Logik von Geben und Nehmen, des Tauschhandels. „Vergbung gibt das, was nicht reziprok gedacht werden kann. Wir geben mehr als der andere uns abfordert.“

Als unabdingbar bezeichnete Gerl-Falkovitz die Reue als „Rückkehr an den Punkt Null: Ich hätte es nicht tun dürfen“. Solche Reue sei zeitfrei: „Ich kann jederzeit sagen: Ich will es nicht gewesen sein. Ich will ein anderer sein.“ Damit sei aber Schuld noch nicht verschwunden. Sie werde vielmehr

„Die wenigsten Patienten kommen mit Schuldgefühlen, aber viele mit Beschuldigungen.“

übernommen: „Ein anderer trägt an meiner Stelle die Schuld weg.“ Die Philosophin zitierte Romano Guardini: „Christus tritt vor mich hin und sagt: Deine Sünde ist meine Sünde.“ Petrus, der den Herrn verleugnet, bereue in dem Moment, in dem ihm vergeben worden ist: Der Blick Jesu, der ihn traf, habe ihm jede Verteidigung abgenommen, weil er nicht ein Blick der Anklage, sondern der Vergebung gewesen sei (Lk 22, 61f). Hier geschehe die Aufgabe von Selbstverteidigung und Selbst-Habe: „Reue ist nur möglich, wo ich nicht mehr angeklagt werde.“

Der Schweizer Psychiater und Psychotherapeut Daniel Hell meinte, der Ratsschlag, zu verzeihen, könne wie Salz in offe-

ne Wunden wirken. „Oft heilt Zeit nicht alle Wunden.“ Es gebe sich aufdrängende Erinnerungen und anhaltende Konflikte. Bei vielen Verletzungen sei auch „kein Täter im Sinne des Gesetzes vorhanden“, etwa bei Trennungen, Entwertungen, Verlusten oder Kündigungen. Während Kränkungen mit Wut assoziiert würden und auf Rache zielten, sei Scham – als Ausdruck verletzter Würde – der Versöhnung nicht hinderlich.

Die Geschichte von Kain und Abel erzählte der Berliner Neurologe und Psychiater Michael Linden als Geschichte einer tiefen Kränkung und Verbitterung. Jeder Mensch habe Grundannahmen (basic beliefs), die zu einem kohärenten Leben helfen. „Wenn die Grundannahmen eines Menschen verletzt werden, gibt es Krieg!“, meinte Linden. Angeboren sei fast allen Menschen die Grundannahme der Gerechtigkeit, darum werde erlittene Ungerechtigkeit als Aggression erlebt. Diese löse Verbitterung aus. Linden definierte Verbitterung als Aggression unter Inkaufnahme der Selbsterstörung. Als solche mache sie in Extremsituationen stark und habe – ähnlich wie Panik – eine enorme Mobilisierungskraft.

Der Verbitterte bestrafe sich selbst, wenn er nicht lerne, loszulassen. Nicht auf die Entschuldigung des Übeltäters zu warten, sich nicht länger vom Täter und seiner Tat abhängig zu machen, sondern selbst willentlich loszulassen, sei die Voraussetzung für Selbstheilung. Linden unterschied zwischen Vergebung (den eigenen Groll beenden), Verzeihung (dem anderen mitteilen, dass ihm vergeben wurde), Versöhnung und Vergessen. „Glücklich ist, wer vergisst“, sagte Linden und versicherte dem Auditorium, dass Vergessen nicht mit Verdrängen gleichzusetzen sei.

Er empfahl zugleich, die eigenen Ideen von Gerechtigkeit zu realisieren, ohne sie von anderen zu erwarten: „Niemand von uns hat ein Anrecht auf Gerechtigkeit. Es kann sein, dass wir ungerecht behandelt werden.“ Auf Erden, so darf man hinzufügen, ist das wohl mitunter unvermeidlich.

Polemiker, Polterer und Polarisierer

Trierer Ausstellungen zu Karl Marx widmen sich dem Leben, blenden aber die Wirkung aus **VON CHRISTOPH BÖHR**



Kritik an sozialen Missständen ist berechtigt, aber nicht mit der Marx'schen Anmaßung, die „objektiven“ Gesetze der Geschichte zu vollstrecken. Kinderarbeit am Webstuhl, wie sie spanische Maler Joan Planella i Rodríguez 1885 gesehen hat.

Fotos: Ausstellung

Zwei Trierer Ausstellungen unternehmen den Versuch, Marx als Kind seiner Zeit darzustellen. Das gelingt gut – allerdings um den Preis, einen Blick auf seine Wirkungsgeschichte zu vermeiden.

Am 11. April 1868 schrieb Karl Marx an Laura, seine Tochter, und deren Mann Paul Lafargue: „Ich bin eine Maschine, dazu verdammt, Bücher zu verschlingen und sie dann in veränderter Form auf den Dunghaufen der Geschichte zu werfen.“ Diese Selbsteinschätzung, die man auf einer großen Schrifttafel inmitten der Ausstellung im Rheinischen Landesmuseum lesen kann, überrascht, zumal Marx zeitlebens nicht von Minderwertigkeitsgefühlen geplagt wurde – aber sie bringt sehr treffend zum Ausdruck, was Marx tagein tagaus umtrieb: er las, und schrieb, und las, und schrieb ... Das Schicksal eines Arbeiters konnte er vornehmlich vom Hörensagen; das unmittelbare Eintauchen in die Lebenswirklichkeit der Industriellen Revolution war seine Sache nicht. In der Welt der Bücher lebte er und füllte 160 Notizbücher Zeile für Zeile mit Exzerpten, bevor er sich an die Niederschrift seiner Hauptschrift „Das Kapital“ machte. Marx arbeitete akribisch. Er recherchierte genau – in vielen Jahren, vor allem während der Londoner Zeit, die er Tag für Tag in der Bibliothek des Britischen Museums verbrachte.

Was beseelte diesen Mann, was gab ihm die Kraft zu einem so umfangreichen schriftstellerischen Lebenswerk? Wie kann und darf man Marx verstehen?

Die Trierer Ausstellungen unternehmen den schwierigen Versuch, dieser Frage nachzugehen. Beide folgen einem gemeinsamen Ansatz, nämlich den Menschen aus seiner Zeit heraus zu verstehen. Das Werden, das Werk und das Wirken des Menschen werden eingebettet in den Kontext und sollen so verständlich werden. Das gelingt beide Male auf anschauliche und eindrucksvolle Weise in einer ansprechenden, gut gegliederten und nachvollziehbaren Darstellung der Zeitumstände, nicht zuletzt auch durch aussagekräftige Exponate: Urkunden, Bilder, Dokumente – und zum Beispiel eine Armutskarte, die im Städtischen Museum zu sehen ist; sie zeigt, dass damals in Trier vier von fünf Einwohnern

am oder unter dem Existenzminimum lebten. Die Familie Marx gehört zwar nicht dazu, aber den jungen Karl lassen diese Eindrücke nicht kalt. Er beginnt, die Verhältnisse anzuprangern – und schnell gerät er mit der preußischen Zensur in Konflikt; so beginnt eine lange Verfolgungs- und Leidensgeschichte. Marx verteidigt die Freiheit des Wortes – und 1848 scheint der erhoffte Umsturz zum Greifen nahe. Zu dieser Zeit ist Marx noch nicht der Theoretiker, sondern der pointiert formulierende Journalist, der sich auf die Seite der Armen stellt. Doch die Umsturzhoffnung hält nicht lange an. Und als 1849 die Monarchen wieder fest im Sattel sitzen, schlägt Preußen zurück: Marx wird ausgewiesen – das heißt: ausgebürgert – und ist gezwungen, mit seiner Familie nach London zu fliehen, wo er bis zu seinem Tode unter ärmlichen Verhältnissen lebt. Jetzt wird er zum Theoretiker – also zu dem Marx, den wir kennen und lesen; der Journalismus tritt zurück, die wissenschaftliche Arbeit rückt in den Vordergrund: 18 Jahre nach dem Beginn des Londoner Exils erscheint das „Kapital“, zunächst der erste Band, nach Marxens Tod mit Unterstützung von Engels der zweite und dritte Band.

Es gelingt der Ausstellung gut, wichtige Leitfragen, die Marx beschäftigten, herauszuarbeiten und dem Betrachter ausdrucksvoll bebildert vor Augen zu stellen: Marx begreift die Ökonomie als eine Sozialwissenschaft – aber das findet sich auch schon bei Adam Smith; er entwickelt die Mehrwerttheorie, aber die gilt heute unter Wirtschaftswissenschaftlern als überholt; er geht den Ursachen von Entfremdung und Verdinglichung nach – und er kämpft mit der Frage, was menschliche Arbeit eigentlich wert ist: eine Frage, auf die wir tatsächlich auch heute noch nach einer schlüssigen Antwort suchen. Das Massenelend am Beginn der Industrialisierung wirft ein grelles Licht auf die Verelendung des Arbeiters; die Produktion ist kapitalintensiver geworden als einst zur Zeit von Smith, und Kapital ist – im Unterschied zur Arbeit – ein knappes Gut. Arbeitskraft hingegen gibt es in Hülle und Fülle, während das Kapital in der Hand Weniger liegt. Ausgehend von diesem Ungleichgewicht von Arbeit und Kapital unter Markt- und Machtbedingungen entwickelt

Marx seine Kapitalismustheorie. Am Ende der Ausstellung im Landesmuseum findet sich das Resümee: Zu Lebzeiten blieb Marx ohne Einfluss. Was aber hat ihn dann so überragend und wirkmächtig werden lassen, dass die Chinesen sich bemüßigt fühlen, der Stadt Trier den Mann als Denkmal übergewaltig und übergewichtig – fünfeinhalb Meter hoch und über zwei Tonnen schwer – zu schenken?

Hinweise auf mögliche Antworten zu dieser Frage gibt die Ausstellung nicht. Hier zeigen sich die Stärken, aber auch die Schwächen jener Kontextualisierung, von der oben die Rede war: Marx allein aus seiner Zeit heraus zu verstehen, kann die Hoffnung wecken, jenen Streit zu vermeiden, den man angesichts der bis heute von ihm ausgehenden Polarisierung wohl befürchtet hat; aber so bleiben wichtige Fragen ungeklärt, zumal jede Kontextualisierung Folgen auch für die Auswahl der Schwerpunktsetzungen in der Darstellung hat. Marx, wie er dem Ausstellungsbesucher begegnet, ist ein gutwilliger, mitfühlender, verfeimter und verfolgter, von der schreienden Ungerechtigkeit seiner Zeit bewegter Mensch. Aber das ist nicht der ganze Marx. Und die Weichzeichnung, die der Betrachter erlebt, verführt dann zu Aussagen, die in diesen Tagen begleitend zum Geburtstagsfest zu hören sind: Marx und der Marxismus seien zwei ganz unterschiedliche Dinge; ihm zuzurechnen, was in seinem Namen Fürchterliches geschah, sei, so hört man es aus – fast – aller Munde, unzulässig, ja, verwerflich.

Ist es das? Kann man Marx vom Marxismus trennen? Ja und Nein. Marx hat nicht den Gulag erfunden und nicht das Drehbuch für den Stalinismus oder den Maoismus geschrieben. Waren also alle Diktatoren verlogene Heuchler, insofern sie sich auf Marx bezogen? Und auf diese Frage lautet die klare Antwort: Nein, denn sie hatten gute Gründe, sich auf Marx zu stützen. Und diese Gründe blenden – vielleicht um des lieben Friedens willen – beide Ausstellungen aus.

Wenn es also um Wirkung und Wirkmacht geht, dann wird man weniger die religions- und ökonomiekritischen Werke von Marx in den Blick nehmen müssen, sondern

das von ihm ausgehende Verständnis gesellschaftlicher Entwicklung: Indem er Hegel nach eigener Aussage „vom Kopf auf die Füße“ stellte, formte er dessen historischen Idealismus zum historischen Materialismus – jener Theorie, die behauptet, dass Geschichte nach erkennbaren Gesetzmäßigkeiten verläuft und aus diesem Grund vorhersehbar sei: Deshalb ist für Marx der Ausgang des Klassenkampfes nicht offen, sondern durch das Bewegungsgesetz der Geschichte längst entschieden; es kommt mithin darauf an, auf der richtigen Seite, der Seite des Fortschritts, zu stehen. Genau das haben die Marxisten von Marx gelernt. Wer auf der richtigen Seite der Geschichte steht, kann und darf sich auf dem Weg zur Errichtung der Diktatur des Proletariates als Geburtshelfer betätigen: Er darf die „Geburtswehen“, wie Marx schreibt, auf dem Weg zur Vollendung der geschichtlichen Wahrheit abkürzen. Und wer auf der falschen Seite, dem Fortschritt im Wege steht, ist als Klassenfeind nicht nur intellektuell, sondern vor allem moralisch im Irrtum: deshalb nicht nur Gegner, sondern Verräter, nicht nur epistemisch dumm, sondern notorisch verkommen. Der Marxismus setzt infolge denjenigen ins Recht, der diese Verräter zum Schweigen bringt. Marx hat nicht die Liquidation des Klassenfeindes gefordert, aber er dafür die theoretische Legitimation geliefert. Diesen originären Zug seiner Theorie einfach unter den Tisch fallen zu lassen, ist nicht so selbstverständlich, wie es die Trierer Ausstellungen nahelegen.

Der Clou der Marx'schen Theorie ist nicht ein sie beseelender Gerechtigkeits-sinn; den hatten andere vor und nach ihm auch. Der Clou liegt in der Handlungsermächtigung, die seine Theorie denen gibt, die sich anmaßen, die „objektiven“ Gesetze der Geschichte zu vollstrecken. Marx war ein Polemiker, Polterer und Polarisierer. Eine Verniedlichung wird der Wucht seines Anspruchs nicht gerecht.

Ausstellungen zu Karl Marx: Rheinisches Landesmuseum Trier, Weimarer Allee 1, 54290 Trier und im Stadtmuseum Simeonstift Trier, Simeonstrabe 60, 54290 Trier. Öffnungszeiten beide: Di.–So., Feiertage: 10–18 Uhr.



Wer modern sein will, muss auf der richtigen Seite stehen: Der DDR-Maler Willi Sitte sah in Karl Marx den gemüthlichen Vordenker des sozialistischen Staates.

Preußler-Nachlass: Neuer „Hotzenplotz“

Der „Räuber Hotzenplotz“ ist zurück: Fünf Jahre nach dem Tod seines Schöpfers Otfried Preußler (1923–2013) ist überraschend ein neues Abenteuer des beliebten Schurken aufgetaucht. Wie der Stuttgarter Thienemann-Verlag am Montag mitteilte, erscheint mit „Der Räuber Hotzenplotz und die Mondrakete“ am 17. Juli eine bisher unveröffentlichte Geschichte – rund 45 Jahre nach dem bisher letzten Band. Hotzenplotz gilt neben der „Kleinen Hexe“ als Preußlers beliebteste und bekannteste Kinderbuchfigur. Zeit seines Lebens nutzte der Autor seine Figur als Alter Ego, beantwortete unter ihrem Namen Kinderbriefe und schrieb sogar Behörden an, wie der Verlag schrieb. Preußlers Tochter, Susanne Preußler-Bitsch, stieß im vergangenen Jahr im Nachlass ihres Vaters auf die bis dato unbekannte Arbeit. „Die Fahrt zum Mond“ lautete der Titel eines Theaterstücks, das Preußler vor 50 Jahren geschrieben habe. Das Theater Düsseldorf hat sich die Uraufführungsrechte für den 11. November gesichert. Alle sind dabei: Kasperl und Seppel, die Großmutter, Wachtmeister Dimpfelmöser und – natürlich – der Räuber Hotzenplotz. Aus der Vorlage ihres Vaters entwickelte Preußler-Bitsch ein „erzähltes Kasperltheater zwischen zwei Buchdeckeln“, wie sie es nennt. Wachtmeister Dimpfelmöser steht auch in dieser Geschichte der Schweiß auf der Stirn: Hotzenplotz ist einmal mehr aus dem Gefängnis ausgebrochen. Seppel und Kasperl sind fest entschlossen, ihn wieder einzufangen – und ein für alle Mal auf den Mond zu schießen. Mit dem Bau einer ausgeklügelten Mondrakete nimmt ihr Plan Formen an. DT/dpa

Lehrerverband will Wertekunde für alle

Der Deutsche Lehrerverband hat die Unions-Forderung nach verstärkter Werte- und Demokratieerziehung für Kinder aus Zuwandererfamilien grundsätzlich begrüßt. „Dieser wichtige Bereich kommt in den bisherigen Willkommens-, Übergangs- und Sprachlernklassen oft zu kurz, weil der Fokus auf dem Deutschlernen liegt“, sagte Verbandschef Heinz-Peter Meidinger der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Dienstag). Allerdings erfordere eine solche Ausweitung des Lehrplans Zusatzstunden, Zusatzlehrkräfte und eine entsprechende Fortbildung betroffener Lehrkräfte. „Zum Nulltarif ist das nicht zu haben“, erklärte Meidinger. Nach seinen Worten sehen sich manche Lehrkräfte auf diese spezielle Anforderung nicht ausreichend vorbereitet. Meidinger hält aber wenig von einer Separierung dieses Unterrichts im Rahmen sogenannter „Rechtsstaatsklassen“ für Flüchtlingskinder, wie sie in einem Papier der Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU gefordert werden. „Ich bin dafür, diesen Werteunterricht in den Gesamtlehrplan zu integrieren“, sagte der Gymnasiallehrer, der 170000 Pädagogen vertritt. Auch bei den deutschen Schülern würden die Themen Grundgesetz, Rechtsstaatsprinzip und Demokratie „leider derzeit ganz kleingeschrieben“. Erst ab der 10. Klasse gebe es an den meisten Schularten Politikunterricht mit nur wenigen Schulstunden. DT/KNA

Festspiele Dresden: 1500 Künstler

Unter dem Motto „Spiegel“ werden am Donnerstag die diesjährigen Dresdner Musikfestspiele eröffnet. Bis zum 10. Juni seien knapp 70 Veranstaltungen an mehr als 20 Spielstätten vorgesehen, teilten die Organisatoren in Dresden mit. Rund 1500 Künstler werden an den insgesamt 32 Festivaltagen erwartet. Festspielintendant Jan Vogler assoziiert mit dem Motto Reflexionen von Musik, Natur und Mensch. „Wir wollen in die menschliche Existenz hineinleuchten“, erklärte er. Auf dem Programm stehen unter anderem Kompositionen von Schumann, Brahms, Bach oder Berlioz. DT/epd

Berechnungen des Hexensohns

400 Jahre: Das dritte Planetengesetz Johannes Keplers **VON BARBARA STÜHLMAYER**



Kepler gelang eine genaue Berechnung der Planetenbahnen.

Foto: dpa

Johannes Kepler (1571–1630) war ein so ordentlicher Mensch, dass der Verdacht nahe liegt, er habe sich mit der Manie, alles und jedes auszurechnen, vor dem Chaos seiner Umwelt zu schützen versucht. Aufgewachsen in einem Gasthaus, in dem er von Kindesbeinen an servieren musste, vom cholischen Vater verlassen und mit einer nach seinem eigenen Bekunden übelnützigen, geschwätzigem, und wegen ihrer Umtriebe schließlich als Hexe angeklagten Mutter, hatte er wohl auch allen Grund dazu. Er zählte nicht nur genau nach, wie viel Zeit er, ein Frühgeborener, im Mutterleib verbracht hatte (224 Tage, 9 Stunde, 53 Minuten), er führte auch Buch über die Lebensminuten seiner Freunde.

Für die Astronomie war seine Zählfreudigkeit auf jeden Fall ein Segen, denn seine Berechnungen sind so genau, dass sie wesentlich zur Akzeptanz des kopernikanischen Weltbildes beitrugen. Kepler litt lebenslang unter Geldsorgen, die ihn immer wieder zwangen, Horoskope zu verfassen, an deren Wahrheitsgehalt er nicht glaubte, um seine finanziellen Verhältnisse zu verbessern. Deshalb war er froh, von Tycho Brahe angestellt zu werden, einem ebenso reichen wie geistig engem Astronom, der die Umlaufbahn des Mars zwar richtig beobachtet hatte, aber unfähig war, sie mit korrekten Berechnungen zu belegen. Für Kepler war dies kein Problem. Er fand heraus, dass die Bahnen elliptisch sein mussten, die entscheidende Korrektur am kopernikanischen Weltbild, die seine mathematische Glaubwürdigkeit untermauerte. Nun ließen sich die Umlaufbahnen der Planeten endlich mit einiger Sicherheit vorhersagen. Das erste nach Kepler benannte Gesetz fin-

det sich in seiner Schrift „Astronomia nova“. Es besagt, dass die Erde der Sonne auf ihrer elliptischen Umlaufbahn im Januar am nächsten komme und im Juli am weitesten von ihr entfernt sei. Gegen Ende seines Lebens verfasste er die „Weltharmonik“, in der er poetische, philosophische, theologische, mystische und mathematische Gedankengänge miteinander verknüpfte. In ihm veröffentlicht er sein am 15. Mai 1618, also vor vierhundert Jahren formuliertes drittes Planetengesetz, das entscheidende Aussagen über die Entfernungen und Umlaufzeiten der Planeten um die Sonne enthält. Es bildete die Grundlage für die Entwicklung des Gravitationsgesetzes durch Isaac Newton.

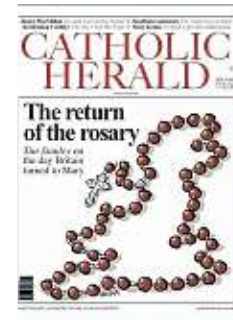
Naturbeobachtung ist Sache des Standpunktes

Im Grunde seines Herzens war Kepler als Mathematiker und Astronom ein von der Lehre des antiken Philosophen Pythagoras beeinflusster Sinnsucher. Das Zusammenspiel der in der Natur wirkenden Kräfte je neu in mathematischen Gleichungen auszudrücken ließ ihn nicht nur erfahren, dass hinter der greifbaren Wirklichkeit ein intelligenter Schöpfer erkennbar war. Er erlebte Gott vielmehr primär als den liebenden, zugewandten Gott und ging so weit zu sagen: „Ich glaube, dass die Ursachen für die meisten Dinge in der Welt aus der Liebe Gottes zu den Menschen hergeleitet werden können.“ Eine erstaunliche Aussage, wenn man bedenkt, dass Kepler in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges lebte, Katholiken und Protestanten gleichermaßen zu seinen Freunden zählte und mit seiner Familie deshalb gleich mehrfach vor Verfolgung durch die eine oder andere der streitenden

Parteien fliehen musste. Sein Blick für die Geschaffenheit alles Lebendigen hatte unmittelbaren Einfluss auf seine mathematische und physikalische Arbeit und ermöglichte es ihm letztlich, Aristoteles zu korrigieren. Der große Philosoph war nämlich der Überzeugung, dass die Erde als einzigartiger Lebensraum sich vom Rest des Universums nicht nur dadurch unterscheidet, dass auf ihr so vielfältiges, auch menschliches Leben möglich ist, er glaubte auch, dass sie aus anderen Substanzen bestehe als die restlichen Planeten und dass auf ihr andere Gesetze herrschten. Kepler war sich da nicht so sicher. Und das lag daran, dass er sowohl genau beobachtete als auch immer wieder nachrechnete, bis er das exakte Ergebnis erhielt. Seine Konzentration auf die Gesetzmäßigkeiten hier auf der Erde und deren gründliche Durchdringung ließ ihn ganz automatisch den Blick in den Himmel richten und herausfinden, dass die physikalischen Gesetze auch auf die Himmelskörper anwendbar waren. Seine drei Planetengesetze sind die Frucht dieser langjährigen Beobachtungen. Zugleich studierte er auch aufmerksam die Interaktion zwischen unserem Himmelskörper und den anderen Planeten. Die richtige Beschreibung der Wirkkräfte des Mondes auf die Gezeiten formulierte er schon Jahre bevor Galilei die Worte für seine nicht ganz so korrekte Beschreibung fand.

Kepler war – im Gegensatz zu seinem Förderer Tycho Brahe, von dem er die Datenreihen über die Positionen der Planeten am Fixsternhimmel erbt – einer derjenigen, die fest an die Richtigkeit des von Nikolaus Kopernikus vorgeschlagenen heliozentrischen Weltbildes glaubte. Der Grund dafür lag wiederum in seiner Genauigkeit und seiner Befähigung zum Umgang mit Zahlen. Denn Kepler war klar: Die Schleifenbewegung, die entsteht, wenn man die Marsbahn von der Erde aus beobachtet, ist eine Frage des Standpunktes. Da dieser wie alle anderen Planeten um die Sonne kreist, würde die Bahn, von dort aus beobachtet, bei gleicher Datenlage ganz anders aussehen. Kepler ging außerdem davon aus, dass die Sonne eine Kraft auf die Planeten ausübe, die mit zunehmender Entfernung abnehme, eine zu seiner Zeit spekulative Annahme, die aber völlig korrekt ist. Was heute kaum noch vorstellbar ist: Kepler nahm sich wirklich Zeit für seine Forschungen und verbrachte allein 20 Jahre damit, die Planetenbahnen zu beobachten und eine passende mathematische Beschreibung für deren Umlaufbahnen zu finden. Zwischen 1618 und 1621 verfasste er dann in schöner kollegialer Verbundenheit mit Nikolaus Kopernikus ein Lehrbuch über das heliozentrische Weltbild mit dem Titel „Abriss der kopernikanischen Astronomie“.

AUS DEN ZEITSCHRIFTEN



Kalifornien will christlichen Bücherhandel einschränken

Kalifornien bereitet laut **CATHOLIC HERALD** ein Gesetz vor, dem vor allem christliche Bücher zum Opfer fallen könnten. Demzufolge seien „Waren oder Dienstleistungen verboten“, die darauf abzielen, „Verhaltensweisen oder Gender-Ausdrucksformen zu verändern oder die sexuelle oder romantische Anziehung oder Gefühle gegenüber Personen des gleichen Geschlechts zu beseitigen oder zu verringern“. Befürworter der Assembly Bill 2943 glauben, damit der „conversion therapy“ Einhalt zu gebieten, die vorgibt, Homosexuelle zu Heterosexuellen therapieren zu können. Kritiker befürchten jedoch, das Gesetz könnte die christliche Morallehre zum Schweigen bringen – und so auch „zu einem umfassenden Verkaufsverbot“ von Literatur über die christliche Sexualmoral führen.

Die Zahl der Euthanasiefälle in den Niederlanden steigt

Im Jahr 2012 wurden in den Niederlanden 4188 Fälle von Sterbehilfe registriert. 2017 waren es nach einer im britischen Fachmagazin **BRITISH MEDICAL JOURNAL** publizierten Studie bereits über 7000, was einer Steigerung von 67 Prozent innerhalb von fünf Jahren entspricht. Steven Pleiter, der Direktor einer Klinik, die sich auf das „Ende des Lebens“ („Levensindekliniek“) spezialisiert hat, sagte, dass der Anstieg das Ende des „Tabus“ anzeige, „Patienten zu töten, die sterben möchten“. Seine Klinik habe 2012 insgesamt 32 Patienten euthanasiert, am Ende dieses Jahres plane er, 720 Tötungen auf Verlangen durchgeführt zu haben. Um dieses Ziel durchzusetzen, betreibt er einen großen Aufwand mit Werbeanzeigen im Fernsehen, in Radio und Fachzeitschriften, um Ärzte und Krankenschwestern zu rekrutieren. Damit möchte er die Anzahl der jetzt 57 Ärzte auf über 100 erhöhen, denn, so erklärt er, „Ich mache mich auf einen sehr viel weiteren Zuwachs in den kommenden Jahren gefasst.“

„Migration des Austausches“: Erhöhte Geburtenzahl in Frankreich

Der Prozentsatz der Geburten in Frankreich in den Familien mit mindestens einem Migrantenelternanteil hat sich von 26,3 Prozent im Jahr 2007 auf 30,4 Prozent im Jahr 2016 erhöht. In der Île-de-France hatten 2016 sogar 38 Prozent der hier geborenen Kinder Mütter mit Migrationshintergrund. **HOMME NOUVEAU** nennt dies einen „subtilen ‚Austausch‘ der autochthonen alternden Bevölkerung durch eine Ehe-Immigration, die in Wirklichkeit zu einer von der Europäischen Union mit ihrem System der Migrantenkontingente gewollten Politik gehört“. Diese sei indes selbst von den Vereinten Nationen inspiriert. Der Begriff „Austausch“ stamme aus einem 2015 veröffentlichten Bericht der „Hauptabteilung wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten der UN (DESA)“, bei dem es schon im Titel ausdrücklich heißt: „Migration des Austausches: Ist das eine Lösung für die alternden und schrumpfenden Bevölkerungen?“ Dieses Konzept sei in gegenläufiger Richtung von Renaud Camus (der das Buch „Revolte gegen den Großen Austausch“ verfasste) aufgegriffen worden, und entspreche der weltweiten Wanderungsbewegung, die ein Industrieland diesem Plan zufolge benötige, um seinen Bevölkerungsrückgang zu verhindern. Der UN-Bericht spricht sich „angesichts der neuen Herausforderungen“ zwar für eine grundlegende Überprüfung von bereits be-

stehenden Programmen aus, „zieht diese Überprüfung jedoch zu keinem Zeitpunkt im Sinne einer Geburtenförderungs- und Familienpolitik dieser Länder in Betracht“. „Von den wenigen leeren Versprechungen, die Emmanuel Macron kürzlich in Bezug auf die Immigration äußerte, dürfen wir uns nicht täuschen lassen“, meint Autor Jean-Michel Beaussant. Während Macron selbst die Kultur des Todes durch verhängnisvolle Gesetzesentwürfe fördere (künstliche Befruchtung, Leihmutterchaft, Euthanasie), zielten seine schönen Worte darauf ab, sich der guten Stimmung im Volk rückzuversichern und die „abnehmende französische Demographie mit der Migration des Austausches gemäß der Projektion der Globalisierung aufeinander abzustimmen“.

Aus „Brüderlichkeit“ soll „Geschwisterlichkeit“ werden

Der unter François Hollande geschaffene „Hohe Rat für Gleichheit zwischen Frauen und Männern“ (HCE) schlägt nach Angaben des französischen Wirtschaftsmagazins **CAPITAL** eine Abänderung des Wahlrechts der französischen Revolution „Liberté, Égalité, Fraternité“ (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) zu „Liberté, Égalité, Adelphté“ (Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit) vor, die in der Verfassung verankert werden solle. „Adelphté“ ist ein Neologismus, der sich von dem griechischen Wortbildungselement adelph mit der Bedeutung „Geschwister“ ableitet und den es im Französischen bisher noch nicht gab. Die Verfassungsreform sei, laut HCE, „eine Gelegenheit, die Gleichheit zwischen Frauen und Männern als Grundprinzip der öffentlichen Gewalt und unserer Gesellschaft noch mehr anzuerkennen“. Der Vorschlag des Hohen Rates geht auf eine Internetpetition der feministischen Gruppe „Le Parlement du Féminin“ mit noch nicht einmal 3000 Unterschriften zurück.



Soziale Verantwortung von US-Unternehmen ist „Markenpolitik“

Das US-amerikanische Politikmagazin **THE NEW REPUBLIC** widmet sich der Frage nach dem „Anstieg der sozialen Verantwortung der Unternehmen“. Auch wenn Firmen noch immer „von alten weißen Männern“ geleitet werden, so sei es doch gerade sehr en vogue, dass sie sich in politische Fragen, wie die Rechte von Homosexuellen, Waffenkontrolle, Klimawandel und den Mindestlohn einmischen. Mike Allen, Chefreporter des Medienunternehmens Politico, meint, es drehe sich dabei nicht wirklich um Politik: „In den meisten Fällen ist dieses Phänomen nicht durch die pure Mildtätigkeit des Unternehmens inspiriert, sondern vielmehr vom starken Druck des Mobs in den sozialen Medien sowie von idealistischen Millennials in den Belegschaften der Firmen, die von ihren Angestellten erwarten, Stellung zu beziehen.“ Die Unternehmen hätten herausgefunden, dass „die richtigen – sprich, die ungefährlichen – Arten von Positionen, sich bezahlt machen können“. Doch die soziale Verantwortung der Unternehmen ist in Wirklichkeit keine soziale Verantwortung – es ist Markenpolitik. Wenn diese funktioniert, dann „nicht deshalb, weil sie eine von den Politikern hinterlassene Lücke füllt, sondern weil unsere Maßstäbe für ein sinnvolles Handeln so niedrig sind“. Noch vor einem Monat hätten die US-Fluglinien Delta und United aus dem gleichen Grund noch ganz flüchtige Beziehungen mit der amerikanischen Waffenlobbyorganisation NRA unterhalten, aus dem heraus sie diese vor zwei Wochen beendeten: „Es förderte den Umsatz.“ *Katrin Krips-Schmidt*

Erklärung zum Kreuzerlass

Bekanntnis bayerischer Theologieprofessoren zum Kreuz in der Öffentlichkeit

Katholische und evangelische Professoren und Hochschullehrer der Theologie haben in einer ökumenischen Erklärung vom 1. Mai zum bayerischen Kreuzerlass Stellung genommen. Die Theologen, die in Bayern leben oder aus Bayern stammen, schreiben, dass sie für jedes „in öffentlichen Räumen sichtbare Kreuz dankbar sind“. Zu den unterzeichnenden Autoren der Erklärung gehören unter anderem Professor Wolfgang Vogl (Theologie des geistlichen Lebens, Augsburg), Professor Elmar Nass (Sozialethik, Fürth), Professor Christoph Ohly (Kirchenrecht, Trier; Bischöfliches Studium Rudolphinum, Regensburg), Professor Josef Kreiml (Fundamentaltheologie, St. Pölten), Professor Achim Schütz (Dogmatik, Rom) und Professor em. Anton Ziegenaus (Dogmatik, Augsburg).

Die Unterzeichner sehen das Kreuz mit Blick auf die Tradition der Verfassung als

ein „Wertefundament unserer pluralistischen Gesellschaft, da es für den menschlichen Zusammenhalt aus einem Geist des Miteinanders auch gegenüber dem vermeintlich Fremden steht“. Weiter heißt es: „Wenn aber christliche Politiker sich mit dem Kreuz solidarisieren, wird suggeriert, es müsse selbstverständlich reine Parteitaktik sein. Wir sagen Nein dazu, dass hier offenbar mit zweierlei Maß gemessen wird.“ Die Autoren der Erklärung sagen demgegenüber ausdrücklich Ja zum Kreuz. „Im christlich geprägten Bayern besteht seit langen Zeiten der Brauch, dass nicht nur auf öffentlichen Plätzen und Berggipfeln, sondern ganz selbstverständlich auch in staatlich-öffentlichen Amtsräumen Kreuze angebracht sind. Auf diese Weise bringt der bayerische Staat seit jeher sein Selbstverständnis zum Ausdruck, dass er zutiefst in der christlichen Tradition verwurzelt ist und sich diesem Erbe verpflichtet weiß.“

Der Kreuzerlass von Ministerpräsident Söder werde im Hinblick auf den „inneren gesellschaftlichen Frieden“ dem Eindruck entgegenwirken, das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Kreuzen in öffentlichen Räumen könnte eine „rein private oder gar willkürliche Angelegenheit von Bürgermeistern, Schulleitern oder Amtsgerichtsdirektoren sein“.

Nach Auffassung der Professoren und Hochschullehrer weiß sich der Kreuzerlass auch der 1946 verabschiedeten Präambel der Bayerischen Verfassung verpflichtet, wonach es in Bayern nie mehr eine „Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott“ und damit ohne Achtung des Gewissens und der Menschenwürde geben darf“. Abschließend heißt es, die Unterzeichner würden sich über weitere Beiträge freuen, sie sind per Mail an Professor Wolfgang Vogl möglich (wolfgang.vogl@kthf.uni-augsburg.de). Die Beiträge stehen unter „Kreuzerlass.de“. *AR*



Zwei junge Männer überqueren den Domplatz vor der Sankt-Paulus-Kathedrale in Münster, dem Austragungsort des 101. Katholikentags.

Foto: dpa

#suchefrieden

Der Katholikentag in den (Sozialen) Medien VON JOSEF BORDAT

Am 9. Mai geht er los: Der 101. Deutsche Katholikentag in Münster – wenige Stunden vor dem Begrüßungsabend auch im Internet. Auf der Website des Katholikentags, vor allem aber auf Facebook, auf Twitter, auf Instagram und auf YouTube mehren sich die Beiträge und Aktivitäten der Multimediaredaktion. Man hat sich viel vorgenommen. Unter den Hashtags #kt18 und #suchefrieden werden in den nächsten Tagen hunderte Meldungen und Stimmungsberichte veröffentlicht. Wer ein wenig Katholikentagsgefühl möchte, kann das also auch jenseits von Münster haben. Freilich wird es auch Nachrichten zu den Höhepunkten des Großereignisses geben, um auch die Basisinformationen über die Kanäle zu schicken.

Die Medienarbeit des Katholikentags hat eine besondere Bedeutung, richtet sich das Treffen doch vor allem nach außen. Das zeigt schon die Vielfalt der Themen und die Auswahl der Gäste: nicht nur Vertreter der Kirche, sondern auch Politiker, Unternehmer, Wissenschaftler, Menschen aus der Zivilgesellschaft diskutieren aktuelle gesellschaftliche Fragen. Damit die Öffentlichkeit auch erreicht wird, müssen seriöse Berichterstattung und zeitgemäße Vermittlung Hand in Hand gehen. Zuständig für die Berichterstattung ist eine eigens für den Katholikentag eingerichtete Redaktion, die aus jungen Journalisten des Instituts zur Förderung des publizistischen Nachwuchses (ifp) in München und aus Mediendesignern der Ferrarischule in Innsbruck be-

steht. „Die fast 30 jungen Leute werden unsere Homepage und die Kanäle in den Sozialen Medien übernehmen und mit vielen bunten und spannenden Inhalten füllen“, so Theodor Bolzenius, Pressesprecher des Katholikentags und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). „Es besteht eine sehr schöne Zusammenarbeit, für die ich dankbar bin. Vor allem gespannt bin ich auf das, was den Nachwuchskräften zu unserem Leitwort ‚Suche Frieden‘ so alles einfällt.“

Die Kooperation mit der katholischen Journalistenschule ifp fällt in das Jubiläumsjahr der renommierten Einrichtung; sie wird in diesem Jahr 50. Der journalistische Direktor des ifp, Bernhard Remmers, sagte, dass der Katholikentag in Münster mit seinen mehr als 1000 Veranstaltungen für das Gespräch und die Diskussion stehe. „Für die jungen Journalisten ist das ein guter Platz, Erfahrungen zu machen und sich auszuprobieren. Dass wir hier dabei sind und unseren Schülerinnen und Schülern und auch denen aus Innsbruck die Möglichkeit geben können, ihrer Kreativität freien Lauf zu lassen, ist deshalb zugleich gut für den Katholikentag und gut für die Ausbildung.“ Außerdem sei der Katholikentag ein Ort, an dem um eine bessere Welt gerungen werde – gerade bei einem Leitwort wie „Suche Frieden“. Remmers weiter: „Auch der Journalismus will schließlich dazu beitragen, dass die Welt ein bisschen besser wird, sich zum Guten entwickelt.“ Im Jubiläumsjahr des ifp will sich die Journalistenschule darüber hinaus

beim Katholikentag mit einem eigenen Treffpunkt im Münsteraner Café „Pension Schmidt“ präsentieren, so Remmers. Ziel sei es, Mediennutzer und Journalisten miteinander ins Gespräch zu bringen. Dabei sein werden auch Absolventen des ifp, wie beispielsweise Christiane Florin vom Deutschlandfunk und Raoul Löbber vom Wochenzeitung „Die Zeit“.

Was ist an Berichterstattung seitens der jungen Katholikentagsredaktion zu erwarten? Seit Montag arbeiten die Journalisten an einem Redaktionsplan. Lena Höcker-Schmidt, Online-Mitarbeiterin beim Katholikentag in Münster und zuständig für die Multimediaredaktion, erklärt: „Das Leitwort wird sicher eine große Rolle spielen und ebenso die Programmhöhepunkte. Aber auch für Münster Typisches wird Thema sein, denn wir wollen auch den zu Hause gebliebenen Katholikentagsfans die Gastgeberregion vorstellen.“ Bereits im Vorfeld des Katholikentags hatte die Pressestelle alle Hände voll zu tun, die Anfragen bezüglich der Veranstaltung mit den kirchenpolitischen Sprechern der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien („Nun sag‘, wie hast du’s mit der Religion?“ – Die Haltung der Bundestagsparteien zu Kirche und Religion in Staat und Gesellschaft“) zu beantworten. An der Podiumsdiskussion nimmt auch der kirchenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Volker Münz, teil. In einer Pressemitteilung der Katholikentagsleitung hieß es am 19. April: „Jede Art von Hetze gegen Andersdenkende hat auf dem Katholikentag

keinen Platz.“ Der Bericht der Katholikentagsredaktion zu dieser Veranstaltung darf mit besonderer Spannung erwartet werden.

Im Vorfeld des Katholikentags war neben dem Pro und Contra zur Teilnahme eines AfD-Vertreters vor allem ein Thema in den säkularen Medien virulent: die Sicherheitsfrage nach der Amokfahrt vom 7. April, als ein Kleinbus am Kiepenkerl-Denkmal im Zentrum Münsters in eine Gruppe von Menschen gelenkt wurde und zwei Personen getötet sowie mehr als 20 zum Teil schwer verletzt wurden. „Ist der Katholikentag sicher?“ – unter dieser Leitfrage traten verschiedene Sender und Zeitungen an die Veranstalter heran. Die „Rheinische Post“ fragte Geschäftsführer Roland Vilsmaier zwei Tage nach dem Anschlag und dieser bekräftigte: „Wir haben alle Maßnahmen ergriffen, die für uns möglich sind, um einen friedlichen und sicheren Katholikentag zu gewährleisten.“ Dass sich die rund 50 000 Teilnehmer des Katholikentags darüber hinaus gut zurecht finden, dafür sorgt eine App, die den Nutzer durch das reichhaltige und daher nicht besonders übersichtliche Programm navigiert. Wer es eher offline mag, kann immer noch einen der zahlreichen Pfadfinder vor Ort ansprechen. Auch die sind bestens vorbereitet.

Selbstverständlich wird auch die „Tagespost“ aus Münster berichten – ganz ausführlich in der nächsten Ausgabe der Wochenzeitung und natürlich auch auf unserer Website (die-tagespost.de): Aktuelle Berichte und Blogbeiträge zum 101. Deutschen Katholikentag in Münster.

DER DICKE HUND



Der Tag des Bäckers

VON JOSEF BORDAT

Was, so fragt die Zeitung „Die Welt“ jüngst in ihrer Online-Ausgabe, kann man Sinnvolles am Sonntag tun? Unterstellend, dass viele Menschen einfach in den Sonntag hineinleben („ausschlafen, rumgammeln und einfach mal rein gar nichts tun“ – Titel des Stücks: „Sie dürfen Ihren Sonntag nicht so verschwenden!“), fühlt sie sich berufen, der geneigten Leserschaft einige Tipps zur Gestaltung des Sonntags mit auf den Weg zu geben. Motto: „Machen Sie Ihren Sonntag doch zum produktivsten Tag der Woche.“ Wie geht das? Ganz einfach: auf sich selbst besinnen, die freie Zeit optimal nutzen, produktiv sein, nicht unbedingt einen Wecker stellen. „Stattdessen langsam wach werden und sich dabei fragen, was man gerade wirklich braucht.“ Smartphone beiseite lassen („man kümmert sich erst mal nicht um Instagram und Mails, sondern um sich selbst“). „Digital detoxing“ heißt das auf deutsch, und das tut man „für mindestens eine Stunde nach dem Aufstehen“. Frühstück im Bett. Sollte das mit dem Smartphone Probleme bereiten (man geht offenbar davon aus): Es gäbe Apps für’s Smartphone, die „helfen, sich zu Smartphone-Pausen zu motivieren“ (nein, ich denke mir das nicht gerade aus, um die Spalte voll zu bekommen – das steht da wirklich). Sonst noch was? Ja: Ruhe und frische Luft, Tee oder Kaffee, eine Runde um den Block, zum Bäcker gehen („Der Spaziergang bringt den Körper auf Trab, die frische Luft macht wach und energiegeladener – und bestenfalls hat man danach alles für ein gediegenes Frühstück zusammen“). Nach dem Frühstück: die Woche planen. Zitat: „Dafür gibt es sogar speziell vorgefertigte Varianten, wie den ‚Happiness Planner‘ oder den ‚Getting Things Done Planner‘“. Danach kann man ja mal aufräumen, denn: „Nicht nur Planung, sondern



So reichhaltig wie das Sortiment beim Bäcker – so vielfältig sind die Möglichkeiten, den Sonntag zu gestalten.

Foto: dpa

auch Ordnung hilft, befreit und glücklicher zu leben.“ Und wenn das alles erledigt ist, das Glück geplant und die Ordnung wiederhergestellt wurde, kann man sich ja mal dazu nötigen, „entspannt ein Buch zu lesen, Musik zu hören oder das Beauty-Komplettprogramm“ – auszuführen, nehme ich an (Beauty-Komplettprogramm steht im Text ohne Prädikat; wahrscheinlich ist allen außer mir klar, was man mit einem Beauty-Komplettprogramm für gewöhnlich tut). Das wär’s dann aber, oder? Fast! Fernsehen? Eher nicht. Das heißt: „Gegen einen (!) Film am Abend ist allerdings nichts einzuwenden.“ Und, weiter? Nichts: „weiter“! Die Welt schafft es, einen Artikel über die sinnvolle Nutzung des Sonntags zu schreiben, ohne auch nur ein einziges Mal die Möglichkeit zu erwähnen, dass man – festhalten! – ja auch mal zur Kirche gehen könnte. Irgendwann zwischen Bäcker und Beauty. Digital detoxing, Getting Things Done Planner, Spaziergang – ok. Gottesdienst, Kirchgang, Heilige Messe – kommt für „Die Welt“ (und die Welt) am Sonntag hingegen nicht in Frage. Kein Wunder: Der „erste Tag der Woche“ (Joh 20, 1) wurde in ihren Augen längst zum „letzten Tag des Wochenendes“ (Die Welt). Ein dicker Hund.

Kollege Roboter

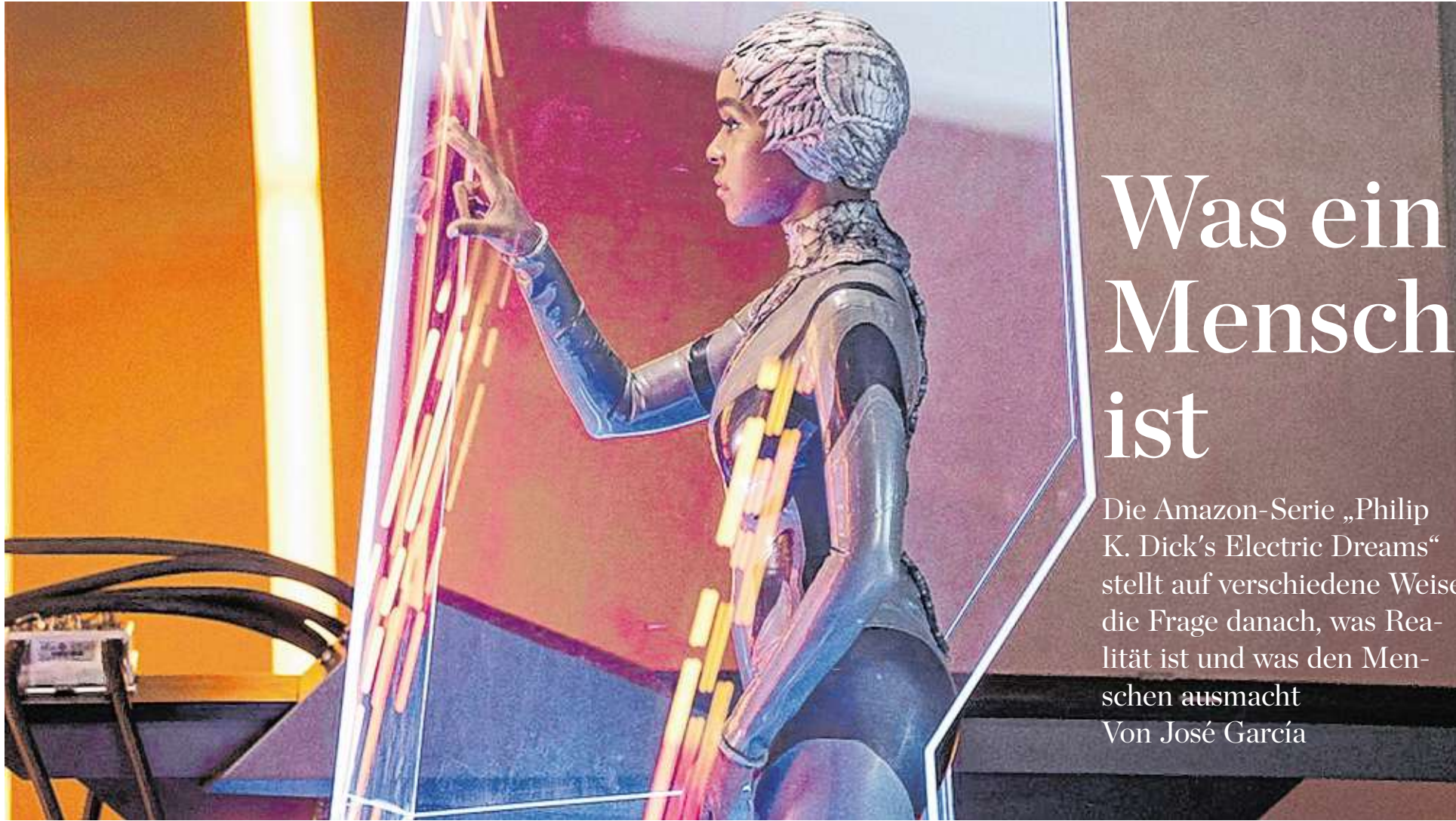
Denken Sie auch manchmal – wer hat das denn geschrieben? Mit dem würden Sie das eine oder andere gerne mal bei einem Bier diskutieren? Kann sein, dass das gar nicht geht VON FELIX RAPA

Es gibt in Zeitungen und Zeitschriften zunehmend Texte, die nicht von einem Menschen, sondern von einem Algorithmus geschrieben wurden. Nachrichtenagenturen weltweit setzen seit neuestem Algorithmen für ihre Lokalberichterstattung ein. Eigentlich ganz harmlos – die Idee: Die immer gleichen Vorkommnisse wie Unfälle, Sportereignisse, Geschäftseröffnungen, Betriebsschließungen und „Vermischtes“ werden (mit ein paar Daten gespickt, die doch noch ein Mensch eingeben muss, et-

wa Eigennamen) in einem kurzen Faktenbericht dargestellt. Doch statt maschinell erzeugter Neutralität liefern die automatischen Textgeneratoren Tendenziöses am laufenden Band. Denn Hintergründe und Kontexte werden ausgeblendet, bestimmte Formulierungen rücken so Dinge ins Licht, die der Sachverhalt selbst gar nicht hergibt. Wenn der Algorithmus die Schlagzeile wählt, muss er unweigerlich eine Seite der Geschichte betonen und damit anderen Aspekten vorziehen. Das Portal „Netropolitik“ nennt einige Beispiele für Schlag-

zeilen mit Schlagseite, etwa: „Die Hälfte aller frischgebackenen Mütter in Wolverhampton ist unverheiratet.“ Das berechnet der Algorithmus aus der Information, dass bei 56,5 Prozent der Kinder in Wolverhampton die Eltern nicht verheiratet sind. Tatsächlich werden aber 77 Prozent der Kinder in Haushalte mit zwei Eltern hineingeboren, so dass nur 23 Prozent der Mütter alleinerziehend sind. Der Titel jedoch suggeriert, die Hälfte der Frauen sei alleinerziehend. Zudem gibt die Betonung des rechtlichen Beziehungsstatus der

Schlagzeile (und damit der Botschaft) einen unpassenden formalistischen Dreh. Geht es um die soziale Lage der Kinder, wäre wohl eine Orientierung auf ihre Situation sinnvoller gewesen, etwa: „Jedes vierte Kind in Wolverhampton wächst ohne Vater auf.“ Kollege Roboter stellt die Leserschaft also vor eine neue Herausforderung: Selbst eine adäquate Kontextualisierung der Fakten vorzunehmen. Das ist klassischerweise die Aufgabe des Journalisten. Des Journalisten aus Fleisch und Blut.



Der weibliche Kommunikationsroboter Alice (Janelle Monáe) soll eine Abordnung der Menschen in die von einer künstlichen Intelligenz gesteuerte Fabrik bringen. Aus der Folge „Autofac“.

Foto: Amazon Video

Künstliche Intelligenz (KI) ist bereits jetzt dabei, die Welt zu verwandeln. „So wie die Dampfmaschine und die Elektrizität das in der Vergangenheit gemacht haben, verändert nun die Künstliche Intelligenz die Welt“, sagte der für den Digitalen Binnenmarkt zuständige stellvertretende EU-Kommissions-Präsident Andrus Ansip vergangene Woche. Im Zusammenhang mit der KI stellen sich jedoch nicht nur technische Fragen. In einem „Tagespost“-Interview sprach kürzlich der Heidelberger Medizintechniker Axel W. Bauer von bioethischen und juristischen Diskussionen darüber, „ob man in naher Zukunft nicht womöglich bestimmten ‚Artefakten‘, etwa einem intelligenten Roboter, Menschenrechte und Menschenwürde zubilligen müsste“. Bauer sagt voraus: „Wir werden uns in absehbarer Zeit mit der Frage beschäftigen müssen, ob die Würde des Menschen als metaphysisch objektive Eigenschaft künftig weiterhin an die Biologie unserer Spezies oder bloß noch an die Leistungsfähigkeit eines Artefakts geknüpft werden soll“ (DT vom 19. April).

Mögliche Folgen solcher Entwicklungen zeigen Science-Fiction-Autoren zwar in künstlerischer Freiheit, jedoch auch mit mal mehr, mal weniger Verankerung in der Wirklichkeit auf. Zu den wichtigsten Autoren, die sich mit künstlicher Intelligenz ausgestatteten menschlichen Schöpfungen

widmen, gehört der US-Amerikaner Philip K. Dick (1928-1982). Dick schrieb 118 Kurzgeschichten und 43 Romane. Auf ihnen basieren so bekannte Spielfilme wie Ridley Scotts „Blade Runner“ (1982) oder Steven Spielbergs „Minority Report“ (2002). Darin spricht der Autor Fragen an, die seinerzeit als „Science-Fiction“ angesehen wurden, die aber heute Wissenschaftler und Ethikexperten bewegen. Sie laufen letztendlich auf das Denkspiel hinaus: Können menschliche Schöpfungen genauso menschlich oder gar menschlicher sein als Menschen? Was macht einen Menschen aus? Mit dieser Frage geht nicht nur eine Suche nach der eigenen Identität einher, sondern auch die Bedrohung des Transhumanismus.

„Blade Runner“ basierte auf Dicks Roman „Träumen Androiden von elektrischen Schafen?“ („Do Androids Dream of Electric Sheep?“; 1968). Daran lehnt sich der Titel einer vom britischen Channel 4 produzierten, zehnteiligen Fernsehserie an, die auf Dicks Kurzgeschichten zurückgeht: „Philip K. Dick’s Electric Dreams“, die in Deutschland von Amazon Video ausgestrahlt wird.

„Philip K. Dick’s Electric Dreams“ wurde als sogenannte Serien-Anthologie konzipiert. Jede Folge steht für sich, jedes Kapitel ist ein 50-minütiger Einzelfilm. In der Serie spielen eine ganze Reihe amerikanischer und britischer Stars mit, Regie führen zehn verschiedene Filmemacher, und auch das jeweilige Drehbuch stammt von einem an-

deren Autor oder Autorenduo. Auch wenn Philip K. Dick die Erzählungen in den Fünfziger- und Sechzigerjahren schrieb, wurden sie in die heutige Zeit beziehungsweise in die Zukunft gesetzt. Allerdings: Einigen dieser Filme merkt man ihr Alter an. Bei einigen ist die Handlung selbst für 50 Minuten zu sehr in die Länge gezogen. Deshalb sind die Folgen nicht nur voneinander verschieden, sondern auch von unterschiedlicher Qualität.

Eine Gemeinsamkeit haben sie jedoch: Die Filme kreisen immer wieder um die Fragen, die Philip K. Dick offensichtlich am wichtigsten waren: „Was ist Wirklichkeit?“ respektive „Was bedeutet es, Mensch zu sein?“. Die erste Folge „Das wahre Leben“ („Real Life“) stellt anhand von zwei sehr unterschiedlichen Menschen, die in zwei Parallelwelten auf zwei Zeitebenen leben, die aber offenbar dieselbe Person sind, die Frage: Was ist real, was ist Traum? Im 9. Kapitel „Der Pendler“ („The Commuter“) entdeckt ein Bahnarbeiter eine Parallelwelt, die Kleinstadt Macon Heights, die eine perfekte Welt zu sein scheint. Wobei der Akzent auf „scheint“ liegt.

Was Menschsein ausmacht, behandelt die Serie ausdrücklich in mehreren Folgen: Sowohl in „Menschlich ist...“ („Human Is“) als auch in „Das Vater-Ding“ („Father Thing“) bemächtigt sich jeweils eine außerirdische Lebensform des Körpers eines Menschen. Paradox dabei ist es, dass sowohl der Ehemann im ersten als auch der Vater im zwei-

Was ein Mensch ist

Die Amazon-Serie „Philip K. Dick’s Electric Dreams“ stellt auf verschiedene Weise die Frage danach, was Realität ist und was den Menschen ausmacht

Von José García



Diese Woche auf Twitter

Und ich kämpfe dafür, dass jeder Schwachsinn ausgesprochen und geschrieben werden darf. Auch von jedem Durchschnittsnormalen mit normaler Haarfarbe, normalem Beruf und heteronormativer Lebensweise. #TagDerPressefreiheit

Birgit Kelle über einen Redeauszug des Bloggers Sascha Lobo auf der „Digitalkonferenz“ re:publica: „Ich kämpfe für eine Gesellschaft, in der eine jüdische, arbeitslose, lesbische She-Male im Bikini betrunken knutschend an jedem Ort mit einer stillenden schwarzen behinderten Ex-Muslima mit Kopftuch auf der Straße tanzen kann – ohne Angst um ihre Existenz haben zu müssen (und mit WLAN).“ (zitiert nach WDR)

Wenn alles in diverse, womöglich verfeindete Identitäten zerfällt, alle herkömmlichen Bindungen aufgelöst sind, bleibt das Individuum zurück, nackt und bloß, allein, staatsabhängig in nie zuvor gekannter Weise, dem Druck konformer Meinungen ausgesetzt. **Alexander Kissler über kulturelle Bindungen**

Die Journalisten und Grünen denken immer noch, dass Heimat so eine dumpfe, verbohrene Haltung in den Altersheimen ist. plus brandenburger Nazis, plus Abgehängte aufm Dorf ohne DSL. Und dann wundern sie sich, warum sie bei uns keine Rolle mehr spielen.

Don Alphonso zur Heimat

Radio Horeb meldet Spendenrekord

Der katholische Sender Radio Horeb hat bei einem dreitägigen Spendenmarathon rund 950 000 Euro eingesammelt. Das Geld sei beim „Mariathon 2018“ seit vergangener Freitag zusammengekommen, teilte die Station am Sonntag in Balderschwang im Allgäu mit. Nie zuvor habe es beim seit sechs Jahren stattfindenden „Mariathon“ mehr Einnahmen gegeben. An der Aktion haben sich demnach alle 78 Sender der „Weltfamilie Radio Maria“ beteiligt, einem internationalen Sendernetz, das den christlichen Glauben nach katholischer Lehre verkündet. Die Spenden sollen dem Aufbau von Partnerradios in Kenia, der Demokratischen Republik Kongo und Irland dienen. Am „Mariathon“ in Balderschwang nahm laut Mitteilung auch der Erzbischof der kenianischen Hauptstadt Nairobi, Kardinal John Njue, teil. „Radio Maria ist elementar für uns“, so Njue. „Das Radio ist das Medium für uns, mit dem wir Millionen von Menschen erreichen können. Menschen, die ohne Orientierung sind.“ DT/KNA

FERNSEH-KRITIK

Reißerisches über den Missbrauch in der Kirche

VON TOBIAS GRÜNWARD

Missbrauch in der Kirche steht weiterhin im Fokus der Öffentlichkeit. Nachdem bereits Anfang März „Arte“ die Dokumentation „Hinter dem Altar – Kindesmissbrauch in der katholischen Kirche“ ausstrahlte (DT vom 1. März), folgt nun auf ZDFinfo am Mittwoch kommender Woche ein weiterer Film mit dem Titel „Das Schweigen der Hirten – Missbrauch in der Kirche“.

Bereits im Anfangssatz wird der reißerische Ton der „Dokumentation“ deutlich: „Die katholische Kirche, eine multinationale Organisation mit einem dunklen Geheimnis: Pädophile“. Ein französisches Journalisten-Team reist um die Welt, um die Theorie zu untermauern, die Kirche setze bei der Verschleierung von Missbrauchsfällen auf eine „geografische Lösung“. Diese bestehe darin, dass „Täter

systematisch geschützt und in andere Länder“ insbesondere nach Afrika und Lateinamerika versetzt würden. Die Methode wirkt allerdings aus mehreren Gründen nicht besonders seriös: Einerseits zeigen die Autoren eine Datenbank einer Missbrauchsoffer-Organisation namens SNAP in den Vereinigten Staaten, die mehr als 4 400 Priester auflisten soll. Im Missverhältnis dazu kommen sie auf lediglich 95 Täter, für die seit 1990 ihre Oberen „die geografische Lösung“ angewandt haben sollen.

Die Umsetzung der „Null-Toleranz“, die Benedikt XVI. ausgerufen und Franziskus immer wieder bekräftigt, so beispielsweise als er im Juni 2016 die Regeln für Bischöfe verschärfte, die einem Verdacht auf sexuellen Missbrauch in ihrem Bistum nicht ausreichend nachgehen, wird mit keinem Wort erwähnt. Die Journalistin Elise Lucet fragt etwa Pater Hans Zollner, der zur

Päpstlichen Kommission für den Schutz von Minderjährigen gehört, ziemlich harsch nach den Kardinälen im vatikanischen Beratergremium. Als Pater Zoller ihr sagt, dass sich Kardinal Pell verpflichten wird, mit der Justiz zu kooperieren, unterbricht sie ihn: „Sie sagen, er wird. Das ist Zukunft“. Eigenartig, dass diese Passage aus der Dokumentation nicht herausgenommen wurde, nachdem dies eben keine Zukunft mehr ist, sondern gegen Kardinal Pell in Australien bereits ein Prozess eröffnet wurde.

Eigenartig mutet etwa an, dass der Priester Joannes Rivoire, der bereits im Jahr 1998 in Kanada Kinder missbraucht haben soll und seitdem mit Internationalem Haftbefehl gesucht wird, von den Journalisten ziemlich einfach aufgespürt wird. Denn Rivoire lebt unbehelligt in einem Kloster in Straßburg. Hier – wie in anderen Fällen – setzen die französischen

Journalisten eine versteckte Kamera ein. Die letzten zehn Minuten widmet die Dokumentation dem Vorwurf, als Erzbischof von Buenos Aires habe Papst Franziskus den inzwischen rechtskräftig verurteilten Ordenspriester Julio Cesar Grassi geschützt und dabei die Justiz beeinflussen wollen.

Elise Lucet konfrontiert den Papst bei einer Generalaudienz damit, als Franziskus an ihr vorbeikommt. Die Dokumentation verschweigt aber Stimmen, die den Papst in dieser Frage entlasten. So schrieb etwa Juan Ignacio Fuentes, Mitglied des argentinischen Rates für Katholische Erziehung Consudec und Experte im Kampf gegen sexuellen Missbrauch Minderjähriger in „La Nación“ im März 2017: „Im Fall Grassi haben weder Bergoglio noch die argentinische Kirche auf die Justiz Druck ausgeübt. Überhaupt nicht. Ich denke, die Ermittlungen standen im Rampenlicht der

Medien und waren strittig – aber auch ganz frei.“

„Viele Bischöfe und andere Geistliche begreifen die Gewalttätigkeit des sexuellen Missbrauchs eines Kindes einfach nicht“, äußert sich Pater Stéphane Joulain, Priester und Therapeut, in der Dokumentation. Ob dies nach so vielen Jahren Kampf gegen dieses abscheuliche Verbrechen noch so pauschal behauptet werden kann, sei dahin gestellt. Sexueller Missbrauch von Minderjährigen ist nicht nur ein schweres Verbrechen. Er raubt den Opfern die Zukunft und auch den Glauben. Diese Sünde schadet darüber hinaus insgesamt der Kirche. Deshalb ist jede Aufklärung willkommen – solange sie fair vorgetragen wird.

„Das Schweigen der Hirten – Missbrauch in der Kirche“. Film von Martin Boudot. ZDFinfo, Mittwoch, 16. Mai 2018, 20.15 Uhr, 45 Minuten

Ein verfemter Literat

In einer politischen Biografie: Schwarz-weiß, nicht braun – Der Schriftsteller Ernst von Salomon **VON URS BUHLMANN**

Ein einst berühmter Name taucht wieder auf: Ernst von Salomon (1902–1972). Dem Schriftsteller und Drehbuchautor, von seinen nicht wenigen Gegnern wahlweise als Rechtsterrorist, Nationalbol-schewist oder „extremistischer Zuschauer“ geschmäht, Spross einer nach Preußen gelangten Familie von Beamten und Militärs, gelang 1951 mit dem autobiografisch gefärbten Roman „Der Fragebogen“ der erste Bestseller der jungen Bundesrepublik. Salomon ist nun Gegenstand einer gelungenen Biografie, die sich Psychogramm nennt, wohl, weil sie einige der Entwicklungslinien im Leben des Denkers und Schreibebers sehr nachdrücklich, andere nur ansatzweise nachzeichnet.

Wie bei vielen Vertretern der deutschen Rechten sind Person und Werk im anderssprachigen Ausland, zumal in Frankreich und Italien, präzenter geblieben als in Deutschland. Im Internet werden Fragen erhoben: War er nun Mitglied der NSDAP oder nicht, ist die Familie ursprünglich jüdisch gewesen oder wird hier nur der Name interpretiert? Erst in den 1990er Jahren beschäftigte sich wieder eine Biografie, ursprünglich als Dissertation, mit dem Verfemten, die einige Fragen zu beantworten vermochte, ihrem Autor aber damals nichts als Ärger einbrachte. Nun hat Gregor Fröhlich, der vorsichtshalber über sich nichts mitteilen lässt, einen weiteren, gut geschriebenen Versuch unternommen.

Salomon, 1902 geboren und einer der letzten, die eine preußische Kadettenanstalt komplett durchlaufen haben, gehörte einer Generation an, die sich erst nach dem Ersten, dem verlorenen, Weltkrieg, beweisen konnte, dabei zugleich aber eine in verworrene Zeit hineingestellt wurde. Es lässt sich das ganze Leben des nachmaligen Literaten, der sich im Dezember 1918 unverzüglich zu einem Freikorps meldete, als Suche nach einem Ankommen, nach dem Dazugehören beschreiben, das, für jemanden seiner Herkunft und Erziehung wenig überraschend, im militärisch-politisch Bereich gesucht wurde. War Salomon konservativer, „rechter“ als die meisten seiner Generation? Das ist eine typische Frage ex eventu, die nicht berücksichtigt, dass junge, aufgeschlossene Menschen in der Weimarer Republik nicht viel andere Möglichkeiten hat-



Zwischen allen Stühlen: Der Schriftsteller Ernst von Salomon. Foto: Schöningh

ten, als politisch „rechts“ oder „links“ zu sein und dass dies entscheidend von der Herkunft vorgegeben wurde. Der junge Ernst von Salomon jedenfalls erlebte die erste militärische Initiation erst während des Spartakusaufstandes in Berlin, mit der „Eisernen Division“ im Baltikum, beim Kapp-Putsch wieder in Berlin und dann in Oberschlesien. Er lernt die Gewalt kennen und schätzen, ein Prozess der Verrohung setzt bei ihm ein. Nur so lässt es sich erklären, dass Salomon – nach der Auflösung der Freikorps – zur „Organisation Consul“ stößt, die, antimarxistisch und antisemitisch, die staatliche Ordnung durch Morde reif für einen Militärputsch schießen wollte, durch den dann der verhasste Versailler Vertrag beiseite geschoben werden würde.

Salomon war, wenn auch nicht in der Durchführung, an der Ermordung von Reichsaußenminister Walther Rathenau 1922 beteiligt und wurde dafür zu mehreren Jahren Zuchthaus mit anschließendem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft – er hat aber noch weitere Gewaltdelikte begangen. Er, den man sicher nicht als klassischen Antisemiten ansprechen kann, hat im Nachhinein die Ermordung Rathenaus und seinen Anteil daran sehr bedauert. Die Strafe, die er nicht ganz absitzen musste, hatte in der Folge einen paradoxen Ef-

fekt für den immer noch jungen Mann: Wegen der Ehrenrührigkeit des Rathenau-Mordes duftete er nicht zu Reichswehr und Wehrmacht (nicht einmal während des Zweiten Weltkrieges); zunächst aber erwarb er sich damit aber die Anerkennung des ganzen rechten Lagers, auch der Nationalsozialisten.

Gregor Fröhlich will die Taten Salomons nicht entschuldigen, ihn als „Opfer determinierender Prozesse“ hinstellen, er will erklären. Und er findet den richtigen Schlüssel, wenn er festhält, dass Salomon das „ideologisch aufgeladene 20. Jahrhundert“ als Kampf zwischen verschiedenen Ordnungsmodellen verstand, bei dem er die Position eingenommen habe, die ihm seine Herkunft und Prägung, mitsamt der frühen militärischen Erfahrung, nahelegte. „Noch im hohen Alter konstatierte er im Rückblick auf sein Leben eine ‚merkwürdige Suche nach Ordnung‘ als elementares Charakteristikum für sich selbst. Fest verbunden mit dieser Gestaltung von kollektiver Ordnung war auch die Suche nach einer individuellen Funktion. Sein Leben lang fühlte sich Ernst von Salomon als ein Verhinderter, als jemand, der noch nicht ‚an seinen richtigen Platz‘ gelangt war. Ordnung und Funktion wurden so zu zentralen Grundpfeilern seiner metaphysischen Betrachtungen.“

Ende 1927 auf Bewährung entlassen, erfindet sich Salomon neu als Journalist und Literat, der zum ersten Mal 1928 publiziert und bald in die Reihen der „Konservativen Revolution“ aufgenommen wird. Er lernt Arnold Bronnen und Ernst Jünger kennen, aber auch den politisch ganz anders orientierten Verleger Ernst Rowohlt, der später von den Nationalsozialisten mit Berufsverbot belegt werden sollte. Dieser gibt Salomon die Chance (vor und nach 1945), mehrere Romane bei ihm zu veröffentlichen, die allesamt autobiografisch geprägt sind und ein Bekenntnis zum Preußentum mit Augenzeugen-Berichten von den turbulenten Kriegs- und Nachkriegs-Geschehnissen verbinden. („Die Geächteten“, 1930, „Die Stadt“, 1932, „Die Verschwörer“, 1933, „Die Kadetten“, 1933) Mit diesen Büchern wird Salomon zu einem der meistverkauften damaligen Autoren, der kurze Zeit später auch – und zwar ebenso erfolgreich – das lukrative Drehbuch-Schreiben für sich entdeckte. Auch das kann er in der jungen Bundesrepublik fortführen, so stammen die Skripte der drei „08/15“-Filme (1954–55) von ihm.

In alldem inszeniert sich Salomon als rechts, sogar als sehr rechts – aber er wird eben nicht zum Nazi. Für eindimensional denkende Moralisten von heute also ein schwieriger Fall. Zum einen stieß Salomon das Kleinbürgerliche, Spießige der braunen Truppe ab. Es ging aber, wie Fröhlich richtig beobachtet, tatsächlich um Grundsätzliches: „Die Wendung von den Kategorien Nation und Autorität hin zu denen von Volk und Totalität, die sich mit der nationalsozialistischen Ideologie vollzogen hatte, stellte für Salomon die Entwertung seiner politischen Leitbegriffe dar.“ Die von ihm geforderte „Geburt eines neuen Menschen“, der den Deutschen ihre Würde wiedergeben würde, sah er in der Geistlosigkeit des NS-Regimes nicht verwirklicht. Jenes war für ihn „lediglich eine neue Formgebung der von ihm verachteten Masse“. Zusammen mit weiteren Nationalisten verweigerte Salomon jedes Bekenntnis zum Führerstaat, unterzeichnete keinerlei Loyalitätsbekundungen, wagte es, in einem Roman eine jüdische Figur positiv zu zeichnen und unterhielt Kontakte zu Verfemten wie Hans Fallada (mit dem er zu Ostern 1933 für einige Zeit inhaftiert wurde). Immer wieder setzte er sich für Verfolgte ein, ja reizte

seine zwiespältige Stellung als Ex-Freikorps-Mann und „Fememörder“ bis zur Gefahr für ihn selber aus. Als es ihm wieder einmal gelungen war, einen alten Kameraden, der unter die Räder des Regimes gekommen war, herauszupauken, schrieb er in einem Brief: „Wir ermangelten nicht, ein Glas auf das innere Reich zu trinken. Auf das äußere tranken wir nicht.“

Es mutet wie ein Treppenwitz der Weltgeschichte an, dass Salomon und seine damalige jüdische Lebensgefährtin im Juni 1945 von den Amerikanern wegen Nähe zur NS-Ideologie für mehr als ein Jahr inhaftiert wurden. In der Haft wurde er misshandelt, seine Freundin vergewaltigt. Der Roman „Der Fragebogen“ war wohl auch deshalb so erfolgreich, weil er (ein weiteres Mal, wie schon in Salomons früheren Büchern) die Demütigung deutscher Patrioten, hier anhand der ominösen 131 Fragen, thematisierte, mit denen die Militärregierung die Besiegten in Haupttäter und Mitläufer einstuft. Ein bitterer Hass auf Amerika und dessen anderswo in Deutschland so willkommenen Segnungen blieb bei Salomon zurück, der so wiederum erfolgreich zum Außenseiter im neuen (west-)deutschen Staat wurde.

Ein Leben und Wirken also zwischen allen Stühlen, das Gregor Fröhlich in seinem politischen Anteil sehr genau und sehr kenntnisreich seziert und kommentiert. Weniger hat ihn das schriftstellerische Vermögen Salomons interessiert, das ihn auch heute noch zu einem lesenswerten Autor macht: Der Mann konnte einfach sehr gut schreiben und verdient es schon deswegen, nicht vergessen zu werden. Aber auch über das metaphysische Denken Salomons, seine Einstellung zur Religion erfährt man nicht mehr, als dass ihn das Mitläufertum der (protestantischen) Kirche vor und während der beiden Kriege zuwider war. Der Buchumschlag zeigt ein Porträt des späten Salomon in der Pose eines Landedelmanns, der kühl, distanziert, wie es scheint angewidert auf einen imaginären Punkt schaut – auf sein eigenes Leben?

Gregor Fröhlich: Soldat ohne Befehl – Ernst von Salomon und der Soldatische Nationalismus. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2018, 426 Seiten, ISBN 978-3-506-78738-5, EUR 49,90

Achtsamkeit ist gefragt

Neue Chancen für die traditionellen Hüter der Transzendenz: Kirstine Fratz und „Das Buch vom Zeitgeist“ **VON STEFAN MEETSCHEN**

Für viele Katholiken ist er das Übel schlechthin: der Zeitgeist. Der Geist also, der stets mit neuen Orientierungen und Vorgaben auftritt, der Glück, Erfolg und ein gelungenes Leben verspricht, ohne dass man ihn sehen oder leicht auf den Punkt bringen könnte. Denn: gerade wenn man anfangen könnte, ihn zu verstehen, hat er sich vermutlich schon wieder geändert. Ein ewiger Wandel. Eine ewige Illusion?

Die Kulturwissenschaftlerin Kirstine Fratz sieht das Phänomen Zeitgeist nicht ganz so pessimistisch. Zwar sind auch ihr bei der Feldforschung zum Phänomen Zeit-

geist schon viele Menschen („Zeitgeist-Teilnehmer“) begegnet, welche die angestrebte Ausrichtung am Zeitgeist überhaupt nicht glücklich, sondern ziemlich frustriert hat, doch die attraktive Forscherin sieht auch die positiven Aspekte des Zeitgeistes, wie es schon der Untertitel ihres Buches vom Zeitgeist, andeutet: er kann uns vorantreiben, zu Kreativität und Innovationen beflügeln. Denn nicht nur jeder Mensch und jedes Unternehmen, jede Gesellschaft lebt von Veränderung und Abwechslung.

Fratz glaubt: „Es ist Zeit für eine Aufklärung über Mythen und Glaubenssätze des herrschenden Zeitgeists und für eine neue

Mündigkeit der Zeitgeist-Teilnehmer, damit wir ihn beherrschen und mit ihm spielen können – und nicht umgekehrt.“

Dabei möchte sie durchaus auch Marketing-technisch Hilfestellung geben, also Ich-AGs und Unternehmen sensibel für neue Trends machen. „Wer dem Wandel der emotionalen DNA einer Gesellschaft auf der Spur ist, weiß, wann und warum die Zeitgeist-Teilnehmer ihre Präferenzen erweitern oder ändern, und kann entsprechend handeln.“ Und: „Haken Sie Neuigkeiten nicht vorschnell ab und stopfen Sie sie nicht zu schnell in eine von Ihren mentalen Schubladen. Seien Sie wachsam, und nähern Sie sich diesem Phänomen mit ‚Was hat das zu bedeuten?‘. So haben Sie die Zeitkräfte besser im Blick, erkennen Chancen und treffen mündigere Entscheidungen für Ihr Selbstbild.“

So kurzweilig, unterhaltsam und nachvollziehbar Fratzs Thesen ihres Buch sind, etwas traurig wird man als katholischer Leser ihre Reflexionen zur Zeitgeist-Ära „Bewusstsein“ lesen, verbunden mit dem alten und neuen Megatrend „Achtsamkeit“, der nicht nur der „Selbstwirksamkeit“ dient, sondern auch die Möglichkeit umschließt, „nach einer höheren Macht Ausschau zu

halten“. Das Streben nach Höherem spiegelt sich schließlich nicht nur bei „Yoga-Retreats“ wider. „Und so winkt jedes Deo, jedes Shampoo, jedes unbedeutendste Produkt mit einem kleinen Erlösungs-Versprechen. Es erlöst uns von Schuppen, von trockenem Haar, von Körpergeruch. Doch eigentlich erlöst es uns von der Angst, im gegenwärtigen Zeitgeist nicht zu genügen.“

Könnte das Personal der Kirche in diesem Umfeld der Frustration nicht als reifer, authentischer Sinn- und Transzendenz-Anbieter auftreten?

Sehr berührend ist das Kapitel des Buches, in dem Kirstine Fratz eine persönliche Metanoia andeutet: die Geburt ihrer Tochter und häufige Krankenhausbesuche mit dem Kind brachten ihre Fixierung auf „Selbstverwirklichung und Selbstausdruck“ zum Erliegen. Auch die Einstellung zur modernen Medizin wandelte sich. Sie bekam eine neue Offenheit für Alternativmedizin geschenkt.

„Meine alten Glaubenssätze waren nichts mehr wert. Ihre Versprechen hatten ihre Zugkraft verloren. Ich war meinen Zeitgeist los.“ Im letzten Kapitel entwickelt sie ein Zukunftsszenario, das eine „Re-Spiritualisierung auf Zeitgeist-Ebene“ mit ein-

schließt. „Bei so viel Spirit ergaben sich neue Chancen für die traditionellen Hüter der Transzendenz. (...) Die Botschaft: ‚Gott liebt dich so, wie du bist‘, traf nicht nur den Nerv der Zeit, sondern schien, wenn es darum ging, einen stabilen Kompass für den eigenen Weg zu finden, gegenüber allen anderen Angeboten des Zeitgeists konkurrenzlos. (...) Gottes-Liebe als bedingungslose Liebe – so hatten sie das noch nie wahrgenommen.“

Einzigste Bedingung nach Fratz auf der Phantasie-Ebene: die christlichen Kirchen gründen eine Arbeitsgruppe mit dem Titel „Zeitgeist und Heiliger Geist“. „Außerdem ermittelte man, dass viele der christlichen Norm- und Moralvorstellungen eine Anforderung zur Selbst-Ablehnung darstellten, was das herrschende Ideal der absoluten Selbst-Liebe konterkarierte.“ Wenn das so ist, sollte es für Katholiken gar nicht so schwer sein, zukünftig den Zeitgeist etwas zu umarmen. Nur die Unterscheidung der Geister, frei nach Ignatius von Loyola, sollte man dabei wohl nicht ganz vergessen.

Kirstine Fratz: Das Buch vom Zeitgeist. Und wie er uns vorantreibt. Fontis Verlag 2017, 240 Seiten, ISBN 978-3-03848-127-0, EUR 18,-

Anzeige



John Lawrence Hill
Nach dem Naturrecht
Wie die klassische Weltansicht unsere modernen moralischen und politischen Werte fördert
ISBN 978-3-86838-206-8
325 Seiten, Broschur, EUR 27,90



EDITIONES SCHOLASTICAE
www.editiones-scholasticae.de

Verlag für scholastische Philosophie

Betrug in der Wissenschaft

„Fake News“ gibt es nicht nur in den Medien. Auch in der Wissenschaft werden „falsche Nachrichten“ regelmäßig aufgedeckt. Dabei reicht das Spektrum des Wissenschaftsbetrugs von geschönten Ergebnissen bis komplett gefälschten Arbeiten. Der Schaden, der dabei angerichtet wird, wirkt sich nicht nur nachteilig für die beteiligten Forscher aus, sondern kratzt auch am Image der Branche. Was treibt Forscher in die Unredlichkeit? **VON RAINER KLAWKI**

Wissenschaftler bringen die Forschung voran und sie veröffentlichen nur Richtiges und Wahres. Beim zweiten Teil dieser Aussage ist Vorsicht angebracht, denn die Fakten zeigen etwas anderes: ein seit Jahren geringer Prozentsatz von publizierten biomedizinischen Studien muss widerrufen werden, weil Fehler darin sind, die die Untersuchung wertlos machen. Nicht immer ist klar, welche Motive die Ursache sind. Doch manchmal handelt es sich um Wissenschaftsbetrug, um zum schnellen Erfolg und damit an Forschungsgelder heranzukommen. Das Spektrum des Wissenschaftsbetrugs geht von Verzerrung des Studienresultats bis zur handfesten Fälschung.

Das Ergebnis vorweg: Vier Jahre Ausschluss von der Antragsberechtigung bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und eine „schriftliche Rüge“. Das war im Jahr 2014 das Ende eines eher kleinen Falles von Wissenschaftsbetrugs in der biomedizinischen Grundlagenforschung. Die DFG als Financier hatte den Fall in Deutschland öffentlich gemacht. Im Mittelpunkt stand der damals junge Mediziner Ellis Grünfelder (Name von d. Redaktion geändert), der an der Forschungsgruppe eines Herzzentrums in Nordrhein-Westfalen tätig war. Das Vergehen: Grünfelder hatte elektrophysiologische Daten aus Herzstudien an Mäusen manipuliert, so die Einschätzung des DFG-Ausschusses, der zur Untersuchung von Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens eingesetzt worden war. Auf eine Rückzahlung der Forschungsgelder wurde allerdings nicht bestanden. Auch einen dafür erhaltenen Wissenschaftspreis musste der Forscher nicht zurückzahlen. Seine Arbeit wurde freilich aus einer Liste der Preisträger gestrichen, die zum 25. Jubiläum der Stiftung erschienen war.

Da sich in unserem Fall die gewünschten Forschungsergebnisse bei den Untersuchungen nicht einstellten, wurden sogenannte „Spuren“ dessen, was das Ergebnis hätte sein können, hochrangig publiziert. Aufgefallen war die falsche Geschichte einem Forscher aus dem Ausland. Der US-amerikanische Blogger Paul Brookes, spielte lange Jahre unter Pseudonym in einem Internet-Blog auf seinem Spezialgebiet wissenschaftliche Fehlleistungen seiner Kollegen auf. In seiner privaten Internet-Publikation erklärte er die Fehler, die ihm aufgefallen waren. Als seine Identität öffentlich wurde, musste er zwar per Gerichtsbeschluss wegen Rufschädigung anderer zunächst sein Blog löschen, doch dann konnte er seine Erfahrungen und Ergebnisse aus dieser Zeit aufarbeiten und publizieren (P. Brookes [2014], Internet publicity of data problems in the bioscience literature...). Daniela Knoll berichtet damals über die Motive des Forschers im „Laborjournal“ am 1.9.2014: Der Forscher sagte dem DFG-Ausschuss, es sei ihm in seiner Forschungszeit am Herzzentrum „nicht gelungen, die von der Arbeitsgruppenleiterin erwarteten Messergebnisse rasch zu erzielen“. Er habe dann damit begonnen, „Spuren zusammenzustellen“. Als alles anrücklich wurde, habe

sich Grünfelder mehrfach entschuldigt. Als Grund für die wissenschaftliche Unredlichkeit nannte der Jungforscher den „befristeten Jahresvertrag“ und die „große Sorge um seine Anstellung und Karriere“. Für die Generalsekretärin der DFG war damals der von Grünfelder „beschriebene Druck nachvollziehbar“. Es entschuldige sein wissenschaftliches Fehlverhalten aber „in keiner Weise“.

Das Betrugs-Verfahren ging für die anderen Ko-Autoren und Beteiligten, die mit Namen unter der Publikation standen, glimpflich zu Ende, weil sowohl der DFG als auch der Universität in NRW ein schriftliches Geständnis des Hauptakteurs vor-

Anerkennung und finanziellem Erfolg. Nach einer Darstellung von R. Busse hat auch die Aufklärung von wissenschaftlichem Betrug im biomedizinischen Bereich einige gemeinsame Merkmale:

- In der Regel sind der Beschuldigte und die Institution, in welcher der Betrug stattgefunden hat, hoch renommiert.
- Die Zweifel an der Richtigkeit und die Beschuldigungen werden zunächst von eher wenig Prominenten erhoben, zum Beispiel von Doktoranden, fast nie von Seiten des Institutsleiters oder des Chefs der Einrichtung.
- Die Aufklärung verläuft in der Regel eher zögerlich.

hafte Aufstieg von Forschern mit anschließendem tiefem Fall, wie bei dem Betrug des koreanischen Stammzellforschers Hwang Woo-Sook. Hwang, von Hause aus Veterinär, hatte vorgegeben, embryonale Stammzelllinien des Menschen aus zuvor geklonten Embryonen gewonnen zu haben. Die südkoreanische Post gab ihm zu Ehren 2005 sogar eine 220-Won-Sondermarke heraus. Eine Untersuchungskommission fand später heraus: Alles war erlogen. Und die Abbildungen, die als Beweise dienen sollten, waren gefälscht worden.

Die spektakulären Fälle lassen sich in einschlägigen Büchern nachlesen wie etwa das von Simon LeVay (When Science goes

angedeutet, zu denen er selbst nichts beigetragen hatte. Der Wikipedia-Artikel über „Betrug in der Wissenschaft“ hat sogar für jedes Wissenschaftsgebiet ein Unterkapitel, wer von der Archäologie bis zur Zoologie die bekanntesten Wissenschaftsbetrüger waren. Auch aus Deutschland kommen Betrüger mit weltweiter „Reputation“ aus der Welt der Wissenschaft.

Nach der Aufdeckung von Fälschungen wird oft gefragt, warum die Fehler lange unentdeckt blieben. Hier einige Erklärungen:

- Wissenschaftler vertrauen in der Regel darauf, dass Fälschungen entdeckt werden, wenn Fachkollegen die Studienergebnisse zu reproduzieren versuchen, was aber selten gemacht wird, weil dies in hochrangigen wissenschaftlichen Fachzeitschriften nur selten veröffentlicht wird.
- Die Tätigkeit eines Whistleblowers ist nicht mit besonderer Anerkennung verbunden.
- Institutionen fürchten um ihren Ruf, wenn bekannt wird, dass in ihrem Haus wissenschaftliche Fehler gemacht werden.
- Wenn der Täter eine Koryphäe ist, sind Mitarbeiter auf ein gutes Einvernehmen mit dem Fälscher angewiesen.

Universitäten und Forschungseinrichtungen versuchen mit der Verabschiedung von „Grundsätzen guter wissenschaftlicher Praxis“ und Maßnahmen zum „Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten“ gegen solche Vorkommnisse vorzugehen. Welche Strategien bei der Verzerrung einer biomedizinischen Studie verwendet werden, hat R. Griebenow analysiert. So ist die Zusammenstellung der Studienleitung ein Kriterium. Sind alle Forscher zum Beispiel als Honorarkräfte von einer einzigen Universität oder für nur ein Medizin-Unternehmen tätig, könne eine Verzerrung des Ergebnisses genauso erwartet werden, wie in dem Fall, dass in einer Vergleichsstudie ein neues Präparat gegen ein unterdosiertes bewährtes Präparat geprüft wird. Auch eine fehlende Randomisierung (Auswahl der Probanden nach dem Zufallsprinzip) oder eine fehlende Verblindung der Therapie lassen kein brauchbares Ergebnis erwarten. Doch auf diesem Sektor sind die internationalen Ansprüche hoch. Im Bereich von klinischen Studien auf einen einzigen Betrüger hereinzufallen, ist heute schwierig geworden. Die Aktivitäten in den Labors – wie in unserem Beispiel – lassen da noch mehr Einzeltäterschaft zu.

Ungünstige Auswirkungen für die Wissenschaft kommen vor allem durch die kleinen Betrügereien zustande, die in den USA als FFP (fraud, falsification, plagiarism – Betrug, Fälschung, Plagiat) bezeichnet werden. In der Summe könnte ein Trend entstehen, dass in der Wissenschaft nicht mehr sauber gearbeitet wird. Ein Glaubwürdigkeitsproblem wäre dann auch bei wissenschaftlichen Erkenntnissen die Folge.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), hat sich seit einigen Jahren mit der Thematik befasst. Sie hat deshalb „Vorschläge zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ erarbeitet. Sie gehen aber nicht von einer starken jährlichen Zunahme der Fälle unkorrekten Verhaltens aus.



Foto: TIME-Magazine

lagen, in dem Grünfelder zugegeben hatte, Daten in zwei Publikationen manipuliert zu haben. Daraufhin wurde auch die international hochrangig publizierte Studie zurückgezogen. Sie wurde mit dem Vermerk „Retracted“ versehen. Da der Forscher eine Alleinschuld einräumte, kamen die übrigen Co-Autoren mit dem Schrecken davon.

So speziell der Fall auch scheint, so typisch sind die Vorgänge, die auch bei anderen Fällen von Wissenschaftsbetrug im Spiel sind: Leistungsdruck, Wunsch nach

Wenn die Verdachtsmomente publiziert werden oder in der Presse und bei Politikern bekannt werden, kommt es in aller Regel zu einer schnellen und vollständigen Aufklärung.

Dass es Betrug in der Wissenschaft gibt, dürfte niemanden überraschen. Es ist die Schattenseite der Wissenschaft. Im kollektiven Gedächtnis haben sich viele andere Fälle eingebrannt: solche, die zum politischen Skandal wurden (abgeschriebene Doktorarbeiten) oder auch der kompeten-

wrong, 2008). Das erste Kapitel dieses Buches ist den gescheiterten Versuchen gewidmet, die Krankheit Parkinson mit humanen embryonalen Stammzellen zu kurieren.

Sind erfundene oder gefälschte Forschungsergebnisse nun die „Spitze des Eisbergs“ oder handelt es sich am Ende bei den Betrügern nur um „einige schwarze Schafe“? Betrug in der Wissenschaft gab es schon immer. Als erster Wissenschaftsbetrüger mag der berühmte Galileo Galilei gelten. Er hatte die Urheberschaft von Erfindungen

Mehr als Renten und Rosen

Am 13. Mai ist Muttertag: Warum Mutter-sein ein Fulltime-Job ist und Mütter mehr Anerkennung verdienen **VON MARTINE LIMINSKI**

Seit Jahrzehnten tragen Politiker und Verbände zum Muttertag die Losung auf den Lippen: Renten statt Rosen. Mit der Mütterrente ist dieser legitime Wunsch zu einem kleinen Teil Wirklichkeit geworden – und schon meckert der Mainstream. Auch und gerade liberale Zeitungen wie die FAZ halten die Mütterrente für ein grobes Foul an der künftigen Generation. Natürlich belastet diese Maßnahme die Rentenkassen. Aber Belastung kann kein Kriterium sein. Dann hätte man längst auf die viele Milliarden schwere Griechenland-Rettung oder die Bankenrettungen verzichten müssen, bei der noch nicht einmal das Hauptkriterium für politisches Handeln eine Rolle spielte: Gerechtigkeit. Man argumentiert politisch, Euro-Einheit und Banken seien systemrelevant. Aber nichts ist systemrelevanter als die Leistung der Mütter. Sie schaffen die Voraussetzungen, von denen der Staat lebt und die er selber nicht schaffen kann. Ihre Leistung ist mehr wert als Renten und Rosen.

Dennoch schafft die Politik es nicht, über diese Losung (Renten statt Rosen) hinaus zu denken. Dabei sollte die Politik die Mütter mit Renten und Rosen um Vergebung bitten für die Versäumnisse der letzten Jahre und Jahrzehnte. Amerikanische Arbeitsmarktexperten haben vor ein paar Jahren die Arbeit der Hausfrau und Mutter mit zehn anderen Berufen verglichen, Berufe, die die Hausfrau und Mutter eben auch ausfüllt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass das Gehalt rund 134.000 Dollar betragen müsste. Mit anderen Worten und umgerechnet: Rund neuntausend Euro pro Monat ist die Management-Tätigkeit der Hausfrau und Mutter wert. Aber damit ist die Familienmanagerin noch unterbezahlt. Denn Mütter arbeiten 24 Stunden pro Tag und wenn es sein muss noch eine 25. Stunde. Sie machen Unmögliches möglich.

Das ist die Wirklichkeit. Dagegen stehen die Sprechblasen und Versprechungen der Politik. Auch das Elterngeld wird ja ausdrücklich nicht als Anerkennung der Haus- und Erziehungsarbeit gesehen, sondern nur als Ersatz für entgangenen Lohn. Dabei wäre es nicht teurer gewesen, auch mal diese Arbeit anzuerkennen. Man hätte sich dabei nur auf das Bundesverfassungsgericht zu berufen brauchen, das diese Arbeit als gleichwertig zu der Erwerbsarbeit ansieht und man hätte sagen können, dies ist ein erster Schritt. Aber dagegen steht die Ideologie, wonach nur die außerhäusige Erwerbsarbeit wirklich anerkannt sei, das heißt auch honorierbare Arbeit sei.

Der heilige Johannes Paul II. hat die Arbeit der Hausfrau und Mutter wiederholt gewürdigt und in seinem Brief an die Familien (1994) auch als lohnwürdig anerkannt. In diesem Brief schreibt er: „Die Mühen der Frau, die, nachdem sie ein Kind zur Welt gebracht hat, dieses nährt und pflegt und sich besonders in den ersten Jahren um seine Erziehung kümmert, ist so groß, dass sie den Vergleich mit keiner Berufsarbeit zu fürchten brauchen. Das wird klar anerkannt und nicht weniger geltend gemacht als jedes andere mit der Arbeit verbundene Recht. Die Mutterschaft und all das, was sie an Mühen mit sich bringt, muss auch eine ökonomische Anerkennung erhalten, die wenigstens der anderer Arbeiten entspricht, von denen die Erhaltung der Familie in einer derart heiklen Phase ihrer Existenz abhängt.“ Hinter diesen Worten verbirgt sich ein wirklich revolutionäres Programm. Ein Erziehungslohn für Mütter, wofür der Papst hier eintrat, wäre ein Hebel, ein Instrument für eine wirkliche Strukturreform



Zuckerguss zum Muttertag: Der Politik sollte mehr einfallen, die Leistung der Mütter zu honorieren. Familienpolitik ist wie eine Operation am offenen Herzen der Gesellschaft.

Foto: dpa

der Gesellschaft. Die sogenannte Gerechtigkeitslücke zwischen Familien mit Kindern und den bewusst Kinderlosen würde halbwegs geschlossen, die Leistung der Mütter würde anerkannt, es gäbe Renten für eine Lebensleistung statt Rosen zum Muttertag. Nichts gegen Rosen, aber davon wird keiner satt. Auch die Gesellschaft insgesamt nicht.

Die gesellschaftliche Vorrangstellung der Erwerbsarbeit außer Haus ist kein Geheimnis. Sie hat damit zu tun, dass die eine Arbeit bezahlt wird, die andere nicht. Sie hat damit zu tun, dass man sich die eine Arbeit vorstellen kann, weil sie meist in messbaren Funktionen und Produktionen geschieht, während man von der anderen nur eine blasse und meist falsche Vorstellung hat, weil man auch hier in Funktionen und Produktionen denken will, sprich Windelnwickeln, Wäschewaschen, Bügeln, Putzen, Kochen. An die weit wichtigeren Faktoren dieser Arbeit zu Hause, nämlich die Gestaltung, Pflege und Entwicklung der personalen Beziehungen und überhaupt der Beziehungsfähigkeit, also das, was menschliche Erziehung ausmacht und deren „Produkt“ erwachsene, verantwortungsbewusste und nicht nur saubere und satte Menschen sind, an dieses Ziel des Managements der

Beziehungen und Gefühle denkt man in unserer ökonomisierten und funktionalisierten Gesellschaft kaum. Das aber ist die Kernkompetenz der Mütter, der Familienmanagerin, in dieser Funktion ist sie kaum zu ersetzen.

Was nun ist Familienmanagement? Wagen wir eine Definition: Familienmanagement ist die Fähigkeit, verschiedenste Forderungen und Ansprüche aus Haus und Umwelt zielgerichtet und personalbezogen zu bündeln, gedanklich zu verarbeiten, in Handlungsweisen zur Pflege von Beziehungen umzusetzen und dadurch Humankapital zu vermitteln und zu bilden. Man kann es freilich auch einfacher sagen mit einer Definition von Johannes Paul II.: „Erziehung ist Beschenkung mit Menschlichkeit“. Familienmanagement ist Beschenkung mit Humanvermögen.

Um diese Definition zu veranschaulichen sei eine Anekdote erlaubt, die wir auf Cocktailparties mit Geschäftsleuten und Diplomaten erlebt haben. Beim Kennenlernen fragt man nach dem Identitätsmerkmal Nummer eins: Dem Beruf. Liebe Hausfrauen und Mütter, geben Sie sich einmal auf so einer Party der feinen Leute zu erkennen, indem Sie sagen, ich bin Hausfrau und Mutter. Das ist fast so, als wenn Sie sagen wür-

den, ich habe Lepra. Sie werden schnell erleben, wie einsam man in der Masse sein kann. Wir haben uns überlegt, dass das so nicht mehr weitergehen kann und bei der nächsten Party wurde ich wieder gefragt: „Und Sie, was machen Sie?“ – „Ich bin mittelständische Unternehmerin.“ Es entspannt sich ein interessantes Gespräch. „Wie viele Mitarbeiter haben Sie?“ – „Zehn, gerade noch überschaubar.“ – „Ach, interessant, als Frau. Da haben Sie doch sicher manchmal Probleme bei der Durchsetzung Ihrer Pläne?“ – „Doch, gewiss, aber man muss eben auf jeden Mitarbeiter eingehen. Bei mir wird Mitbestimmung großgeschrieben. Das ist Management by everybody.“ – Sofort entwickelt sich ein Smalltalk, ein spannendes Gespräch über Unternehmensführung. Das Teilhaben, das Mitziehen, das Mittragen, das sollte jeden Mitarbeiter im Betrieb angehen. Entscheidungen fallen und Entscheidungen übernehmen heißen auch Gefühl für Verantwortung entwickeln. Natürlich jedem, wie er kann. Aber das gebe Motivation und fördere die Identifikation mit dem Unternehmen. Das schaffe Selbstwertgefühl und forme die Persönlichkeit. Was ich denn produziere, will man schließlich wissen. Die Antwort: „Humanvermögen“.

Die Verblüffung nach solch einem Ge-

spräch – geführt Jahre vor einer Werbung mit ähnlichem Inhalt – ist erstaunlich. Dabei werden hier nur wirtschaftliche Begriffe auf eine Arbeit angewandt, die man freilich als Privatsache betrachtet. Und hier ist der Webfehler im heutigen sozialen Tuch, mit dem die Gesellschaft ihr Tischlein deckt. Erziehung ist keineswegs nur eine Privatsache. Von ihren Folgen, von der Erziehungsleistung, profitiert die Gesellschaft. Oder sie leidet darunter, wenn diese Arbeit nicht oder nur mangelhaft getan wird. Wenn Firmen heute einstellen, fragen sie nicht nur nach fachlicher Kompetenz, sondern vor allem nach sozialer Kompetenz, nach emotionaler Intelligenz, nach Teamfähigkeit, eben nach diesem Humanvermögen.

Die Forderungen und Ansprüche an die Familienmanager bewegen sich auf drei Ebenen. Einer emotionalen, einer handwerklichen und einer kognitiven. Man muss Beziehungen managen können (emotionale Ebene), man muss kochen, putzen, waschen, bügeln und reparieren können (handwerkliche Ebene) und man muss, um die beiden vorherigen Ebenen sachgerecht im Griff zu haben, auch das entsprechende Know-how haben, man muss wissen, lernen und sich weiterbilden (kognitive Ebene). Am wichtigsten sind die emotionale und die kognitive Ebenen. Sie sind personengebunden und können kaum delegiert werden. Die handwerkliche Ebene dagegen kann delegiert werden. Sie kann aber auch, und das wäre die Optimierung des Managements, als Instrument zur besseren Handhabung der beiden anderen Ebenen dienen. Kleine handwerkliche Dienste im Haus, Jobs oder Aufträge, sind Mittel der Erziehung. Über ihre Handhabung muss gesprochen werden. Das geschieht bilateral oder, wenn vorhanden, im Familienrat.

Das Managen von emotionalen, kognitiven und handwerklichen Aufgaben ist weit mehr als eine Beschäftigung. Es ist ein Beruf. Daran denkt man in Politik und Medien ebenso wenig wie an die Weiter- und Fortbildung der Familienmanager selbst. Das sollten die Väter und Mütter nicht mitmachen. Sie sollten aus dem Bewusstsein heraus arbeiten, dass man auch in der Familie Karriere machen kann. Nur heißt hier Karriere nicht Macht, sondern Freundschaft, nicht Geld, sondern Glück. Es gibt in diesem Sinn auch keinen Misserfolg. Ein mit Liebe, mit Menschlichkeit beschenkter Mensch ist immer ein Erfolg.

Der Mangel an Mütterlichkeit und an Familien- und Gemeinsinn wird spürbar. Solidarität, Teilen und Lieben, soziales Verhalten – all das lernt man eben zuerst und vor allem in der Familie. Wenn die Familie zerfällt, weil die totalitäre Arbeitswelt es den Müttern zu schwer macht, weil die Schulen nicht mehr mitziehen (können), weil die Politik mehr auf die lauten Randgruppen denn auf die stillen Säulen der Gesellschaft achtet, dann darf man sich nicht wundern, dass es immer weniger Mütter – übrigens auch Väter – gibt. Und dass die Gesellschaft daran krankt.

Familie ist eine Herzensangelegenheit, sie ist die Beziehungsgrundlage des Lebens, sie ist der Raum, in dem Liebe lebt. Solche und ähnliche – richtigen – Worte hört man am Muttertag zuhauf. Und ab Montag gelten dann wieder die Vorbehalte der Steuerschätzung und die Vorurteile gegenüber dem Beruf der Hausfrau und Mutter. Man könnte sich fast daran gewöhnen. Aber das Humanvermögen ist wie die Umwelt keine Ressource, die man endlos ausbeuten könnte. Die Familie stirbt wie der Wald. Die Politiker operieren hier am offenen Herzen der Gesellschaft – und sie wissen es nicht.

Pädagogik in Marx- und Engelszungen

Mit dem Schlagwort der „Bildungsgerechtigkeit“ betreiben heute noch viele Pädagogen marxistische Erziehung **VON JOSEF KRAUS**

So reinrassig marxistisch wie bei den 68ern und in der DDR geht es heutzutage in deutscher Pädagogik nicht mehr zu. Aber subliminal, ja subversiv, allerdings verbal geschmeidiger setzen sich „linke“ Vorstellungen von „Bildung“ nach wie vor in beachtlicher Weise durch.

Erinnern wir uns: Das „Kommunistische Manifest“ von 1848 verlangte „die öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder und die Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion“. Präzisiert wurde diese Forderung im gleichen Jahr von einem Arbeiterkongress. Unter anderem wollte man die Beseitigung des Religionsunterrichts und das Verbot privater Schulen. Das Kind sah man als kleinen Werkstätigen. Ihre Umsetzung fanden diese Vorstellungen durch den über lange Zeit auch in Westdeutschland hochgerühmten sowjetischen Pädagogen Anton Semjonowitsch Makarenko (1888–1939). Er verstand Erziehung als Hinführung zum kollektiven Sowjetmenschen durch manuelle Arbeit. Ihre Umsetzung erfuhr marxistische Pädagogik sodann geradezu vorbildlich in der DDR mit ihrer einheitlichen „Polytechnischen Oberschule“ (POS) – inhaltlich hochideologisiert und auf den Kampf gegen den „kapitalistischen“ Klassenfeind ausgerichtet. Dazu bedurfte es laut DDR-Schulgesetz der sozialistisch gebildeten Persönlichkeit. In Paragraph 1 dieses von 1965 bis 1990 geltenden Gesetzes hieß es: „Das Ziel des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems ist eine hohe Bildung des ganzen Volkes, die Bildung und Erziehung allseitig und harmonisch entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten ... Das sozialistische Bildungssystem trägt wesentlich dazu bei, die Bürger zu befähigen, die sozialistische Gesellschaft zu gestalten, die technische Revolution zu meistern und an der Entwicklung der sozialistischen Demokratie mitzuwirken ...“ An der „BRD“-Pädagogik ging dieser totalitäre Ansatz keineswegs spurlos vorüber. Nachfolgend ein paar von vielen möglichen Beispielen.

Erstens die Konfliktpädagogik der 68er: Federführend bei der vermeintlich notwendigen intellektuellen (Neu-)Gründung der „BRD“ war die ab 1923 aufgebaute, 1933 geschlossene und 1951 wiedereröffnete „Frankfurter Schule“. Ursprünglich war die „Schule“ als Forschungsstätte für Marxismus, Sozialismus und die Probleme der Arbeiterbewegung begründet worden. Mithilfe der Sozialwissenschaften sollten die gesellschaftlichen Verhältnisse einer eingehenden Kritik unterzogen werden. Als wichtigste Kritikpunkte galten die Phänomene der Entfremdung und Verdinglichung des Menschen. Der modernen Industriegesellschaft wurde der Charakter des Repressiven vorgehalten – etwa in Analogie zu Herbert Marcuse durch die Unterdrückung natürlicher Triebe. Diese Kritische Theorie wurde als Quasi-Staatsideologie inszeniert. Die politische Pädagogik bestand darin, dass man alle Institutionen unter „Ideologieverdacht“ stellte, auch die Familie. Bereits im Kommunistischen Manifest war ja die „Aufhebung der Familie“ gefordert worden. Sie galt den Linken als „Zelle des Faschismus“. Selbst den sogenannten Frontalunterricht sah man als faschistisch an: „Man kann nicht über den Faschismus in einem autoritären Klima unterrichten, das heißt im Frontalunterricht und entlang operationalisierter Lernziele, ohne Schüler latent zu faschisieren“, schrieb ein in seinem Kreis kultisch verehrter 68er Soziologe und Schulgründer namens Oskar Negt 1997.

Zweitens das Lernziel „Emanzipation“: 1972 gab es die hessischen Rahmenrichtlinien – übrigens schulartübergreifend konzipiert, also für eine spätere Monopol-Gesamtschule. Dort wurden Lernziele wie die folgenden definiert: „So braucht also der Unterricht nicht nachzuweisen, dass Gerichte, Polizei oder Feuerwehr notwendig sind, sondern Unterricht setzt dort an, wo bestimmte Maßnahmen/Entscheidungen



Antiautoritäre Erziehung in marxistischer Tradition: Noch 1997 beklebte das „Kinderschutzzentrum“ K.R.Ä.T.Z.A. in Berlin-Prenzlauer Berg Plakatwände mit: „Kinder erziehen ist ab sofort im gesamten Stadtgebiet verboten“ und wehrte sich auch gegen „erzwungene“ Erziehung in Schule.
Foto: K.R.Ä.T.Z.A.

von Trägern öffentlicher Aufgaben Kritik auslösen.“ Rechtschreibung wurde gewertet als „Ausübung von Herrschaft“ und „Unterwerfung unter herrschende Normen“. Selbst ein poetischer Text sollte diskutiert werden hinsichtlich seiner „emanzipatorischen Möglichkeiten“. In den NRW-Richtlinien des Jahres 1973 für den Politikunterricht war als Ziel unter anderem definiert: „Bereitschaft, nicht akzeptierbare Gehorsamsforderungen abzulehnen“. Solchen Rahmenplänen folgten die Schulbücher. Bis weit hinein in die 1980er Jahre sind diese Bücher von der „emanzipatorischen“ Pädagogik beeinflusst; sie waren angelegt auf die Konflikthaftigkeit des Verhältnisses Eltern-Kinder und auf Gehorsam als Belastung. Selbst ein 1978 erschienenes Schulbuch des Diesterweg-Verlages für den Religionsunterricht der Oberstufe trug den Titel „Zwänge“. Pädagogik wurde zur Hilfswissenschaft marxistischer Theorie. Im damals führenden Fachorgan „Zeitschrift für Pädagogik“ waren dementsprechend die am häufigsten zitierten Namen Habermas und Marx. Halbbildung und Oberflächlichkeit waren die Folge.

Der pädagogische Marxismus heute

Und wie steht es heute um die pädagogischen „Marx- und Engelszungen“ (ein Begriff übrigens, den der Liedermacher Wolf Biermann geprägt hat)? Hier gibt es einige epigonale Vollendungen. Wiederum einige von vielen möglichen Beispielen.

Dazu gehört erstens die nicht enden wollende Euphorie um eine egalisierende und „klassenlose“ Einheitsschule, die als Gesamtschule in Deutschland freilich eine Geschichte durchschlagender Erfolglosigkeit hinter sich hat. Je nach Regierungskonstellation – vor allem wenn sie rot-dunkelrot-grün gefärbt ist – feiert die Gesamtschule, verbal mittlerweile befördert zur „Gemeinschaftsschule“, fröhlich Auferstehung. Siehe Baden-Württemberg, das sein Schulsystem damit zwischen 2011 und 2016 ziemlich an die Wand gefahren hat. Ummantelt wird eine solche Politik gerne mit dem Schlagwort der „Bildungsgerechtigkeit“. „Abitur für alle“ und „Gymnasium für alle“ – auch qua Radikalinklusion – sind dann angesagt. Was daran gerecht sein soll, wenn Ungleiche gleichbehandelt werden? Jedenfalls werden die Schwächeren nicht stärker, wenn man die Starken bremst.

Zweitens gehören dazu ein pädagogischer Machbarkeitswahn und ein materialistisch-technizistisches Verständnis von Bildung. Der junge Mensch wird auf seine „materiellen“ Tatsachen reduziert – frei nach Lenin: „Der neue Mensch wird gemacht!“ Mit Iwan Petrowitsch Pawlow (1849–1936) meint man sogar, die „wissenschaftliche“ Bestätigung für die grenzenlose Manipulier- oder Konditionierbarkeit zu haben, selbst wenn Pawlow nur mit Versuchshun-

Behaviorist Burrhus Frederic Skinner (1904–1990) hat aus dieser Attitüde heraus Lehr- und Lernprogramme entwickelt, die in den 1960er Jahren als „Programmierter Unterricht“ eine pädagogische Euphorie auslösten, aber bald in den Archiven verschwanden. Heute kehrt dieser Machbarkeitswahn wieder: als Neuropädagogik und Neurodidaktik. Gestützt wird der Machbarkeitswahn von einer Digitalisierungs-Euphorie, die so tut, als würde damit der neue Adam als „digital native“ (Naivling?) fit für die Zukunft gemacht.

Und damit man ja alles total im Griff hat, wird drittens die Verstaatlichung von Erziehung vorangetrieben – qua Ganztagschule und mittels immer neuer Bindestrich-Erziehungen: Konsum-, Medien-, Freizeit-, Gesundheits-, Umwelt-Erziehung und anderes mehr. Das Elternhaus soll – weil Hort der Ungleichheit und des Widerstands gegen staatliche Zugriffe – aus der Verantwortung entlassen oder gar entmündigt werden.

Viertens schließlich der Kulturmarxismus einer offensiven Genderpädagogik: Eine der zu zerschlagenden „Strukturen“ war für die 68er ja die bürgerliche Ehe mit ihrer „heteronormativen Gewalt“, die es zu knacken gelte. Mit der Genderideologie wird diese Ehe zwischen Mann und Frau nun radikal und hochaktuell generell infrage gestellt, ja es wird postuliert, dass jeder/jede/jedes seine geschlechtliche Identität selbst bestimmen könne. Hier geht es um ein anderes Menschen- und Familienbild: das Menschen- und Familienbild eines „rosa Marxismus“ sozusagen. Das Ergebnis erleben wir in hochideologisierten, frühsektualisierenden amtlichen Richtlinien zur

Sexualerziehung fast aller Bundesländer bis hinunter in die Kindergärten.

Die Hand reichen sich Neo-Marxismus und Neo-Kapitalismus vor allem in der Frage der Ganztagschule. Den Marxisten geht es um Entmündigung der Eltern, den Kapitalisten um den ökonomischen Nutzen, den man zieht, wenn man Frauen in die Arbeitswelt kriegt. „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ heißt das dann. Vom Kind ist dabei nicht die Rede.

Und dann kommt etwas Paradoxes ins Spiel: Dieselben Leute, die ständig Lippenbekenntnisse von wegen Gleichheit, Gerechtigkeit, klassenlose Gesellschaft und dergleichen absondern, betreiben unter Einflüsterung der Wirtschaft samt OECD eine Ökonomisierung von Bildung. Alles an „Bildung“ soll – wie in „polytechnischer“ Bildung – messbar, nützlich, verwertbar sein. Der Mensch wird zum „Humankapital“ verdinglicht. Der bürgerliche Bildungskanon wird einer hohlen Pädagogik der „Kompetenzen“ geopfert. Das ist Neoliberalismus, ja Kapitalismus pur. Es hat sich dies übrigens schon lange vor Pisa angekündigt, durch Pisa aber noch verstärkt. 1961 hatte die OECD, die ja für die Pisa-Testerei und für das Kompetenzen-Geklingel verantwortlich zeichnet, in einem Grundsatzpapier festgehalten: „Heute versteht es sich von selbst, dass auch das Erziehungswesen in den Komplex der Wirtschaft gehört, dass es genauso notwendig ist, Menschen für die Wirtschaft vorzubereiten wie Sachgüter und Maschinen. Das Erziehungswesen steht nun gleichwertig neben Autobahnen, Stahlwerken und Kunstdüngerfabriken.“ Damit schließt sich der Kreis ursprünglich verfeindeter Ideologien.

Anzeige







Bei uns ist für jeden was dabei!

Leben mit Gott

Besuchen Sie uns auf dem Katholikentag
am Stand MM-15 auf dem Schloßplatz

Tel.: +49 8328 921-110 | www.horeb.org



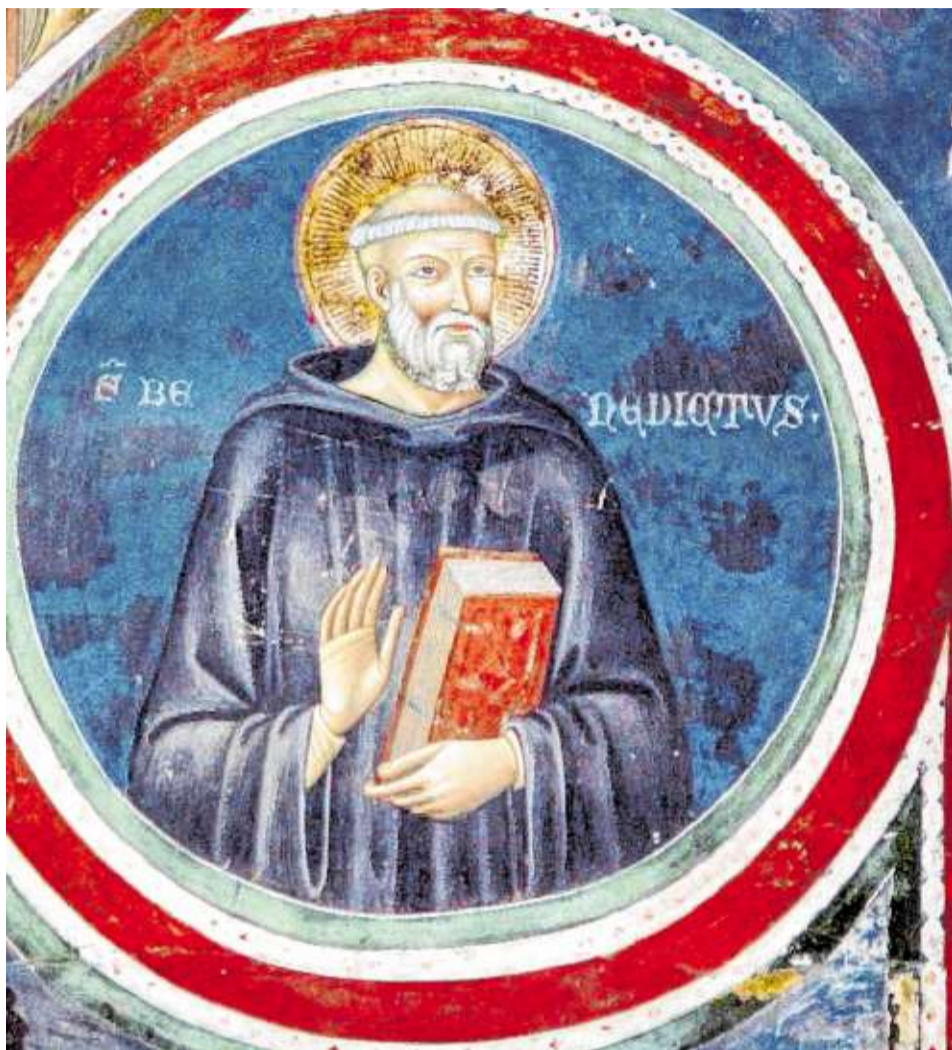




radio horeb finanziert sich ausschließlich über Ihre Spenden.

„Göttliche Schachtel“

Die beiden jungen Franzosen Astrid und Côme Besse haben ein Start up-Unternehmen gegründet, das Klosterprodukte vertreibt **VON JEAN-MARIE DUMONT**



Mehr Labora als Ora: Die benediktinische Regel prägt die Unternehmensphilosophie der beiden jungen Franzosen Astrid und Côme Besse. Ein Fresko im Kloster Subiaco aus dem 13. Jahrhundert zeigt den hl. Benedikt von Nursia. Foto: IN

Astrid und Côme Besse sind gute Beispiele dafür wie dynamisch und kreativ junge Katholiken in Frankreich sind. Sie haben keine Angst davor, Beruf und Glauben zu verbinden. Vor einem Jahr gründeten sie ein Unternehmen: „Divine Box“ – „die göttliche Schachtel“. Das Ziel: Produkte verkaufen, die in Klöstern hergestellt werden. Gleichzeitig bekommen die Kunden die Möglichkeit, etwas über die Klöster zu erfahren und sie finanziell zu unterstützen. Sie bekommen nicht nur das Produkt, sondern auch Erklärungen, die sie neugierig machen sollen, mehr über die Lebensweise der Mönche zu erfahren. „Die Produkte sind sehr gut, sie zählen zu den besten Produkten ihrer Kategorie, aber niemand kennt sie, außer unseren alten Tanten oder Großmüttern“, erklärte Côme Besse. Er ist 24 Jahre alt und hat an der École des hautes études commerciales in Paris studiert. Seine Schwester Astrid ist 28 Jahre alt und hat schon einige Jahre gearbeitet, bevor sie sich entschieden hat, mit ihrem Bruder die Unter-

nehmensgründung zu wagen. Ihre Familie kommt aus Paris. Sie haben noch zwei weitere Geschwister.

Anfang März wurden die Zwei zusammen von dem Verein „Kirche und digitale Innovation“ dazu ausgewählt, an einem „Pitch my Church“-Abend im Collège des Bernardins teilzunehmen. Dort wurden noch zwei andere innovative Projekte vorgestellt: „YouPray“ – eine App, die zum Ziel hat, den Gläubigen in ihrem Gebetsleben zu helfen und die Initiative „Light in the dark“, die die Evangelisierung im Internet entwickeln und fördern möchte. Jedes Projekt hatte vier Minuten Zeit, sich vorzustellen. Anschließend gab es Preise in verschiedenen Kategorien. Die „Divine Box“ wurde gleich zweimal ausgezeichnet.

„Made in Abteien“ ist ein Motto der Firma, das die Idee Côme und Astrids gut zusammenfasst. Sie ist sehr einfach. Die Kunden schließen ein Abonnement ab. Jeden Monat erhalten sie dann ein Päckchen mit einer Auswahl von unterschiedlichen

Produkten aus verschiedenen Abteien. In einer kleinen Broschüre können Sie zusätzlich etwas über die Klöster, deren Geschichte und die Entstehung der Produkte lesen. Bis heute haben Côme und Astrid zwei unterschiedliche Produktlinien für ihre Päckchen. Die Kunden können zwischen ihnen wählen, wenn sie den Dienst abonnieren. Einmal dreht sich alles um Feinkost – der andere Schwerpunkt: Trappistenbier. Die Feinschmecker unter den Kunden erhalten in Paketen jeden Monat andere Spezialitäten: Schokolade, Aperitif, Oliven. Die Bierfreunde bekommen jeden Monat sechs Flaschen verschiedener Sorten geliefert, die alle in Abteien gebraut wurden.

Win-Win-Situation für Klöster und Geschwister

„Wir kaufen unsere Produkte direkt bei den Klöstern. Sie setzen den Preis fest, der für sie angemessen ist“, erklärt Astrid. So haben sie etwa 45 Abteien besichtigt und mit den Mönchen gesprochen, um ihren Dienst vorzuschlagen, und es war für sie eine gute Gelegenheit, die große Vielfalt von Abteien zu entdecken. „In der Regel des heiligen Benedikt gibt es zwei Säulen: das Gebet und die Arbeit. Wir haben uns auf den Teil ‚Arbeit‘ konzentriert“, erklärt Côme. „Wir wollten die Produkte bekannt machen und zeigen, wie unglaublich gut sie schmecken. Und so können wir auch den Klöstern helfen.“ Mittlerweile hat „Divine Box“ rund 1 200 Abonnenten und die Firma ist rentabel. Das Ziel der Geschwister ist es, die 2000er Marke zu erreichen.

Auch wenn es sich bei der „göttlichen Schachtel“ natürlich in erster Linie um ein wirtschaftliches Unternehmen handelt – die Päckchen sollen den Kunden dennoch dabei helfen, zu entdecken, wie viele unterschiedliche Klöster es in Frankreich gibt. Viele von ihnen sind völlig unbekannt, liegen sehr isoliert oder haben einfach nur Schwierigkeiten, auf ihre Produkte in der Öffentlichkeit aufmerksam zu machen.

Astrid und Côme Besse bemühen sich die Verbindung zwischen ihren Kunden und den Klöstern zu stärken. So erhalten die Kunden auch eine Postkarte, die sie an die Klöster schicken können. Die Geschwister Besse meinen, dass es sich bei ihrem Projekt nicht nur um reines Business handelt, sondern um eine ganz spezifische Art zu arbeiten, zu kaufen und zu verkaufen. „Wir arbeiten mit Leuten, die uns E-Mails schicken und schreiben: ‚Möge Gott euch segnen!‘“ Hier zeigt sich: In der „Göttlichen Schachtel“ steckt tatsächlich mehr.

www.divinebox.fr

KOLUMNE

Höchste Zeit, Boden gut zu machen

VON CLAUS HIPPE

Viele Sprichworte und Redewendungen, Bibelstellen und Liedtexte beschäftigen sich mit dem Boden, mit dem „Dreck“, wie wir ihn auch ab und zu abfällig bezeichnen. Gesunder Boden ist die Grundlage für gesunde Lebensmittel. Und nur gesunde Lebensmittel verwenden wir bei HiPP für die Produktion hochwertiger Bio-Babynahrung. Was passiert, wenn wir den Boden überstrapazieren, zeigt sich in erschreckenden Zahlen. 45 000 Tonnen gesunde Erde gehen in jeder Minute unwiederbringlich verloren, weil wir Menschen



Claus Hipp.

Foto: HiPP

sie zerstören. Sprichwörtlich verlieren wir den Boden unter unseren Füßen. Dabei vergessen wir, dass Boden nicht regenerativ ist – zumindest in menschlichen Dimensionen. Denn eintausend Jahre dauert es, damit drei Zentimeter Bodenschicht entsteht: Das Ausgangsgestein verwittert langsam zu Feingestein und durch das Zusammenwirken von Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen entsteht als Jahrtausendwerk wertvoller Humus.

Der Boden trägt und erträgt vieles, aber er hält nicht alles aus. Angesichts der zunehmend negativen Einflüsse auf das Bodenleben hängt die Zukunft des Menschen davon ab, dass wir den Boden erhalten und pflegen. Die Erde kann schließlich nicht größer werden, die Menschheit hingegen wächst. Bis zum Jahr 2050 benötigen schätzungsweise zehn Milliarden Menschen Nahrungsmittel. Um diese produzieren zu können, sind gesunde Böden Grundvoraussetzung. Fatal ist, dass wir es dem Boden nicht gerade leicht machen: täglich treten wir ihn mit Füßen, verschmutzen ihn, verdichten ihn, versiegeln ihn und entziehen ihm dadurch jede Kraft. Nur etwa ein Drittel der Erde kann der

Mensch überhaupt landwirtschaftlich nutzen, daher sollten wir die Methoden der Bodenbewirtschaftung intelligent und sorgsam wählen. Dazu zählt, dass wir uns gemäß den Richtlinien des ökologischen Landbaus um möglichst geschlossene Kreisläufe in unseren agrarischen Betrieben bemühen. Ebenso wichtig sind wechselnde Fruchtfolgen. Diese stärken den Boden und seine Mikroflora. Einseitige Fruchtfolgen hingegen lassen den Boden verarmen und fördern die Erosion. Eine große Zahl verschiedenster aktiver Bodenorganismen zeichnet gute Erde aus. Die Struktur ist humusreich, krümelig und locker. Dadurch lässt sich gesunder Boden leicht bearbeiten und nimmt Regenwasser gut auf. Er versorgt Pflanzen ausreichend mit Nährstoffen, Wasser und Luft und ist die Grundlage für ein vitales Pflanzenwachstum. Dies wirkt sich auf die Qualität des angebauten Gemüses, der Beeren, des Getreides oder des Obstes aus. Auf fruchtbarem Boden erhalten wir über Generationen gesunde und ertragreiche Ernten für Mensch und Tier. Durch seine Filtereigenschaften verhilft uns ein gesunder Boden darüber hinaus zu sauberem Grundwasser und speichert Nährstoffe genauso wie Kohlenstoffdioxid.

Leider ist uns die prägende kulturhistorische Dimension verloren gegangen, von der die alten Schöpfungsmythen noch erzählen. Die Menschheit sieht ihre Ursprünge im Boden verwurzelt: So ist der hebräische Name „Adam“ abgeleitet von „adama“, was so viel bedeutet wie „Erde, Boden“. Und das lateinische „humanus“ geht hervor aus „humus“, also dem lebendigen Erdreich. Die Haut unseres Planeten wird immer dünner, während sie die menschlichen, humanen Zivilisationen trägt und ernährt. Deshalb ist es für uns Menschen gerade heute so wichtig, uns die Wurzeln unseres Daseins in Erinnerung zu rufen. Denn eine Gesellschaft, die den „Dreck“ nur als Kehrseite betrachtet, beraubt sich im wahrsten Sinne ihrer Lebensgrundlage. Und vergessen wir nicht, wie es auch in einem bekannten Kirchenlied heißt: „Wir sind nur Gast auf Erden“. **Der Autor ist Unternehmer und Geschäftsführender Gesellschafter des Nahrungsmittel- und Babykostherstellers HiPP. Er ist u. a. Professor an der Fakultät für Betriebswirtschaft der Staatlichen Universität in Tiflis in Georgien.**

Die Kolumne entsteht in Kooperation mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach.

Anzeige

LESERTESTER GESUCHT!

Elektro-Kühlboxen im Lesertest

Ob Zuhause, im Garten, für unterwegs im Auto oder beim Picknick im Grünen: eine Elektro-Kühlbox ist zu jeder Jahreszeit praktisch. Damit hat man immer gekühlte Getränke zur Hand, kann seine Tiefkühlkost vom Einkauf nach Hause bringen oder Speisen beim Transport warm halten. Aber was leisten diese Geräte eigentlich?

jetzt WIR. macht den Test. Wir suchen engagierte Leserinnen und Leser unserer Kirchenzeitungen, die uns dabei unterstützen: Als Lesertester erhalten Sie von unserer Redaktion eine Elektro-Kühlbox, die Sie testen und – mithilfe eines Fragebogens – bewerten. Nach Beendigung des Testzeitraums und Übersendung des ausgefüllten Fragebogens dürfen Sie das Gerät als Dank behalten.

Ihre Angaben werden ausgewertet, redaktionell aufbereitet und in der September-Ausgabe von jetzt WIR. veröffentlicht. jetzt WIR. ist eine Marke der konfessionellen Medien und erscheint als Beilage in Kirchenzeitungen.

Unsere Tests sind unabhängig von Zuwendungen der Industrie. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir nur 30 »Lesertester« aufnehmen können. Einsendeschluss ist Mittwoch, der 30. Mai 2018.

jetzt **WIR.**



Ihr Kontakt: KONPRESS-Medien eG
Hanauer Landstraße 189 • 60314 Frankfurt
info@jetztwir.net • www.jetztwir.net

KONPRESS



Sie haben die letzte Ausgabe von »jetzt WIR.« verpasst? Kein Problem! Auf www.jetztwir.net geht nichts verloren.

Profitstreben für das Gemeinwohl

WIEN (DT) Der Moralphilosoph, Ökonom und Buchautor Samuel Gregg („For God and Profit“, Crossroad, 2016) spricht am 29. Mai im Haus der Industrie in Wien über „Finanzindustrie und Profitstreben im Dienst am Gemeinwohl“.

Finanzindustrie und Bankwesen gelten oft als Bedrohung des Gemeinwohls und Störung der Realwirtschaft. Demgegenüber unterstreicht Gregg die historische Rolle des Bankwesens bei der Förderung des Wirtschaftswachstums und der Verringerung von Armut. Gregg wird in seinem Vortrag über den maßgeblichen Beitrag mittelalterlicher und frühneuzeitlicher Theologen und Juristen für das Verständnis des Kapitals und der produktiven Funktion des Bank- und Finanzwesens sprechen, auf aktuelle ethische Herausforderungen im Bereich der Finanzindustrie eingehen sowie deren Möglichkeiten bei der globalen Überwindung von Armut beleuchten.

Vortrag mit anschließender Diskussion: 29.05.2018 von 18.30 bis 21.00 Uhr, Schwarzenbergplatz 3, Wien

Sprechstunde per Videochat

BERLIN (dpa/DT) Arztbehandlung über das Internet? Über eine stärkere Freigabe von Fernbehandlungen entscheidet der Deutsche Ärztetag, der am Dienstag in Erfurt beginnt. Bisher sind im bundesweiten Berufsrecht „ausschließliche“ Behandlungen von Patienten über Kommunikationsmedien wie Videochats untersagt.

Die Verbraucherzentralen befürworten eine stärkere Freigabe von Arzt-Behandlungen über das Internet als „sinnvolle Ergänzung“ der Versorgung vor Ort. „Es wäre nur zeitgemäß, wenn Patienten auch ohne persönlichen Erstkontakt einen Arzt in einer Videosprechstunde kontaktieren könnten“, sagte der Chef des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv), Klaus Müller, der Deutschen Presse-Agentur. Beide Seiten könnten davon profitieren: „Patienten sparen sich Wege und Wartezeiten, Ärzte werden entlastet.“ Fernbehandlungen müssten freiwillig bleiben, mahnte der vzbv-Chef. Auch in ländlichen Regionen mit Ärztemangel dürften sie „nur eine zusätzliche Option und kein Ersatz für die ärztliche Versorgung vor Ort sein“.

Assistenzroboter für die Pflege

GARMISCH-PARTENKIRCHEN (KNA/DT) Die Caritas hat am Montag in Garmisch-Partenkirchen zwei Assistenzroboter vorgestellt. Sie sollen künftig pflegebedürftige Personen und Menschen mit Behinderungen im Alltag unterstützen. Sie heißen EDAN und Justin und wurden in einem Gemeinschaftsprojekt mit Technologieexperten des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Oberpfaffenhofen entwickelt. „Wir machen gerne die Türen auf für neue Technologien, wenn sie den uns anvertrauten Menschen helfen, unsere Pflegekräfte entlasten und ethisch vertretbar sind“, sagte der Direktor des Münchner Diözesancaritasverbands, Georg Falterbaum. Allerdings könne kein digitaler Assistent menschliche Zuwendung ersetzen. Robotische Systeme könnten aber das Fachpersonal in vielen Bereichen unterstützen. Gemeinsam mit dem DLR wolle die Caritas auch neue Berufsbilder wie etwa den Pflegetechniker definieren und etablieren. Eine große Zielgruppe für das Projekt sei die zunehmende Zahl alleinstehender Menschen.

Zwischen zwei Wolkenbrüchen



Die tragische Geschichte des Doolough Valley taugt nicht für fröhliche Tourismusprospekte. Wer trotzdem dorthin reist, sucht Sinn statt Sonne und entdeckt einen Weg, die Welt zu verändern. **VON NICOLE QUINT**

Das Doolough Valley ist ein kahles Tal in der südwestlichen Ecke der Grafschaft Mayo. Eben noch hatte Irland alle Regen-Register gezogen, nun schickt eine leichte Brise sanfte Wellen über den See. Über ihn wacht der über 800 Meter hohe Mweelrea Mountain. **Foto: Nicole Quint**

Aiteall lautet das wohl schönste Wort des irischen Gälisch. Es beschreibt das sonnige Intermezzo zwischen zwei Wolkenbrüchen, den magischen Moment, in dem sich der Himmel sein Blau zurückholt und alles glitzern lässt – die tropfnassen Wiesen und Wollgräser, das granitgraue Felsgestein und auch die geröteten Gesichter der Wanderer, die über Aiteall staunen. Eben noch hatte Irland alle Regen-Register gezogen, nun schickt eine leichte Brise sanfte Wellen über den See, goldener Dunst durchzieht die Luft und ein Regenbogen spannt sich weit über den Gipfel des Mweelrea Mountain. Der über 800 Meter hohe Berg wacht über das Doolough Valley, ein kahles Tal in der südwestlichen Ecke der Grafschaft Mayo, das im kollektiven Gedächtnis der Iren einen besonderen Platz einnimmt.

Hier trug sich eine der erschütterndsten Episoden während der Zeit der großen Hungersnot zu. Vier Jahre in Folge hatte die Kartoffelfäule bereits die Ernten vernichtet, als am 30. März 1849 eine große Menge hungernder Menschen in Louisburgh auf das Eintreffen zweier britischer

Inspektoren wartete. Colonel Hogrove und Captain Pimrose sollten den Armen ihr Anrecht auf Hungerhilfe behördlich bestätigen und Bezugsscheine für Mehl ausstellen. Statt nach Louisburgh reisten die beiden Beamten jedoch ins 18 Kilometer entfernte Delphi, wo sie im Jagdhaus des Marquis von Sligo zu Gast waren. Den notleidenden Menschen in Louisburgh ließen sie ausrichten, sie sollten sich am nächsten Morgen in Delphi einfinden. Barfuß, nicht mehr als Lumpen am Leib und von Hunger geschwächt kämpften sie sich nachts durch das verschneite Doolough-Tal. Bei ihrem Eintreffen in Delphi saßen die Inspektoren gerade beim Dinner. Vor dem Fenster ihres Esszimmers kollabierten die Hungernden, doch Colonel Hogrove und Captain Pimrose gewährten keine Hilfe und schickten die Wartenden wieder fort, ohne sie überhaupt angehört zu haben. Die Skelettprozession kehrte um. Unterwegs starben die völlig entkräfteten Männer, Frauen und Kinder am Wegesrand oder wurden vom Sturm in den Doolough-See geweht.

Catherine Dillon, Patt Dillon und Honor Dillon – Mutter, Sohn und Tochter, Catherine

Grady, Mary McHale und James Flynn. Sechs von vierhundert Menschen, die in dieser Nacht ihr Leben verloren. Heute erinnern zwei steinerne Mahnmale an die Tragödie von 1849. In eines ist ein Zitat von Mahatma Gandhi graviert: „Wie können sich Menschen durch die Demütigung ihrer Mitmenschen geehrt fühlen?“ Für Reisende, die durch das Tal kommen, sind die beiden Gedenkstätten oft die ersten Hinweise auf die Geschichte des Ortes. In einschlägigen Reiseführern ist darüber nichts oder nur eine dürftige Zweisatz-Version zu lesen, dafür umso mehr über die außergewöhnliche Landschaft.

Über die wusste auch der amerikanische Schriftsteller Harold Speakman schon in den 1920er-Jahren schwärmerisch zu berichten, dass sie „die Schönste sei, die ich in Irland gesehen habe. Nach dem Dorf und dem Fjord, der Norwegen war, und dem Gebirgsbach, der die Schweiz war, kam eine Schlucht, die Montana war, und darüber hinaus ein Gewässer wie eine Miniaturausgabe des Sees von Genezareth.“ Die von Farn überwucherten Ruinen verlassener Dörfer und all die lazy beds, alte gräuliche Kartoffelfelder an den Abhängen, erwähnte Speakman nicht und auch nicht die Melancholie. Die liegt in irischen Landschaften fast immer in der Luft, im Doolough Valley paart sich diese Schwermut aber mit einem Gefühl des Ausgeliefertseins. Das Tal ist gespenstisch menschenleer, und weil der Wind hier kaum Bäume und Büsche findet, an denen er zeren könnte, muss er seine ganze Kraft allein an den Wanderern auslassen. Er pfeift sie an, heult auf sie ein, und die 18 Kilometer zwischen Louisburgh und Delphi ziehen sich scheinbar endlos hin.

Friedennobelpreisträger Desmond Tutu ist diese 18 Kilometer gelaufen, ebenso wie die Vietnamesin Kim Phuc, die als Neunjährige Opfer eines Napal-Angriffs wurde, wie die Kinder von Tschernobyl, die Mutter der Whistleblowerin Chelsea Manning und wie Vedran Smailovic, bekannt als der Cellist von Sarajevo, der während der Belagerung der Stadt trotz Scharfschützenfeuer täglich spielte. Sie alle gingen nicht allein,

sondern nahmen gemeinsam mit Tausend anderen am Famine Walk teil, der seit 1988 alljährlich vom Verein Afri (Action from Ireland) organisiert wird. Eine Millionen Iren starben während der Hungersnot. Eine Milliarde Menschen hungern heute weltweit, obwohl mehr Lebensmittel produziert werden als je zuvor. Der Gedenkmarsch will an beide Katastrophen erinnern, denn das Elend von gestern und die Not von heute haben die gleiche Ursache – die Unmenschlichkeit eines Systems, das Menschen nicht als Menschen, sondern als Zahlen und Kostenverursacher behandelt. Das treffendste Sinnbild ist das National Famine Memorial, das unweit von Louisburgh errichtet wurde. Ein metallener Dreimaster, der statt Segel menschliche Skelette hisst. Gewidmet ist es den 1,5 Millionen hungernden Iren, die in die Neue Welt fliehen wollten und ihr Leben während der Überfahrt verloren, doch heute sind solche „Sargschiffe“ wieder unterwegs, und das irische Mahnmale kann auch für all jene Menschen stehen, die aus ihren von Krieg zerstörten Ländern fliehen und in klapprigen Booten das Mittelmeer überqueren.

Alles beim Alten also. Was hilft es da, wenn wir heute mit Full-Irish-Breakfast im Bauch und wetterfester Funktionskleidung durch ein Tal wandern, in dem Menschen ihre toten Frauen, Kinder, Freunde und Nachbarn am Wegesrand liegen lassen mussten, weil ihnen die Kraft fehlte, sie zu beerdigen? Im besten Fall bringen wir nach dem Lauf durch die Geschichte fremder Menschen nicht nur schöne Landschaftsbilder und einen Muskelkater mit nach Hause, sondern auch den Glauben an die Gemeinschaft. Im alten Irland gab es die Tradition, dass eine Gruppe benachbarter Landwirte tagelang zusammenkam, um Kartoffeln zu pflücken und Heu zu ernten – erst auf der einen, dann auf der anderen Farm. Ihr Handeln als Team brachte für jeden Einzelnen einen Gewinn. Solange Menschen nach Mayo kommen, um der Opfer der Irischen Hungersnot zu gedenken und mit den Füßen für Gerechtigkeit zu stimmen, setzt sich dieser Brauch der gemeinsamen Bemühungen für ein gemeinsames Ziel fort. Das irische Wort dafür lautet Meitheal, und es kann die Welt genauso schön glitzern lassen wie Aiteall.



Das National Famine Memorial, ein metallener Dreimaster, der statt Segel menschliche Skelette hisst. **Foto: Nicole Quint**



Alljährlich erinnern Teilnehmer des „Famine Walk“ an die Irische Hungersnot Mitte des 19. Jahrhunderts. **Foto: Derek Speirs**

83

Tulpen, Lichter und ein „Mirakel“

In Amsterdam muss man den Katholizismus heute suchen – das war nicht immer so **VON ESTHER VON KROSIGK**

Maximilian, Alexander und Paul – so lauteten 2017 die beliebtesten Vornamen für neugeborene Jungen in Deutschland. In Bremen stand ein anderer Name hoch im Kurs: Mohamed, gleichauf mit Leon, wie die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) mitteilt. 83 Neugeborene hießen im vergangenen Jahr mit Erst- oder Folgenamen Mohamed. Bei 5317 in Bremen geborenen Jungen entspricht das einem Anteil von 1,56 Prozent. Bremen ist damit das erste Bundesland, in dem ein arabischer Name unter den Top Drei rangiert. Noah und Elias, 2016 noch auf Rang zwei und drei, fanden sich laut „Weser Kurier“ 2017 nur noch auf den Plätzen fünf und sieben wieder.

Geldverschwendung durch Kirchentag?

AUGSBURG (DT/KNA) Der Kölner Autor, Werbeexperte und Politikberater Erik Flügge (32) hat den Katholikentag als „brutale Geldverschwendung“ kritisiert. „Die Leute, die dort hingehen, sind doch ohnehin bereits in der Kirche engagiert. Und noch schlimmer: In Münster werden auch tausende Kirchenmitarbeiter herumlaufen – in ihrer Arbeitszeit. Diese Personalkosten wären besser in der Seelsorge investiert, nicht in dieser Selbstbespaßung“, sagte Flügge der „Augsburger Allgemeinen“. Nach Veranstalterangaben kostet der Katholikentag, der von Mittwoch bis Sonntag in Münster stattfindet, etwa 9,3 Millionen Euro. Gut zwei Drittel davon trägt die Kirche selbst. Flügge forderte, die Kirche müsse umdenken. „Sie muss sich nach dem allergrößten Anteil ihrer Mitglieder ausrichten – und das sind eben nicht die zehn Prozent, die zu einem Katholikentag gehen oder am Sonntag in die Kirche. Die zehn Prozent der aktiven Kirchenmitglieder verbrauchen das gesamte Geld, die gesamten Personalressourcen der Kirche – während die übrigen 90 Prozent der Kirchenmitglieder nichts davon abbekommen.“ Die Kirche solle besser verstärkt auf die Menschen zugehen und ihre Mitarbeiter an den Haustüren klingeln lassen. „Es braucht doch keine großen, leeren Gotteshäuser, sondern mehr Gebete in den Wohnzimmern. Das wäre dann auch nah am frühen Christentum.“ Flügge ergänzte, er erwarte vom Katholikentag keine Impulse für eine Veränderung der Kirche. „Von den vergangenen Katholikentagen ist die Botschaft ausgegangen, dass alles gleich bleibt oder dass man noch mehr um sich selbst kreist.“ Die Einladung des kirchenpolitischen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion, Volker Münz, sei ein „Riesenfehler“.

Es ist Frühling in Amsterdam, was nicht nur an den sprießenden Tulpen und Narzissen im Cafégarten der Oude Kerk abzulesen ist. Nein, gleich ums Eck beginnen auch die Geschäfte der leicht bekleideten Damen wieder zu blühen. Lasziv sitzen sie in den ebenerdigen und von roten Neonröhren umrandeten Schaufenstern und harren der Kundschaft. Diese schiebt sich als gaffende Masse durch das Rotlichtviertel der niederländischen Hauptstadt – was andernorts diskret gehandhabt wird gehört hier längst zum Touristen-Entertainment. De Wallen heißt der Distrikt, der direkt an den Hauptbahnhof anschließt und als einer der ersten Orte weltweit die Prostitution zuließ. Doch inmitten der roten Laternen brannte und leuchtet auch weiterhin ein ganz anderes Licht. Denn im Herzen des ältesten Teils der Stadt hat der Katholizismus seine Heimat. Die Oude Kerk allerdings, im frühen 13. Jahrhundert errichtet und geweiht vom Bischof von Utrecht, ist seit 1578 fest in protestantischer Hand. Rembrandt war übrigens häufig einer ihrer Besucher, seine Kinder wurden hier getauft. Heutzutage fungiert die Kirche auch als Veranstaltungsort.

Doch zurück zu den Anfängen: die frühe Siedlung an der Amstel lebte hauptsächlich vom Bierbrauen und Fischfang, erwarb sich dann aber 1345 durch das „Mirakel von Amsterdam“, auch Hostienwunder genannt, einen Ruf als bedeutende Pilgerstadt. Der Legende nach verlangte ein Sterbenskranker nach einem Priester. Nach Beichte und Kommunion musste sich der Kranke jedoch plötzlich übergeben – seine Pflegerin fegte sodann das Erbrochene zusammen und warf es ins lodernde Feuer. Am nächsten Tag sah die Frau nun die Hostie unversehrt über den Flammen schweben und konnte diese sogar mit der Hand berühren ohne sich zu verbrennen. Nachdem sie die Hostie in ein reines Leinentuch gehüllt hatte, berichtete sie dem Priester, was sich ereignet hatte. Dieser nahm das Allerheiligste mit in die Pfarrkirche, doch am nächsten Morgen fand sich die Hostie plötzlich wieder in der Truhe der Frau.

Dies wiederholte sich solange, bis der Priester zu erkennen meinte, dass Gott das Hostienwunder nicht im Verborgenen lassen wollte. Sodann wurde die Hostie in einer feierlichen Prozession unter Beteiligung von Klerus und Volk zur Kirche gebracht. Das Amsterdamer Mirakel zog in den folgenden Jahrzehnten weitere Heilungen und Wunder nach sich – was sogar dazu

führte, dass die wichtigste Zufahrtsstraße zur Stadt als „Heiliger Weg“ bezeichnet wurde. Und auch heute wird jährlich um den 16. März herum, dem Tag des Wunders, mit einem Stille Omgang, einem Schweigegang, dieses besonderen Ereignisses gedacht. Tausende Menschen aus ganz Holland nehmen betend daran teil. Mit den Strömen an Gläubigen im 14. und 15. Jahrhundert wuchs nicht nur rasant die Bevölkerung, sondern Amsterdam entwickelte sich zu einer der wichtigsten Handelsmetropolen des gesamten Kontinents. Diese Entwicklung mündete in das „Goldene Zeitalter“, ein wirtschaftlich prosperierendes Jahrhundert ab den 1580er Jahren, das die kleine Niederlande als weltumspannende Handels- und Kolonialmacht bis nach Nordamerika, Afrika und Japan expandieren ließ.

Bezeichnenderweise wurde fast zeitgleich die Quelle, die diesen Wohlstand mit in Fluss gebracht hatte, trockengelegt. Ab Mitte des 16. Jahrhunderts nahm der Widerstand gegen den Katholizismus zu. Zwar konnten im freien und fortschrittlichen Amsterdam ungehindert Geschäfte betrieben werden. Doch die religiösen Auseinandersetzungen waren, wie vielerorts in Europa, bestimmend. Das unabhängige und stolze Bürgertum von Amsterdam wandte sich eindeutig der Lehre Luthers zu, statt sich den Ansprüchen der katholischen Habsburger zu unterwerfen. Im Mai 1578 vollzog Amsterdam den Übertritt zum Protestantismus, die spanisch-katholisch ge-

sinnige Stadtregierung wurde durch eine calvinistische abgelöst. Als Folge beschlagnahmte die neue Stadtregierung alle religiösen Gebäude: Die Klöster wurden geschlossen und die Kirchen von nun an für den protestantischen Gottesdienst genutzt. Allerdings wurde den einzelnen Konfessionen zugestanden ihren Glauben auszuüben – nur nicht öffentlich. So entstanden nach und nach über dreißig, teils aufwendig ausgeschmückte Hauskirchen in der ganzen Stadt. Eine davon ist die „Ons' Lieve Heer op Solder“ („Unser lieber Herr auf dem Dachboden“), eine auf drei Stockwerken angelegte Kirche in einem Grachtenhaus, welches sich ebenfalls im Rotlichtbezirk befindet. Errichtet wurde sie von Jan Hartmann, der ein katholischer Kaufmann deutscher Herkunft war, und die Speicherkirche erst Mitte des 17. Jahrhunderts in sein winkeliges Patrizierhaus einbauen ließ. Zu jener Zeit war Amsterdam seit achtzig Jahren protestantisch, doch wohlhabende Unternehmer wie Hartmann genossen Einfluss.

Um eine Art Kirchenschiff mit Galerien zu schaffen, wurden Böden entfernt und schwere Dachbalken durchgesägt. Ein Teil des Speichers blieb jedoch als Lagerplatz für Hartmanns Tuchwaren bestehen. Die Gottesdienstbesucher gelangten von der Gasse direkt über zwei enge Treppenhäuser in die Kirche – wem das Gewissen drückte, konnte im Stockwerk unter der Kapelle noch in den dortigen Beichtstuhl schlüpfen. Mit dem Jahre 1798 wurden die Vorschriften gelockert, jeder durfte seinen Glauben

nun öffentlich bekennen. Doch erst nach Vollendung der St. Nikolauskirche fast ein Jahrhundert später verloren die Hauskirchen an Bedeutung. Das Haus mit „Ons' Lieve Heer op Solder“ wurde zu einem Museum.

Mitte des 20. Jahrhundert kam es innerhalb kürzester Zeit zu zwei überraschenden Entwicklungen: Nach dem Krieg war der katholische Glaube in den Niederlanden ein sehr lebendiger und zudem expansiv. Dreiviertel der rund 4,5 Millionen Katholiken in Holland waren praktizierende Gläubige und befanden sich mit ihrer Treue zur Kirche an Europas Spitze. In den 1960er Jahren hatte sie zahlenmäßig soweit aufgeholt, dass über vierzig Prozent Katholiken 37 Prozent Reformierten gegenüberstanden. Und das im klassischen Land der Reformation.

Dann, nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil, führte alles innerhalb weniger Jahrzehnte in eine völlig andere Richtung: Die Zahl der praktizierenden Gläubigen reduzierte sich so stark, dass der Großteil der Kirchen inzwischen vor dem Aus steht. Die Gründe für diese Entkirchlichung sind vielfältig und reichen von einer wachsenden Gleichgültigkeit gegenüber der Religion bis hin zu den Nachwirkungen der Missbrauchsskandale.

Jetzt im Frühling blühen die Tulpen nicht nur vor der Oude Kerk, sondern auch auf dem Petersplatz in Rom. Seit 32 Jahren sorgen holländische Blumenhändler dort für den floralen Osterschmuck. Was dies betrifft, sind sie Rom treu geblieben.



Tulpen und Lebensfreude kann man in Amsterdam im Frühling leicht entdecken.

Foto: VidiPhoto für TPN

GLOSSE

Menetekel an schwedischen Gardinen

VON INGO LANGNER

Erinnern Sie sich? Der Nobelpreis für Literatur wurde 2016 an Bob Dylan vergeben. Da hätte das derzeit in Auflösung befindliche Literaturnobelpreiskomitee schon gewarnt sein müssen. Damit meinen wir nicht das Trara um den amerikanischen Bard, Poeten, Singer-Song-Writer oder wie immer man diesen scheinbar unverwundlichen Mann auch nennen mag.

Nein, nicht die längere Zeit offene Frage, ob dieser eigenwillige Dylan den Preis überhaupt annimmt, war das Menetekel an den schwedischen Gardinen. Hinter denen jetzt womöglich ein gewisser französischstämmiger Fotograf, er heißt Jean-Claude Arnault, deshalb wandern wird, weil er als Ehemann der Lyrikerin Katarina Frostenson (die, das ist die Crux, als Mitglied der Nobel-Akademie über die Vergabe des Literaturnobelpreises mitentscheidet), nicht bloß achtzehn Frauen zuzüglich der schwedischen

Kronprinzessin sexuell belästigt haben soll, sondern darüber hinaus auch verdächtigt wird, Insiderwissen weitergegeben, Steuern hinterzogen und in seinem privaten Kunstclub illegal Alkohol ausgeschenkt zu haben.

Wobei die beiden zwei letztgenannten Anklagepunkte im traditionell radikal sozialdemokratisch tickenden Schweden schon immer übel beleumundet waren. Was man vom Tatbestand der sexuellen Belästigung nicht unbedingt sagen kann. Jedenfalls dann nicht, wenn man die sechziger, siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts als Maßstab nimmt. Diese in Schweden in puncto Sexualität „wild“ zu nennen wohl eine Untertreibung wäre. Als Pars pro toto soll an dieser Stelle nur auf „Das Schweigen“ von Ingmar Bergman und „491“ von Vilgot Sjöman hingewiesen werden, gegen die in Deutschland ein bürgerlich-sittensstrenger Sturm der Empörung losbrach. Den die Jugend jener Jahre allerdings als spießig erst verlachte, dann bekämpfte und schließlich zu überwinden vermochte. „Wer zweimal mit derselben

pennt, gehört schon zum Establishment“ war bekanntlich die Parole der sogenannten Achtundsechziger. Anders gesagt: was damals als „fortschrittlich“ und „avantgardistisch“ galt, wird heute von der weltweit grassierenden „MeToo“-Kampagne in Grund und Boden verdammt. Diese Kampagne hat nach ihrem Aufblühen in Hollywood nun offenbar auch Schweden erreicht. Weshalb es 2018 keinen Nobelpreis für Literatur geben wird.

Doch wir sind abgeschweift. Denn eigentlich soll es hier ja um jene Prophezeiung gehen, die Bob Dylan der Stockholmer Nobel-Jury zuteil werden ließ, von dieser jedoch ignoriert wurde. Als Dylan nach seinem medialen Verwirrspiel den Nobelpreis schließlich akzeptierte, doch nicht persönlich aus den Händen des Königs von Schweden entgegennehmen mochte, bat er Patti Smith, dies als sein alter ego zu übernehmen. Die Sängerin tat das und mit Bravour, und sie brachte auch eines von Dylans ganz alten Liedern zum Vortrag. Es heißt „A Hard Rain's a Gonna Fall“ und wurde 1963 veröffentlicht. In dem Lied

vom „schweren Regen“ wird in fünf Strophen ein blauäugiger junger Mann immer wieder aufs Neue nach dem gefragt, was er in nebelverhüllten Bergen, auf buckligen Landstraßen, in traurigen Wäldern, in zwölf toten Meeren und im Schlund eines Friedhofs gesehen hat. Seine Antwort lautet: die Gräuel, Schrecken und Alpträume unserer Zeit. Wer im Neuen Testament „Die Offenbarung des Johannes“ aufschlägt und liest, wird unschwer erkennen, welcher Stoff Bob Dylan für seinen apokalyptischen Text inspiriert hat. Wie düster es um die Zukunft des Literaturnobelpreises bestellt ist, hätte man 2016 also schon erkennen können. Doch wie das so ist, mit den Zeichen an der Wand: die Erkenntnis kommt immer erst dann, wenn es zu spät ist. Was natürlich für diejenigen Damen und Herren Schriftsteller, die den Erhalt des Preises 2018 schon fest eingeplant hatten, ein schwacher Trost ist. Und so raunt man jetzt vermutlich in den internationalen Literaturpöfeken. Me too. Ich kriege ihn auch nicht.

Bild der Woche

Traditionsgemäß am 6. Mai sind 32 neue Rekruten der Schweizer Garde vereidigt worden. Dass man dabei auch mal ein Gebet einlegt, ist klar. Immerhin geht es darum, das Leben des Papstes zu beschützen. Notfalls unter Einsatz des eigenen Lebens – zukünftig übrigens mit Helmen, die im 3D-Druckverfahren hergestellt wurden. Neue Rekruten lassen sich nicht so einfach produzieren. Insgesamt 135 Gardisten hätte der Vatikan gern. Freiwillige vor.

Foto: dpa



„Der Glaube gibt mir Kraft für den Alltag“

Städtetags-Präsident Markus Lewe ist stolz auf den Katholikentag in „seiner“ Stadt Münster **VON GERD FELDER**

Vor wenigen Wochen noch hat er die deutsche Öffentlichkeit durch sein besonnenes Auftreten anlässlich der Amokfahrt in Münster beeindruckt, seit gestern ist „seine“ Stadt Gastgeberin des 101. Deutschen Katholikentags. Woraus er seine Energie zieht, daraus macht Münsters Oberbürgermeister Markus Lewe (CDU) kein Hehl. „Der Glaube hilft mir aus meiner christlichen Verantwortung heraus zu handeln und gibt mir Kraft für den Alltag“, sagt er ebenso selbstverständlich wie unpräzise.

Lewe wurde 1965 in Münster geboren und wuchs in einer katholisch geprägten Familie auf. Dass er sich sowohl als Messdiener wie auch in der Jugendarbeit seiner Heimatpfarre St. Norbert im Stadtteil Corde engagierete, kann von daher nicht überraschen. Lewe besuchte das Ratsgymnasium seiner Heimatstadt und legte 1984 das Abitur ab. Er studierte zunächst zwei Jahre lang an der Universität Münster, bevor er von 1986 bis 1990 an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung den Vorbereitungsdienst für die Laufbahn des gehobenen nicht-technischen Verwaltungsdienstes beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe absolvierte. Als Diplom-Verwaltungswirt wurde er zunächst Sachbearbeiter beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe und ab 1992 beim Bischöflichen Generalvikariat Münster. 1999 übernahm er dort als Controller und Prüfer die Leitung des Referats Innenrevision und stieg 2007 zum Leiter der Fachstelle Organisationsentwicklung und zentrale Steuerungsunterstützung auf. Als Lewe 2009 erstmals zum Oberbürgermeister der Stadt Münster gewählt wurde, schied er aus dem Kirchendienst aus. „Mein Glaube begleitet mich aber weiter bei meinem täglichen Tun“, versichert der umgängliche, sympathische OB glaubhaft, „heutzutage bei der Findung der richtigen Perspektive als Oberbürgermeister.“ Seine grundsätzliche Einstellung schlägt sich vor allem auch in seinem Umgang mit dem politischen Gegner nieder: Fairness in der Auseinandersetzung ist für ihn oberstes Gebot, übertriebene Polemik, Kämpfe mit Haken und Ösen, Schläge

unter der Gürtellinie sind ihm total fremd. Das heißt allerdings nicht, dass er nicht in der einen oder anderen Ratssitzung – etwa als es um den Katholikentag ging – auch einmal ein klares Wort sprechen kann, wenn es ihm geboten erscheint.

Münster, seine Geburts- und Heimatstadt, ist Lewe ein Herzensanliegen. Für ihn ist die Dom- und Universitätsstadt mehr als Weihrauch und Pumpnickel, das legendäre westfälische Schwarzbrot. „Ich sehe es als meinen Auftrag, die Errungenschaften des Westfälischen Friedens, der im Jahr 1648 in Osnabrück und hier geschlossen wurde, in Gegenwart und Zukunft zu übersetzen“, betont er. Die Stadt Münster besteht aus seiner Sicht aus den beiden wichtigen Bestandteilen Identität und Verwurzelung auf der einen sowie Offenheit für die Zukunft auf der anderen Seite. Für diese beiden Pole steht auch Lewe selbst: Traditionsbewusst, überzeugter und praktizierender Katholik, der sich als Kommunionhelfer und Lektor in der Kirchengemeinde St. Bernhard (Angelmodde) engagiert, und auf der anderen Seite alles andere als verküchert-konservativ, sondern offen für die kulturelle Vielfalt der Stadt. „Dazu tragen Menschen aus über 160 Nationen mit

unterschiedlichsten Religionen und Lebensweisen bei, die in unserer Stadt friedlich zusammenleben und sie bereichern“, hebt er mit Nachdruck hervor. „Wir sind stolz auf diese Vielfalt. Internationalität wird hier nicht verwaltet, sondern gelebt.“

Doch so stark ausgerichtet Lewe auch auf seine Stadt ist und so sehr er auch sein Amt liebt, so großen Wert legt er andererseits auch auf Familie und Freizeit. Er sei schließlich keine Polit-Maschine und brauche deshalb Erholung und Entspannung, gibt er gern zu. Der 53-jährige ist mit einer ebenfalls kirchlich engagierten Lehrerin verheiratet und hat fünf Kinder, die er trotz seiner vielen dienstlichen Termine und Verpflichtungen nicht zu kurz kommen lassen will. In seiner freien Zeit kocht er gern, sucht aber manchmal auch die Biergärten Münsters auf. Seine Idealvorstellung von einem freien Tag ist ein Wandertag in den Bergen mit Brot, Wein und Käse: für einen Ur-Westfalen aus dem flachen Münsterland, der mit der „Leeze“, dem Fahrrad, zu seinen Terminen fährt, erstaunlich.

Ganz ernst wird der Oberbürgermeister, wenn er an die Amokfahrt im Zentrum der Bilderbuchstadt denkt, die vor wenigen Wochen weltweit Schlagzeilen machte. Das

schockierende Ereignis hat ihn tief betroffen gemacht. Aus seiner Sicht hat sich aber dadurch erneut erwiesen, wie wichtig für eine Stadtgesellschaft ein Gefühl von Zukunft und Zusammenhalt ist. „Keine noch so hohen Sicherheitsmaßnahmen können uns vor Einzeltätern dieser Art schützen“, bleibt er realistisch. „Das einzige, was uns stärken kann, ist, immer wieder den Geist der Verständigung und Besonnenheit zu suchen, dafür ein Beispiel zu geben und Zeugnis abzulegen.“

Seit Anfang des Jahres ist Lewe auch Präsident des Deutschen Städtetages und hat sich für diese verantwortungsvolle Tätigkeit viel vorgenommen. „Ganz gleich, ob nun Zuwanderung, die Herausforderungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts oder das zurzeit über allem schwebende Thema der Digitalisierung: Die Städte spüren die großen gesellschaftlichen Herausforderungen direkt“, stellt er nüchtern fest. „Da müssen wir ran.“ Der Münsteraner OB will sich vor diesem Hintergrund vor allem dafür einsetzen, den Zusammenhalt in den 3400 Städten, die im Städtetag organisiert sind, zu stärken und ein tägliches Miteinander zu ermöglichen, das durch Respekt und Toleranz geprägt ist. „Das ist beileibe keine Selbstverständlichkeit“, urteilt er realistisch. „Wenn wir hier ein Stück weiterkommen, ist schon viel gewonnen.“

Und der Katholikentag zum Thema „Suche Frieden“, der gestern gestartet ist? Die Diskussion im Vorfeld über die finanzielle Unterstützung des Großtreffens im Stadtrat hat ihn fassungslos gemacht; er hat sich stets dafür eingesetzt, die Veranstalter mit einem großen Zuschuss der Stadt Münster zu unterstützen und lässt keinen Zweifel an seiner Wertschätzung dieses Ereignisses. „Wir sind in Münster voller Stolz auf so eine herausragende, den Frieden feiernde Veranstaltung“, bekennt der OB voller Überzeugung. „Es ist ein tolles Signal und freut mich ungemein, dass sich so viele Menschen hier dafür engagieren, dass diese fünf Tage ein Erfolg werden. Sie tragen gleichzeitig das Bild Münsters als freundliche und offene Stadt weiter in die Welt hinaus.“

BEIM NAMEN GENANNT



Ein 13-jähriger Junge aus Alabama sorgt weltweit in den Medien für Aufsehen. Denn **TRENTON MCKINLEY** galt nach einem schweren Unfall mit einem Kleinanhänger für hirntot. Sogar seine Organe waren, mit der Zustimmung seiner Eltern, schon zur Transplantation freigegeben worden. Nach zwei Operationen am Kopf hörte sein Herz viermal auf zu schlagen. „Er war insgesamt 15 Minuten tot“, sagt seine Mutter Jennifer gegenüber einem amerikanischen Fernsehsender. Doch kurz bevor die Geräte, die ihn am Leben hielten, abgestellt werden sollten, erwachte der Junge aus dem Koma. „Sie haben den letzten Gehirnwellen-Test gecancelt. Gerade, als sie beginnen wollten, bewegte sich seine Hand, dann seine Füße“, so die Mutter. Der kleine Trenton ist überzeugt davon, dass er im Himmel war. „Ich war auf einem Feld und ging geradeaus“, erzählte er. „Es gibt keine andere Erklärung als Gott. Das sagen sogar Ärzte.“ Seit dem Unfall hat er laut „Bild“ 25 Kilo an Gewicht verloren, regelmäßig Krämpfe und Nervenschmerzen. Die Hälfte seiner Schädelplatte fehlt und ihm steht noch eine Operation bevor, bei dem das fehlende Stück wieder angebracht wird, das eingefroren im Krankenhaus lagert. Doch wer wäre nach einem solchen Wunder nicht optimistisch?

ANSELM GRÜN (73), Benediktinerpater aus dem Kloster Münsterschwarzach, hat in seiner Eigenschaft als Finanzchef der Abtei in der Finanzkrise rund zehn Millionen Euro an der Börse verloren. Auf die Frage, ob die Mitbrüder daraufhin ein wenig unentspannt gewesen seien, sagte er der Zeitschrift „Bunte“: „Na ja, ein wenig.“ Grundsätzlich brauche man einen langen Atem bei Aktiengeschäften, ist der Ordensmann überzeugt – „und den habe ich“. Nach den Worten des Benediktiners lief es 2017 mit den Geschäften wieder „ganz gut“. Bei dem einen Fonds habe er 16 Prozent Gewinn gemacht, bei dem anderen 9. Mit dem einen Fonds aktuell mit 1,5 Prozent im Minus. Es laufe eben nicht immer.



Fairness first: Münsters Oberbürgermeister Markus Lewe (CDU).

Foto: dpa

32 Aussprache

MOMENT MAL

Verehrte Leserinnen und Leser, das hohe Pfingstfest naht! Die Tagespost wird dem Fest der Aussendung des Heiligen Geistes ein redaktionelles Forum widmen: Es geht ganz um Heiligkeit! Inspiriert hat uns dazu Papst Franziskus mit seinem Schreiben Gaudete et exultate. „Der Heilige Geist verströmt Heiligkeit überall, in das ganze heilige gläubige Gottesvolk hinein“, schreibt der Papst da. Das ist Pfingsten! Und eine Herausforderung, darum haben wir renommierte katholische Denker eingeladen, der Berufung zur Heiligkeit auf den Grund zu gehen: Die Philosophin Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz nimmt die Religionen der Welt unter die Lupe, der Exeget Klaus Berger die Heilige Schrift. Leo Maasburg wird Ihnen von Mutter Teresa erzählen, die er viele Jahre begleiten durfte. Robert Weber stellt Josefmaria Escrivá vor, Barbara Stühlmeyer Hildegard von Bingen. Guido Horst untersucht, wo der Papst Häresien ortet, und Josef Spindelböck beschäftigt sich mit der Opposition wider alle Heiligkeit, mit dem Bösen. Es wird ein Fest! **IHRE REDAKTION**

MARKTPLATZ

Wir kaufen Wohnmobile + Wohnwagen
03944-36160 www.wm-av.de Fa.

Zur Debatte um das Kreuz

Mediale Wirkung ist verheerend

Während bischöfliche Absichten bekannt werden, die Teilnahme an der Eucharistie nur noch von einem geistlichen Bedürfnis abhängig zu machen, stehen Bischöfe unter der Ägide von Erzbischof Marx der Absicht im Wege, im Eingangsbereich von bayerischen Amtsbauwerken jeweils ein (!) Kreuz anzubringen. Die amtliche Begründung, das Kreuz sei grundlegendes Symbol bayerischer Identität und Lebensart und stehe für elementare Werte wie Nächstenliebe, Menschenwürde und Toleranz ist den Bischöfen zu wenig – wohlwissend, dass eine religiöse Begründung rechtsunzulässig wäre und sie unterstellen zudem politische Gründe. Mögen die bischöflichen Worte zum Ärger Kreuz kasuistisch bedacht worden sein, ihre mediale (und abschbare) Wirkung ist verheerend, insbesondere für die Kirche. Da kann man sich nur dem Schlusssatz einer Kolumne von Jan Fleischhauer in Spiegel-Online vom 3. Mai mit der Überschrift „Die Doppelmoral des Kardinals“ anschließen: „Marx hingegen bedient einfach die Erwartung eines Publikums, das alles goutiert, was gegen die CSU geht.“

Rüdiger Braun,
97078 Würzburg

War mir zu ausgewogen

Der Kommentar von Sebastian Sasse zu dem jüngsten Kruzifix-Streit in Bayern (DT 3.5.) erscheint mir zu ausgewogen und lässt einige nötige Konturen vermischen. Zwar deutet Ihr Autor an, dass es in Bayern keinen Verstoß gegen das Grundrecht der Glaubensfreiheit darstellt, wenn die Staatsregierung in allen staatlichen und öffentlich zugänglichen Gebäuden Kruzifixe aufhängen lässt. Er hätte hier aber deutlicher werden müssen: Nachdem sogar der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg seine früher eher kritische Auffassung in dieser Frage mit seiner überraschenden Entscheidung aus dem Jahr 2011 eine spektakuläre Kehrtwende vorgenommen

und entschieden hat, dass Kruzifixe in öffentlichen Schulen keine Grundrechte verletzen, dürfte klar sein, dass der Beschluss der Bayerischen Staatsregierung rechtens ist. Auch das Bundesverfassungsgericht und der Bayerische Verfassungsgerichtshof haben in ihren letzten diesbezüglichen Entscheidungen das Aufhängen von Kruzifixen in Klassenzimmer nicht mehr beanstandet, nachdem der Bayerische Landtag in das Schulgesetz einen Passus einfügte, wonach ein Kruzifix abgehängt werden muss, wenn sich Schüler bzw. deren Eltern durch das Kreuz in ihrem Grundrecht auf Glaubensfreiheit beeinträchtigt sehen. Von dieser Möglichkeit wurde so gut wie kein Gebrauch gemacht, so dass in Bayern die Kruzifixe durchweg hängen blieben und die Kreuze in staatlichen Räumen keine Rolle mehr spielten. Für mich sind die ganzen Diskussionen um Söders Entscheidung nur künstliche Aufgeregtheiten und Wichtigtuereien. Auch stellt sich vielmehr die Frage: Was ist falsch daran, wenn Söder in bayerischen Amtsstuben als Zeichen der Tradition in Bayern wieder Kreuze an die Wand hängen will? Es wird damit niemandem ernsthaft geschadet, wenn das Symbol des christlichen Glaubens in Klassenzimmern, Amtsstuben und auch in Gerichtssälen gezeigt wird.

Alle diese künstlichen Diskussionen erscheinen mir wie ein Wettbewerb unserer „geistigen Eliten“ nach dem Motto: Wer verunglimpft am meisten und wer schreit am lautesten. Es zeigt sich wieder einmal: Wer für die christliche Religion und ihrer Symbole eintritt, wird sofort vor allem von den Karikaturisten und Kabarettisten niedergemacht. Letztlich ist es der Zeitgeist, dem hier Tribut bezollt wird. Deshalb frage ich mich, warum gerade auch Kardinal Reinhard Marx und einige andere Bischöfe glauben, nun auch auf diesen Zug aufspringen zu müssen, indem sie den bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder und seine Regierung wegen ihrer mutigen Kruzifix-Entscheidung herber Kritik unterziehen. Diese neue Positionierung von Deutschlands „Katholiken-Chef“ Marx finde ich als völlig überzogen, bedenkt man, dass der Kardinal noch vor wenigen Jahren in einer Karfreitagspredigt in München, vehement den jetzt von Ministerpräsidenten Söder vertretenen Standpunkt mit deutlichen Worten unterstützt hat.

Heinrich Harth,
63579 Freigericht

200 Jahre Karl Marx

Tief sitzender Religionshass

Zum Hauptartikel „200 Jahre Karl Marx“ (DT vom 3. Mai): Erfreulich, dass die Religionskritik von Karl Marx im Mittelpunkt des Artikels steht, wobei es sich bei diesem Zyniker nicht um Sachkritik an Religion(en) handelt, sondern um eine grundsätzliche Ablehnung von Gott, Glaube und Kirche, um einen tief sitzenden Religionshass. Dazu kommt z. B. das materialistische Menschenbild, eine deterministische Geschichtsschau (historischer Materialismus), „Gleichheit“ statt Freiheit, Kampf gegen Familie und Privateigentum, Abschaffung von Freiheit und Rechtsstaat durch eine „Diktatur des Proletariats“, nicht zu vergessen der auch bei Marx vorhandene Antisemitismus. Umso mehr verwundert es, dass der Münchner Oberhirte Reinhard Marx gerne mit seinem Nachnamen kokettiert und eines seiner Bücher mit den Titel „Das Kapital“ erschien. Ist dieser spielerische Umgang mit dem Begründer des Kommunismus für einen Kirchenmann wirklich angemessen? Anlässlich des 200. Geburtstags von Karl Marx veröffentlichte das Internet-Zeitungsportal „RP-online“ am 20. April ein Interview mit Kardinal Marx unter dem Titel: „Der Kardinal würdigt seinen Namensvetter Karl als großen Denker“. Auf die Frage, warum er sich mit Marx befasse, „der einer der schärfsten Kritiker

der Kirche und der „Pfaffen“ war?“ antwortete der Kardinal: „Die Katholische Soziallehre hat sich intensiv an Marx abgearbeitet, daher das Wort von Oswald von Nell-Breuning: ‚Wir stehen alle auf den Schultern von Karl Marx‘. Das soll nicht bedeuten, dass er ein ‚Kirchenvater‘ sei. Aber seine Position war immer ein Diskussionspunkt für die Katholische Soziallehre. Meistens in kritischer Absetzung, aber eben auch in der Fragestellung: Was meint er eigentlich, was was treibt diesen Mann um?“ Zugleich erklärte er, Marx sei ein „scharfsinniger Analytiker des Kapitalismus“ und stellte die Überlegung an: „Vielleicht ist nach dem Ende des realen Sozialismus in Europa ein unbefangener Blick auf seine Philosophie möglich.“

Kurz darauf hat der Kardinal das Kommunistische Manifest gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ als „durchaus beeindruckend“ bezeichnet. Der Münchner Erzbischof räumte zwar ein, dass es in den Schriften von Marx „den einen oder anderen totalitären Gedanken“ gäbe, gleichwohl sei sein Werk ein „wichtiges Korrektiv des kapitalistischen Systems“, wobei auch heute noch „ein Blick“ auf Marx hilfreich sein könne. Unerwähnt bleiben allerdings die jüdenfeindlichen Ausfälligkeiten von Karl Marx. Er hat ohnehin jedwede Religion abgelehnt und sie als „Opium des Volkes“ difamiert.

Insgesamt fällt an den Äußerungen des Kardinals auf, dass die Kritik am Begründung der kommunistischen Ideologie nicht nur ziemlich verhalten ausfällt, sondern mit allerlei Lobesworten relativiert wird. Somit verharmlost er den Begründer einer totalitären Ideologie mit ihren Millionen von Opfern im realsozialistischen Gefolge. Näheres zu Marx und Marxismus kann z. B. in den einschlägigen Werken des Politikwissenschaftlers Konrad Löw nachgelesen werden; das gilt besonders für sein fundiertes Buch „Der Mythos Marx und seine Macher“.

Felizitas Küble,
48167 Münster

Marianische Heiligtümer

Bester Text über die Schwarze Madonna

Zu „Die Seele Polens“ (DT 194.): Dies ist der für mich am besten geschriebene Text über die Schwarze Madonna, den ich bisher gelesen habe. Prima!

Hartmut Neuhaus,
06862 Dessau-Roßlau

Das ewige Los des Judas

Bin überzeugt von der Allertlösung

Zu meinem Buch „Judas, der Freund“ wird mir von R. Beckmann (DT 12.4.) vorgeworfen, ich würde Reue und Umkehr als nicht notwendig zum Eintritt in das Himmelreich darstellen. In der Auslegung der „drei Gleichnisse vom Verlorenen“ stelle ich jedoch dar, wie der „Verlorene Sohn“ umkehrt, angetrieben zunächst von Hunger, dann von innerer Einsicht. Dann stelle ich die Frage vieler Menschen: Was tut Gott, wenn ein Mensch nicht mehr umkehren kann? Jesus antwortet darauf mit dem Gleichnis vom verlorenen Schaf: Jetzt ist es Gott, der „umkehrt“ zum Menschen, ihn aus seiner „Grube“ herausholt und den Verlorenen auf seiner göttlichen Schulter nach Hause trägt. Umkehr wird also durch Gott selbst ermöglicht. Gott, der die ewige Liebe ist, wird nie tatenlos sitzen bleiben! Eine letzte Steigerung ergibt sich aus der Frage: Was aber macht Gott, wenn ein Mensch Gott gar nicht mehr will, ganz und gar tot ist? Dann, so sagt Jesus selber, sucht Gott auf Knien nach diesem Menschen, dargestellt im Gleichnis von der verlorenen Drachme: Diese ruft nicht mehr um Hilfe, lehnt Gott vielleicht ab, ist mit dem Leben fertig – und jetzt sucht Gott geradezu „maßlos“ nach diesem

Menschen. Gott, dargestellt hier in einer Frau, „sucht, bis er findet“. Das Maß unserer Verlorenheit wird für Gott zum Übermaß seiner suchenden Liebe. Auch hier also geschieht Umkehr, Gott selber kehrt den Menschen um und trägt ihn in seinen Händen nach Hause. Wie es Paulus sagt: Wo die Sünde groß wurde, wurde die Liebe übergroß. (Röm 5,20)

Es mag aber sein, dass wir Menschen die Umkehr eines Sünders nicht mehr erleben. Etwa beim zweiten Schächer neben dem Kreuz Jesu: Von ihm hören wir nicht, dass er bereut. Daraus ziehen manche den Schluss, der sei verloren und käme in die Hölle. Aber ist die Todeslinie des irdischen Lebens auch für den eine absolute Grenze, der Zeit und Ewigkeit geschaffen hat?

Gott kann auch nach unserem Tod weiter wirken zu unserer Rettung. Jesus hat das wunderbar geschildert im Gleichnis vom reichen Prasser und armen Lazarus: Der materialistische Egoist erfährt im Feuer des Hades große Qual; das Feuer hat den Sinn, die „Schlacke vom Gold“ zu lösen; das Ziel ist Rettung! Und tatsächlich hören wir im Gleichnis Jesu, dass dieser Egoist auf einmal anfängt, für seine Brüder zu wünschen, dass nicht auch sie an diesen Ort der Qual kommen. Hier beginnen Reue und Umkehr nach dem Tod des Menschen. Gott selbst sorgt in der Glut seiner Liebe dafür, dass auch dieser Mensch gerettet wird, bewirkt durch einen zwar schmerzhaften, letztlich aber heilbringenden Wandlungsprozess. Deshalb dürfen wir den zweiten Schächer in großem Vertrauen in die Hände des Gekreuzigten legen: Er wird auch diesen nach seinem Tod zur Umkehr bewegen durch seine wandelnde Liebe.

Auf dem Kapitell von Vézelay trägt der Gute Hirt den toten Judas nach Hause. Beckmann nennt meine Erklärung „völlig haltlos“ und „reine Spekulation“. Kunst-sachverständige aber sehen auf diesem Kapitell Judas auf den Schultern Jesu, des Guten Hirten. Wer genau hinschaut, erkennt sogar, dass dieser „tote“ Judas selig lächelt, als habe er das Paradies schon vor Augen.

Und tatsächlich hat er sogar die Hände gefaltet: Er befindet sich nicht auf dem Weg in die Hölle, wohin ihn so viele „Gläubige“ schon geworfen haben. Wenn Judas an zwei Stellen des Evangeliums „Sohn des Verderbens“ genannt und über ihn gesagt ist, „es wäre besser, er wäre nie geboren“, so muss man sensibel Exegese betreiben: Beim Evangelisten Johannes kommt Judas schlecht weg, bei Matthäus hören wir dagegen, dass Judas seine Tat „reute“. Vielleicht erwartet auch den Judas die Qual des Feuers im Hades, aber immer zu seiner Rettung. All das aber entspricht den Worten Jesu, dass er suchen wird, was verloren ist. Das letzte Wort, das Judas von seinem Meister hört, lautet: „Freund“! Mit diesem Wort wird er dann auch in der Ewigkeit empfangen.

Muss Judas allein wegen seines Selbstmordes mit der Hölle bestraft werden, wie Barth zu meinen scheint? Wo waren die elf Apostel, als ihr „Kollege“ aus dem Leben springen wollte? Wo haben sie ihn daran gehindert, wo ihm Mut zugesprochen? Wo sind wir in unseren Städten und Straßen, wenn einer in seinem Leben weder Hoffnung noch Zukunft sieht? Sehen wir tatenlos zu und bescheinigen ihm dann auch noch „ewige Strafe“? Oh wir selbstgerechten Heuchler!

Warum aber noch Reue und Buße, wenn Gott nach allem Ende SEINE Erlösung jedem schenkt, dem Tugendhaften wie dem Sünder? Die Antwort ist schlicht und von tiefer Wahrheit: Weil Liebe nicht rechnet. Je mehr ein Mensch diesen liebenden Gott erkennt, desto mehr möchte er von Ihm gewandelt werden zu Ihm hin. Reue und Buße sind nichts anderes als mich von Liebe zu Liebe hin wandeln zu lassen. Ich hätte, wird mir vorgeworfen, mit der „Allertlösung“ sympathisiert. Ich habe mit ihr nicht sympathisiert, ich bin von ihr überzeugt. Jedoch sehe ich mich in bester Gemeinschaft: Hat nicht Jesus, der Erlöser der Menschheit, selber gesagt: „Wenn ich von der Erde erhöht bin, werde ich alle zu mir ziehen.“ (Joh 12,32) Und nimmt nicht Paulus dieses Wort auf, wenn er sagt: „... der sich als Lösegeld hingege-

ben hat für alle.“ (1 Tim 2,6) Und ebenso: „... in Christus alles zu vereinen, alles, was im Himmel und auf Erden ist.“ (Eph 1,10) Schon der Prophet Jesaja spricht vom „Festmahl für alle Völker“ (Jes 25,6). Am tiefsten erklingt unser aller Heil im Römer-Brief: „Gott hat alle in den Ungehorsam eingeschlossen, um sich aller zu erbarmen.“ (Röm 11,32) Judas steht für den letzten aller Menschen, aller Sünder. Er ist für viele der „Verworfenen par excellence“. Dann tröstet mich das klare Wort Jesu: „Ich will dem Letzten so viel geben wie Dir!“ (Mt 20,14) **Christoph Wrembek SJ,**
30171 Hannover

Zur ungarischen Innenpolitik

Soros unterstützt Abtreibung

Zu „Gespür für die Masse“ (DT 12.4.): Orban hat auch ein religiöses Motiv, gegen Soros zu sein: Soros bekämpft christliche Werte wie die Familie und das ungeborene Leben und unterstützt Abtreibung, Auflösung der Familie durch erotische Sondergemeinschaften und die Auflösung christlicher Staaten – und das mit sehr viel Geld. **Johannes Brunner,**
87700 Memmingen

Die Tagespost

Katholische Wochenzeitung für Politik,
Gesellschaft und Kultur
Vormals Deutsche Tagespost
Katholische Zeitung für Deutschland.
1948 begründet von Johann Wilhelm Naumann

Herausgeber:
Domdekan Prälat Lic. theol. Günter Putz

Chefredakteur und Geschäftsführer:
Oliver Maksan

Redaktion:
Sebastian Sasse (Chef vom Dienst, Politik, Wirtschaft),
Regina Einig (Kirche aktuell, Bildung), Dr. Stefan Meetschen (Im Gespräch, Feuilleton, Aus aller Welt),
Dr. Alexander Riebel (Kultur, Medien,
Literatur, Bildung), Dr. Josef Bordat (Internetredaktion,
Kirche aktuell, Medien, Wirtschaft), Maximilian Lutz
(Internet, Reise), Guido Horst (Büro Rom/Vatikan-
Korrespondent), Andrea Krogmann (Büro Jerusalem/
Nahost-Korrespondentin), Stephan Baier (Büro Öster-
reich/EU-/Südosteuropa-Korrespondent), Stefan
Rehder (Korrespondent für Bio-Ethik, Glauben und
Wissen), Anzeigenleitung: Anja Stichnoth

Erscheinungsweise: donnerstags

Monatlicher Abonnementpreis einschließlich 7%
Mehrwertsteuer bei Inlandslieferung: EUR 15,80
einschließlich der Kosten für Postzustellung.
Abonnementkündigungen sind mit sechswöchiger
Frist zum Ende des Quartals möglich. Maßgeblich ist
der Zugang beim Verlag. Änderungen des Bezugsprei-
ses werden im Monat vor dem Inkrafttreten in der
Zeitung angekündigt. Sie gelten für alle laufenden
Abonnements. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge
höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch.
Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 30 vom
1. Januar 2016. – Die Tagespost unterzieht sich der
laufenden Auflagenkontrolle durch die IVW.
Für unverlangt eingesandte redaktionelle Beiträge
wird eine Gewähr nicht übernommen.
Rücksendungen erfolgen in jedem Fall nur,
wenn Rückporto beiliegt.

Druck: Main-Post GmbH

Johann Wilhelm Naumann Verlag GmbH,
Dominikanerplatz 8, D-97070 Würzburg
Telefon: Zentrale 093130863-0,
Buchhaltung 30863-25,
Vertrieb 30863-32 - Fax 30863-33
(vom Ausland aus: 00 49 vorwählen)
E-Mail: info@die-tagespost.de
LIGA Bank, IBAN: DE50 7509 0300 003 0102 01,
BIC: GENODEFIM05

Internet: www.die-tagespost.de
www.die-tagespost.at

Johann-Wilhelm-Naumann-Stiftung,
Dominikanerplatz 8, D-97070 Würzburg
LIGA Bank, IBAN: DE53 7509 0300 003 0102 44,
BIC: GENODEFIM05

BEILAGENHINWEIS

**Die Gesamtauflage enthält eine Bei-
lage von „Renovabis“, Kardinal-Döpf-
ner-Haus, Domberg 27, 85354 Frei-
sing sowie von „Fe-Medienverlag“,
Hauptstraße 22, 88353 Kisslegg.**